



**Standort
Steiermark**

1995



Standort Steiermark 1995

Entwicklungen und Perspektiven
Zukunft in weißgrün
Ein »sonderpoliticum« anlässlich
50 Jahre Steirische Volkspartei

INHALT

<i>Editorial</i>	3	<i>WOLFRIED FILEK-WITTINGHAUSEN</i> Land an der Grenze - im Herzen Europas	59
<i>JOSEF KRAINER</i> Standort Steiermark 1995	4	<i>EVA MARIA FLUCH</i> FrauenLeben in der Steiermark - Ein Rückblick und Ausblick am Ende des 20. Jahrhunderts	61
<i>WOLFGANG MANTL</i> Politik seit 1945 im Wandel - Veränderungen, Umrüche, Konstanten, Perspektiven in Demokratie, politischem System und Parteienlandschaft	10	<i>ERNST BURGER</i> Steirische Zahlenbilder - Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts mit Ausblicken.....	66
<i>AUSLANDSSTEIRER - STATEMENTS</i> Der Weg nach Hause beginnt in der Fremde	15	<i>MANFRED PRISCHING</i> Erzherzog Johann und Hanns Koren - Ein Gespräch	78
<i>MANFRED PRISCHING</i> Facetten der Steiermark Aspekte der Sozialstruktur	20	<i>HERWIG HÖSELE</i> 50 Jahre Steirische Volkspartei - Eine Chronik	85
<i>GUNTHER TICHY</i> Endogene Erneuerung der steirischen Wirtschaft - Ein Zwischenbericht	28	Spitzenkandidaten bei Nationalratswahlen und steirischen Landtagswahlen	111
<i>EVA KARISCH</i> Die Umweltpolitik - Ein Anwalt künftiger Generationen	30	Personen - Daten - Zahlen	113
<i>WILLIBALD RIEDLER</i> Ein Vierteljahrhundert experimentelle Weltraumforschung in Graz	33	Wahlergebnisse 1945 - 1995	118
<i>HERMANN MAURER</i> Die Entwicklung der „Non-print“ Medien 1945 - 1995	43	<i>REINHOLD LOPATKA</i> K 6 - Drehscheibe ständiger politischer Erneuerung seit 1945	120
<i>KURT WIMMER</i> Überlegungen zur Kulturpolitik	49	<i>REINHOLD LOPATKA</i> Der/die ideale Abgeordnete	122
<i>HARALD BALOCH</i> Fernsehen, Straßenbahnfahren und anderes zur Rückgewinnung der Innovationslust	51	<i>HERMANN SCHÜTZENHÖFER</i> Subsidiarität und Zentralstaat	123
<i>WERNER TESSMAR-PFOHL</i> Identität als Basis für Stagnation, Stabilität oder zukunftsgerichtete Dynamik? Die Steiermark in einem Spannungsfeld	53	<i>LUDWIG KAPFER/EVA KARISCH/HANS PUTZER</i> Das „Krainerhaus“ - Bildungsstätte der Steirischen Volkspartei	127
<i>GERALD SCHÖPPER</i> Aktive Nachbarschaftspolitik ARGE Alpen- Adria - Fortführung innerösterreichischer Traditionen in die Zukunft	57	<i>KURZDARSTELLUNG DER ÖVP-TEILORGANISATIONEN:</i> Arbeiter und Angestelltenbund	130
		Bauernbund	131
		Österreichische Frauenbewegung	132
		Junge Volkspartei	133
		Seniorenbund	134
		Wirtschaftsbund	135
		<i>Plakate aus 50 Jahren</i>	136

politicum 66
Josef Krainer Akademie Schriften
Mai 1995 / 15. Jahrgang

Herausgeber: Josef Krainer Akademie, Forum für
Zukunftsentwicklung und Weiterbildung

Ständige Redaktion:
Herwig Hösele, Dr. Eva Karisch, Helmut Oberrauner,
Dr. Manfred Prisching, Mag. Hans Putzer

Hersteller: Klampfer Ges.m.b.H., 8160 Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich: Helmut Wolf

Bestellungen an Josef Krainer Akademie,
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Offenlegung:

„politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste
jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien,
wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind.

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates:

Univ.-Prof.Dr. Wolfgang MANTL (Vorsitzender)

Ass.-Prof.Dr. Manfred PRISCHING (stv. Vors.)

Univ.-Prof.Dr. Norbert PUCKER (stv. Vors.)

Univ.-Prof.Dr. Kurt SALAMUN (stv. Vors.)

Univ.-Prof.Dr. Alfred ABLEITINGER

Ass.-Prof.Dr. Wolfgang BENEDEK

Univ.-Prof.Dr. Christian BRUNNER

Univ.-Prof.Dr. Anton GRABNER-HAIDER

Univ.-Prof.Dipl.-Ing.Dr. Franz JEGLIITSCH

Prof.Dr. Karl A. KUBINZKY

Univ.-Prof.Dr. Reinhard RACK

Univ.-Prof.Dipl.-Ing.DDr. Willibald RIEDLER

Univ.-Prof.Dr. Bernd SCHILCHER

Univ.-Prof.DDr. Gerald SCHÖPPER

Univ.-Prof.DDr. Ota WEINBERGER

Univ.-Prof.Dr. Kurt WEINKE

Univ.-Prof.Dipl.-Ing.Dr. Heimo WIDTMANN

Univ.-Prof.Dr. Franz WOLKINGER

Univ.-Prof.Dr. Wolfgang ZACH

1995 ist in vielerlei Hinsicht ein denkwürdiges Jahr: 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, 50 Jahre nach Gründung der UNO, 50 Jahre Zweite Republik, 50 Jahre Österreichische Volkspartei, 50 Jahre Steirische Volkspartei, 50 Jahre Steiermark unter Führung eines von der Steirischen Volkspartei gestellten Landeshauptmannes, 40 Jahre Staatsvertrag, das Jahr 1 des österreichischen EU-Beitritts, ein Jahr vor dem Millennium, 5 Jahre vor der Jahrtausendwende.

Es ist ein bemerkenswerter Weg vom zerstörten, geschundenen und besetzten Land 1945 zu einem der reichsten Industriestaaten der Welt und zu einem prosperierenden und stabilen EU-Mitglied 1995. Diese Erfolgsstory ist natürlich kein Anlaß zu eüller und selbstgerechter, schon gar nicht zu selbstzufriedener Nabelschau, sondern vielmehr zu einer selbstkritischen und selbstbewußten Standortbestimmung.

Eine Standortbestimmung scheint gerade angesichts der Diskussionen um die Parteien, Kammern und Institutionen, die in den letzten 50 Jahren die Republik entscheidend geprägt haben und sich jetzt vielerlei Kritik und grundlegender Erneuerungserfordernisse gegenübersehen, besonders wichtig.

Dazu will diese politicum-Sondernummer „Standort Steiermark“ ihren Beitrag leisten. Diese Sondernummer zum Bedenk- und Jubiläumjahr will einerseits aus steirischer Sicht die Entwicklungen der letzten 50 Jahre in wichtigen Bereichen von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur dokumentieren, zum anderen Denkanstöße und perspektivische Überlegungen für künftige Entwicklungen geben. Als Autoren wurden führende Exponenten der Steirischen Volkspartei, aber insbesondere profilierte, vor allem auch parteiungebundene steirische Wissenschaftler, Experten und Intellektuelle gebeten.

Die Standortbestimmung gliedert sich in zwei große Teile - der erste soll sich exemplarisch mit den großen geistigen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungslinien am Standort Steiermark, aber immer auch im Blick auf das internationale Umfeld beschäftigen. Es werden die gigantischen Umwälzungen der letzten 50 Jahre und die künftigen Perspektiven angesprochen:

- in der Steiermark als einem Land an einer sensiblen geopolitischen Nahtstelle mit großer historischer Tradition als Brücke und Bollwerk, als mitteleuropäische (innerösterreichische) Drehscheibe,
- in der Steiermark, die einen gewaltigen ökonomischen Strukturwandel (Grundstoffindustrie, agrarisches Grenzland) zu bewältigen hat und zugleich über schier unerschöpfliches Geistkapital mit vier hohen Schulen, Tausenden Wissenschaftlern, 40.000 Studenten, zahllosen kreativen Kulturschaffenden verfügt.

Der grundlegende Umbruch in Europa - der Fall des Eisernen Vorhangs genauso wie die zunehmende europäische Integration, der Zusammenbruch des

Kommunismus als totalitärer Ideologie und die Aufhebung der politischen Teilung Europas und ihre Auswirkungen auf die Steiermark,

- die entscheidenden Veränderungen im politischen System, die enormen soziologischen Veränderungen - sei es die „silent revolution“ im Zusammenhang mit der Position der Frauen in der Gesellschaft, sei es die ungeheure zunehmende Mobilität, sei es die Auflösung alter Milieus, sei es die Bildungsexplosion -, der gewachsene Stellenwert der neuen Medien - zunächst der Siegeszug des Fernsehens, dann der PCs, jetzt der Information-Highways und die dadurch verursachten Revolutionierungen,
- die wirtschaftliche Erneuerung unseres Landes, der bedeutende Beitrag der Wissenschaft zur Zukunftsentwicklung, die zugleich auf manchen Sektoren in der Steiermark Weltgeltung errang,
- die rege Kulturszene,
- die regionale Außenpolitik, die der Lage und Historie des Landes Rechnung zu tragen versucht,
- die Ökologie, Gedanken, kritische Anmerkungen und Konturen künftiger Konzeptionen für die Steiermark als dynamisches Zentrum im Südosten Europas - das sind im wesentlichen die Themen der Beiträge im ersten Teil - eingeleitet von einem Grundsatzartikel des Landeshauptmannes.

Natürlich dürfen zwei historisch bedeutsame Interpretationen steirischer Identität, die für Liberalität, für Traditionsbewußtsein und Erneuerung, für Heimatverbundenheit und Weltoffenheit stehen, nicht fehlen. Erzherzog JOHANN und Hanns KOREN führen ein fiktives Gespräch.

Der zweite Teil beschäftigt sich im wesentlichen mit der Steirischen Volkspartei, die seit 1945 als die unbestritten stärkste politische Kraft die Entwicklung der Steiermark prägt und immer wieder wesentliche Akzente für die österreichische Politik und auch für die Nachbarn setzt. Neben grundlegenden Beiträgen des Landtagsklubobmannes und des Landesgeschäftsführers, die insbesondere auch für die künftige politische Arbeit wichtige neue Ideen formulieren, wird die Zeitgeschichte der letzten 50 Jahre aus der Perspektive der Steirischen Volkspartei vor dem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung dokumentiert - einerseits in einer politischen Chronik, andererseits aus der Sicht der Teilorganisationen und anderer wichtiger Segmente der Arbeit - und fototechnisch mit Plakaten aus 50 Jahren.

Als besonders attraktive Elemente des Mosaiks, das den Standort Steiermark 1995 zeigen soll, sind die kurzen Stellungnahmen prominenter „Auslandssteirer“ anzusehen.

All das als Versuch, zur steirischen Standortbestimmung im Jubiläums- und Bedenkjahr beizutragen, - nicht in nostalgischer Reminiszenz, sondern in zukunftsorientierter Absicht.

Graz, im Mai 1995

STANDORT STEIERMARK 1995

JOSEF KRAINER

Vor nunmehr einem halben Jahrhundert, am 27. April 1945, wurde von der damaligen provisorischen Staatsregierung in Wien die 2. Republik Österreich proklamiert. In der Steiermark wurde zu diesem Zeitpunkt und bis zum 8. Mai noch erbittert gekämpft.

1945 war auch das Geburtsjahr der Volkspartei, auf Bundesebene und in der Steiermark, einer bewußt breit angelegten Integrationspartei, die sich vor allem der Versöhnung und der gemeinsamen Aufbauarbeit verschrieben hatte.

Für uns als Bürger eines der drei neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bedeutet dieses Jahr 1995 nicht nur das Gedenken an diese Ereignisse, sondern vor allem auch einen Neubeginn in einem Umfeld, das nun endgültig nicht mehr der Nachkriegsordnung folgt und damit wohl auch manche Denk- und Ordnungsschemata der letzten 50 Jahre in ihrer Bedeutung verblasen läßt.

Dieses Jahr 1995 bietet also einen mehrfachen Anlaß, die Position des Standortes Steiermark näher zu bestimmen und eine Zwischenbilanz zu ziehen: durch den Blick zurück, durch die fundierte Analyse historischer Ereignisse und gravierender Veränderungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, vor allem aber auch durch eine realistische Abschätzung künftiger Möglichkeiten und Chancen.

Beide Prozesse und beide Blickrichtungen sind ja für die Vorbereitung auf die Aufgaben der Zukunft erforderlich.

Brücken- und Mittlerfunktion der Steiermark

Die Rolle unseres Bundeslandes als „Grenzland“, welches an der Schnittstelle der großen europäischen Kulturkreise gelegen war, seine historische Bedeutung als Kernland Innerösterreichs, welches



damals auch Teile Sloweniens, Kroatiens und Oberitaliens umfaßte, die Tatsache, daß wir vor fünfzig Jahren, nach dem „Weltenbrand“ des Zweiten Weltkrieges, und für lange Jahre danach südöstlicher Vorposten der europäischen Demokratien westlicher Ausprägung waren, all das hat uns die Wichtigkeit unserer angestammten Brücken- und Mittlerfunktion immer wieder vor Augen geführt.

Es ist auch gerade diese Aufgabe, die sich uns heute in neuer Form und Aktualität stellt, weil gerade auch wir gefordert sind, die sogenannten Reformstaaten im Prozeß ihrer Annäherung an die Europäische Union zu unterstützen. Kein Machtanspruch ist damit angesprochen, keine Bevormundung, sondern ein logischer Vorteil, den Österreich und insbesondere auch die Steiermark aus Geschichte und Geopolitik für diese Aufgabe mitbringt.

So haben wir 1978 die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria entscheidend mitbegründet, die damals ein außenpolitisches Unikat darstellte

und in der Folge eine Vorreiterrolle für spätere Entwicklungen in Europa spielen sollte.

Aktuelle Entwicklungen ermöglichen und erfordern heute eine Neuorientierung auch dieses Gremiums mit dem Ziel, die gemeinsamen Initiativen in dieser, die Außengrenzen der Europäischen Union überschreitenden, Arbeitsgemeinschaft fortzusetzen und zu vertiefen, sowie auch mit dem Ziel, die Regionalebene im zukünftigen Europa der Regionen weiter zu stärken.

Wir sind früh und konsequent für die europäische Integration eingetreten und haben dabei vor allem auch den persönlichen Kontakt zu wichtigen EG-Politikern gesucht. Viele waren bei uns zu Gast: Gaston THORN, Jacques SANTER, Bruce MILLAN, Egon KLEPSCH, um nur einige zu nennen.

Schon im Jahr 1990 richteten wir - als österreichweit erstes Bundesland - ein Europareferat ein, dessen erster Leiter, Prof. Reinhard RACK, sein Wissen und seine Er-

fahrung in Zukunft für uns im Europaparlament einbringen wird. Um vor Ort präsent zu sein und effektives Steiermark-Lobbying betreiben zu können, haben wir nicht zuletzt auch eine steirische Vertretung in Brüssel errichtet.

Die Steirische Volkspartei hat mit Europakongressen 1987 (mit Ministerpräsident Jacques SANTER), 1988 (mit Ministerpräsident Walter WALLMANN), 1993 (mit Erwin TEUFEL) und 1994 für die bestmögliche Integration Österreichs in einem sich zunehmend einigenden Europa der Regionen geworben.

Das Stainzer Symposium 1990 mit führenden Politikern und Denkern aus allen Nachbarländern Österreichs setzte sich intensiv mit der neuen Architektur Europas nach den Wendejahren 1989/90 und der Vertiefungs- und Erweiterungsdiskussion der EU auseinander.

Durch den demokratischen Aufbruch des Ostens und Südostens Mitteleuropas, den wir durch unsere aktive Nachbarschaftspolitik mit vorbereiten konnten, ist die Steiermark in den letzten Jahren geopolitisch wieder ins Herz Europas gerückt. Unsere Position in einem sich neu gestaltenden Europa bedeutet eine grundlegend neue Qualität des Standortes Steiermark 1995.

Kraftvolle Anstrengungen für bessere Zukunftschancen

In den vergangenen Jahrzehnten ist ja immer wieder die Rede gewesen von vielfältigen strukturellen Benachteiligungen unseres Bundeslandes. Wir waren uns auch der Probleme bewußt, daß etwa die Wirtschaftsstruktur unseres Bundeslandes stark von der verstaatlichten Grundstoffindustrie geprägt war, daß wir uns nach dem 2. Weltkrieg in einer Grenz- und Randlage fanden, die bis 1990 durch die gesellschaftspolitische Grenze gegenüber den Ländern Ost- und Südosteuropas noch verschärft wurde, oder auch, daß geographische Gegebenheiten, wie unsere Lage südlich des Alpenhauptkammes, Barrieren für die Anbindung an wichtige Verkehrsverbindungen darstellten.

Gerade aus diesen Gründen haben wir kraftvolle Anstrengungen unternommen, die Benachteiligungen einzelner steirischer Regionen auszugleichen und insgesamt bessere Zukunftschancen für unsere Steiermark zu eröffnen.

Das übergeordnete Straßennetz etwa wurde in den letzten Jahrzehnten europareif ausgebaut. Gab es Anfang der 70er Jahre erst ein 25 Kilometer langes Teilstück der Südautobahn, so umfaßt das steirische Autobahn- und Schnellstraßennetz heute fast 500 Kilometer. Heute ist die Steiermark an die dynamischen Wirtschaftsstränge Europas gut angebunden. Der Airport Graz ist ein wichtiger interregionaler Verkehrsknoten mit modernsten Anlagen und guten Anschlüssen an alle wichtigen Destinationen, und auch das Eisenbahnnetz wird attraktiviert.

Gut ausgebauten Verkehrswege, die nicht einem blinden Fortschrittsglauben folgen, sondern vernünftiger und nachhaltiger Planung, dienen ja auch der Verkehrssicherheit - auf einst gefürchteten Routen, wie etwa jener über den Schoberpaß, hat die Unfallhäufigkeit deutlich abgenommen.

Verkehrswege sind jedoch vor allem auch Lebensadern der Wirtschaft in unserem Land, und aus der geopolitischen Randlage der Steiermark sind verkehrsgeographische Vorteile im Zentrum, im Herzen des neuen Europas geworden.

Strukturerneuerung, Internationalisierung, Privatisierung und vor allem Innovation, so lauteten die Schlagworte, die in der steirischen Wirtschaft eine auch für die Zukunft richtige und wichtige Entwicklung einleiteten.

20.000 Arbeitsplätze waren in nur zwei Jahrzehnten in den alten verstaatlichten Industrien der Obersteiermark verlorengegangen. Mit einer Konzentration auf die endogenen Erneuerungskräfte der Regionen und in einer gewaltigen wirtschaftspolitischen Anstrengung konnten die Arbeitsplatzverluste - durch Neugründungen, Betriebsansiedlungen und Betriebsweiterstellungen in anderen Sektoren - bedeutend abgeschwächt werden,

sodaß die Obersteiermark heute als für ein altes Industriegebiet relativ innovationsfreudig gelten kann. Der Umstrukturierungsprozess wird allerdings sicherlich noch weitergehen.

Die Strukturprobleme des steirischen Grenzlandes, das von der Nachkriegsordnung besonders getroffen wurde, veranlaßten schon meinen Vater als Landeshauptmann der Steiermark, eine spezielle „Grenzlandförderung“ einzurichten, die wir aus Überzeugung und mit beachtlichen Erfolgen weitergeführt haben.

Heute weisen die Daten auf eine bisher sehr erfolgreiche Anpassung hin, auch wenn die veränderten Wettbewerbsbedingungen nach der Ostöffnung das steirische Grenzland wieder verwundbarer werden lassen. Wir werden daher eine zweite Phase der Anpassung, ein „up-grading“ und eine Qualifikationsoffensive starten, und wir können dabei auch mit finanzieller Unterstützung durch die Europäische Union rechnen.

Zweifelloos gilt es, in Zukunft weitere große Herausforderungen zu bewältigen, doch gemessen an ihrem jeweiligen regionstypischen Potential und im österreichweiten Vergleich stehen die steirischen Regionen, entgegen dem hinlänglich bekannten Klischee, erfreulicherweise gut da.

Bereits 1986 haben wir hier in der Steiermark den ersten Technologiepark Österreichs, den Technologiepark in Graz, gegründet. Heute gibt es insgesamt vier Technologieparks, und weitere - eventuell auch grenzüberschreitende - sollen folgen.

Besonders beeindruckend ist in den letzten Jahren die Entwicklung im Bereich der Hochtechnologie und Mikroelektronik verlaufen. Der Zentralraum Graz ist das Zentrum dieser Entwicklung. Darüber hinaus ist unsere Landeshauptstadt Graz in den letzten Jahren zur Automobilhauptstadt Europas geworden.

Auch das Fachkräftpotential ist ein schlagkräftiges Argument für den Wirtschaftsstandort Steiermark. Die mittelständische Wirtschaft, die mittleren und kleinen Unterneh-

men, die ja das Rückgrat unserer Wirtschaft und im übrigen auch der Wirtschaft im gesamten EU-Raum sind, können sich im verschärften internationalen Wettbewerb nur durch tüchtige und qualifizierte Mitarbeiter behaupten.

Vier Universitäten, an denen sechs Nobelpreisträger lehrten, mit ca. 40.000 Studierenden, zahlreiche Schulen, Akademien und Ausbildungsstätten sorgen für gesicherten Nachwuchs an Fach- und Führungskräften. Darüber hinaus ist das Land Steiermark das einzige Bundesland Österreichs, das zur Unterstützung des Forschungsbedarfs seiner Wirtschaft eine eigene Forschungsgesellschaft, die Forschungsgesellschaft Joanneum, betreibt und damit den Technologietransfer von den Universitäten zur Wirtschaft fördert.

Steirische Leistungen, etwa in der Motorenforschung und auch in der Weltraumforschung, finden internationale Anerkennung, steirische Umwelttechnologie ist bei Einsätzen in verschiedensten Ländern der Welt gefragt, und es gibt eine Reihe von traditionsreichen, alteingesessenen Betrieben, die sich in einem durchaus schwierigen und anfangs schmerzhaften Prozeß auf neue Entwicklungen einstellen und „alten Hallen“ sehr „lebendiges, neues Leben“ einhauchen konnten.

Joanneischer Geist

Seit 1945 hat die Steirische Volkspartei immer ein eigenständiges Profil gezeigt und eine mutige und reformfreundliche Politik betrieben, die die Interessen der Steiermark über die der Partei stellt und die eigene Position, wenn nötig, auch gegenüber Wiener Zentralstellen unbeugsam vertritt.

So ist es ja dieser eigenständige Kurs und eine besondere Kombination an Neuerungswillen, den man auch heute bei uns - in Erinnerung an einen Großen unseres Landes, den „steirischen Prinzen“ Erzherzog Johann, - den „joanneischen Geist“ nennt, und eine großen Beharrlichkeit, ja Zähigkeit im Umsetzen, die man mit uns Steirern verbindet.

Daneben steht die Steiermark im Ruf, von einem besonderen „steirischen Klima“ geprägt zu sein, das vor allem Offenheit repräsentiert, einen Geist der Zusammenarbeit und der Verständigung über Grenzen hinweg.

Immer wieder haben wir uns um neue Öffnungen und Brückenschläge bemüht, um breite Integration, um permanente Erneuerung und auch um unkonventionelle Persönlichkeiten.

Nach dem 2. Weltkrieg hat man bei uns - aus dem Selbstverständnis einer großen steirischen Volks- und Integrationspartei heraus - die Versöhnung mit den Nationalliberalen gesucht. Später dann waren wir offen für die Mitarbeit der unkonventionellen Denker und Reformers der 68er-Bewegung. Das nach wie vor gültige Konzept einer ökosozialen Marktwirtschaft ging von der Steiermark aus, und mit einer Reihe parteiungebundener Persönlichkeiten und sogenannter „Quereinsteiger“ hat die Steirische Volkspartei immer auch sehr starke liberale Elemente aufgewiesen.

Besonders das Bildungshaus der Steirischen Volkspartei, die heutige Josef-Krainer-Akademie, und die Diskussionsforen und Projekte des „Modell Steiermark“ haben zu einer äußerst fruchtbaren und lebendigen Weiterentwicklung der Steirischen Volkspartei und darüber hinaus zu einer politischen Kultur beigetragen, welche von eben diesem besonderen „steirischen Klima“ geprägt ist.

Wir Steirer haben uns einen gewissen Pioniergeist, im besten Sinne des Wortes, bewahrt, der ja besagt, daß man im Vertrauen auf die eigene Tüchtigkeit und in vollem Bewußtsein eventueller Widrigkeiten und Strapazen bisher unbekannte Ufer sucht, oft auch als Wegbereiter für andere.

Das galt für die Zeit des Wiederaufbaus vor fünfzig Jahren, als die Menschen in diesem Land mit unvorstellbarer Energie, mit Fleiß und Zuversicht ans Werk gingen, die obersteirische Industrie in 16- und 18-Stunden-Schichten wieder aufgebaut wurde, die demontierten Betriebe mit ERP-Hilfe erneuert und die landwirtschaftlichen Ge-

biete in harter Arbeit unserer steirischen, insbesondere der noch in den letzten Kriegswochen unmittelbar betroffenen oststeirischen Bauern, wieder urbar gemacht wurden.

Unter der Führung meines Vaters als Landeshauptmann durch 23 Jahre hat die Steiermark von der bitteren Not der ersten Kriegszeit bis herauf in die pluralistische Wohlstandsgesellschaft eine kontinuierliche Entwicklung genommen.

An den Wiederaufbau schlossen sich dann lange Jahre des allgemeinen Wohlstandes, der Hochkonjunktur unter der Ägide eines beinahe bedingungslosen Fortschrittsglaubens, wenn es auch schon damals an ernststen Mahnern nicht gefehlt hat.

Und wieder waren die Steirer vorne mit dabei, als Vorreiter der Umweltbewegung, die zu Recht zu einem wesentlichen politischen Aufgabenfeld des ausgehenden 20. Jahrhunderts geworden ist. In unserer fortgeschrittenen sozialen Marktwirtschaft muß das Prinzip der Nachhaltigkeit zunehmend mehr mitgedacht und einbezogen werden.

Bei uns in der Steiermark war Grün schon immer mehr als eine Modefarbe und auch im symbolischen Sinne eine der Landesfarben unseres Heimatlandes: Die Steiermark ist ja auch das waldreichste Bundesland Österreichs und bekanntermaßen besonders reich an kostbaren Wasservorräten.

Mit Dipl.-Ing. Josef RIEGLER, dem Initiator der ökosozialen Marktwirtschaft, als erstem Umweltlandesrat Österreichs, mit dem ersten Landesenergieplan, dem ersten und bislang einzigen Bodenschutzprogramm Österreichs, mit den europaweit beispielhaften steirischen Selbstbauinitiativen für Sonnenenergie, mit der technisch aufwendigen und äußerst erfolgreichen Entschwefelung und Entstickung unserer Kraftwerke in Voitsberg und Mellach, mit der Mur- und Raabsanierung, mit ehrgeizigen und vor allem auch auf Punkt und Beistrich erfüllten Vorgaben in der Mülltrennung haben wir im Umweltbereich immer wieder Pionier-

leistungen erbracht. Auch in einer der wesentlichen umwelt- und wirtschaftspolitischen Fragen der heutigen Zeit, der stärkeren Ökologisierung des Steuersystems, die ja keine zusätzlichen Belastungen bringen, sondern eine größere Kostenwahrheit in der Nutzung von Ressourcen und Rohstoffen bewirken soll, gehen wichtige Impulse und Denksätze von unserem Bundesland aus.

Demokratiapolitische Meilensteine

In der Steiermark wurden demokratiapolitische Meilensteine gesetzt. Vor allem Prof. Wolfgang MANTL, der „styrifizierte“ Wiener und klassische österreichische Politik- und Staatswissenschaftler, hat wertvolle Impulse eingebracht – sowohl im geistigen Impetus, ich nenne das Stichwort „Schweizer Modell“, das bei uns bereits 1985 Thema eines Symposiums war, als auch in der politischen Umsetzung, etwa in Form des Landesrechnungshofgesetzes (1982) und des Volksrechtgesetzes (1987).

Sicher geht es nun um weitere demokratiapolitische Schritte auch hier in der Steiermark. Sehr gerne möchte ich mich auch als Landeshauptmann der Direktwahl durch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes stellen, weil ein stärker auf Persönlichkeiten ausgerichtete Wahlrecht allen Umfragen zufolge den Wünschen der kritischen und mündigen Wähler unserer Zeit entspricht.

Innerhalb der Steirischen Volkspartei gelten die österreichweit strengsten Unvereinbarkeitsbestimmungen, und lange vor der aktuellen Diskussion über die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern, nämlich bereits im März 1991, hat die steirische Landwirtschaftskammer eine Kammerurabstimmung abgehalten, deren Ergebnis – ein klares Votum für die Pflichtmitgliedschaft – erst im vorigen Jahr durch eine neuerliche Befragung eindrucksvoll bestätigt wurde.

Dennoch können wir – angesichts der Umwälzungen in der Parteienlandschaft und berechtigter Kritik der Menschen an man-

cherorts herrschenden Privilegien und Machtverfestigungen – nicht stehenbleiben. Über neue Verfassungsregeln zur Unvereinbarkeit, über einen Umbau des Kammer- und Verbändestaates, über zukünftige Formen der Zusammenarbeit und Möglichkeiten der Mehrheitsbildung wird daher sehr konkret, mit Verantwortungsgefühl und Weitblick nachzudenken sein.

Das „steirische Klima“ hat vieles möglich gemacht, auch in bezug auf die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an allen Bereichen des Lebens in der Steiermark. Ein wesentlicher Aspekt dabei ist die Repräsentanz von Frauen in politischen Gremien.

Es gab bei uns in der Steiermark mit Waltraud KLASNIC die erste Landeshauptmannstellvertreterin und die erste Wirtschaftslandesrätin eines Bundeslandes. Die Steirische Volkspartei stellt mittlerweile einige Bürgermeisterinnen, und erst im vergangenen Jahr fand in der Steiermark das erste Bürgermeisterinnen-Treffen im deutschsprachigen Raum statt, welches einem Erfahrungsaustausch spezieller Art diente und als besonders sympathisches Zeichen für die Stimmung im Land zu werten ist.

Steirisches Reformdenken befruchtet auch die österreichische Bildungslandschaft. Vom amtsführenden Präsidenten des Landeseschulrates für Steiermark, Prof. Bernd SCHILCHER, stammen Vorschläge zu einer Strukturreform des österreichischen Schulwesens, aber auch die Autonomie der Schulen und Möglichkeiten und Voraussetzungen für die Integration behinderter Kinder wurden bei uns in der Steiermark vorgedacht.

Die Steiermark ist nun schon seit Jahren Ort einer lebendigen Ökumene und eines konstruktiven Dialoges zwischen den Kirchen und Religionen. In Graz wurde das erste ökumenische Universitätsinstitut Österreichs gegründet. Auch für mich persönlich beeindruckend gestaltete sich der steirische Katholikentag 1981, der Papstbesuch in Mariazell 1983, aber auch die Fahrt nach Rom Ende 1993, als wir dem Heiligen Vater einen steirischen Weihnachtsbaum überbringen

konnten, oder auch die große gemeinsame Pilgerfahrt ins Heilige Land aus Anlaß des Weihejubiläums unseres Bischofs Johann WEBER im Oktober 1994.

Klima der Offenheit und Aufgeschlossenheit

Ein Klima der Offenheit und Aufgeschlossenheit, ein Traditionsbewußtsein, das seine bodenständigen Wurzeln nicht leugnet, vielmehr auf ihnen aufbaut, eben auch viel Raum für Neues läßt, ist eine Geisteshaltung, wie sie der große steirische Kulturpolitiker, Prof. Hanns KOREN, in besonderem Maße verkörpert hat, und wie sie in der Kulturpolitik dieses Bundeslandes auch heute deutlich wird.

Unser Kulturraum lebt aus der konstruktiven Spannung zwischen dem Bewahren einerseits, das – wie unzählige Beispiele für gelungene Revitalisierungen oder auch viele steirische Landesausstellungen belegen – nichts Verstaubtes an sich haben muß, und immer neuen Impulsen andererseits.

Deutlich wird das reiche Kulturspektrum unserer Steiermark in den Werken der international anerkannten „Grazer Schule der Architektur“, im „steirischen Herbst“, der „Styriarte“, dem „Forum Stadtpark“ und dem Literaturmagazin „Manuskripte“, die ja international renommierte „Aushängeschilder“ steirischer Kulturschaffens sind; in der neuen Volksmusik, im Jazz, im steirischen Musikschulwerk, in den Werken bedeutender neuer Bühnenautoren und vor allem auch in den vielen dezentralen Kulturinitiativen im ganzen Land.

Für Prof. Hanns KOREN war Heimat kein Fluchtpunkt vor der großen weiten Welt, sondern Gestaltungsauftrag. Tradition war für ihn nicht Endpunkt, sondern Anfangspunkt, um aus der Geschichte für die Gegenwart Bleibendes und Zukunftsweisendes zu schaffen.

Das gilt um so mehr in Zeiten des „Zeitenbruchs“ und des dynamischen Wandels, so wie unser Landesbewußtsein und unsere starke föderalistische Gesinnung ja nichts mit „Kantönl-Geist“ oder gar „Landes-Chauvinismus“ zu tun haben,

sondern immer auch das weitere Umfeld einbeziehen, offen und nach außen gerichtet sind.

Das Bekenntnis zum Bundesstaat, die Treue und die Verantwortung für das gemeinsame Vaterland und zugleich die Position der Eigenständigkeit und des lebendigen Prinzips der Dezentralisation haben bei uns eine lange Tradition. Es sind zwei Seiten derselben Medaille, die sich bereits in der Georgenberger Handfeste festgeschrieben fanden, welche 1192 den Zusammenschluß der beiden Herzogtümer Steiermark und Österreich zustande brachte.

Es ist eine Position, zu der wir uns in der Steiermark in diesem Jubiläumsjahr 1995 nach wie vor und aus Überzeugung bekennen, gerade auch vor dem neuen europäischen Hintergrund. Perspektiven und zukunftssichernde Konzepte werden auf diesem alten und sich nun neu formierenden Kontinent Europa, der ja nicht nur ein gemeinsamer Wirtschaftsraum ist, sondern auch ein Europa des Geistes, der Werte und der Kultur, nur in einer gut durchdachten und ständig aktualisierten Aufgabenteilung, einer Optimierung, nämlich zwischen kleinräumiger Identität und großräumiger Integration, bestehen können.

Vor allem heimische Künstler bemühen sich in letzter Zeit in diesem Sinne um eine emotionale Aufarbeitung des Begriffes „Heimat“.

In den Texten zeitgenössischer steirischer Schriftsteller (wie etwa Alois HERGOUTH oder Alfred KOLLERITSCH) oder Interpreten neuer Pop-Musik (wie etwa Gerd STEINBÄCKER mit seinem Steiermark-Lied) ist der Begriff „Heimat“ jenseits des Sentimentalen angesiedelt, und jenseits nach wie vor existierender dunkler Assoziationen. Solche Texte tragen wesentlich dazu bei, daß Heimat und unsere Verbundenheit mit ihr eine neue Bedeutung erlangt, welche die Empfindung der Menschen trifft und in dieser Zeit internationaler Vernetzungen und globaler Verantwortlichkeiten die große Welt und die weitere Perspektive nicht ausschließt.

Die Steiermark, das ist in diesem Jahr 1995 Heimat für seine rund 1,2 Millionen Einwohner und für viele, die sich darüberhinaus der Steiermark innig verbunden fühlen, als Steirer im Ausland und „Herzenssteirer“ in aller Welt.

Ein materiell reiches Land war die Steiermark nie. Das entspricht nicht ihrem jahrhundertlangen Grenzlandschicksal. Reich war sie aber immer an Begabungen und Ideen. Die hervorragende Vertreterinnen und Vertreter der Steiermark sind in die Welt hinausgezogen und haben dort Großes geleistet. Viele von ihnen sind auch im Ausland als Steirer bekannt, wie die weltberühmten Dirigenten Karl BÖHM oder Nikolaus HARNONCOURT, der großartige Schauspieler Klaus Maria BRANDAUER oder der Mega-Star des internationalen Filmbusiness, Arnold SCHWARZENEGGER, um nur einige zu nennen.

Auch steirische Sportler der Spitzenklasse aus verschiedensten Disziplinen - vom Wintersport bis zum Wassersport, vom Eistockschießen bis zum Ballonfahren - sind eindrucksvolle und überzeugende Werbeträger für unser Bundesland in aller Welt.

Standort Steiermark

Standort Steiermark, das bedeutet heute auch die Qualität eines Freizeitlandes, das von seiner großen landschaftlichen Schönheit und seinem früh bewiesenen konkreten Umweltbewußtsein profitiert.

Die obersteirischen Wintersportzentren der Dachstein-Tauern-Region genießen als Austragungsorte bedeutender Wettbewerbe Weltruf. Aber auch die „Sommerfrische“, die neuerdings als Slogan der österreichischen Tourismuswerbung dient, hat bei uns Tradition, im Ausseerland und in anderen Teilen der Steiermark. „Sanfter Tourismus“ ist bei uns mehr als ein Schlagwort, und nicht zuletzt aufgrund der eher behutsamen touristischen Erschließung ist die Steiermark heute als Ausgangspunkt für Ski- und Bergtouren, für Wande-

rungen und Radausflüge besonders attraktiv und gefragt.

Als große Leistung der letzten Jahre und als ein Beispiel einer Investition mit Folgewirkungen für die gesamte Region stellt sich die Entwicklung und der Ausbau der steirischen Thermenlinie dar. Der so aktuelle Gesundheits- und Fitnesstrend läßt eine weitere Aufwärtsentwicklung erwarten.

Zwar kann Tourismus nicht das Allheilmittel für Regionen mit Strukturproblemen sein, bei behutsamer Planung kann der Fremdenverkehr jedoch zu einer Erneuerung von innen und auch zur Vertiefung der regionalen Eigenart beitragen.

So ist auch die steirische Gastlichkeit ein Qualitätsmerkmal, und man assoziiert weit über die Landesgrenzen hinaus unser Bundesland mit seinen vielen kulinarischen Besonderheiten und steirischen „Schmankerln“. Beliebt bei Gästen aus dem In- und Ausland sind auch das unverwechselbare südsteirische Weinland, die Äpfel-, Schlösser-, Eisen- und Holzstraße und vieles mehr.

Es ist völlig unbestritten, daß die Landwirtschaft wesentlich zur Identität des Landes beiträgt. Neben der Lebensmittelproduktion übernehmen unsere Bauern eine Reihe von wichtigen Aufgaben für die Gesellschaft, welche von der Landschaftspflege über den Umweltschutz bis hin zu wesentlichen Beiträgen zum Gemeinschaftsleben und zur sozialen Umwelt reichen und in ihrer Gesamtheit für die Erhaltung einer attraktiven und lebendigen Kulturlandschaft unabdingbar sind.

Nicht aus Tradition allein, sondern vielmehr in Anerkennung dieser auch in Zukunft so nötigen Beiträge unserer Bauern für die Steiermark, habe ich mich auch vehement dafür eingesetzt, daß die Nachteile, die viele in der Landwirtschaft Tätige durch die Entwicklung der Weltmarktpreise, aber auch durch unseren Beitritt zur Europäischen Union zu erwarten haben, von allen solidarisch getragen und bestmöglich ausgeglichen werden, und ich weiß mich darin

auch einig mit unserem ideenreichen Agrar- und Umweltlandesrat Erich PÖTL.

Die Lebensqualität eines Standortes beeinflusst ja zunehmend auch Wirtschaftsentscheidungen über mögliche Betriebsansiedlungen und Investitionen.

In der modernen Informationsgesellschaft können sich verkehrstechnische Bedingungen relativieren, während kommunikationstechnische Grundlagen, Anschlüsse an Datennetze und internationale Know-how und vor allem auch die Qualität der Umwelt, der Bildungsmöglichkeiten und Freizeitangebote einer Region sich immer mehr als wesentliche Kriterien für einen Wirtschaftsstandort herauskristallisieren.

Standort Steiermark, das hat auch etwas mit positiver Grundhaltung, mit Zukunftsoptimismus und Tatkraft zu tun.

Mit der Zukunftsvision Olympia, mit der Austragung der Davis-Cup-Begegnung in der Schwarzhalle in Unterpremstätten 1994 und mit der Wiederbelebung des Österreicher-Ringes, vorerst als Veranstaltungsort vielbeachteter Pop-Konzerte, hat der dynamische Landesrat Dr. Gerhard HIRSCHMANN in den letzten Monaten kraftvoll bewiesen, daß wir positive Vorstellungen für die Zukunft unseres Bundeslandes haben, die es gemeinsam zu verwirklichen gilt.

Verantwortungsvolle Politik erweist sich ja nicht in Schlagzeilen und nicht in lautstark geäußerten Meinungen und Forderungen, sondern in der Alltagspraxis der Arbeit für unsere Steiermark. Ankündigungen, große Worte, leere Versprechungen sind heute mehr denn je fehl am Platz. Sie werden das Vertrauen der Menschen in die Politik sicherlich nicht fördern, es dort, wo es verlorengegangen ist, nicht zurückgewinnen können.

Beim Versuch einer Standortbestimmung im Zeitenbruch kann es daher keine einfachen, vorschneidenden Antworten, keine Patentrezepte, keine Schwarz-Weiß-Zeichnungen geben. Aber vieles kann ausgelotet und in die richtige

Bahn gebracht werden. Nach meinem Verständnis muß es Maxime unserer Arbeit für dieses Land sein, im positiven Wettstreit um die besten Lösungen zu ringen. Gefragt sind dabei Kompetenz und ein ausgeprägtes Verantwortungsbewußtsein, Wahrhaftigkeit gegenüber den Notwendigkeiten der Zeit.

Denn auch heute, 50 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges, gilt es, die großen Herausforderungen der Zukunft klar zu sehen und beherzt anzugehen.

Die soziale und politische Stabilität der Steiermark und Österreichs hat mit zu unserer starken Position in einem dynamischen Umfeld beigetragen. Diese positiven Elemente und die starke Verankerung der demokratischen und rechtsstaatlichen Gesinnung in der Bevölkerung gilt es, im gemeinsamen Bemühen stets zu erhalten und weiter zu festigen.

Es geht uns in Zukunft in der Steiermark auch darum, die Strahlkraft des Wirtschaftsraumes Steiermark, die Attraktivität unseres Standortes zu betonen und weiter auszubauen. An der EU-Außengrenze gelegen, hat unser Bundesland die Chance, zum international bedeutenden, dynamischen Handels-, Finanz- und Wirtschaftszentrum im Südosten Europas zu werden.

Internationalisierung und weitere Strukturerneuerung sind die großen wirtschaftspolitischen Aufgaben der Zukunft. Sie setzen eine maßgeschneiderte Regionalpolitik voraus, die bestmögliche Förderung der endogenen Entwicklungskräfte der steirischen Regionen, eine verstärkte Vernetzung der Unternehmungen innerhalb der Regionen und der Regionen untereinander.

Neue gesellschaftspolitische Prioritäten

Das Schlagwort vom Wertewandel und die zunehmende Individualisierung der Menschen erfordern auch neue Prioritäten und Weichenstellungen in gesellschaftspolitischen Fragen.

Stärker als in anderen Bundesländern wird sich Prognosen zu-

folge die demographische Entwicklung auf die Steiermark auswirken. Den alten Menschen in diesem Land, ihren Bedürfnissen und Erfahrungen gleichermaßen, wird unser besonderes Augenmerk gelten müssen. Wie selbstverständlich außer Zweifel steht, daß wir die jungen Menschen in diesem Land brauchen, als Mitdenkende und als Mitgestaltende, vor allem auch, weil ohne sie die Gefahr besteht, daß Politik zu sehr den heutigen Problemen verhaftet bleibt, während längst Entscheidungen für morgen und übermorgen getroffen werden müssen.

Verantwortung wird ja immer mehr zum Schlüsselwort in der Beschreibung des gesamtgesellschaftlichen Klimas. Nicht Anspruchsdenken und Bindungslosigkeit dürfen die Leitlinien des gesellschaftlichen Zusammenlebens sein, sondern eine stärkere Orientierung am Gemeinwohl. Auch die sozial Schwachen und Bedürftigen dürfen nicht in „kalten Zwischenräumen“ - wie Helmut SCHÜLLER es genannt hat - vergessen werden, sondern müssen mit hereingenommen werden in das lebendige, an Werten und gegenseitigem Respekt orientierte Zusammenleben der Menschen in unserem Land.

An einer geopolitisch bedeutsamen Nahtstelle im Südosten Europas gelegen, ausgezeichnet durch die Vielfalt und Schönheit ihrer Landschaften und bewohnt vor allem auch von einem besonderen Menschenschlag, welcher traditionell ein weites Spektrum - von streng konservativen, bodenständigen, bis hin zu avantgardistisch und weltmännisch geschliffenen Charakteren - umfaßt, ist die Steiermark in diesem Jahr 1995 ein Standort, der für die Komplexität der Zukunft gut gerüstet ist.

Mehr denn je ergibt sich für uns auch der programmatische Auftrag, die Herausforderungen von Zeit und Welt in diesem historischen Raum anzunehmen und in einem Klima der Verbundenheit mit Land und Leuten einerseits und selbstbewusster Weltoffenheit andererseits aktiv, friedlich und zukunftsorientiert zu gestalten.

POLITIK SEIT 1945 IM WANDEL

Veränderungen, Umbrüche, Konstanten, Perspektiven in Demokratie, politischem System und Parteienlandschaft

WOLFGANG MANTL

I. Ein sich wandelndes Österreich in zwei Republiken

Das „Glück“ der Zweiten Republik liegt nicht zuletzt darin, daß sie es verstand, Lehren aus dem Scheitern der Ersten Republik zu ziehen. Vor allem ist dies ein schmerzlich errungener Fundamentalkonsens, der die vergangenen 50 Jahre getragen hat, begründet in der Ursprungssituation dieses Landes von 1945, mit den beiden Legitimitätsgrundlagen, der *Verwerfung des Nationalsozialismus* (Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945) und des *Kommunismus* (erste Nationalratswahlen am 25. November 1945). Es kam also zu einem Einschwenken des historischen Pendels auf die mittlere Linie eines gegen rechte wie linke Extreme gewandten *Anti-Totalitarismus*. Freilich müssen wir uns im klaren sein, daß nicht der *Kommunismus*, sondern der *Nationalsozialismus* unser „hausgemachtes“ Problem, unsere bodenständige historische Last ist. Das Jahr 1955 vermochte dann mit *Staatsvertrag* und *Neutralität* diesen Fundamentalkonsens auch in bis dorthin abseits stehende Gruppierungen der ehemaligen Deutsch-Nationalen und Nationalsozialisten hineinzufragen.

Dieser Fundamentalkonsens hatte eine ganz wesentliche, heute oft unterschätzte, weil bereits als selbstverständlich betrachtete Konsequenz: den Ausschluß der *physischen Gewalt* als Mittel der Innenpolitik. Ständige Kampfbereitschaft von Bürgerkriegsarmeen machten ja die Erste Republik zu unserem „Unglück“. Gerade deshalb ist höchste Wachsamkeit des demokratischen Rechtsstaates, seiner Behörden und Bürger geboten, wenn

dieser Gewaltverzicht extremistisch in Frage gestellt wird (Briefbomben, mörderische Terroranschläge).

Die positive Entwicklung der Zweiten Republik, das, was wir den „*Wiederaufbau*“ nennen, war in Wahrheit das Finden eines neuen, in der bisherigen Geschichte nicht gekannten *Wohlstandes*, dessen Vorhandensein eine beruhigende Wirkung hatte, jenes „gemäßigte Klima“ erzeugte, das erst in den letzten Jahren in wachsender Kritik als kultureller Mangel empfunden wurde, weil es angeblich emotionell karg, zu wenig kreativ und ohne entschlossene Kontur sei. Die Zweite Republik ist eine Republik der Nüchternheit, des Augenmaßes, des Aushandelns und des Kompromisses - mit dem Ingenieur, dem Betriebswirt, dem Juristen und nicht dem funkelnden Intellektuellen als Zentralfigur. Die Sehnsucht nach diesen üppigen Farben der Innovation und Kreativität erklärt ja auch die Begeisterung für die Wiener Jahrhundertwende seit etwa einem Jahrzehnt.

Es ist begrifflich, daß diese Entwicklung sich auch als eine *relative Entideologisierung* der politischen und weltanschaulichen Gruppen darstellen läßt, die gemeinhin als deren „*Liberalisierung*“ bezeichnet wird. Die Lager und Milieus lösten sich auf, der entliberalisierende Rückzug in Katakomben oder ein ebenso entliberalisierender Aufbruch zu Kreuzzügen wurde zu einer Option, die nicht mehrheitsfähig ist.

Im größeren Kontext läßt sich der Wandel von der Ersten zur Zweiten Republik und bis in die Gegenwart hinein auch als eine „*Verwestlichung*“ deuten. Pluralität und Toleranz, Vertrauen in die produktive Kraft der Vernunft, Kennzeichen der Aufklärungswelt Englands, Schottlands und der Nieder-

lande seit der frühen Neuzeit, erreichten auch Österreich, diesen so lang in sich und seinen Traditionen ruhenden Staat und seine Gesellschaft.

Die *Neutralität* bremste diese Entwicklung und fixierte Österreich auf seine Mittellage zwischen den damaligen Blöcken in Ost und West. Es gab aber stets dezidierte „*Westler*“. Der jüngst verstorbene Außenminister Karl GRUBER ist hier zu nennen, aber auch viele Naturwissenschaftler, Techniker, Mediziner an den Universitäten und zumal in der Steuermark eine Politik der Westorientierung, wie sie bei aller guten Nachbarschaftspolitik stets ein prioritäres Anliegen von Josef KRÄINER sen. war. Es ist gerade auch die steirische *Kulturpolitik* eines Hanns KOREN gewesen, die erkannte, daß diese politische und wirtschaftliche Westorientierung durchaus mit einer kulturellen Mitteleuropaidee kompatibel ist. Die Diskussion um einen Beitritt zur EG in Österreich seit 1987, der Beitrittsantrag 1989 und der schließlich 1994 vollzogene Beitritt zur EU brachten wieder einen neuen Vorstoß nach Westen.

Wenn man in der Staatsbürgerkunde und im Verfassungsrecht lernt, daß die leitenden Grundsätze der österreichischen Bundesverfassung *Demokratie, Bundesstaat* und *Rechtsstaat* sind, so ist dies durchaus richtig, muß jedoch in sozialwissenschaftlicher Hinsicht durch die Feststellung ergänzt werden, daß Österreich ein ausgeprägter *Verwaltungsstaat* und ein Schulbeispiel eines *Parteien- und Verbände*staates ist, verbunden mit einer weitgehenden Durchdringung auch der Gesellschaft durch die Parteien und Verbände. Eine Folge dieser *Penetrationsvorgänge* war auch - bei Korruptionen unverhüllt zutagetretend -, daß parteipoliti-

sche Partikularität mit verfestigter Gruppenmoral allzu leicht, unter Verdrängung des mühsamen Prozesses pluralistischer Konfliktaustragung und Kompromißfindung, mit dem Allgemeininteresse gleichgesetzt wurde. Kartellbildung der Großkräfte konnte die Durchsetzung der beteiligten Partikularinteressen maximieren. Aber diese Kritikpunkte aus heutiger Sicht sollen die Leistungen der Parteien und Verbände in der Zweiten Republik nicht weggleugen.

Wenn hier immer wieder von *Parteien* die Rede ist, so waren damit im Guten wie im Schlechten durch 40 Jahre hindurch immer die *Großparteien vom Volksparteitypus*, also schichtenübergreifende, soziale Integrationsparteien, gemeint, die heute bereits fast überall unter der 40 % - ja die ÖVP unter der 30 % Marke im Bund liegen. Ihre wichtigsten *Rechtfertigungsgründe*, die heute immer weniger überzeugen, waren und sind: Garantie der Kontinuität und Konsistenz des politischen Handelns, verantwortungsethische Robustheit, ein umfassendes Leistungsangebot an Programmatik, Personal und Praxis, gespeist aus Binnenkomplexität (Bünde, Teilorganisationen etc.), Repräsentation der sozial Schwachen und Anwaltschaft für die Allgemeinheit und Gleichheit der politischen Berechtigung.

Neben der starken Durchdringung von Staat und Gesellschaft durch die Parteien und Verbände, samt deren eigentümlichem Interaktionsmodell, der *Sozialpartnerschaft*, waren durch 40 Jahre hindurch *Charakteristika* der Zweiten Republik:

1. innerer Friede, soziale Sicherheit und wirtschaftliche Prosperität;
2. ein großer öffentlicher Wirtschaftssektor mit akkumulierter Macht, aber oft nur situationsbestimmter Arbeitsteilung und Organisation (Defizit an klaren Aufgabendefinitionen und Verantwortlichkeiten);
3. Wirtschaftsinterventionen des Staates, Transfers und Subventionen;
4. Bereitstellung von Infrastrukturen und Dienstleistungen durch die öffentliche Hand;

5. Steigende Urbanisierung, verbunden mit wachsendem Föderalismus und selbstbewußten Landeshauptstädten, ja Bezirksstädten;
6. hohe Regeldichte (Normenflut in einem ausgebauten bürokratisierten Rechtsstaat);
7. hohe Staatsquote, gemessen an der Steuerbelastung des Bruttoinlandsproduktes (besonders intensive Ausweitung der vier großen „A“ der Moderne: Aufgaben, Abgaben, Ausgaben und Apparat des Staates).

II. Eine dramatisch veränderte Parteienlandschaft

In Österreich wurde seit Mitte der achtziger Jahre das *Selbst-* und das *Fremdbild* dieses Landes brüchig, griffen *Selbstzweifel* auf der einen Seite und ein *Austrochauvinismus* in den dumpfen Farben der Abschottung und Fremdenabwehr auf der anderen Seite um sich, jedenfalls wuchsen *Parteienkritik* und *Parteienverdrossenheit*. Mag es auch manch modische Begleitmusik aus dem Kartell der Geschwätzigkeit geben, so dürfte doch immer klarer werden, daß es sich nicht nur um eine Konjunkturkrise, sondern auch um eine Strukturkrise der Parteien, zumal der sozialen Integrationsparteien vom Volksparteitypus, handelt.

Im Laufe der Jahre entfernten gerade sie sich immer mehr vom *Gründungsideal*, „vitale Freiwilligenorganisationen“ zu sein, wie der 1994 verstorbene deutsche Politikwissenschaftler Peter HAUNGS gelegentlich bemerkte. Professionelle Politik erschien immer mehr als grau, schal, verfilzt, uninteressant. Eine „*Steckdosenmentalität*“ setzt elektrische Energie wie politische Leistung als selbstverständlich voraus. Der *Regierungsbonus* von gestern wird heute zum *Regierungsmalus*, man sieht dies auch bei vielen grundsoliden Bürgermeistern. Wenn etwas nicht funktioniert, wird es tadelnd als Leistungsschwäche eingemahnt. Die *Erfolge* werden nicht gelobt, schon gar nicht bedankt. Das *kritische Potential* in der Öffentlichkeit ist in den vergangenen 30 Jahren größer ge-

worden, ohne daß dies immer auf Bildung und Aufklärung zurückgeführt werden darf. Jedenfalls gilt die Feststellung Peter Graf KIELMANSEGGs: „Die Offenheit der Welt, die für die Moderne konstitutiv ist, bürdet politischen Ordnungen eine Rechtfertigungslast auf, die allen vormodernem Epochen unbekannt gewesen ist.“

Die bisherigen Eigentümlichkeiten des österreichischen Parteiensystems mit seiner starken *Penetration* von Staat und Gesellschaft und der *Dominanz* von zwei Großparteien (SPÖ und ÖVP) verblasen, bröckeln ab, freilich mit regionalen Unterschieden. Beide Parteien haben bei der letzten Nationalratswahl am 9. Oktober 1994 ihr schlechtestes Ergebnis in der Geschichte beider Republiken erreicht: SPÖ 34,92 % und ÖVP 27,67 %. Die Freiheitlichen erreichten mit 22,5 % ein Ergebnis, das ihre Vorgängerparteien niemals in einer der beiden Republiken erreichten.

Die für Österreich durch Jahrzehnte typische *hohe Organisationsdichte*, das heißt, daß viele Wähler einer Partei auch Mitglieder dieser Partei sind, ist ebenso rückläufig wie die *hohe Konzentration* der Stimmen und Mandate auf zwei Parteien. Sie sank von 93,3 % bei der Nationalratswahl 1975 auf 74,9 % im Jahre 1990, um 1994 bezüglich der gültig abgegebenen Stimmen bei 62,59 % und bezüglich der Wahlberechtigten gar nur bei 50,23 % zu stehen. Dazu kommt die Zunahme der Wahlenthaltungen, der Wechselwähler, der bis knapp vor der Wahl Unentschlossenen („late deciders“).

Genährt von der Skepsis gegen *Großorganisationen* überhaupt (Staat, Kirche, Verbände, Massenuniversität), von Protesthaltung, Denktzettelmentalität und Ohnmachtsgefühl, ging die emotionell dauerhafte Parteibindung (Stammwählerstock) drastisch zurück („dealignment“), ohne - trotz mancher Phraseologie („Dritte Republik“) - zu einer stabilen Neukonstellation („realignment“) zu führen. Das Parteiensystem begann sich seit Mitte der achtziger Jahre zu pluralisieren. Rufe nach Entstaatlichung, Entpolitisierung, Entpartei-

lichung, lassen Parteipolitik „exzentrisch“ für heutige lebensweltliche Präferenzen erscheinen. Man hofft, sein Leben in Beruf, Wohnung, Umwelt und Freizeit ohne Parteien gestalten zu können. Glaubwürdigkeitsverluste durch Korruption, Parteibuchwirtschaft, Vorteilsnahme, Verschwendung, Stilbrüche und Effizienzschwäche liefern grelle Verstärkereffekte dieser Entwicklung. Um dieser parteienkritischen und parteienverdrossenen Gestimmtheit zu entgegen, sind die Parteien oft zu „Selbstdistanzierung und Selbstverleugnung“ gezwungen, wie Anton PELINKA dies einmal genannt hat.

Die Dramatik des Umbruchs wird uns nicht nur durch schwere Erschütterungen, wie die Fieberstöße Italiens, vor Augen geführt, sondern auch durch die unerwartete Tatsache, daß in Österreich Parteimitglieder, ja sogar Parteifunktionäre in beträchtlicher Zahl die eigene Partei nicht mehr wählen, in offenen Erklärungen sich von ihrer Partei distanzieren oder den Parteiwahlwechsel ankündigen - selbst bei der Sozialdemokratie, deren sprichwörtliche Geschlossenheit auch bereits der Vergangenheit angehört. So findet die uns schon vertraute *Parteienkritik von außen* (durch konkurrierende Parteien, aber auch durch Wissenschaft und Medien) jetzt auch ihre erstaunliche Entsprechung in einer *Parteienkritik von innen*.

Die wachsende Unrast und die Schwierigkeit, Entscheidungen zu treffen, also zu regieren, ist nicht nur Wasser auf die Mühlen derjenigen, die in diskursarmer populistischer Rhetorik simple Heilswege anbieten, sondern veranlaßt auch Intellektuelle, die in den vergangenen Jahren sich begreiflicherweise besonders erfreut über die Verlebendigung und Pluralisierung des politischen Prozesses in Österreich zeigten, zu einem *nachdenklichen Innehalten*, zumal sie oft nicht damit rechneten, daß die Veränderung auch die Sozialdemokratie mit gleicher Wucht treffen würde wie etwa die ÖVP. Viele dürften gehofft haben, daß die österreichische Parteienpluralisierung gleichsam „*schwedisch*“ verläuft, das

heißt, daß es mehrere Parteien auf einem mittleren Niveau gibt, denen eine große Sozialdemokratie gegenübersteht, die sich jeweils Koalitionspartner aussuchen kann. Derzeit schaut es aber eher so aus, als ob die österreichische Entwicklung „*schweizerisch*“ verlief, das heißt, daß alle Parteien auf einem mittleren Niveau zwischen 20 und 30 % der Stimmen und Mandate einpendeln. So ist es bemerkenswert, daß der kritische Politikwissenschaftler Anton PELINKA nunmehr geradezu besorgt und bedauernd notiert: „Es gibt viele Gründe für die Annahme, daß die europäischen Demokratien derach so entideologisierten catch-all-Partei, der Volkspartei, als Parteitypus noch einmal nachweinen werden.“

III. Die Tiefenschicht der gegenwärtigen politischen Krise

Skeptisches und vernünftiges Fragen muß freilich von der Oberflächenschicht der empirischen Daten zur Tiefenschicht der gegenwärtigen Veränderungen vorstoßen, das heißt in das Reich der *politischen Kultur*, der Werte, Gefühle, Interessen und Haltungen gegenüber der Politik vor und hinter den Normen, Institutionen und äußeren Ereignissen. *Vier Phänomene* sind hierbei in einer idealtypisch verdichteten *Zeitgeistanalyse* auf dem Fleckerlteppich vielfältiger Inhomogenitäten wahrzunehmen:

1. *Politische Säkularisierung*: Die Menschen erwarten nicht mehr von den Parteien und Verbänden die Lösung all ihrer Probleme. Diese *Ernüchterung* wird als *Enttäuschung* erlebt, da es gerade die österreichischen Parteien und Verbände waren, die sich in der Wiederaufbauzeit als „*Gemeinwohlgenuss*“ bewährten und begreiflicherweise auch als solche propagandistisch darstellten.

2. *Medialisierung*: Den Medien, darunter vor allem dem Fernsehen und anderen elektronischen Medien, kommt eine *ungeheure Bedeutung* nicht nur bei der Themensetzung und der Verstärkung vorhandener politischer Positionen,

sondern auch bei der Veränderung politischer Haltungen zu. Die Lebhaftigkeit und Leibhaftigkeit des bewegten Bildes in jeder Wohnung hat nicht nur bewirkt, daß wir uns alle in den vergangenen Jahrzehnten daran gewöhnten, eine Stunde weniger täglich zu schlafen, sondern hat auch dazu geführt, daß es zu einem Wirkungsverlust der farblosen Solidität kommt, daß Politik noch stärker personalisiert, emotionalisiert und mit symbolischen Gehalten aufgeladen wird. Die Bedeutung des Fernsehens läßt sich sehr schön an der Wirkung der im Herbst 1994 vor der Nationalratswahl durchgeführten „*Runden Tische*“ erkennen, die an elf Spätabendterminen in nur drei Wochen jeweils 300.000 bis 650.000 Zuseher erfaßten und bei denen eindeutig Oppositionspolitiker (Jörg Haider, aber auch Madeleine Petrovic und Heide Schmidt) als Sieger hervorgingen. Gerade Sachpolitik hat es schwer, sich hier zu präsentieren, und in Zukunft wird diese Form von Politik auch die kommunale Ebene mitbestimmen.

3. *Individualisierung der Lebenswelt*: Mehr Menschen denn je haben ein neues *Selbstbewußtsein der Freiheit* und mehr *konkrete Freiheit* denn je gefunden. Daß dies auch mit *Entsolidarisierung* und *Bindungsverlust* verbunden ist, wird im stolzen Gefühl einer neuen Souveränität, wie in einem Flugzeug hoch über der Erde, nicht erlebt.

4. *Pluralisierung*: Die Individualisierung der lebensweltlichen Entwürfe hat auch eine Zunahme der Gruppen, Klubs und Parteien zur Folge, ebenso eine Zunahme von Einzelthemen, Stimmungen und Gefühlen.

Staat, Kirche, Parteien und Verbände stehen dem starken *Individualisierungs- und Pluralisierungstrend* in Religion, Politik, Arbeit, Wirtschaft und Alltagsverhalten ziemlich ratlos gegenüber, einem Trend, der gemeinsames Handeln zumal in Krisensituationen immer schwieriger macht.

Es leuchtet ohneweiters ein, daß die erwähnten *Phänomene* der politischen Säkularisierung, Medialisierung, Individualisierung und Pluralisierung ein kompaktes Par-

teien- und Verbändesystem, wie es das österreichische der Zweiten Republik durch Jahrzehnte war, stark beeinflussen, namentlich in einem Regime des *Verhältnismehrheitswahlrechts* wie bei uns in Österreich. Besonders betroffen sind die „Großen“, also die sozialen Integrationsparteien vom *Volkspartei*-typus, wie SPÖ und ÖVP, die zu immer neuen Themen- und Personalangeboten gedrängt werden, wollen sie ihrer Schrumpfung nicht tatenlos entgegenkommen, aber auch die *Großverbände*, mögen sie nun als Körperschaften öffentlichen Rechts (Kammern) oder als Verein (wie der ÖGB) organisiert sein, und schließlich, wenn auch nicht durch Wahlvorgänge herausgefordert, die *katholische Kirche*.

IV. Szenarien der neunziger Jahre

Auch wenn es aus ungeliebtem Mund kommt, hat es schon seine Richtigkeit, daß die nächsten Jahre *Schicksalsjahre* der Zweiten Republik und ihrer Parteien und Verbände sein werden. Es wird sich *vielen verändern*: Absolute Mehrheiten werden, abgesehen von regionalen Besonderheiten, zur seltenen Ausnahme. Ja, es liegt das Überraschende darin, daß der Zusammenhalt der politischen Lager in Österreich die Sprengkraft des Verhältniswahlrechts so lang, nämlich von 1919 bis 1986, „zurückstauen“ konnte. Die sozialen Integrationsparteien vom *Volkspartei*-typus schrumpfen und pendeln sich - auch wieder mit regionalen Unterschieden - zwischen 20 % und 35 % ein. Die alten Eigenschaften des österreichischen Parteiensystems, Ämterpatronage und Protektion, gehen im Gefolge der eben skizzierten Veränderungen zurück, Wähler- und Klubparteien werden die alten Mitgliederparteien ablösen. Die Medien, aber auch die Verwaltung und selbstbewußte konsistente Kleingruppen gewinnen komplementär zum Abstieg der bisher „Großen“ an Einfluß. Im ganzen wird Politik schwieriger, die Artikulation und die Abstimmung der Interessen mühsamer, die Regierungsbildung und die Budgeter-

stellung - wie wir ja im Winter 1994/95 gerade erlebt haben - langwieriger.

Parteien und Verbände - oder was sonst? Bürgerinitiativen, Medien, Wissenschaft und Künstler können kein permanenter Ersatz für Parteien und Verbände sein. Die Armee in dieser Rolle ist zumindest in unseren Breiten obsolet. In freilich postmoderner und vordemokratischer Form könnte nur die Verwaltung mit ihrem bürokratischen Personal die erforderliche Leistung zustande bringen, wie das ja derzeit auch beim Prozeß der europäischen Integration noch weitgehend der Fall ist.

Die *Volksparteien* suchen in der *Personalisierung* ein Hilfsmittel gegen ihre Schwächung, da die stützenden alten roten und schwarzen Milieus sowie die tradierten Werte und Bindungen verschwinden. Aber auch die Medienwirksamkeit, namentlich die „Logik des Fernsehens“, wirkt - wie schon gesagt - personalisierend auf den politischen Prozeß ein und honoriert medienwirksame Personen. Spannungen zwischen Stamm- und Wechselwählern können nur durch integrierende Persönlichkeiten entschärft, Wertkonflikte nur so in praktischer Konkordanz überbrückt werden. Die Skepsis gegen den diskursfeindlichen Populismus sollte uns nicht den Blick für die Wichtigkeit der Persönlichkeit auch im differenzierten demokratischen Politikprozeß verdunkeln. Ohne eine maßvolle Dosis charismatischer Legitimation kommt auch die rechtsstaatliche Demokratie mit ihren rationalen Verfahrensformen nicht aus. Die Konzentration der gegenwärtigen Demokratiedebatte auf die Personalisierung des Wahlrechts, von der Vorwahl der Kandidaten bis zur Direktwahl von Amtsträgern - schon weit fortgeschritten bei den Bürgermeistern - bestätigt diesen Trend zur deutlichen Akzentuierung der Politikerpersönlichkeit.

Die Geschichte der Demokratie und der Parteien fand in den letzten 200 Jahren stets in Wahlrechtsfragen ihren Brennpunkt. Übrigens liegt in der Direktwahldiskussion so etwas wie ein Ersatz

für die in Österreich fehlende Diskussion um ein Mehrheitswahlrecht.

Immer wieder umkreist die Reformdiskussion das Problem der *Imagegewinnung* in den Medien. Der Sozialforscher Ernst GEHMACHER notierte nach der letzten Nationalratswahl: „Die in der Demokratie so wichtige Meinungsbildung kann nur in einem kombinierten Einsatz aller Kommunikationsmöglichkeiten optimiert werden, in einem umfassenden und kontinuierlichen Politik-Marketing, das Nachbarschaften und Betriebe genauso einschließt wie Kunst und Medien.“

Es ist Zeit für eine Modernisierung und Neustabilisierung des Gesamtzustandes und der Rahmenbedingungen, wobei Stabilisierung nur in einem *dynamischen Flußmodell* vorstellbar ist. Die Parteien müssen sich eine umfassende *Qualifikationsoffensive* verschreiben und Glaubwürdigkeitsdefizite kraftvoll bekämpfen. Hier gilt es, auch Kontur zu finden, die nicht allein in dem zu suchen ist, was ich den *linkstliberalen* Hauptstrom nenne. Ich bin der Überzeugung, daß wir auch ein Defizit an weltoffenem *Liberal-Konservatismus* haben, wie er im Westen etwa von Edmund BURKE und Alexis de TOCQUEVILLE verkörpert wurde und der in den großen Phasen steirischer Nachkriegsgeschichte durch Josef Krainer sen. und Hanns Koren nach keineswegs leichten Anfängen präsentiert und repräsentiert wurde. Dieser Liberal-Konservatismus umfaßt regionale Authentizität, das „Stehen im Land“, die grundsätzliche Anständigkeit. Das heißt, daß es auch um das geht, was inzwischen als alpenländischer Konservatismus weitgehend von den Freiheitlichen besetzt wurde.

Ich will hier keine Einzelthemen der *Reform* zur Diskussion stellen, die umfangreich und im Detail sehr schwierig sind, aber ich kann mir durchaus eine *Senkung des Wahlalters* auf 16 Jahre, nicht zuletzt als Entsprechung für die starke Zunahme älterer Wähler vorstellen. Bei der Jugend sind alle Parteien in Österreich bereits gleich groß, anders als in der Bundesrepublik Deutschland, wo die CDU bei allen Altersgruppen, außer den

25 - 34jährigen, vorne liegt. Die *Direktwahl der Bürgermeister* wird sich über die einzelnen Bundesländer ausdehnen (schon verwirklicht in Burgenland, Kärnten, Salzburg und Tirol). Außerdem kann ich mir schwer vorstellen, daß sich der Parteienproporz bei den *kollegialen Schulbehörden* des Bundes - ohnehin erst 1962 auf dem Höhepunkt des Proporzdenkens in der Bundesverfassung eingefügt - weiter halten kann. Ich glaube im Gegenzug zu zeitgeistigen Gemeinplätzen, daß die *Parteiorganisationen* in ihrem Kern zu straffen sind, hier wird vieles durch allgemeine Sprüche zugedeckt. Was als legitimer Raum der Parteien für den politischen Prozeß bleibt, muß kraftvoll politisiert und sachlich aufgewertet werden, da in Zukunft weniger mit der Zuarbeit durch die öffentliche Verwaltung und die Verbände zu rechnen ist, die zunehmend auf Distanz zum Parteiensystem gehen.

Mit kühlem Kopf muß nach den hitzigen Diskussionen der letzten Jahre auch die Reform der *Verbände* und der *Sozialpartnerschaft* fortgesetzt werden, hat doch gerade die Steiermark seit Jahren Vorstellungen einer „neuen Gewaltenteilung“ mit politischen Inkompatibilitäten entwickelt, die zwar auf heftigen Widerstand gestoßen sind, aber dennoch den richtigen Weg in die Zukunft weisen: Ohne das „Kind mit dem Bade auszuschütten“, müßten Reformen der Kontrolle, der sachgerechten Entlohnung etc. entwickelt und durchgesetzt werden. Ich vertrete die Ansicht, daß die Verbände und die Sozialpartner systematisch und strukturell reduziert auf ihre klassischen Bereiche der *Wirtschafts- und Sozialpolitik* eher eine Überlebenschance haben als in der mehr idealistischen und letztlich illusorischen Erwartung, eine *ökosoziale Partnerschaft* zu gründen. Dafür fehlen auch die personellen und mentalen Voraussetzungen. Diese Themen werden im Parlament zu entscheiden sein. All diese Komplexität kann sicher nicht durch *einzelne Personen*, mögen sie nun starke Männer oder starke Frauen sein, bewältigt werden, weil ihnen ein-

fach die Informationsverarbeitungskapazität fehlt. Moderne Politik ist kein gordischer Knoten, der mit einem kühnen Streich durchschlagen werden kann, sondern ein kompliziertes, sich täglich änderndes Netz von Fragestellungen, die nach differenzierten Lösungen verlangen.

Vielleicht noch ein kleiner Blick auf die Situation einer anderen Großorganisation, ein Blick auf die *katholische Kirche*. Hier wäre ein optimistisches Szenario eine *erneuerte Volkskirche*, die sich durch Großzügigkeit und Gelassenheit auszeichnet und immer noch die überwiegende Mehrheit der Bürger umfaßt, was ja in Gebieten wie der Ex-DDR, den Niederlanden oder in Skandinavien nicht mehr der Fall ist. Da tauchen andere Entwicklungsmöglichkeiten auf, einmal die *Totalsäkularisierung* oder die *sektenbafte Resistenz* in fensterlosen Nischen oder die *fundamentalistische Revolte* in verbitterter Aggression gegen die moderne Welt.

Die *rechtsstaatliche, repräsentative Demokratie* als gemeineuropäische „Erfindung“ mit ihren feinsinnigen, komplizierten Wahl-, Entscheidungs- und Kontrollmechanismen ist kein automatischer Garant für die glückliche Zukunft eines politischen Systems und seine Bürger. Sie gewährleistet nicht einmal die Auswahl kluger, beherrschter, eben „guter“ Politiker. Sie bietet aber immerhin das taugliche Instrumentarium zur lernfähigen Problembewältigung und zur Verhinderung und Entfernung korrupter, unfähiger, eben „schlechter“ Amtsträger. Sie bietet konkrete Chancen, das Überleben eines Gemeinwesens zu ermöglichen. Die rechtsstaatliche, repräsentative Demokratie mit ihren Parteien und Verbänden ist ein alles in allem erprobter und in totalitären Systemen heiß ersehnter Rahmen für eine Politik, in der sich jene Hoffnungen erfüllen kann, von der Alexander HOLLERBACH, ein Freiburger Rechtsphilosoph, sagt: „Es gibt keinen Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit und auch ihrer Realisierung, wenn er nicht begleitet ist vom Fortschritt in einem verfein-

ten Bewußtsein der Menschenwürde, der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Verantwortung“.

Der Verkehrspolizist und manch anderer öffentlich Bediensteter muß sich nicht den Kopf zerbrechen, warum Straßen gebaut werden und wohin sie führen sollen. Aber Politiker, Lehrer, Journalisten, Eltern und Priester müssen den *kritischen Fragen*, zumal der *Jugend*, hörend, widersprechend, ratend begegnen, sich mit ihnen auseinandersetzen und durch Konflikte hindurch jeweils die *Friedens- und Gemeinwohlformel* eines Landes erneuern. Die legitime Konsens- und Harmoniesehnsucht, gerade der Österreicher, darf uns nicht blind machen für die Unvermeidlichkeit und die Produktivität von Konflikten, darf nicht Vorwand sein für Unbeweglichkeit und Reformscheu. Eindringlich mahnt der Bonner Zeithistoriker und Politikwissenschaftler Karl Dietrich BRACHER: „Wendezeiten sind immer auch Bewährungszeiten“. Verfallsdenken, apokalyptische Klagen und damit verbundene Ängstlichkeit, zumal die Angst vor der Angst, sind schlechte Ratgeber im soziopolitischen Wandel. Politik findet nicht nur und nicht in erster Linie in der Aufgeregtheit des Bierzeltes oder des Stammtisches, der Pressekonferenz oder der Fernsehsendung statt, so wichtig all diese „Orte“ auch nach wie vor oder erst seit kurzem sind. Stets bleibt Politik ein handfestes Unterfangen, das viel Ausdauer des Nachdenkens, Verhandlens und Entscheidens erfordert. Der große österreichische Nationalökonom und Nobelpreisträger Friedrich August von HAYEK schreibt in einem seiner Hauptwerke, der „Verfassung der Freiheit“, in unverblümter Klarheit: „Freiheit ist im praktischen Leben von sehr prosaischen Dingen abhängig, und wer sie bewahren will, muß seine Hingabe beweisen durch seine Aufmerksamkeit gegenüber den sehr weltlichen Belangen des öffentlichen Lebens und durch die Mühe, die er dem Verständnis von Fragen zu widmen bereit ist, die der Idealist oft als gewöhnlich, wenn nicht sogar schmutzig anzusehen geneigt ist.“

DER WEG NACH HAUSE BEGINNT IN DER FREMDE

PROMINENTE AUSLANDS- UND HERZENSSTEIRER ÜBER DIE BEZIEHUNG ZU „IHREM“ LAND

Wir haben prominente Persönlichkeiten, die in der Steiermark geboren wurden oder unserem Land in besonderer Weise verbunden sind, heute aber außerhalb unserer Landesgrenzen wirken, um kurze Statements zu ihrer Beziehung zur „Heimat“ gebeten.

Eingeleitet wird diese von Urs Harnik zusammengestellte Rundfrage unter den Auslandssteirern - seien sie jenseits von Pack und Semmering, in Österreich, in Deutschland oder in Übersee - mit Eindrücken eines Grazer Germanistikprofessors, der in Iowa lehrt.

Jürgen KOPPENSTEINER

Fast ein Jahr habe ich jetzt in Österreich verbracht, ein Faktum, das außerhalb meiner Familie wohl



kaum Beachtung verdient. Keine Leistung, kein Verdienst sind damit verbunden. Doch noch bevor 1995 vorübergeht, das habe ich mir eben ausgerechnet, werde ich mein halbes Leben in jenem Land verbracht haben, in dem gerade eine „neue Revolution“ ausgebrochen ist, der ich mich jedoch gar nicht anschließen mag. Und das sind acht Monate Steiermark, ein Geschenk.

Nach über fünfundzwanzig Jahren in den USA beginnt man, Rückschau zu halten, immer öfter Vergleiche zu ziehen, immer mehr

über „Heimat“ nachzudenken (ein gefühlbeladenes Wort, das man vorsichtig verwenden sollte). Und man tendiert dazu, sich der scheinbar vertrauten Fremde zu verschließen, sich auf das „Phänomen Amerika“ samt seinen Revolutionen nicht mehr so recht einlassen zu wollen.

Droht ein Abgleiten in die Sentimentalität (des Alters?), eine Verklärung von Kindheit und Jugend, eine Verklärung der alten Heimat, zu der man lieb zu sein hat und zu der man dereinst „im Abendlicht“ ja doch „aufatmend“ zurückkehren wird? Das Gedicht von Max Mell und Peter Roseggers Worte drängen sich auf. Ein Freund ging bekanntlich nach Amerika und ließ sich Rosen und Wasser aus der Steiermark schicken. Aber in der Fremde befällt ihn tiefstes Leid. „Bleib zu Hause, in der Heimat, sonst wird es dir schlecht ergehen“, das ist doch die Botschaft der zwei steirischen Poeten. Doch zum Glück gibt es auch den anderen Peter Rosegger, der seinem Amerika-Lied bei besserer Gelegenheit widerspricht. In seinem „Heimgarten“ schreibt er: „Oft auch hat der Patriot seine Wurzel in Vorurteilen, so solle man den Kindern gelegentlich lehren, wo es aufhört, eine Tugend zu sein. Nebst der Liebe für das Heimatland hat im Menschen zum Glück auch nach Kosmopolitismus Platz.“

Ob einer, den es beruflich nach Amerika verschlagen hat, ein „Weltbürger“ ist, bleibe dahingestellt. Ganz sicher aber wurde nicht jeder Steirer, der sein Glück woanders gesucht hat, von „Lockung und Glanz“ belogen. Steirer mögen zwar ihre Heimat lieben, doch sind beileibe nicht alle engstirnig, nicht wenige weltoffen. Heimatliebe darf nicht mit Beschränktheit gleichgesetzt werden.

Die Geschichte der Steirer in Amerika muß erst geschrieben werden. (Da haben uns die Burgenländer etwas voraus.) E. Wilder

Spaulding, langjähriger amerikanischer Kulturattaché in Wien und seit seinem Buch „The Quiet Invaders“ (1968) die unangefochtene Autorität, was unser Wissen über den österreichischen Einfluß auf die Vereinigten Staaten betrifft, nennt auch ein paar Steirer. Allzu bekannt dürften die freilich in ihrer Heimat nicht mehr sein. Wer kennt schon den Dirigenten Wilhelm Gericke (1845-1925) aus Schwanberg, der das Bostoner Symphonieorchester auf Schwung brachte? Und die Grazer Ralph Norbert Lulek (Jahrgang 1901) und Joseph Berthold Niederl (Jahrgang 1899) gehörten laut „Who's Who“ zu den zehn führenden Chemikern in den USA. Der Ruf des Malers Wilhelm Thöny (1888-1949) dürfte dagegen heute noch in dessen Heimatstadt Graz intakt sein. Daß die amerikanische Polizei ausgerechnet von einem steirischen Kriminologen entscheidende Impulse erhielt, verdient jedenfalls festgehalten zu werden. Hans Gross (1847 - 1915) lehrte sie immerhin die gerade in den USA so häufig angewandte Technik der Fingerabdrücke. Und daß Folke Tegethoff, Märchenerzähler aus St. Georgen an der Steifing, sein offizielles Archiv in Kentucky bekam, soll die reale Präsenz der Steirer in den USA nicht verschleiern. Leider läßt sich trotz des Hollywood-Giganten nicht leugnen, daß die Steiermark in den Staaten nicht wirklich bekannt ist. Doch das sollte niemanden grämen. Freuen wir uns vielmehr, daß es uns in Chicago als „Steirer Club“ und „Steirer Damenchor“ gibt, in Highland, Indiana, immerhin als „Steirer Rosegger Club“, und das bis heute.

Ich freilich bin weder beim Steirerklub, noch singe ich. Dennoch ist mir die Steiermark auch in Iowa täglich präsent. Die Erinnerungen - noch nicht verklärt - lassen sich nicht unterdrücken: die trotz Nachkriegsnot glückliche Kindheit in einem Dorf im süd-

steirischen Hügelland, die weniger glücklichen Jahre bis zur Matura im Grazer Schülerheim, die den Militärdienst an der Grenze dann als Erholung erscheinen ließen, die Universität der sechziger Jahre als unpersönliche, eher schreckhafte Lernanstalt.

Dann kommt, recht abrupt, aber auch befreiend, Amerika. Heimweh stellt sich nie ein, wenn einem von Anfang an die Möglichkeit regelmäßiger Besuche offensteht. Und plötzlich sehe ich die Steiermark, die selbstverständliche, von außen. Das bis dahin unreflektierte Verständnis von Heimat verschiebt sich. Ich erkenne, daß mich die Menschen, die Landschaft, die Sprache meiner Jugend ein für allemal geprägt haben, mir meine Identität verliehen, die ich nicht ablegen kann, nicht verlieren möchte. Erst Amerika verdeutlicht mir die Konturen der Steiermark, erst dort erlebe ich das Land, in dem ich nun nicht mehr lebe, bewußter, vielleicht sogar stärker, als dies „Daheimgebliebene“ können. Zweispalt ergibt sich keiner. Amerika ist ein tolerantes Emigrationsland, das verbriefte Recht, in Ruhe gelassen zu werden, kommt gerade dem Österreicher entgegen. Den Grad der Assimilation kann sich jeder Einwanderer selbst aussuchen, und so bin ich heute, nach mehr als zwei Jahrzehnten, gewiß kein Amerikaner, obwohl ich mich in dem Land wohl fühle, mich darin auskenne. (Seinem derzeitigen politischen Kurs stehe ich eher hilflos gegenüber, das mangelnde soziale Gewissen vieler seiner Menschen kann ich nicht teilen.)

Zum Glück ist mir die Steiermark, Kindheitsland, nicht zum Land der Erinnerungen erstarrt. Im Gegenteil. Ich verbringe heute dort mehr Zeit, habe mehr Kontakte, persönliche wie berufliche, besitze mein kleines Refugium, habe einige Anerkennung gefunden, was einem Emigranten, auch wenn er es nicht zugibt, doch wichtig ist. Und ich stehe voll Hochachtung vor den Leistungen meiner Landsleute (nicht nur) in der Steiermark, die in den letzten Jahrzehnten einen erstaunlichen Aufschwung genommen haben. Von der nörgeln-

den Selbstzufriedenheit vieler Menschen will ich hier nicht sprechen.

Während ich dies schreibe, kommen mir, kaleidoskopartig, die verschiedensten Bilder in den Sinn, die Grazer Altstadt, durch die sich so herrlich planlos spazierengehen läßt, ein Klapotetz in Ratsch, die Karl-Franzens-Universität, die sich so verändert hat und an der ich heute selbst lehren darf, ein letzter Blick vom Flugzeug auf die schneebedeckten Berge. Habe ich Angst vor der Sehnsucht? Ich weiß es nicht. Aber ich bin froh, daß es die Steiermark gibt.

Helmut BERGER

Es ist ganz witzig: Wenn ich in Berlin oder sonstwo bin und ein Auto sehe, das hinten das grüne Herz drauf hat, dann löst das bei mir echte Heimatgefühle aus. Ich



freue mich über das Land, und die Leute mag ich sehr. Wahrscheinlich, weil sie mir ähnlich sind. Sie erscheinen mir sehr freundlich, aber nicht scheinfreundlich. Haben eine gewisse Agilität. Es ist ein ganz merkwürdiger Heimateffekt: Es spielt einfach eine Rolle, daß man so ein paar Ecken kennt, wo man als Kind vorbeigegangen ist, oder die Schule, die Häuser. Darum bin ich gern in Graz, obwohl sich viel verändert hat. Ich glaube auch, daß man im Ausland diese Sachen eher liebt. Ich bin ja jetzt sehr viel in Wien, aber früher, wenn ich nach Österreich gekommen bin, war das immer ein sehr heftiges Gefühl und Vertrautsein, und ich empfand große Lust dabei.

Charly BORRA

Das Heimatgefühl wird intensiver, je älter man wird. Das ist ein Reifungsprozeß. Es ist einfach ein Stück von mir. Wenn ich im Ausland bin, suche ich immer nach



Möglichkeiten, mit Kurzweile oder Fernsehsendungen etwas über die Steiermark zu erfahren oder ich rufe sehr oft an. Praktisch bin ich ja neun oder zehn Monate immer weg von der Steiermark. Man sagt, daß die Steirer Sturschädel sind, das ist sehr typisch. Trotzdem: Das Liebliche, das Freundliche und dieses Entgegenkommende, wenn ich hier bin, das kommt mir alles auch vertraut vor. Einfach weil ich auch genauso denke und so fühle.

Klaus Maria BRANDAUER

Mutti
Omam, Odad
Vati
Jugend-Skitag
siebenmahlige Lederhosen



Loser, Trisselwand, Sarstein, Dachstein
 Karin
 Narzissen und Margeriten
 Eierschwammerln
 Café Fischer, Blaa-Alm, Schneiderwirt
 Gösserbier
 Gesang
 „... Altaussee bist a liaba Plätz' ...“
 Pfarrer Lukesch
 Hochzeit
 Christian
 Taufe
 Heu, Schnee, Schnürleggen
 Franz Nabl und Herbert Zand
 Haus
 Friedhof
 Seewiese
 Heimat.

Alfred BRENDEL

Mit der Steiermark sind für mich ein Teil meiner Schulzeit, Krieg und Nachkrieg, Klavier- und Kom-



positionsstudium verbunden. Auch der Beginn meiner Tätigkeit als Konzertpianist 1948, mein erstes Orchesterkonzert 1949. Meine Ausstellung von Aquarellen und Gouachen, die ersten literarischen Versuche - also eine wichtige Periode meiner Entwicklung; meine Sturm- und Drang-Zeit. Ich bin Graz sehr dankbar für alle Freundlichkeit und freue mich immer, es wiederzusehen.

Gabriele HARING

In den letzten zehn Jahren - so lange bin ich von dort weg - hat sich in der Südsteiermark sehr viel



verändert. Aus Weinbau wurde z.B. Weinkultur. Das bedeutet mir sehr viel. Wenn ich etwas schenke, dann ist es nämlich steirischer Wein. Die Ortsbilder sind gepflegt und bunter geworden; oftmals aber auch zu bunt. Daß gerade meine Heimatgemeinde Großklein viel in effiziente Mülltrennung bzw. Vermeidung investiert hat, dafür bin ich sehr dankbar.

Nikolaus HARNONCOURT

Die Jugend und das Leben in Graz haben mich geprägt. Das bemerke ich, je älter ich werde, um so



mehr. Es kommt sehr vieles wieder zurück, was einmal für mich wichtig war und was von hier seinen Ausgang genommen hat. So etwas wie diese Altstadt, ein Gang in ein Haus, in einen dieser Höfe, diese wunderbare Symbiose von Natur und Architektur und Menschen, die Lebendigkeit dieser Stadt, ein Gang

auf den Schloßberg, und ein zerrüttetes Nervenkostüm ist wieder im Gleichgewicht. Das hat ganz bestimmt großen Einfluß gehabt auf meine Sicht der Kultur und auf meine Aufgabe, die ich darin sehe, für die Kultur als das, um einen wesentlichen zentralen Punkt des menschlichen Lebens zu kämpfen, weil ich sehe, wie sehr das an Bedeutung zu verlieren scheint, aus Kurzsichtigkeit und manchmal Unvernunft der Maßgebenden. Auch meine musikalischen Erlebnisse, die ich hier zuerst gehabt habe in der Familie, vor allem durch meinen Vater, aber auch durch sehr gute Lehrer, die mich zu einem Punkt gebracht haben, der mich dazu gebracht hat, mich zu entschließen, Berufsmusiker zu werden. Diese Wiederkunft durch die Styriarte, durch die regelmäßige Arbeit hier in Graz, ist für mich eine Art Kreis, der sich schließt. Ich muß sagen, es ist für mich eine beglückende Arbeit.

Fritz HOLZER

Große Sehnsucht prägt meine Beziehung zur Steiermark. Das Land ist für mich ein Ruhepol im positiven Sinne. Man schöpft ganz einfach Kraft, wenn man an Daheim denkt. Es klingt vielleicht pathetisch, aber Gedanken an die Steier-



mark holen mich aus dem täglichen Trot. Und was meine Beziehung zu diesem Land noch so besonders macht: Meine Tochter Mareike ist mit dem Landes-Joschi per „Du“.

Sissy LÖWINGER

Es wissen zwar wenige, aber ich bin wirklich stolz, daß ich eine Grazerin bin. Auch wenn ich eigentlich nur durch Zufall hier geboren wurde, und zwar auf einer



Tournee der Löwinger-Bühne. Ich habe die Liebe zu diesem Land wahrscheinlich von meiner Mutter geerbt, denn sie war eine waschechte Steirerin. Für mich ist es der schönste Fleck Österreichs, und so oft wir hier gastieren, fühle ich mich da auch zuhause. Eigentlich könnte ich mir auch vorstellen, nach Graz zu übersiedeln, denn die Stadt hat in den vergangenen Jahren viel Leben bekommen. Und die Steirer sind auch ein hervorragendes Publikum: impulsiv, offen - und sie lassen sich gerne unterhalten. Was mir aber am meisten imponiert: daß sie sich mit ihrer Meinung nicht hinterm Berg halten. Wenn ich etwas mit tausend Sätzen erklären will - sie sagen es kerzengerade und direkt heraus.

Thomas MUSTER

Ich bin kein sonderlich sentimentaler Mensch, muß ich ehrlich zugeben. Aber meine Beziehung zur Steiermark kann ich mit einer Geschichte gut beschreiben: Als Gert Steinbäcker vor eineinhalb Jahren seinen neuen Titel „Steiermark“ herausgebracht hat, da war ich gerade in Australien. Eines Abends ruft mich mein Freund Armin Holenia vom ORF an. Wir reden, und plötzlich erzählt er mir



von der Platte. Und weil ich neugierig war, hat er sie mir am Telefon vorgespielt. Ehrlich: Wenn du am anderen Ende der Welt so eine Scheibe hörst, wo dein Land und deine Leute vorkommen, bekommst du wirklich fast Heimweh ...

Eva RUEBER-STAIER

Ich möchte eigentlich gerne öfter in die Steiermark kommen, es gelingt mir höchstens jedes zweite Jahr einmal - im Gegensatz zu meinem Sohn, der seine Großeltern



jeden Sommer für ein paar Wochen besucht. Wenn ich nach Bruck komme, fühle ich mich da noch immer zuhause. Obwohl es sich schon verändert hat. Die Menschen sind sehr ähnlich, wie jene, die ich kannte, als ich fortgegangen bin. Getratscht wird halt viel. Hier in England ist es weniger so. Die Leute sind hier nicht so nahbar, die kümmern sich vielleicht nicht so

um den Nachbarn. Man lebt sein Leben und um die vielen Nachbarn kümmert man sich wenig. In der Steiermark ist das offener und lockerer. Es kennen sich alle, besuchen sich gegenseitig aufs Geratewohl hin. In England arrangiert man immer alles, man kompliziert geht gar nichts. Wenn man dann älter wird, dann geht man oft ganz gern wieder zu den Wurzeln zurück. Es ist möglich, daß ich wieder in die Steiermark zurückziehe. Wer weiß. Ich denke oft an meine Jugendzeit in Bruck, wie lustig das war. Ich konnte ganz frei sein und von Anfang an allein zur Schule gehen. Das ist hier in England nicht möglich. Da gibt es so viele verrückte Leute, die Kinder entführen. Mein Sohn ist erst ein paar Mal selber zur Schule gegangen. So unbeschwert wie ich damals in der Steiermark wächst mein Sohn hier leider nicht auf.

Maria SCHELL

Mein Almhaus auf der Pack, welches mein Urgroßvater errichtet hat, steht direkt an der steirisch-kärntnerischen Landesgrenze. Mit einem Bein stehe ich also quasi immer in der Steiermark. Eigentlich

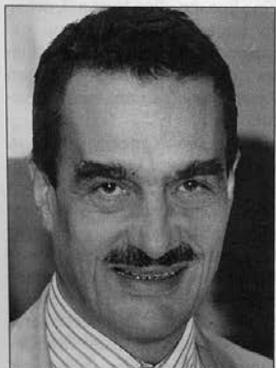


ist meine enge Beziehung zu diesem Land kein Wunder, denn auch wenn ich in Wien zur Welt gekommen bin - wurde ich doch auf der Pack gezeugt. Ich habe auch vor, hierher meinen Hauptwohnsitz zu verlegen, denn nirgendwo fühle ich mich so ausgeglichen und ru-

hig. Später einmal möchte ich hier auch begraben werden. Ganz abgesehen davon darf ich sagen: Josef Krainer ist einer der liebsten Menschen, die ich kenne, und er hat mir viel über das Land erzählt, was mich wirklich beeindruckt hat. Ob Sie es glauben, oder nicht, das hat meine Beziehung zur Steiermark wirklich sehr vertieft!

**Karl Fürst
von SCHWARZENBERG**

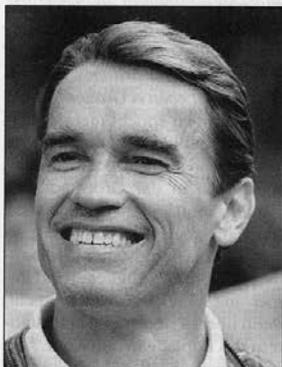
Steiermark ist Innerösterreich. Dies ist ein alter Begriff, der heute fast in Vergessenheit geraten ist. Aber ich wüßte kaum ein Land, das die widersprüchlichen Elemente des Österreichischen so verschieden in seinen Teilen und so verbindend in seinem Ganzen darstellt. Steiermark ist Widerspruch. Widerspruch gegen den Zentralismus in Wien, Widerspruch in Reformation und Gegenreformation, in beidem nie vollendet, in beidem bis heute fort-



schreitend. Graz ist Widerspruch, als Hauptstadt einer eigenen Welt. Steiermark ist Gegensatz, vom Klang des Klapotetz im Süden zur Musik der Pfeifer im Ausseerland, zwischen der Zuflucht in Mariazell und protestantischem Stolz der Einzelhöfe der Ramsau. Steiermark kann auch entsetzliche Enge und dumpfer Mief des 19. Jahrhunderts sein und die Weite des Herbstes, die Visionen Domenigs, von Szyszkowitz und Kowalski. Steiermark kann Koren sein, aber auch Murer. Steiermark ist Ärgernis und lebenslange Liebe.

Arnold SCHWARZENEGGER

Es waren meine Familie und die Umgebung, in der ich aufgewachsen bin, die mir die Kraft und den Mut gegeben haben, den Weg zu gehen, der mich dorthin gebracht hat, wo ich jetzt bin. Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Meine ersten Schritte habe ich in einem Land getan, in dem das Leben nicht immer leicht war. Materielle Dinge waren damals dünn ge-



sät, trotzdem hatten wir Freude am Leben. Weil es immer neue Herausforderungen gab, die zu bewältigen waren, und weil immer Menschen da waren, die einem dabei geholfen haben. Die Härte zu mir selbst und die Toleranz anderen gegenüber, die Hilfe oder Verständnis brauchen, habe ich in der Steiermark gelernt. Es waren die wichtigsten Erfahrungen in meinem Leben. Ich weiß, wo meine Wurzeln sind - und deshalb werde ich in meinem Herzen immer ein Steirer bleiben. Alle, die in diesem Land leben, sollen stolz darauf sein und ihre ganze Kraft für seine Menschen, ihre Lebensqualität und den Schutz seiner herrlichen Natur, in der ich selbst so gerne wandere, einsetzen.

Joe STRAUSS

Steirer sind sehr strebsam und zielstrebend. Die Leute beschäftigen sich viel mehr miteinander. Man geht einfach viel mehr auf den anderen ein als in den USA. Da stehen eher „small talk“ und das

„business“ auf dem Programm. Ich glaube schon, daß das einen großen Unterschied ausmacht. Natürlich



lich ist das nicht immer unbedingt positiv, wenn in deiner Umgebung alle über alles Bescheid wissen ...

Frank STRONACH

Die Steiermark an und für sich ist ein sehr ausgeglichenes Land mit einem sehr guten Schulwesen, vor allem im technischen Bereich. Das hat es mir ermöglicht, dorthin zu kommen, wo ich heute bin. Natürlich fliege ich sehr gerne nach Hause, und es ist auch kein Zufall, daß wir fast 500 Arbeitsplätze in Weiz haben. Wo man geboren ist und wo man aufwächst, das vergißt



man doch nicht. Die Arbeitsmoral und die sehr guten Arbeitskräfte werden weltweit anerkannt. Heimweh? Wenn man jederzeit dort sein kann, wo man sein will, dann befaßt man sich eigentlich gar nicht mit solchen Dingen.

FACETTEN DER STEIERMARK

ASPEKTE DER SOZIALSTRUKTUR

MANFRED PRISCHING

Der steirische Schriftsteller Franz Nabl hat seinerzeit versucht, das steirische Territorium als „Landschaftssymphonie“ zu beschreiben - eine Symphonie in vier Sätzen, Allegro, Adagio, Scherzo, Presto: „Die anmutig bewegte Mitte des Landes fügt sich gut in den ersten Satz ein, der tiefe, ergreifende Ernst der Niederen Tauern in den zweiten, das fröhliche Weinland in den dritten, und die scharfen Gefälle der Mur in ihrem Oberlauf, der Enns im Gesäuse - gäbe das nicht am Ende ein Presto oder gar ein Prestissimo?“ Aber Nabl gibt zu, das sei eine Vereinfachung, die letztlich in die Irre führe, und derartige Vereinfachungen seien beim Landescharakter ebenso unzulässig wie beim Charakter der ansässigen Menschen: Wenn man näher zusehe, „dann entdeckte man in jedem einzelnen Satz auch Teile der anderen, und zuletzt müsste man erkennen, daß der freie, ungebundene Schwung und Fluß der Landschaft sich so wenig wie das Wesen ihrer Menschen in ein starres Bett zwingen, auf eine Formel bringen läßt.“¹

Landesbewußtsein - Das Steirische, das Authentische und das Provinzlerische

Auf eine Formel läßt sich die Steiermark nicht bringen; es bedarf ihrer viele. Das gilt für das Wesen der Landschaft, für die Menschen und für ihre Beziehung zu diesem Land.

Landesbewußtsein - das kann freilich Verschiedenes heißen: Verwurzelung in der Heimat oder Bewußtsein vom Provinzlerischen. Der böseste Witz über das Schicksal des Provinzlers² ist vermutlich der folgende: Ein aus der Metropole in die Stadt Graz ver-

schlagener österreichischer Beamter schildert einem zufällig wiedergefundenen Freund das eigene Empfinden: „Im ersten Jahr - da maanst du stirbst. Im zweiten Jahr - na, da wirst allmählich a bissel deppert. Und im dritten - im dritten, da bist eben a Grazer.“³

Natürlich spricht metropolitane Überheblichkeit aus diesem Witz. Denn Provinz kann überall sein, auch in der Großstadt. „Es gibt in allen Ländern eine gewisse Aversion gegen die Kapitale“, so notiert Alois Brandstetter in semantischer Doppelbödigkeit: „Und immer mit einem gewissen Recht, denn überall steigt den Hauptstädtern das Kapitale in den Kopf.“⁴ So grenzt sich auch das Steirische vom Wienerischen gerne ab. Die Österreicher sind, folgt man den Umfragen, ja der Auffassung, daß sich die Menschen in den Bundesländern deutlich voneinander unterscheiden: So meinen etwa 68%, daß es größere regionale Unterschiede gäbe, und nur 25% stimmen der Auffassung zu, daß die Österreicher einander im großen und ganzen sehr ähnlich seien. Übrigens fühlen sich die Steirer den anderen Ländern stärker verbunden: Hier sind es nur 54%, welche die Unterschiede, und 37%, welche die Gemeinsamkeiten herausstreichen.⁵

Freilich hat das Landesbewußtsein oft einen Hauch von provinzieller Kleinkariertheit; es liegt näher dem Konservativen als dem Kosmopolitischen. Es hängt auf das engste mit dem Folkloristischen zusammen. Ein Gutteil des Landesgefühls wird vom ländlichen Klischee abgedeckt - Dialekte, Gebräuche, Volkskunst, Regionalgeschichte. Volkskunde - von Viktor von Geramb bis Hanns Koren - war denn auch immer Pflege des steirischen Landespatriotismus.⁶ Oberflächlichen Schlagwortpro-

gressiven steigt im Angesicht von Trachtenanzügen und Fronleichnamprozessionen, Feuerwehraufmärschen und Palmbuschen der reaktionäre Mief in die Nase, aber zunehmend, nach jahrzehntelanger Quarantäne, darf von „Heimat“ wieder gesprochen werden. Tatsächlich ist das Land beharrlicher, langsamer, zurückhaltender, ablehnender, vorsichtiger, skeptischer als die Metropolen. Und es wird oft auch introvertiert, neuerungsfeindlich, geradezu sklerotisch. „Das Landesbewußtsein“, so notiert Bruckmüller, „wies in seiner altständischen Ausprägung ebenso wie in den Landtagen ab 1860 stets eine konservative Note auf, defensiv gegen Zentralismus und verschiedene Formen des 'Fortschrittes', die immer wieder von den Zentralstellen ihren Ausgang gefunden hatten.“⁷

Dieser Konservativismus, dessen Impulse bis in die Gegenwart spürbar sind, wandte sich gegen Umwälzungen, besonders gegen städtisch-liberale Ideen. Er fand seinen Rückhalt in der bäuerlichen Bevölkerung und er bettete sich ein in romantisch-historische Strömungen, die emphatisch Natur und Volkskultur zum Orientierungspunkt machten. Zugleich aber muß betont werden, daß dieser Konservativismus nicht notwendig Hinterwäldlertum bedeutet, sondern sich mit aufklärerisch-fortschrittsfreundlichem Elan verbinden kann. Die Person des steirischen Prinzen - Erzherzog Johann -, der in diesen Landen die Stelle eines Volksheiligen und einer allzeit bereiten politischen Beschwörungsfigur einnimmt, steht, in historischer Nüchternheit betrachtet, für diese Synthese von romantischer Volksverklärung und wissenschaftlich-erzieherischem Fortschrittsdenken.

Bevölkerung - Steirer an allen Ecken und Enden

Wie immer man diesen Menschentypus auch zu beschreiben sucht: Die Steirer und Steirerinnen sind davon überzeugt, daß es sich um eine besondere Subspezies der Österreicher handelt. In den letzten Jahren gibt es freilich weniger von ihnen, und die Steiermark folgt damit dem allgemeinen Trend der Bevölkerungsentwicklung in fortgeschrittenen Industrieländern. Die Wohnbevölkerung der Steiermark erreichte in der ersten Hälfte der siebziger Jahre mit 1,2 Millionen Einwohnern den Höchststand.⁸ Seit den fünfziger Jahren bildete sich aber schon eine Zone abnehmender Wohnbevölkerung heraus, die von Deutschlandsberg über Leibnitz und Radkersburg bis zum Bezirk Fürstenfeld reichte, während in der Obersteiermark die Bevölkerung noch wuchs. Im *Baby-Boom* der sechziger Jahre stieg die Zahl der Einwohner in allen Bezirken, ab den 70ern trat die Wende ein. Man nannte „*Pillenknick*“, was nicht nur mit der Verfügbarkeit von Empfängnisverhütungsmitteln zu tun hatte, sondern auch mit den Wünschen, den Kindern eine gute Ausbildung angeeignet zu lassen, das Leben als mobiler Mensch zu führen und den materiellen Wohlstand zu genießen.

Die Steirer wurden mobil. Die stärksten *Wanderungsgewinne* erzielten zunächst die urbanen Ballungszentren, in den letzten Jahren aber in erster Linie die Umlandgemeinden, besonders Graz-Umgebung; fast alle anderen Bezirke haben eine negative Wanderungsbilanz. Nur die Bezirkshauptorte steigen besser aus, es läßt sich ein allgemeiner Konzentrationsprozeß - weg von der Peripherie - beobachten. Dieser Hang zur Stadt hat seine Gründe in der Abwanderung aus der Landwirtschaft und damit vom ländlichen Raum; wenn man Pendler einbezieht, ist der Abwanderungsschub noch stärker ausgeprägt. Die jüngere Generation flüchtet vom Land; in der Stadt

glaubt sie, dem „Leben“ näher zu sein. Die Zentren offerieren den Unternehmen, die Arbeitsplätze anbieten, allerhand „Agglomerationsvorteile“: einen großen und differenzierten Arbeitsmarkt, Nachfrage, Energie, Bildungseinrichtungen, spezielle Dienstleistungen und Kontakte. Ab 1989 ist auch ein Anstieg in der internationalen Zuwanderung zu verzeichnen, allerdings liegt der Ausländeranteil mit 2,6% unter dem österreichischen Durchschnitt; multikulturelle Ängste sind also vorderhand unbedünnet.

Prognosen gehen davon aus, daß der *Schrumpfungprozeß* der Bevölkerung voranschreitet: von 1.176.719 (im Jahr 1991) auf 931.583 (im Jahr 2031) (ÖROK-Hauptvariante). Im Jahr 2050 wird die Bevölkerung ungefähr so groß sein wie im Jahr 1880. Das ist im Grunde nicht problematisch, schließlich kann es nicht das Ziel sein, möglichst jeden Winkel dieses Landes zu bevölkern; man könnte allenfalls einwenden, es sei um jeden Steirer und jede Steirerin schade.

Es wird jedoch mit diesem Wandel auch ein *Überalterungsprozeß* verbunden sein: In den drei Altersgruppen „unter 15 Jahre“, „15 bis unter 60 Jahre“ und „über 60 Jahre“ liegen die Anteile 1991 bei 17,5 : 61,8 : 20,7, im Jahr 2041 werden die Prozentsätze 11,9 : 51,1 : 37,1 betragen. Das bedeutet: 1991 entfallen 118 Senioren auf 100 Jugendliche, 2041 werden es 313 sein. Die obersteirischen Industriebezirke werden den geringsten Kinderanteil und den höchsten Seniorenanteil aufweisen. Die praktische Schlußfolgerung, die den Menschen langsam ins Bewußtsein dringt: Die Pensionen der Älteren werden in der Steiermark nicht leichter zu finanzieren sein als anderswo.

Das Volk - das Wesen des echten Steirers

Die Steiermark wird von den Steirern bewohnt, auch wenn es weniger werden. Was ist der echte Steirer, der „Ursteirer“? Manche meinen heute, daß in manchen Bundesländern eine „Umvolkung“

drohe; aber Fragen nach der angeblich bedrohten „*Volksnatur*“ lassen sich wohl am besten so beantworten, wie dies der Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer auf die Frage: „Was ist der Salzburger?“ getan hat. Er definierte ihn als eine wohlgeleitene Mischung aus 1. der eisernen Wiener Disziplin, 2. der herzhaften preußischen schlampigen Gemütlichkeit, 3. der rehscheuen bayerischen Sensibilität, und 4. der Vorarlberger Verschwendungssucht.⁹ Mit dieser sozialpsychischen Physiognomie könnten sich vermutlich auch die Steirer identifizieren. Aber die norddeutschen Nachbarn - etwa von hamburgischen Typus - lassen sich unlegbar leichter von den Steirern abgrenzen als die bayerischen Kraftlakerl, die den wilden Alpenvölkern ebenso angehören wie die Steirer.¹⁰ Dem ethnischen Befund zufolge handelt es sich beim „*echten Steirer*“ um eine Mixtur aus bayerischen und slawischen Einflüssen, mit ein paar romanischen Elementen, und das alles auf der Grundlage einer keltolillyrischen Bevölkerung.¹¹ Die *roots* sind multikulturell.

Der Steirer wird offenbar als weniger gemüthlich angesehen als der Wiener, der für sein Herz ebenso berühmt ist wie für seine gemüthvolle Brutalität; sonst wäre der Steirer nicht andauernd mit Bemerkungen über das „*wilde Bergvolk*“ konfrontiert. Aus Wiener Sicht konstatiert ein Journalist, der über die „*Midlife Crisis*“ der Republik schreibt, gar: „Auch die ohnedies schon mit gutem Grund als ‚wild‘ eingestuft Völker jenseits des Semmerings und der Packalpe“ - man beachte: mit gutem Grund als „wild“ eingestuft - „verfügen über ihre ganz eigenen geistig-geographischen Orientierungen.“¹² Wie also ist der „*echte Steirer*“, gewachsen aus seiner Mischkulanzen von Herkunft, beschaffen?

Beobachter attestieren ihm durch die Jahrhunderte hindurch eine gewisse Ernsthaftigkeit, eine gewisse Schwere und Introvertiertheit.¹³ So verkündet uns ein sorgfältiger Berichterstatter aus dem vorigen Jahrhundert: „Der gemeine Mann in Grätz, wie er sich der

Masse nach zeigt, ist wenig lebhaften Temperaments, ernsteren Sinnes und auch weniger rührig als der Wiener. Ihm fehlt jene Heiterkeit und Lebensfreudigkeit, durch die der Wiener den Fremden gleich in den ersten Augenblicken der Bekanntschaft so sehr für sich einnimmt. Auch die Gemütlichkeit des Wieners, seinen regen Sinn und dessen Empfänglichkeit für geistige Genüsse scheint er nicht zu besitzen. Sein Verstand ist in der Regel mehr als sein Gemüt entwickelt. Für sinnliche Genüsse, gesellige Lust und Erregung der Seele durch äußere Eindrücke hat er eine vorherrschende Neigung; dabei ist aber sein Geschmack und sein Kunstsinne noch wenig ausgebildet.“ Eine solche Skizze muß bei den Steirern den Verdacht auslösen, der Verfasser gehöre zu viennensischen Subversanten. Weiter heißt es: „Bei der Arbeit langsam, im Handeln bedächtig, ist er gegen Fremde minder zuvorkommend und allem Neuen abhold; erst wenn es vollkommen gelungen ist, gewinnt dieses, aber auch nur langsam, seinen Beifall. Ihm ist eine große Freundlichkeit eben auch nicht eigen.“ Am Ende scheint er die Kurve kratzen zu wollen: „Doch mag Ehrlichkeit, Offenheit und Gutmütigkeit ihnen eben nicht abgeleugnet werden können, nur springen sie nicht immer scharf genug in die Augen.“¹⁴

Die Beschreibung strotzt von Widersprüchen; wie alle Beschreibungen von „Volksnaturen“. Also wäre es angeraten, sich nicht allzu sehr an die „Volksnatur“ zu klammern, wenn man verkünden will, daß sich seit dem vorigen Jahrhundert doch vieles geändert habe. Denn was den Verstand und die Empfänglichkeit für geistige Genüsse betrifft, so verweisen Landesgenossen gerne darauf, daß die Steiermark am Ende des 20. Jahrhunderts über vier Hochschulen verfügt, und ein bißchen Geistigkeit läßt sich dort wohl finden. Auch was die künstlerische Offenheit betrifft, so lassen sich die Steirer, die sich seinerzeit als heimliche „Literaturhauptstadt“ rühmten, die an „Trigon“-Initiativen erinnern und ihr Avantgardefestival weiter

betreiben, ungern etwas vorwerfen.

Ein wenig haben sich die Steirer, wie die Österreicher, in den letzten Jahrzehnten von ihren Minderwertigkeitskomplexen befreien können. „Heimat“ ist nicht mehr nur eine „unheimliche“ Gegend,¹⁵ und wenn sie in den Begriff der „Identität“ gefaßt wird, handelt es sich überhaupt um eine honoräre Angelegenheit. Die Österreicher und Österreicherinnen sind neuerdings so stolz auf ihr Land, wie dies nur bei wenigen europäischen Nationen der Fall ist. 72% der Bewohner meinen, daß Österreich eine Nation sei, 14% sagen, die Österreicher begännen sich allmählich als Nation zu fühlen. Wenn sie aus dem Ausland zurückkommen, sind 72% froh, wieder da zu sein.¹⁶ Das gilt auch für die Steirer.

Die Familie - zerbröselnde Privatwelten

Es sind überwiegend immer noch Familien der herkömmlichen Art, die für den Weiterbestand der steirischen Bevölkerung sorgen. Wenn heute von der galoppierenden Auflösung dieser Familienverhältnisse gesprochen wird, so sollte freilich auch die Vergangenheit nicht verklart werden.¹⁷ Um 1880 war ein Drittel der Menschen in der Steiermark im Alter von 30 bis 45 Jahren unverheiratet, ein Fünftel blieb es lebenslang. In manchen Teilen der Steiermark wurden ein Viertel bis ein Drittel der Kinder unehelich geboren. Auch das Bild der trauten Großfamilie, in der die Groß- und Urgroßmütter sich mit Enkeln und Urenkeln am Kachelofen tummeln, war nie Wirklichkeit. Die herkömmliche Familie wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg zum „Normalmodell“. In den Sechzigern waren nur noch 13% der Männer und 11% der Frauen zwischen 30 und 45 unverheiratet, und der Anteil unehelicher Geburten erreichte in der Steiermark um 1965 mit 14% einen Tiefstand.

Das *Erscheinungsbild* dessen, was man Familie nennen mag, wandelt sich heute tiefgreifend:

Die bürgerliche „Kernfamilie“ wird ergänzt durch Einpersonenhaushalte, kinderlose Ehen, nichteheliche Lebensgemeinschaften, allein-erziehende Mütter und Väter und so weiter. Die Tendenz zur Verkleinerung der Haushalte, die mit Individualisierungsprozessen ebenso zu tun hat wie mit dem gestiegenen Lebensstandard, zeigt sich auch in der Steiermark. 1961 hatten fast 20% der Haushalte fünf oder mehr Bewohner, 1991 sind es nur noch 13%. Der Anteil der Einpersonenhaushalte stieg in diesem vergleichsweise kurzen Zeitraum von 18 auf 25%. 1980 gab es 386.000 Privathaushalte, 1992 440.000. In den frühen achtziger Jahren sind drei Viertel der alleinerziehenden Mütter geschieden oder verwitwet, ein Viertel sind „ledige“ Mütter.

Der Wandel im Heiratsverhalten ist, wie überall, seit dem Beginn der 70er Jahre spürbar; die Eheschließungszahlen sinken ab. 1980 gab es 7.120 Eheschließungen, 1992 6.218; auf 1000 Einwohner sind das 6 bzw. 5 Eheschließungen. Geboren wurden 1992 13.702 Kinder, es starben 12.490 Personen. Die um 1960 Geborenen werden im Alter von 50 Jahren (d. h. im Jahre 2010) etwa 30% Ledige aufweisen. Die verminderte Heiratsfreudigkeit wird einerseits die Geburtenrate drücken, andererseits die Zahl der unehelichen Geburten rasch ansteigen lassen; in Schweden wird jedes zweite Kind heute bereits als uneheliches geboren, und diesen Werten werden sich auch die Steirer rasch annähern. Als relativ neues Phänomen ist die zunehmende Bedeutung von Lebensgemeinschaften zu erwähnen, also das Zusammenleben unverheirateter Partner, allenfalls sogar - wenn auch seltener - mit Kindern, eine „informelle Eheform“, die nicht mehr geachtet wird. Ein bißchen nostalgisch, ein bißchen verschreckt schaut man auf das alte Modell, doch die neueren Formen von „Familie“ (oder wie immer man sie auch nennen mag) scheinen oft attraktiver: Es fällt weniger „Familienarbeit“ an; man muß sich nicht neben dem Partner noch mit einem Kind oder neben dem Kind noch mit einem Partner

plagen; falls es nicht nach Wunsch läuft, kann man leichter „wechseln“.

Die Ehen sind in den letzten Jahrzehnten ohnehin immer instabiler geworden. *Ehescheidungen* werden zum Massenphänomen; die Zahl der Wiederverheirateten steigt. Das ist in der Steiermark nicht anders als sonstwo. Sukzessive Mehrfachehen sind keine Ausnahmen mehr, Stiefeltern kehren in den Erfahrungsbereich der Kinder zurück. Oft bleibt der Kontakt zu den Ausgeschiedenen bestehen, und es gibt - gerade aus der Sicht der Kinder - eine „neue Welt“ der Verwandtschaft: ehemalige, gegenwärtige und potentielle „Väter“ und „Mütter“, die geschiedene und die gegenwärtige Frau des Onkels, auftauchende und verschwindende „Geschwister“, die Freundin des ehemaligen Vaters und den neuen Ehemann der früheren Tante, und so fort. Die matrilineare Abstammungslinie gewinnt an Bedeutung. In der Steiermark wird ein Drittel der Ehen geschieden, die Hälfte bis zwei Drittel der Geschiedenen geht jedoch eine neue Ehe ein. Die Scheidungsraten sind in der Obersteiermark, in den Bezirken Liezen und Leoben, besonders hoch, und diese hohen Raten gehen auch mit einem hohen Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften und einem hohen Anteil unvollständiger Familien Hand in Hand. Frauen stehen zunehmend der Ehe distanzierter gegenüber als Männer (besonders bei höherer Bildung werden „Alleinleben“ und „nichteheliche Lebensgemeinschaft“ bevorzugt).

Im Verhäuslichungsprozeß der modernen Welt ist die Frau zur „Hausfrau-und-Mutter“ gemacht worden; nennmehr findet ein *Entfamiliarisierungsprozeß* statt. Mutterdasein und Erwerbstätigkeit schließen sich weder bei verheirateten noch bei unverheirateten Frauen aus. Eine sich verstärkende Rhetorik der Gleichheit löst die herkömmliche Geschlechterrollenverteilung auf, läßt Abhängigkeiten untragbarer erscheinen. Selbst in der Phase, in der Kleinkinder zu betreuen sind, bleiben die Frauen im Beruf. Die steirische Erwerbs-

quote ist mit 43,8% etwas niedriger als die gesamtösterreichische; die geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten betragen 1981 55,8% für Männer und 32,8% für Frauen. Die Erwerbsquote der Frauen ist im rapiden Ansteigen, obwohl die Frauen auch in die höheren Bildungsgänge vordringen. Die höchsten Erwerbsquoten finden sich in der Südoststeiermark, in den Bezirken Feldbach und Radkersburg, aber auch noch in Weiz, Fürstenfeld und Hartberg, niedrig sind sie in den Industriegebieten.

Der „*Familienbetrieb Hausbahn*“ wird nach Möglichkeit abgeschafft.¹⁸ Es werden ganztägige öffentliche Bewahranstalten für Kinder genutzt, weil es zu Hause jeder Aufsicht ermangelt, aber von diesen Bewahranstalten gibt es in der Steiermark weniger als in anderen Bundesländern. Die Familie wird „entfamiliarisiert“: Sie wird (bestenfalls) zum abendlichen Treffpunkt von Mitgliedern, die ganztags ihren Terminplan in der Welt erfüllen. Kinder werden selbst bei wilden Bergvölkern *emanzipiert*. Ideale der Selbständigkeit und Gleichberechtigung haben seit den sechziger Jahren die elterliche Autorität zurückgedrängt. Die jungen Steirer und Steirerinnen sind aufmüpfiger. Eltern müssen begründen statt befehlen, argumentieren statt prügeln, Vorbild sein statt Befehlsgeber. Der kommunikative Erziehungsstil stellt höhere Anforderungen an die Eltern, besonders unter modernen Lebensbedingungen; auch deshalb mag die Kinderzahl sinken.

Wirtschaft - die Tricks der Wassermänner

Die Steiermark liegt an der Peripherie des wirtschaftlichen Geschehens, dessen Herzstück natürlich immer die Metropole inmitten der österreichischen Babenbergerlande war, die Haupt- und Residenzstadt - sie strahlte wirtschaftlich in die Umgebung aus. In der Monarchie waren die wirtschaftlichen Schwergewichte nach dem Osten gewandert, in die Nähe der Zentrale. Nach dem Zerfall der Monarchie wanderten die wirt-

schaftlichen Potentiale nach Westen, bis das heute bestehende West-Ost-Gefälle Österreichs erreicht war. Der Westen Österreichs profitierte von der Nähe zu den mitteleuropäischen Wirtschaftszentren. Salzburg, Tirol und Kärnten konnten den anschwellenden Tourismus nutzen. Die Steiermark blieb am Rande aller dieser Geschehnisse.¹⁹ Sie wächst langsamer als der österreichische Durchschnitt.²⁰

1945 hatte die Steiermark eine Beschäftigungsverteilung von ungefähr 40% der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft, einem Drittel in der Industrie und einem Viertel im Dienstleistungssektor. Etwa vier Jahrzehnte später (1981) betragen die Anteile des Agrarsektors etwa 12% und des Dienstleistungssektors etwa 45%. In den steirischen Peripherieeregionen war dieser Wandel noch stärker ausgeprägt; dort sank der Agraranteil von 64% auf 20%, die Sachgüterproduktion expandierte von 23% auf 43% und der Dienstleistungsbereich von 13% auf 37%.²¹ Es war eine Strukturrevolution, die das Antlitz des Landes verändert hat.

Der Wiederaufbau nach den Zerstörungen des Krieges gelang hier wie anderswo in Österreich in ungeahnter Weise. Er beruhte auf dem Kooperationswillen, zu dem sich nach den Erfahrungen der totalitären Herrschaft alle Lager durchgerungen hatten, und auf dem Grundkonsens über die anzustrebende wirtschaftliche und politische Ordnung; gleichwohl beobachteten einander die „großen Lager“ mit einigem Mißtrauen. Schließlich war es zu Beginn alles andere als sicher, ob Österreich überleben können würde; erst langsam faßte man Zutrauen zu sich selbst. Erst langsam begann sich auch „Identität“ zu entwickeln, und das „Wirtschaftswunder“ trug sicher wesentlich dazu bei. In den sechziger Jahren meinten die Ökonomen, die Wirtschaftsentwicklung im Griff zu haben; es war eine vorher niemals erreichte Wachstumsperiode zu verzeichnen. Man sprach von der *Konsumgesellschaft*. Bald aber geriet die Wirtschaft ins Trudeln, in der Mitte der

siebziger Jahre erlebte man die Ölkrise. Die Verstaatlichte in der Obersteiermark, bei der die Probleme großbetrieblicher Strukturen, einer externen Kontrolle und einer veralteten Produktstruktur kumulierten, geriet ins Desaster. Das Problem der in der Obersteiermark dominierenden Branchen war es, daß sie allzu lange auf ihre Stärke vertrauten. Der Strukturwandel schien für sie kein Problem zu sein, und Möglichkeiten dazu wurden vertan, bis er von außen aufgezungen wurde. Das trifft auch die letzten Jahrzehnte, auch wenn die Grundstofflastigkeit der Steiermark schon auf den Strukturwandel im Mittelalter zurückgeht.²⁴ Allein in den Krisenjahren 1978 bis 1985 wurde die Beschäftigung in diesen Betrieben um mehr als ein Fünftel reduziert. Arbeitslosenrate und Inflationsrate stiegen.

Vergleiche der wirtschaftlichen Kennzahlen der Bundesländer geben tatsächlich Anlaß zu Beschwerden: Die Bruttowertschöpfung je Beschäftigtem liegt 10 bis 15% unter dem österreichischen Durchschnitt. Die Arbeitslosenraten sind vergleichsweise hoch, die wirtschaftliche Dynamik läßt zu wünschen übrig.²⁵ Auch der öffentlichen Hand geht das Geld aus, die Verschuldung der Steiermark steigt - bei aller Begrenztheit der wirtschaftlichen Selbständigkeit eines Bundeslandes.²⁴ Das Land, begrenzt vom Dachstein und (nicht mehr) vom Tal der Save, wie die Hymne noch immer verkündet, hat freilich eine schwierige Ausgangslage. Es lag bis vor kurzer Zeit an toten Grenzen, nach Osten und Süden, über die hinaus Wirtschaftskontakte mühsam waren. Es hatte an allen Problemregionen Anteil: Es hatte die *alten Grundstoffindustrien*, die einst der Reichtum des Landes gewesen waren. Diese Ressourcen hatte, wie steirische Sagenleser wissen, ein Wassermann den Steirern aufgeschwätzt - Gold für ein Jahr, Silber für ein Leben oder Eisen für immerdar hatte er ihnen geboten. Lange Zeit hämmerten die Sensenschmiedem durch die waldrheinischen Täler, leuchtete das flüssige Eisen wie Gold und brach die Hammerherrsinn und Arbeitern

Wohlstand. Doch offenbar hatten die Steirer das Kleingedruckte in ihrem Vertrag mit dem Wassermann nicht gelesen, und so beherrbergt die Obersteiermark seit den siebziger Jahren die Krisenbranchen. Hatten die Eisen- und Stahlbetriebe in den 50er Jahren durch die hohe Weltnachfrage und die leicht fließenden ERP-Mittel einen stürmischen Aufschwung genossen, so taumelten sie seit den 60ern in die Krise. Mit Eisen und Stahl ist nichts mehr zu gewinnen, externe Betriebsansiedlungen finden kaum statt, zur „endogenen Erneuerung“ fehlt die Kraft. In den 70er Jahren kam langsam das Erwachen: Lange Jahre glaubte man, die unrentablen Arbeitsplätze halten zu müssen, und alle politischen Lager fanden sich im Bekenntnis zum „Kampf um jeden Arbeitsplatz“. Der Weg zur Stilllegung überholter Produktion war genauso mühsam, wie es schon der Weg zur Schließung von Kohlebergwerken gewesen war. Die Sanierungen in der Obersteiermark führten zu deutlichen Beschäftigungsrückgängen und Produktivitätsgewinnen. Die vergleichsweise günstigere Beschäftigungsentwicklung in den peripheren Regionen wird mit einem niedrigen Produktivitätsniveau erkauft. Der Durchbruch zu hochtechnologischer Produktion gelingt in den Industrieregionen nur vereinzelt, neue Aktivitäten fehlen, der Arbeitskräfteüberschuß wandert ab. Heute leben wir in einer Dienstleistungsgesellschaft: Immerhin beschäftigt der tertiäre Sektor 57,4% der Unselbständigen, im Grazer Raum gar 68,3%, in den Grenzregionen nur ein Viertel. Umstrukturierung hat also stattgefunden; das Problem liegt eher darin, daß die Industrie selbst von der Grundstoffproduktion zur know-how-intensiven Finalproduktion übergehen müßte.

Nicht viel besser steht es, was die Beschäftigungsdynamik betrifft, um die *ländlichen Abwanderungsgebiete*, in denen sich in den letzten Jahrzehnten die „stille Revolution“ des agrarischen Strukturwandels vollzogen hat. „Schilcher und Kernöl pulsieren in den Adern des Landes“,²⁵ - das ist eine

frohe Botschaft für Gourmets, aber eine triste Beschreibung für eine Wirtschaftsstruktur. Allein in den zehn Jahren von 1980 bis 1990 hat sich die Zahl der Vollerwerbsbauern von 24.763 auf 17.472 verringert, die Zahl der Nebenerwerbsbauern von 39.724 auf 41.891 gesteigert. In den zwanzig Jahren von 1970 bis 1990 hat die Zahl der Milchlieferanten von rund 38.000 auf 18.400 abgenommen, die Zahl der Rinderhalter von 54.000 auf 32.000. Noch deutlicher: 1951 produzierte eine Person in der Landwirtschaft die Nahrungsmittel für 4 Personen, 1980 produzierte eine Person die Nahrung für 23 Personen. Auch in diesen Zahlen zeigt sich die Dramatik des Strukturwandels. In diesen peripheren Regionen haben sich in den 60er Jahren einfache Fertigungen angesiedelt, die mit den billigeren Löhnen, vor allem der Frauen, kalkulierten, in den 70ern nahm die Ansiedlung ab. In den alten Industriegebieten kamen in Anbetracht des hohen Lohnniveaus nicht einmal diese Ansiedlungen in Frage.

Dazu kommen steirische Besonderheiten. Eine jahrelange Vernachlässigung des *Infrastrukturbaus*, insbesondere der Verkehrsanbindung nach Nordwesten, über die gebirgigen Teile des Landes hinweg, hat zu einer gewissen Abkoppelung der Steiermark von den wirtschaftskräftigen Regionen geführt.²⁶ Erst jetzt ist der erforderliche Ausbau, etwa der Pyhrn- und der Südautobahn, nachgeholt, mit einigen fortbestehenden Lücken; weitere Peripherisierungen, etwa im Eisenbahnbau, drohen. Auch am *Tourismus* ging die Zeit lange vorbei; der Typus der „Sommerfrische“ war lange nicht gefragt, Wintersport gab es nur in einigen obersteirischen Zentren. Erst die Thermenregion hat neue Gruppen von Erholungssuchenden ange-lockt. In den letzten Jahren wird das Bettenangebot im steirischen Tourismus reduziert (1980 gab es 8.498 Betriebe und 97.972 Betten, 1994 6.739 Betriebe mit 92.486 Betten), dennoch ist es im letzten Jahrzehnt gelungen, im Wintertourismus Nüchtigungszunahmen zu erzielen.

Die wirtschaftlichen Probleme ließen - obwohl bemerkenswerte Ruhe im Lande herrschte²⁷ - zeitweilig das Gefühl vorherrschen, daß die Steiermark der große *Krisenfall* sei, und daß sie in erster Linie jene Sanierungsopfer zu leisten habe, die in den 80er Jahren unumgänglich geworden waren. In einer Befragung 1988 meinten 45% der Steirer, daß die Interessen des Bundeslandes im gesamten Staat nicht hinreichend zur Geltung kämen, im österreichischen Durchschnitt vertragen nur 29% für ihr jeweiliges Bundesland diese Meinung.²⁸ Man befürchtete Teufelskreise der Verelendung, ja die Entstehung eines „*Slumgebiets Obersteiermark*“. Es wurde beklagt, der Sog der Großstadt ziehe alles Zukunftsträchtige an sich, von den hochtechnologischen Industrieansiedlungen bis zum Städtetourismus; der Grünen Mark bleibe das Museale, der Ramsch und das Unangenehme. Auch wenn diese Befürchtungen überwunden sind, bleibt der Anteil problematischer Wirtschaftsbereiche immer noch hoch.

In der Steiermark sind (1993/94) rund 394.000 Personen beschäftigt, 1980 waren es noch 384.000. (Im Jahresverlauf schwankt die Beschäftigung zwischen 380.000 und 404.000 Personen). 1993 gab es im Durchschnitt rund 37.000 Arbeitsuchende und 4.400 offene Stellen. Die Erwerbsquote liegt bei rund 45% der Bevölkerung. Im Vergleich zu der österreichischen *Arbeitslosenrate* lag die Steiermark immer etwas höher, im Jahr 1993 lag die österreichische Rate bei 6,8%, die steirische bei 8,4%. In der Steiermark waren in diesem Jahr 26.577 Arbeiter und 10.951 Angestellte arbeitslos. Die Bezirke Leoben, Bruck/Mur, Voitsberg und Liezen haben besonders hohe Werte, und in den alten Industriegebieten ist auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen höher. Die Beschäftigungssituation findet in der Arbeitslosenrate nur unzureichend Ausdruck, weil zum einen eine hohe Abwanderung aus diesen Gebieten besteht, zum anderen die Zahl der Pendler angewachsen ist. 1971, vor der Krise,

sind 2.600 Arbeitskräfte in die Obersteiermark eingependelt, 1981, nur ein Jahrzehnt später, sind netto 1.800 herausgependelt. In der Südoststeiermark ist die Beschäftigungslage stabil geblieben, allerdings ist mit einem beträchtlichen Ausmaß versteckter Arbeitslosigkeit zu rechnen. Von den Beschäftigten sind 48% Arbeiter, 40% Angestellte, 12% Beamte. Es handelt sich um 95,8% Inländer und um 4,2% Ausländer (1993), das sind rund 17.000 Ausländer (davon zu etwa 60% aus Jugoslawien und zu etwa 5% aus der Türkei).²⁹

Europa - der Verlust der Nische

Auch die Steiermark blickt nach *Europa*. Sie muß es tun, denn sie liegt nicht mehr im Windschatten der Geschichte. Europa war noch vor wenigen Jahren ein quasineutrales Territorium zwischen den Supermächten. Heute befinden sich seine östlichen Teile in einem einmaligen Wandlungsprozess, für den es keine geschichtlichen Erfahrungen gibt: vom Totalitarismus zur Demokratie, von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und von der Blockstruktur zur nationalen Eigenständigkeit. Die Öffnung der Ostmärkte bietet den angrenzenden Landesteilen nicht nur Impulse durch ihre touristische Belegung, sondern auch Chancen, neue Märkte zu erobern. Die traditionellen Produkte aus den Industrieregionen sind durch die Ostöffnung ebenso verschärfter Konkurrenz ausgesetzt wie die Produkte aus der peripheren Region. Der Vorteil der letzteren, qualifizierte Arbeitskräfte bei niedrigen Löhnen zu liefern, wird nun von den angrenzenden Ostländern überboten. Bislang allerdings hat die Steiermark von den offenen Grenzen eher profitiert; die Exporte dorthin sind stark angewachsen. Aber keine Illusionen: Die Öffnung bedeutet nicht, daß das „grüne Herz“ Österreichs automatisch in die europäische Mitte rückt.

Die Steiermark wird sich *spezialisieren* müssen, worauf auch immer: Den internationalen Investoren ist zu signalisieren, daß

man in bestimmten Bereichen Außerordentliches leisten kann, nicht nur in vielen Bereichen Durchschnittliches. Das besondere Kapital der Steiermark sind seine *Arbeitskräfte*, leistungsbereite und wohlqualifizierte Menschen.³⁰ Es gibt erstklassige *technische Forschungseinrichtungen*, von der Montanuniversität und der Technischen Universität bis zur Joanneum Research. Die Bildungswerbung der sechziger Jahre hat auch die *Universitäten* „explodieren“ lassen. Die Zahl der Studenten an österreichischen Universitäten und Hochschulen stieg von 51.276 (1970) auf 162.123 (1986); der Anteil der Studierenden an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung beträgt 14,6% (zum Vergleich: Schweiz 14,9%, Deutschland 18,9%, Schweden 22%, USA 24%).³¹ Seit 1992 ist der Sektor der *Fachhochschulen* im Entstehen; die Steiermark bemüht sich - mit einiger Verzögerung - um mehrere Studiengänge (in Feldern wie Bauwirtschaft, Industriedesign und in technisch-wirtschaftlichen Branchen), die als eine Alternative zu den Universitäten eine praxisorientierte, kürzere Ausbildung, die auch für Lehrlern zugänglicher ist, anbieten sollen.

Aber die Forcierung der schwerindustriellen Massenproduktion in der Obersteiermark, der Großbetriebe, die kaum regionale Zulieferer benötigen, hat zugleich auch ein *Defizit beim unternehmerischen Mittelstand* bewirkt. Die industrielle Monokultur hat jene Vielfalt nicht entstehen lassen, aus der sich zuweilen auf geheimnisvolle Weise Impulse unternehmerischer Aktivitäten ergeben. Daß in den „alten Industriegebieten“ trotz der höheren Arbeitslosigkeit ein besonders hohes *Lohnniveau* besteht, das für neue Betriebe nicht attraktiv ist, erschwert es, den Teufelskreis zu durchbrechen.

Die Aufgabekataloge für das hiesige (steirische und österreichische) Wirtschaftsleben sind trotz dieser Schwierigkeiten seit langem bekannt: *struktureller Wandel in Richtung Höherverarbeitung, technologisch komplexere, know-how-intensive Produkte, Nutzung qualifizierter Arbeit*.³²

Die Steiermark als *Peripheriegebiet* ist zum Fortschritt verdammt, denn Billiglöhnpromotionen aus den ländlichen Gebieten der Steiermark werden noch rascher abwandern als bisher. Für technologisch fortgeschrittene Produkte bleibt der Westmarkt entscheidend, auch wegen der weiterhin sich nur langsam entwickelnden Kaufkraft der Ostländer, und auf den Westmärkten müssen die steirischen Betriebe auch Erfolg haben.

Die bisherige Regionalpolitik war freilich, gemessen an ihren eigenen Zielen, nicht überaus erfolgreich; auch deswegen, weil die Ziele nicht haltbar waren.³³ Trotzdem sind Lebensqualität und Lebensstandard hoch.

Frauen - Steirerinnen haben die Mehrheit

Eine „stille Revolution“ hat stattgefunden, die nur zuweilen schrille Obertöne hat. Die „Frauenfrage“ ist eines der Aufsteigerthemen, das seit den siebziger Jahren eine hohe Sensibilisierung erfahren hat. 1991 lebten in der Steiermark 611.588 Frauen, das sind 51,6% der Gesamtbevölkerung. 39% sind ledig, 43% verheiratet, 14% verwitwet, 5% geschieden. 42.200 Mütter (und 6.400 Väter) sind alleinerziehend. 22% sind Hausfrauen, 34% unselbstständig beschäftigt oder arbeitslos, 22% in Pension, 23% sind sonstige erhaltende Personen. Selbständig sind 20.800 Frauen, das sind 35,7% der Selbständigen insgesamt.

Eine steirische Umfrage ergab, daß sich ein Drittel der Frauen gegenüber den Männern nicht benachteiligt fühlt, ein Fünftel hingegen schon, die Hälfte allerdings fühlt sich „teilweise“ schlechter behandelt. Als typisch ungerechte Situationen werden Probleme der Arbeitsaufteilung, der Wertschätzung in der Öffentlichkeit, des Verhaltens bei Diskussionen und der Einkommensverteilung eingeschätzt.³⁴

Die Frauen dringen im *Berufsleben* vor. Am deutlichsten ist der rapide Wandel im *Bildungsbereich*: Sie erobern - nach den

klassischen Gymnasien - die Universitäten. An der Universität Graz studieren (1992/93) 16.295 Frauen und 14.348 Männer; absolviert haben im Jahr davor 811 Frauen und 692 Männer.³⁵ Der *Lehrerberuf* verweiblicht: In der Steiermark sind (1991/92) von 17.827 Lehrern 11.538 Frauen, darunter 3.945 an Volksschulen, 3.585 an Hauptschulen, 1.455 an AHS, 1.461 an BHS.

Verdrossene Zufriedenheit

Österreich ist ein wohlhabender Kleinstaat: durch seine Kleinheit gegen die „Arroganz der Macht“ gefeit, abhängig von den größeren Mächten dieser Welt, zugleich in der angenehmen Lage des „Trittbrettfahrers“ bei vielen internationalen Entscheidungen. Österreich ist nicht mehr die „Versuchstaktion des Weltuntergangs“, wie Karl Kraus einst sagte. Im Windschatten der Geschichte wurde auch in der Steiermark ein Reichtum erarbeitet, der für alle der Geschichte gegenüber ignoranten Menschen zur Selbstverständlichkeit geworden ist; eine „Lebenswelt“, die noch ein wenig Zuflucht bietet in einer zerrissenen Moderne, in der Postmoderne, im Postmaterialismus oder Postindustrialismus - wie immer intellektuelle Zeitdeuter diese Epoche auch zu fassen versuchen.³⁶ Es lebt sich gut in ihr, einstweilen. Die Verdrossenheit gesättigter Wohlstandsbürger ist ein Luxus-symptom, das sich stabile und verwöhnte Länder leisten. Wie gut geht es den Steirern, daß sie verdrossen sein können!

Jene Ambivalenz ist - trotz solcher Lobesäußerungen - allemal angebracht, mit der Hans Weigel einmal Bemerkungen eines „unzufriedenen Patrioten“ eingeleitet hat: „Ich bin sehr gern ein Österreicher. In Österreich ist's fürchterlich. Und ich bin so gern ein Österreicher, weil ich hier sagen kann: Bei uns ist's fürchterlich!“³⁷ Und am Ende dieses Essays bekräftigte er: „Die österreichischen Fürchterlichkeiten sind mir die liebsten der Welt.“ Man ist berechtigt, das auch über die Steiermark zu sagen.

1) Franz Nabl: „Lug ins Land - Wege durch die steirische Landschaft“, in: Steiermärkische Landesregierung (Hrsg.): Die Steiermark. Land, Leute, Leistung, Graz 1971, 17-24, hier 19.

2) Wir schließen hier, wie auch im folgenden bei ähnlichen Begriffen, selbstverständlich die Provinzinnen ein, bleiben aber - aus Gründen der Lesästhetik - bei den herkömmlichen Formen.

3) Erzählt von Carl Amery: „Der Provinzier und sein Schicksal“, in: ders. (Hrsg.): Die Provinz. Kritik einer Lebensform, München 1966, 7-18, hier 7. Der Witz wird bei ihm von der Stadt Linz erzählt; es gibt allerdings keinen Grund, warum er nicht auch auf die Stadt Graz anwendbar sein sollte.

4) Die Oberbeilichkeit ist schon deswegen unangebracht, weil nur ein geringer Teil der Einwohner all die Bildungs- und Kultureinrichtungen, die den Stolz der Hauptstädter ausmachen, in Gebrauch nimmt. „Die wenigen Prozent Wiener, die von Wien Gebrauch machen“, so fährt Brandstetter fort, „fallen nicht ins Gewicht; sind statistisch gesehen nicht signifikant, sind eine verschwindende Minderheit, man kann sie statistisch gesprochen vernachlässigen. Es gibt in den Bundesländern geradesoviel Wienbenützer als in Wien selbst. Die meisten Wiener sind gar keine Wiener, sondern nur Wiener.“ Alois Brandstetter: Von den Hauptstädtern und den Hintersassen“, in: Erhard Busek (Hrsg.): Von den Hauptstädtern und Hintersassen. Wien als Bundeshauptstadt, Wien 1987, 12-17, hier 17. - Vgl. zur Rolle der Metropole insgesamt Carl L. Schorske: *Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle*, Frankfurt a. M. 1982; Peter Hanák: *Ungarn in der Donaumonarchie. Probleme der bürgerlichen Umgestaltung eines Vielvölkerstaates*, Wien-München-Budapest 1984; Erhard Busek und Gerald Stourzh (Hrsg.): *Nationale Vielfalt und gemeinsames Erbe in Mitteleuropa*, Wien-München 1990; Peter Berner, Emil Brix und Wolfgang Mantl (Hrsg.): *Wien um 1900. Aufbruch in die Moderne*, Wien 1986; Erhard Busek und Gerhard Willinger (Hrsg.): *Aufbruch nach Mitteleuropa. Rekonstruktion eines versunkenen Kontinents*, Wien 1986.

5) SWS-Rundschau 34 (1994), 221.

6) Aber selbst das Folkloristische ist nicht immer so harmlos, wie es oft den Augenschein hat. *Der grau-grüne Rock* des Steirers war immer wieder auch ein Akt politischer Demonstration: im frühen 19. Jahrhundert, als den kaiserlichen Beamten verboten wurde, diese Kleidung in Dienst und Privatleben zu tragen, und Erzherzog Johann bestrebt war, sich demonstrativ durch die Verbreitung dieser Kleidung von der städtisch-oberflächlichen Blasiertheit abzusetzen; ebenso wie in brisanten Jahren des 20. Jahrhunderts, als die Tracht als Alternative zu den braunen Hemden an politik-symbolischer Bedeutung gewann.

7) Vgl. Ernst Brückmüller: *Nation Österreich. Sozialhistorische Aspekte ihrer Entwicklung*, Wien-Köln-Graz 1984.

8) Vgl. dazu Ernst Burger: *800 Jahre Bevölkerungsentwicklung der Steiermark 1250 bis 2050. Schätzungen-Zählungen-Prognosen*, in: Josef Riegler und Ernst Burger: *Hundert Jahre Steirische Landesstatistik*, Graz 1993, 9-36.

9) Vgl. Wilfried Haslauer: „Was ist eine Bundeshauptstadt?“, in: Busek 1987, 49-56.

10) Aber wir haben nicht die ganze Wahrheit im Blick, wenn wir nur nach Norden schauen. 1919 fragten die Nationaldemokratischen Flugschriften: „Warum ist der Anschluß die einzige nationale Rettung für unser Volk? Und sie fanden die Antwort in der schwächlichen Volkstatur der hiesigen Rasse. „Weil wir sonst im Slawentum untergehen. Wir sind unserer ganzen Anlage nach der wenigst widerstandskräftige Teil des deutschen Volkes und haben stets eines Blutzschusses aus dem Reich bedurft, um den Kampf um unser Da-

sein bestehen zu können. Uns fehlt es nicht an Fähigkeiten, wohl aber an gesunder Ordnung und Zucht... Nur der Anschluß kann unserem Gemeinwesen innere Gesundheit, kann uns die Beseitigung der zum Teil durch klarwackrige Einflüsse bedingten Schlamperie, Korruption und Disziplinlosigkeit bringen. „Nationaldemokratische Flugschriften Nr. 3, Wien 1919, zit. n. Karl Stuhlpanzer: „Der alpenländische Mensch. Oder: Deutsch sein. Die Geschichte einer Verführung“, in: Peter Gerlich und Krzysztof Glass (Hrsg.): Zwischen den Zeiten, Wien 1992, 211-221.

11) Vgl. etwa Manfred Straka und Walter Neunteufel: „Die steirische Bevölkerung“, in: Landesregierung 1971, 236-273; Fritz Posch: „Die Besiedlung und Entstehung des Landes Steiermark“, in: Gerhard Pferschy (Hrsg.): Das Werden der Steiermark. Die Zeit der Traungauer, Graz-Wien-Köln 1980, 23-62.

12) Dieter Lenhardt: Midlife-crisis der Republik, Wien 1986, 142.

13) Bekannt sind ja auch die „sozialwissenschaftlichen“ Erhebungen, die im Auftrag Erzherrzog Johanns in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchgeführt wurden. Dort liest man beispielsweise aus Oppenberg: „Die körperliche Beschaffenheit der Pfarerbewohner hat nichts Auffallendes. Sie sind wie alle Gebirgsbewohner der oberen Steiermark, mehr kleinerer Statur mit sogenannten Gackeln und Doppelten vermischt. Gehörlosigkeit ist ein Hauptzug.“ (23) In Deutschlandberg wird gelagt, daß die Bewohner den Wein über alles lieben, ja ihn als „Universal-Stärkungsmittel“ und „Medicamentum“ betrachten (40). Aus Mönichshausen wird mit aller Deutlichkeit berichtet: „Die Haupteigenschaften der hiesigen Bevölkerung sind größtenteils das Übermaß in Fressen und Saufen, und der daraus sehr natürlich fließenden ausschweifenden Unstilität.“ (40) Aus Fall wird von lebhaften Temperament der Menschen gesprochen: „Sein Temperament bringt in zwar sehr bald in Raschheit, sein Zorn ist aber auch von kürzerer Dauer.“ (41) Vgl. Lisl Waltrner: Der gemeine Steirer, Wien-Köln-Graz 1982.

14) Gustav Schreiner: Grätz. Ein naturhistorisch-statistisch-topographisches Gemälde dieser Stadt und ihrer Umgebungen, Grätz 1843, S. 407f.

15) W. G. Sebald: „Damals vor Graz - Randbemerkungen zum Thema Literatur & Heimat“, in: Kurt Bartsch und Gerhard Melzer (Hrsg.): Trans-Garde. Die Literatur der 'Graz'er Gruppe'. Forum Stadtpark und 'manuskripte', Graz 1990, 141-152.

16) SWS-Rundschau 34 (1994), 209ff.

17) Vgl. Reinhard Steder: Sozialgeschichte der Familie, Frankfurt 1987. Die folgenden Daten stammen aus Max Haller und Franz Höllinger: Sozialstruktur Steiermark. Basisdaten zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur der Steiermark und ihre Entwicklung von 1961 bis 2031, Graz 1994.

18) Es werden Fertigprodukte verkauft, weil die mühsame Eigenproduktion zeitlich nicht mehr möglich ist. Es werden Dienstleistungen - Schi-, Schwimmbad-, Tennis- und andere Kurse für die Kinder - eingekauft, weil der Streß die Zeit wegnimmt, die man sich mit den Kindern beschäftigen mußte.

19) Graz, immer noch der dynamischste Fleck, war schon in der Monarchie seiner Ruhe und seiner grünen Flächen wegen als Pensionsaufenthaltsort für die Offiziere und höheren Beamten der Monarchie beliebt, und seine relative wirtschaftliche „Armut“ sicherte ihm sogar den Erhalt seiner Altstadt, jener Basisstruktur, die andersorts den ideologischen Vernichtungswellen der Wiederaufbauzeit zum Opfer gefallen ist.

20) Vgl. zur wirtschaftlichen Entwicklung etwa Kurt Rothschild: Austria's Economic Development Between the Wars, London 1947; Gustav

Otruba: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Wien 1968; Felix Butschek: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Wien-Stuttgart 1986; S. W. Arndt: The Political Economy of Austria, Washington 1982; Helmut Kramer und Felix Butschek (Hrsg.): Vom Nachzügler zum Vorbild. Österreichische Wirtschaft 1945-1985, Wien 1985.

21) Von 1937 bis heute gab es in ganz Österreich eine Abnahme der Zahl der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft von rund 15% auf rund 3%, bei der Sachgüterproduktion von mehr als 40% (mit einem Zwischenhoch) auf etwa 37%, bei den Dienstleistungen hingegen einen Zuwachs von rund 45% auf etwa 60%. In der Steiermark schrumpfte der Anteil der Beschäftigten im Industriebereich von 1971 bis 1991 von rund 50% auf 41,4%.

22) Vgl. Günther Tichy: „Vom vergangenen, laufenden und künftigen Strukturwandel. Zur Dynamik der steirischen Wirtschaft“, in: Steirische Statistiken. 100 Jahre Landesstatistik. Trends und Perspektiven, 38 (1994).

23) Immerhin als Indikator für Lebensstandard: Die Neuzulassungen von fabrikneuen Personenkraftwagen befanden sich 1980 in der Höhe von 32.000 Stück, 1992 bei 44.000 und 1993 37.600; der PKW-Bestand betrug 1980 337.000 und 1993 520.000 Stück.

24) Praktisch stammen 1 bis 2% der Ländereinnahmen aus eigenen Abgaben, der Rest wird vom Bund zugewiesen. Alle Länder zusammen verfügen über rund 10% der öffentlichen Einnahmen. - Vgl. Manfred Gantner: „Die öffentliche Finanzwirtschaft“, in: Hanns Abele, Ewald Nowotny, Stefan Schleicher, Georg Winckler: Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, Wien 1989, 221-246.

25) Reinhard P. Gruber: Das Schilcher ABC, Graz o.J.

26) Jedem ist die Beobachtung geläufig, derzufolge „Schnellzuglinien, deren Expresse unter Pomp, Gestank und Donner von irgendeiner Grenzstation ablassen werden, im Inneren Österreichs schon nach kurzer Frist spurlos versickern, nachdem sie irgendwann auf der Strecke durch einen rätselhaften Abschuppungsprozeß den Speisewagen verloren haben.“ Meist, so fügt unser Infrastruktur-experte hinzu, geschehe das in der Gegend von Leoben, dem „Gewitterwinkel des europäischen Reiseverkehrs“. Diese Beobachtungen Herzmanovsky-Orlandos waren bis in die jüngste Zeit gültig. - Vgl. Fritz von Herzmanovsky-Orlando: Maskenspiel der Genien, Ausgabe Wien 1960.

27) Vgl. Manfred Prisching: Arbeitslosenprotest und Resignation in der Wirtschaftskrise, Frankfurt-New York 1988.

28) Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988, 1021.

29) Die soziale Ungleichheit erhält ein neues Gesicht. „Klassentheorien“ treffen die soziale Wirklichkeit nicht mehr, eine differenzierte Mittelschichtgesellschaft hat sich entwickelt. In ihr werden „horizontale Ungleichheiten“ deutlicher sichtbar: Ungleichheit von Freizeitbedingungen, sozialer Sicherheit, Wohn- und Arbeitsbedingungen, Zugangschancen zu öffentlichen Gütern, Gesundheitsbedingungen und dergleichen. Nur eine Ziffer sei genannt: Der Bruttonomastverdienst pro Industriebeschäftigten liegt (1993) bei 28.500 Schilling (einschließlich aller Remunerationen und Urlaubszuschüsse); der Bruttostundenverdienst je Arbeiter (ohne Zuschüsse) bei 121 Schilling. - Regionale Ungleichheiten sind offenkundig: Graz hat nur 29% der Bevölkerung, aber einen Anteil von 51% an der Wertschöpfung. Schlüssellicher beim Nettoinlandsprodukt pro Beschäftigtem oder bei den kommunalen Steuereinnahmen ist die südoststeirischen Bezirke. Frauen sind - wie in den meisten

Ländern - nach Einkommen und Karrierechancen, durch Doppelbelastung und versteckte Arbeitslosigkeit benachteiligt, trotz einer europäischen Gesetzgebungswelle zu ihrer Gleichberechtigung. Der Frauenanteil an den Industriearbeitern ist in der Bekleidungsindustrie mit 88% am höchsten, und hier beträgt der Bruttostundenlohn ca. 63 Schilling; am höchsten sind die Löhne in der Erdölindustrie mit ca. 180 Schilling, hier beträgt der Frauenanteil aber nur 5%. „Ausländische Arbeitskräfte“ sind dabei, die einheimischen Hierarchien zu „unterschichten“, und ihr Zutageword sein noch verstärken. Kinderreiche Familien geraten an die Armutsgrenze.

30) Von der Wohnbevölkerung von 981.300 Personen (1992) haben 41,5% einen Pflichtschulabschluß, 35,2% haben eine Lehre abgeschlossen, 8,2% eine berufsbildende mittlere Schule, 7,2% eine AHS, 6,6% eine BHS, 4,3% ein Studium.

31) Allerdings sind solche Vergleiche in Anbetracht unterschiedlicher Organisationsstrukturen nicht aussagekräftig; die Absolventen der deutschen Fachhochschulen oder der amerikanischen Bachelor of Arts (die als postsekundäre Ausbildung gelten) entsprechen sich dem österreichischen Maturabschluß (einem sekundären Bildungsgang) in bestimmten Schulpunkten.

32) Vgl. beispielsweise H. Glatz und Hans Mosen (Hrsg.): Herausforderung EG-Binnenmarkt. Kopfüber in die EG? Wien 1989; Heinrich Schneider: Alleingang nach Brüssel. Österreichs EG-Politik, Wien 1990; Fritz Breuss und Jan Stankovský: Österreich und der EG-Binnenmarkt, Wien 1988. - Zukunftschancen werden folgendermaßen beschrieben: Graz soll sich zu einem Hochtechnologiezentrum entwickeln, die Obersteiermark soll ein hochwertiges Metallverarbeitendes Zentrum werden; die steirische Peripherie muß in den verkehrsgünstigen Lagen Großgewerbe und Leichtindustrie höheren Spezialisierungsgrades, in anderen Regionen Qualitätslandwirtschaft (mit entsprechenden Marketing- und Vertriebssystemen) und Tourismus (mit differenzierter Betreuung von Gästegruppen) forcieren (Tichy). Spezielle Möglichkeiten ergeben sich für komplexere, umfassendere Zulieferindustrien in den europäischen Raum. Die Wirtschaftspolitik muß die Voraussetzungen dafür schaffen: Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen fördern, produktionsnahe Dienstleistungen forcieren, Technologietransferenzen installieren und Hilfen für Unternehmensgründungen bereitstellen.

33) Vgl. Felix Butschek: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Wien 1985, 183.

34) Vgl. Ridi Steibl: „Frau sein in der Steiermark 1993“, Kummer-Institut-Schriften 1/94, Graz. Es handelt sich um eine Kurzfassung des Berichts „Frau sein in der Steiermark 1993“, hrsg. vom Amt der Stmk. Landesregierung, Präsidialabteilung, Referat Frau-Familie-Gesellschaft.

35) Bei den Wissenschaftlern besteht freilich eine Zeiterverzögerung: 245 Männer stehen 5 Frauen gegenüber, aber auch das wird sich rasch ändern. Ein *time lag* besteht auch bei den technisch-naturwissenschaftlichen Studienrichtungen (und damit auch bei den Technischen Universitäten).

36) Vgl. Manfred Prisching: „Weltbild im Wandel - geistige Strömungen in den westlichen Ländern Mitteleuropas“, in: Peter Gerlich und Krzysztof Glass (Hrsg.): Zwischen den Zeiten, Wien 1992, 41-67.

37) Hans Weigel: „Rouge ou noir. Meditation eines unzufriedenen Patrioten“, in: Josef Kriener, Wolfgang Mantl, Manfred Prisching und Michael Steiner (Hrsg.): Nachdenken über Politik. Jenseits des Alltags und dessen der Politik, Graz 1985, 243-245, hier S. 243.

ENDOGENE ERNEUERUNG DER STEIRISCHEN WIRTSCHAFT - EIN ZWISCHENBERICHT

GUNTHER TICHY

Die Einschätzung der Wirtschaftslage und vor allem der Zukunftsaussichten tendiert immer wieder zur Extrapolation der jeweiligen Lage, und zwar mit einem gewissen Schuß Pessimismus: In den seltenen guten Zeiten gehen wir dem Paradies der Wohlstandsgesellschaft entgegen, in schlechten Zeiten halten wir uns auf ewig in ausweglose Krisen verstrickt, uns fehlte jeder Gestaltungsspielraum. Beide Visionen, die optimistische wie die pessimistische, verstellen den Weg, sinnvolle Konzeptionen für die Zukunft zu entwickeln. Zweifellos liegen vor uns viele Probleme, die es zu lösen gilt, aber wir haben auch eine nicht geringe Problemlösungskapazität; wir haben in der Vergangenheit zahlreiche Probleme gelöst, und das sollte uns Zuversicht und Kraft geben, auch die gegenwärtigen Probleme einer Lösung zuzuführen. Ein Blick zurück kann dabei vielleicht helfen.

Stellen wir uns vor, zu Beginn der sechziger Jahre hätte jemand prognostiziert, im nächsten Vierteljahrhundert würden eine halbe Million Beschäftigte in der Landwirtschaft, 30.000 Beschäftigte aus Bergbau und Eisenerzeugung, 40.000 Beschäftigte in der Textilindustrie ihren Arbeitsplatz verlieren, und überdies würde rund eine halbe Million junger Menschen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt strömen: Niemand hätte dieses Problem für lösbar gehalten, aber wir haben es weitgehend gelöst: Es gibt heute mehr selbständig und unselbständig Beschäftigte als damals. Allerdings haben wir das Problem nicht zur Gänze gelöst, wir haben auch mehr Arbeitslose; aber die Zahl der Arbeitslosen ist sehr viel weniger stark gestiegen als die der Beschäftigten. Ähnlich sind wir mit dem Problem der Vervielfa-

chung der Ölpreise, des Zusammenbruchs des Systems der festen Wechselkurse, der Abwertung des Dollars auf die Hälfte seines Wertes, mit der Schuldenkrise der Oststaaten und Entwicklungsländer, mit dem Zusammenbruch der Verstaatlichten Industrie zu Rande gekommen, obwohl diese Probleme sogar gemeinsam aufgetreten sind. Zweifellos: Die Anpassung hat Mühe und Opfer gekostet und sie ist keineswegs reibungslos vor sich gegangen; dennoch, die Österreicher, wie die Steirer sind wohlhabender als vor 20, 30 oder 50 Jahren, und selbst die Armen von heute sind wohlhabender als die Armen von damals. Sogar die Umweltprobleme haben abgenommen, nicht zugenommen: Die Belastung mit Blei, Schwefel und Staub hat drastisch abgenommen, die Zahl der Wohnungen mit starker Lärmbelastung ist in den letzten 15 Jahren um ein Sechstel gesunken, die Zahl der Todesopfer im Verkehr hat erheblich abgenommen, die Qualität der meisten Flüsse und vor allem der Seen hat sich sogar drastisch verbessert. Es gilt, nicht bloß auf die noch ungelösten Probleme zu blicken, gelegentlich empfiehlt sich auch der Rückblick auf die bereits gelösten.

Der Strukturwandel in der Steiermark

Die Nachkriegszeit begann für die Steiermark als ein relativ wenig entwickelter Rohstoff- und Grundstoff-lastiger Teil Österreichs. Der Agraranteil betrug zwei Fünftel, der Industrieanteil ein Drittel, davon abermals ein Drittel Eisengewinnung und Verarbeitung zu Halbzeug und ein Dienstleistungsanteil von knapp ein Viertel. Inzwischen ist der Agraranteil auf ein Zehntel zurückgegangen, der Dienstlei-

stungsanteil auf knapp die Hälfte gestiegen. Das bedeutet, daß allein im Grenzland rund 70.000 Personen von der Landwirtschaft freigesetzt wurden, die zu gut zwei Drittel in der Sachgüterproduktion und im Dienstleistungsbereich neue Arbeitsplätze finden konnten. Die Sachgüterproduktion der Steiermark expandierte bis in die siebziger Jahre hinein kräftiger als im restlichen Österreich, fiel aber dann zurück. Die Wachstumskrise der achtziger Jahre war in erster Linie eine Krise der Grundstoffindustrie und der Metallverarbeitung. Vor allem die verstaatlichte Industrie hatte die Zeichen der Zeit nicht erkannt und war zu Reorganisationsmaßnahmen erst bereit, als die Unternehmungen von der Krise voll erfaßt waren: Dezentralisierung der hierarchischen Strukturen, Schaffung kleinerer Einheiten, Verlagerung dispositiver Funktionen in die Produktionsstätten, Abbau überhöhter Belegschaften, Auflassung nicht mehr marktgängiger Produkte.

Die Wachstumskrise der achtziger Jahre war primär eine Krise der Obersteiermark. Nach groben Schätzungen gingen dort in der Verstaatlichten Industrie rund 9.000 Arbeitsplätze verloren und in deren Gefolge weitere 4.000 im Gewerbe- und Dienstleistungssektor; in der Privatindustrie hingegen dürften etwa 1.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sein. Die Arbeitsplatzverluste vor allem im Zentrum der Region (Bruck, Leoben) führten zur Abwanderung von rund 12.000 Personen und zur Arbeitslosigkeit von weiteren rund 6.000. In Graz gingen in den achtziger Jahren 1.000 Industriearbeitsplätze und 6.000 sonstige Arbeitsplätze verloren, 5.000 Personen wurden arbeitslos; die Zahl der Einpendler sank. In der übrigen Steiermark („Peripherie“) gingen zwar 2.000

Arbeitsplätze in der Industrie verloren, doch konnten 16.000 sonstige geschaffen werden, offenbar überwiegend im Dienstleistungsbereich. Der kräftige Bevölkerungszuwachs und die steigende Erwerbsquote konnten allerdings nicht verhindern, daß dennoch 8.000 Personen arbeitslos wurden.

Die dünnen Zahlen zeigen, wie dramatisch der Strukturwandel in den vergangenen Jahren gewesen ist; sie zeigen aber auch, daß der Strukturwandel noch immer zu langsam war, um den Problemen der Steiermark gerecht zu werden.

Endogene Erneuerung muß anhalten

Die Rezession des Jahres 1993 hat Erfolge und künftige Aufgaben des Strukturwandels in der Steiermark deutlich gezeigt: Die Rationalisierungs- und Umstrukturierungsfolgen haben bewirkt, daß die meisten Betriebe nicht mehr in ihrer Existenz gefährdet waren, zum Teil sogar nicht einmal Verluste, sondern nur Gewinneinbußen hinnehmen mußten; sie hat aber andererseits aufgezeigt, daß die steirische Wirtschaft von Rezession immer noch überdurchschnittlich stark getroffen wird. Das alte Industriegebiet der Obersteiermark und das alte Fremdenverkehrsgebiet des politischen Bezirkes Liezen benötigen weiterhin neue Produkte und neue Ideen, um das Gebiet weniger krisenanfällig zu machen, und es gilt, den Übergang der steirischen Peripherie von einem Agrar- über ein Niedriglohngbiet der verlängerten Werkbänke zu einer Zone der Leichtindustrie, des Großgewerbes und der qualifizierten Dienstleistungen weiterzuführen.

Am schwierigsten sind diese Aufgaben in der Obersteiermark. Dort haben zwar einzelne Betriebe den Übergang erstaunlich gut geschafft, mit neuen und verbesserten Produkten und neuen Ideen auf den Gebieten des Vertriebs, des Marketings und der Logistik. Die erhebliche Abwanderung hat das Gebiet jedoch guter und initiativer Kräfte beraubt, und die Mentalität der Strukturkonservierung ist in manchen Betrieben und man-

chem Teil der öffentlichen Verwaltung noch nicht verschwunden. Ein nicht geringer Teil der Arbeitslosigkeit hat sich zu Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt, und die Abwanderung zeigt negative Multiplikatorfolgen. Ohne merklichen Wandel des Bewußtseins kann sich der Prozeß der endogenen Erneuerung nicht beschleunigen; erstaunlicherweise ist die Dynamik am westlichen und östlichen Rand der Obersteiermark deutlicher ausgeprägt. In der steirischen Peripherie gilt es, die bisherigen Trends fortzusetzen, den Weg zu besser ausgebildeten Arbeitskräften und zu qualifizierten Produkten.

Der künftige Strukturwandel bedarf einerseits anhaltender Impulse von außen, andererseits eines verstärkten Bewußtseinswandels in den Regionen selbst. Die Bevölkerung, wie ihre Repräsentanten, müssen bereit sein, die Impulse von außen im Sinne einer endogenen Erneuerung zu nutzen. Es muß erst gelingen, alle Beteiligten auf einheitliche Leitbilder einzuschwören. Ziel sollte sein, Graz zu einem Hochtechnologiezentrum auszubauen - auch hier mangelt es zum Teil immer noch an der Einsicht, daß sich einfachere mechanische Fertigungen auf Dauer in einer Landeshauptstadt nicht halten lassen. Die Obersteiermark wird zu einem hochwertigen Metallverarbeitungs- und Technologiezentrum höheren Technologiegrades entwickelt werden müssen; Schienen und Weichen sind ein erster Schritt auf diesem Weg, der qualitativ und quantitativ derzeit allerdings noch nicht ausreicht. Es müssen mehr und es müssen noch stärker technologieorientierte Produkte entwickelt werden. Die steirische Peripherie muß in den verkehrsgünstigen Lagen Großgewerbe und Leichtindustrie höheren Spezialisierungsgrades, in den anderen Regionen Tourismus und Qualitätswirtschaft forcieren. Die Chancen dafür sind durchaus gegeben: Die Öffnung der Grenzen zum Osten hat Chancen zur Kooperation eröffnet, und Österreich hat bisher von Exporten dorthin mehr profitiert, als es unter der hochgespielten Billiglohnkonkurrenz gelitten hat. Auch hat die

Öffnung der Grenzen den großen und kleinen Grenzverkehr begünstigt und dem steirischen Handel und Tourismus zweifellos Vorteile gebracht. Die zunehmende Verringerung der Fertigungstiefe in Westeuropa eröffnet neue Zulieferchancen, die zunehmende Freizeit eröffnet erhebliche Möglichkeiten für Anbieter von Kurz- aber auch von Kuraufenthalten, das zunehmende Gesundheits- und Qualitätsbewußtsein gibt der steirischen Qualitätslandwirtschaft gute Chancen. Die Anstöße von außen werden in Zukunft allerdings noch spezifischer sein müssen als früher, und das ist eine Herausforderung für die steirische, wie für die gesamte österreichische Wirtschaftspolitik: Mehr als bisher gilt es, statt einzelner Investitionen zusammenhängende Problemkomplexe, Vernetzungen, zu fördern; Zulieferer werden in Zukunft nicht mehr bloß Komponenten liefern müssen, sondern ganze Module und sie werden diese auch selbst entwickeln müssen. Die Systemlieferanten werden selbst Zuliefernetze aufbauen müssen - das ist eine große Chance, aber es wird sehr großer Anstrengungen bedürfen, diese Chance auch zu nutzen, denn die Zahl der Zulieferer wird drastisch schrumpfen. Im Tourismus gilt es, im alten Fremdenverkehrsgebiet die Mentalität zu ändern, neue Angebote zu entwickeln und ein neues Image aufzubauen. Im neuen Tourismusgebiet der südlichen Peripherie gilt es, die Angebote zu differenzieren. Nicht nur Qualität, sondern unverwechselbare Identität werden die Bindung zu den Kunden schaffen können. In der Biolandwirtschaft gilt es, entsprechende Marketingeinrichtungen und Vertriebssysteme zu schaffen, damit die Aktivitäten quantitativ bedeutende Größenordnungen erreichen können. Dabei muß man allerdings die Fehler in der Grundstoffindustrie vermeiden: Spezialisten bedürfen anderer Erzeugungs- und auch anderer Vertriebsrichtungen als Massenprodukte - nicht weil sie besser sind, sondern weil sie anders sind. Es gilt daher, für die Qualitätsprodukte neue spezialisierte Vertriebsrichtungen zu schaffen.

DIE UMWELTPOLITIK - EIN ANWALT KÜNFTIGER GENERATIONEN

EVA KARISCH

Umwelt und Natur sind ein gemeinsames Gut aller Menschen und Generationen. Die Nutzung der Erde durch den Menschen darf die Regenerationskraft der Natur nicht gefährden. Der biblische Spruch „Macht Euch die Erde untertan“ kann niemals die Zerstörung der Lebensgrundlagen kommender Generationen bedeuten. Im Verteilungskonflikt um die Güter dieser Welt, wie Luft, Wasser und Boden, wird die Umweltpolitik zum Anwalt künftiger Generationen.

Seit Beginn der Menschheit hat keine Generation ihre Umwelt stärker beeinflusst und umgestaltet als die unsere. Keine Generation vor uns ist mit den Ressourcen so verschwenderisch umgegangen und hat so viele Vorgriffe auf die nächste Generation getätigt. Dazu einige Daten aus dem Bericht des World Watch Institute für 1991/1992 zur Lage der Welt:

Wald: Jedes Jahr verringert sich der Waldbestand auf der Erde um ca. 17 Mio. ha, ein Gebiet von der doppelten Größe Österreichs.

Boden: Die jährlichen Verluste am Mutterboden belaufen sich auf 24 Mrd. Tonnen.

Klimasystem: Der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre steigt jährlich als Folge der Verbrennung fossiler Rohstoffe und der Waldvernichtung um 0,4%. Die Rekordtemperaturen in den Sommern der 80er Jahre werden in den 90er Jahren noch übertroffen werden.

Luftqualität: Die Luftverschmutzung erreicht in Hunderten von Städten ein gesundheitsgefährdendes und in zahlreichen Ländern ein ernstschädigendes Ausmaß.

Pflanzen- und Tierwelt: Die Zahl der Tier- und Pflanzenarten auf der Erde verringert sich im gleichen Maße wie die Zahl der Bewohner auf der Erde anwächst.

Die Zerstörung der natürlichen Lebensräume und die Umweltverschmutzung verringern die biologische Vielfalt der Erde.

Wasser: Die Ressource Wasser wird knapp, zumal in den städtischen Agglomerationen ein Teil des Wassers für den Schmutztransport eingesetzt wird und die landwirtschaftliche Bewässerung die zur Verfügung stehenden Quellen fast zur Gänze ausgeschöpft hat (FAO 1993).

Fazit des Weltlageberichtes: „Alles in allem waren die 80er Jahre kein glückliches Jahrzehnt für die Bemühungen, eine tragbare Balance zwischen den Menschen und ihren natürlichen Versorgungssystemen zu schaffen.“ Die 80er Jahre brachten die so notwendige Trendwende trotz gesteigerten Umweltbewusstseins nicht. Wir leben noch immer nach dem egoistischen Motto „Uns den Nutzen und den Nachkommen die Rechnung“.

Fachleute sehen düstere Aussichten für die Zukunft, falls wir unser Verhalten nicht ändern sollten: Das Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung hat in einer Studie für die Generaldirektion für Umweltangelegenheiten der EU eine absolute, d. h. nicht verteilungsbedingte weltweite Nahrungsmittelknappheit binnen einer Generation vorhergesagt. Hunger und Massenwanderungen - insbesondere nach Europa könnten die Folge sein. Der Ökologe D. Pimentel befürchtet, daß bei einem Weitermachen wie bisher die Erde in etwa hundert Jahren nur mehr für eine Bevölkerung von ca. 2 Milliarden menschengerechte Lebensbedingungen bieten könnte. Die Folge wäre ein erbarmungsloser Existenzkampf für rund zwei Drittel der heute bereits erreichten Weltbevölkerung, ganz abgesehen von deren für die nächsten 35 Jahre

vorhergesagten Verdoppelung. Eine Kurskorrektur ist dringend notwendig, wollen wir auf unserem Planeten Erde überleben und sollen die Generationen nach uns noch ausreichende Lebensbedingungen vorfinden. Politische Absichtserklärungen und kosmetische ökologische Maßnahmen wie bisher werden aber nicht mehr ausreichen. Unsere „End-of-Pipe-Lösungen“ greifen zu kurz, so gut gemeint sie auch sein mögen. Die Änderungen müssen radikal und tiefgreifend sein, und wir werden auch rasch handeln müssen. Jede Verzögerung, jedes Versäumnis vergrößert die Gefahr, daß die Probleme unlösbar werden. Jeder verlorene Tag erzwingt eine höhere Form der Radikalität.

„Die Erde hat genug für alle, nicht aber für die Gier von wenigen“ (M. Ghandi)

Wir werden Abschied nehmen müssen von unserer Konsum- und Wegwerfgesellschaft. In den Industrieländern der westlichen Welt wird heute zu viel produziert, zu viel konsumiert und zu viel weggeworfen. Wir Bewohner der Industrieländer sind für einen Großteil der Umweltzerstörungen auf dieser Erde verantwortlich. Obwohl wir nur ein Fünftel der Weltbevölkerung ausmachen, verbrauchen wir doch 60% aller Nahrungsmittel, 82% der Energie und verursachen 75% aller Treibhausgase. Würden alle Menschen so leben wie wir, so wären viele Rohstoffe innerhalb kürzester Zeit verbraucht und die Erde würde unbewohnbar. Wir werden unseren Verbrauch zugunsten der Bewohner der Dritten Welt einschränken und wir werden nicht nur so manche Ressourcen, sondern auch die Verschmutzungsrechte an dieser Erde teilen müssen.

Wenn wir unsere Wirtschaftsweise ändern, hat die Erde Platz für alle Menschen. Studien haben ergeben, daß theoretisch auch 10 Milliarden Menschen ernährt werden können. Unsere Welt funktioniert nicht eindimensional nach dem Prinzip von Ursache und Wirkung. Sie besteht vielmehr aus vielen verschlungenen Regelkreisen, in die auch der Mensch einbezogen ist. Es gilt, die natürliche Balance in den Regelkreisen zu erhalten. Umweltgerechtes Handeln erfordert deshalb ein anderes, ein neues Denken (Frederic Vester). Die Natur bietet uns das Beispiel eines gut funktionierenden Stoffkreislaufes. Nichts geht verloren, für alles gibt es eine nutzbringende Wiederverwertung. Daneben gibt es eine Reihe von Symbiosen, Lebensgemeinschaften zwischen Tieren und Pflanzen, die zu beträchtlichen Rohstoff-, Energie- und Transportersparnissen führen.

Wir müssen uns die Erfolgsgrundsätze und die Ökosysteme der Natur zum Vorbild nehmen. Sie sind der Schlüssel zum Überleben.

Sustainable Development / Ökosoziale Marktwirtschaft

Die Zukunftsverträglichkeit muß Maßstab jeglicher Entwicklung sein. Der Brundtland Report 1987 sprach dabei von „sustainable development“. In der deutschen Sprache verwendet man gerne den Ausdruck Nachhaltigkeit, einen Begriff aus der Forstwirtschaft, wonach man nicht mehr verbrauchen soll als wieder nachwächst. Der Steirer Josef Riegler prägte den Begriff der „ökosozialen Marktwirtschaft“. Ökonomie, Ökologie und soziale Ziele sollen in Einklang gebracht werden, um auch den folgenden Generationen noch die Chance auf ihre eigene Lebensgestaltung zu geben. Es geht dabei letztlich um die Tragfähigkeit der Ökosysteme, die durch wirtschaftliches Handeln nicht überfordert werden darf.

Ökosoziale Politik, nachhaltige Wirtschaftsweise, sustainable development, wie immer man es nennen will, bezieht immer die Zu-

kunft mit ein. Sie erschöpft sich nicht in kosmetischen End-of-Pipe-Lösungen, wie z. B. dem Einbau eines Filters am Ende eines sehr schädlichen Produktionsverfahrens, sondern versucht, das Problem an der Wurzel zu lösen. In unserem Beispiel wäre das ein Produktionsverfahren, das so umweltverträglich ist, daß sich der Filter mit allen Rückständen, die dann erst entsorgt werden müssen, von vornherein erübrigt.

Die einzelnen Wirtschaftsbereiche, wie z. B. Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Energie, Verkehr, Tourismus, werden nur dann zukunftsverträglich sein, wenn sie die Kostenwahrheit und das Vorsorgeprinzip beachten, mit den Ressourcen sparsam umgehen, die Vielfalt der Natur schützen und den ökologischen Wohlstand gegenwärtiger und künftiger Generationen sichern. Die Konsumenten können durch umweltbewußte Änderungen ihres Konsumverhaltens wesentlich zu einem zukunftsverträglichen Strukturwandel beitragen.

Auch die wirtschaftliche Datenerfassung wird sich ändern müssen. Eine Maßzahl wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) paßt nicht zur Zukunftsverträglichkeit, weil es die Zerstörung der Umwelt und den unwiederbringlichen Ressourcenverlust nicht enthält. Das BIP sollte in Zukunft Umweltdaten ebenso berücksichtigen wie den volkswirtschaftlichen Wert der unbezahlten Arbeit. Es ist hoch an der Zeit, daß endlich die wahren Leistungen einer Volkswirtschaft ausgewiesen werden.

Global denken, ...

Die großen Umweltprobleme unserer Zeit lassen sich heute nur auf internationaler Ebene lösen. „Global denken, lokal handeln“, heißt die Devise. Ohne gemeinsame globale Strategien wird aber lokales Handeln allein nicht erfolgreich sein. Zumal viele Belastungen ihre Ursache im globalen und transnationalen Bereich haben, wie z. B. die Forcierung fossiler und atomarer Energie, die Errichtung von Genpools und genetischen Monopolen durch transnationale

Konzerne, der internationale Verkehr.

Folgende Maßnahmen sind im globalen Bereich notwendig:

- Eine weltweit verbindliche Festbeschreibung von Umweltregeln.
- Die Ökologisierung von internationalen Handelsabkommen, z. B. ein „grüneres“ GATT. Die GATT-Regeln sollten ökologisiert, Ökodumping bestraft werden. Internationale Vereinbarungen müssen bis zu einem gewissen Grad für gleiche Wettbewerbsbedingungen sorgen, um überregionale Wettbewerbsverzerrungen zu minimieren.
- Die Schaffung eines ökologischen Marshall-Planes, der die Eigenleistungen aller Staaten im Umweltschutz aufeinander abstimmt und massive finanzielle Hilfen der wirtschaftlich stärkeren Staaten für Ökologisierungen in wirtschaftlich schwächeren Staaten mobilisiert.
- Die Nutzenergiebereitstellung ist an der Sonnenenergie zu orientieren (alle Formen der direkten und indirekten Nutzung im standortangepaßten Mix); Ausstieg aus der Atomenergie.
- Eine neue ökologische Orientierung der internationalen Verkehrssysteme.
- Die ökologische Vielfalt muß als wesentliches Naturkapital erhalten und gefördert werden.
- Absolute Schonung von Ressourcen. Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist zu beachten.
- Alle Stoffströme sind kreislauforientiert zu gestalten.
- Einführung neuer ökologischer Steuersysteme: Steuern sollen auf Ressourcen (einschließlich Energie) und die Belastung der Umwelt eingehoben werden. Entgelte für die menschliche Arbeit sollen nicht besteuert werden.
- Die Dezentralisierung und Vernetzung von Bedarfsdeckungssystemen.
- Die Verpflichtung zur Anwendung der nach dem Stand der Wissenschaft und Forschung jeweils umweltfreundlichsten Technologie.

... lokal handeln!

Die vorgenannten Prinzipien gelten natürlich auch für die einzelnen Staaten selbst. Daneben erfor-

der erfolgreicher Umweltschutz aber auch noch ein entsprechendes Bewußtsein jedes einzelnen Bürgers für sein verantwortliches Handeln. Das Umweltbewußtsein ist in der österreichischen Bevölkerung bereits gut ausgeprägt. Zwischen Bewußtsein und Handeln klafft aber oft noch eine Lücke. Diese gilt es in den nächsten Jahren zu überbrücken.

Die Steiermark war und ist ein Pionierland auf dem Umweltsektor. Hier wurde schon früh vorgedacht und so manches auch beispielhaft vorgemacht. Mit dem Weiß-Grünen Manifest 1985 und dem Ökoprogramm 2000 wurden zukunftsweisende Umweltprogramme erarbeitet. Vieles konnte daraus bereits umgesetzt werden. Mit der Senkung der Restmüllmenge auf 142 kg pro Einwohner und Jahr liegt die Steiermark an der Spitze aller Bundesländer. Mit der Sanierung von Mur und Raab wurde bewiesen, daß auch anspruchsvolle und teure Projekte verwirklichtbar sind, wenn man nur will.

Die Entschwefelung und Entstickung von kalorischen Kraftwerken waren steirische Pioniertaten, die international Aufsehen erregt und Anerkennung gefunden haben. Gerade in diesem Bereich zeigten sich aber auch die Grenzen lokalen Handelns. Wir haben unsere steirischen Schwefeldioxidemissionen sehr stark gesenkt. Gegen Schwefeldioxideinträge aus den Nachbarländern, vor allem Slowenien, gibt es aber bis heute kein Rezept. Hier sind grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Finanzierungen nötig. Österreich ist heute bereits Nettoimporteur bei der Umweltverschmutzung.

Die Steiermark hat auch große Pionierleistungen auf dem Gebiet der alternativen Energie aufzuweisen. 240.000 m² Sonnenkollektoren nutzen im Land bereits die Energie der Sonne. 80 Biomasse-Nahwärmenetze sind im Einsatz und sollen weiter ausgebaut werden.

Vieles bleibt noch zu tun. Die Stoffkreisläufe sind weiter zu schließen. Alle Produzenten sollten verpflichtet werden, die Verantwortung für ihre Produkte und deren Wiederverwertungsmöglichkeit zu

übernehmen, von der Verpackung über die Computer bis hin zum PKW. Bereits bei der Konzeption eines Produktes sollten ökologische Kriterien mitbedacht und dadurch mögliche Umweltschädigungen bei Herstellung, Gebrauch und Entsorgung entsprechend reduziert werden (Ökodesign eines Produktes von Anfang an).

Ein großes Energiesparpotential wartet darauf, entdeckt und genutzt zu werden. Alternative Energien solarer Provenienz wollen weiterentwickelt werden. Ein voller Umstieg von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energieträgern ist für die Steiermark langfristig denkbar und sollte angestrebt werden.

Die Einführung eines Ökosteuersystems könnte einen ökologischen Innovationsschub bewirken und menschliche Arbeitskraft billiger und damit attraktiver machen.

Die großen Trinkwasservorräte des Landes sollten - wo nötig - saniert und als wichtiges Kapital für die Zukunft erhalten werden.

In einer Aktion „Ökologische Dorferneuerung“ sollen mit den Bürgern gemeinsam vor Ort mögliche ökologische Verbesserungen aufgespürt und umgesetzt werden. Unser Naturhaushalt mit seiner Vielfalt an Pflanzen und Tieren muß gestärkt werden.

Der Verkehr ist eine der großen ökologischen Herausforderungen für die Zukunft. Der Verkehr entspringt dem menschlichen Bedürfnis nach persönlicher Bewegungsfreiheit und Bewegung. Wir wollen, daß Menschen zusammenkommen und sich begegnen. In unserem Verkehrssystem stecken aber noch ungeahnte Möglichkeiten, um unsere Umwelt zu entlasten. Diese müssen wir entdecken und konsequent für uns nutzen.

Ökologie als Motor für Ökonomie

Ökologie und Ökonomie sollten nicht länger als feindliche Schwestern betrachtet werden, die sich gegenseitig im Wege stehen oder einander ausschließen. Ganz im Gegenteil. Sie sind zwei Partner, die sich hervorragend ergänzen

können. Umweltverträgliche Prozesse und Produkte werden die Gewinner der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Die Umweltschutzindustrie ist heute schon weltweit einer der innovationsintensivsten und am schnellsten wachsenden Wirtschaftszweige. Eine ganzheitliche ökologische Ausrichtung der Wirtschaftsprozesse wird eine der Basisinnovationen des nächsten Jahrtausends sein. Die Ökologie wird damit zum Motor der Ökonomie und damit entscheidend nicht nur für das Überleben der Menschheit, sondern auch für die Lebensqualität und den Wohlstand von morgen.

Umweltschutztechnologien bringen den Unternehmen heute schon handfeste Vorteile. Häufig führen sie zu Kostensenkungen. Überdies bietet der Umweltschutz infolge seiner hohen Priorität bei den Verbrauchern ein wichtiges Marketinginstrument. Ökonomisch läßt sich heute schon eine positive Bilanz ziehen. Der Umweltschutz hat der Wirtschaft bisher wesentlich mehr Impulse als Probleme gebracht. Umsatzzahlen und Arbeitsplatzzahlen aus Deutschland und Österreich beweisen dies. Frühzeitiges Handeln im Umweltbereich bedeutet einen Vorsprung im internationalen Wettbewerb.

Die Umweltpolitik ist heute nicht nur eine Querschnittsmaterie, die in alle Bereiche der Politik hineinreicht, sie ist auch eine Schlüsselpolitik für die Gestaltung der Zukunft. Ihr Erfolg entscheidet letztlich über das Überleben der Spezies Mensch und die Qualität des Lebens von morgen auf diesem Planeten Erde. Umweltpolitik wird damit zum wichtigsten Anwalt für künftige Generationen.

Literatur:

- FAO (1993), The State of Food and Agriculture, Water Politics and Agriculture, Rom 1993
- Gore A., Wege zum Gleichgewicht - Ein Marshallplan für die Erde, Frankfurt 1992
- Hohmeyer O., Gärtner M., The Costs of Climate Change, Fraunhofer-Institut für Systems and Innovation Research, Karlsruhe 1992
- Meadows De., Meadows, De. & Randers, J., Die neuen Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1992
- Pimentel D., Natural Resources and an Optimum Human Population, in „Population and Environment“ 1994
- World Commission on Environment and Development: Our Common Future (Brundtland Report). Oxford - New York 1987

EIN VIERTELJAHRHUNDERT EXPERIMENTELLE WELTRAUMFORSCHUNG IN GRAZ

WILLIBALD RIEDLER

In den letzten Jahren ist es modern geworden, von Graz nicht nur als der Landeshauptstadt der Steiermark, sondern mit ein klein wenig Präpotenz auch von der Weltraumhauptstadt Österreichs zu sprechen. Zwar muß sofort dazu gesagt werden, daß derartige Bezeichnungen sicher nicht von jenen erfunden werden, die diese „Weltraumhauptstadt“ tragen, also von den Forschern und Technikern, sondern eher von den Medien, die naturgemäß griffige Bezeichnungen bevorzugen. Es ist andererseits aber klar, daß der Name „Weltraumhauptstadt“ eine gewisse Provokation für andere Städte darstellt, in deren Universitäten ja zweifellos auch Fragen der Weltraumforschung bearbeitet werden.

Hier soll nun die historische Entwicklung dieses Fachgebietes in Graz aufgezeigt und ein wenig der Frage nachgegangen werden, inwiefern tatsächlich Weltraumforschung in der Steiermark, speziell in Graz, auch heute großgeschrieben wird, inwieweit sich auch die Öffentlichkeit, zum Teil repräsentiert durch die politischen Instanzen, zum Teil repräsentiert durch die lokalen Medien, damit identifiziert.

Der Weltraum als Forschungsgebiet

Zunächst eine sicher berechnete Frage: Was bringt die Beschäftigung mit dem Weltraum als Forschungsgegenstand, wobei es ja auf der Hand liegt, daß hier erhebliche Mittel einzusetzen sind, sofern man diese Forschung in halbwegs effizienter Weise betreiben will? Eigentlich läßt sich dies nur in einem größeren Kontext beantworten, nämlich wieviel ein Staat von der Größe Österreichs bereit ist, für Forschung im allge-

meinen und für Weltraumprojekte im speziellen, auszugeben. Die Situation der Forschung in Österreich ist sicher nicht zum besten bestellt. Im Vergleich zu anderen OECD-Staaten liegen wir mit 1,65% des Bruttoinlandproduktes in eher unteren Kategorien, und es ist seit Jahren ein zumindest verbal erklärtes Ziel sämtlicher Bundesregierungen, hier Aufstockungen so vorzunehmen, daß ein international akzeptierbares Niveau erreicht wird. Es wäre auch zu untersuchen, welche Definitionen man den Begriffen Wissenschaft und Forschung unterlegt. In vielen Fällen wird hier ein wenig - manchmal nicht nur ein wenig - Etikettenschwindel in der Weise betrieben, daß z. B. normale Routineuntersuchungen unter dem Begriff Forschung laufen, was zwar die Statistik verbessert, aber eben nicht ganz der Wahrheit entspricht.

Es ist ferner ein zwar durchaus legitimes, aber leider allzu häufig gestelltes Anliegen jeder geldgebenden Instanz, danach zu fragen, welchen direkten Nutzen die investierten Gelder bringen. Dieser Gesichtspunkt tritt besonders in „Zeiten wie diesen“ immer mehr in den Vordergrund, und die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß in diesem Umdenkprozeß - oder, um es modern auszudrücken: bei diesem Paradigmenwechsel - die Erforschung der wissenschaftlichen Grundlagen zu kurz kommt. Es ist aber eine über Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte erwiesene Tatsache, daß ohne Grundlagenforschung auch die angewandte Forschung nicht weit kommen kann, daß man bei rein anwendungsorientierter Forschung sehr bald auf wissensmäßige Begrenzungen stößt.

Die Weltraumforschung als globaler Begriff befindet sich hier

in einer relativ günstigen Lage, da sie sowohl die eigentliche Erforschung des Weltraums, d. h. auf Erkenntnisgewinn ausgerichtete Forschung, als auch die Nutzbar-machung von weltraumtechnischen Methoden für den Menschen auf der Erde umfaßt. Beide Aspekte haben ihre Daseinsberechtigung, keiner der beiden sollte benachteiligt oder bevorzugt werden.

Zunächst ist es sicher ein legitimes Anliegen der Menschheit, sich ihrer Lage in bezug auf das Universum, dessen Ursprung und Entwicklung und vieles andere mehr bewußt zu machen. Nachdem man über Jahrhunderte, ja Jahrtausende mit Spekulationen und unbeweisbaren Theorien das Auslangen finden mußte, ist es erst seit vergleichsweise kurzer Zeit (der erste Satellit war bekanntlich Sputnik-1 am 4. Oktober 1957) möglich geworden, Messungen, in-situ-Verifikationen verschiedener entscheidender physikalischer Parameter, am Ort der laufend stattfindenden physikalischen Prozesse selbst durchzuführen. Astronomische Beobachtungen wurden z. B. naturgemäß bis vor kurzem ausschließlich von der Erde aus durchgeführt, und es ist eine nicht abzutretende Tatsache, daß die grundlegenden neuen Erkenntnisse, die Astronomie und Astrophysik in den letzten Jahren gewinnen konnten, zum Großteil mit Hilfe von im Weltraum befindlichen Teleskopen, Monitoren etc. gewonnen werden konnten. Die Erde ist nun einmal von Schutzhüllen in mehrerer Hinsicht umgeben, sei es nun die Atmosphäre, die die direkten astronomischen Messungen von der Erde aus beeinträchtigt, bzw. in gewissen Spektralbereichen sogar verhindert, sei es das weit in das Weltall reichende Magnetfeld der Erde, das uns in Form der Magnetosphäre

von den direkten Einflüssen aus dem Weltraum abschirmt.

Die Magnetosphäre, eine sich in Richtung zur Sonne ca. 10 Erdradien, in Gegenrichtung bis zu 1.000 Erdradien erstreckende Zone, hat sich mittlerweile als ein riesiges, großartiges plasmaphysikalisches Laboratorium etabliert, in dem Prozesse an Ort und Stelle studiert werden können, die zwar wesentlich für Ursprung, Gegenwart und Zukunft des Universums sind, auf der Erde jedoch nicht nachgebildet werden können. Als bisher letzte von hier einschlägigen Missionen sei das Projekt CLUSTER der ESA erwähnt, das derartige Messungen ab Ende 1995 durchführen soll und von dem später noch die Rede sein wird.

Die Nutzbarmachung des Weltraums für uns Menschen auf der Erde ist in weiten Teilen bereits jedem geläufig: Man benutzt, ohne viel nachzudenken, Telefon- oder Fernschübertragungen via Satelliten, man konsumiert, ohne dies näher zu reflektieren, die mit Wettersatelliten gewonnenen Daten, und Wissenschaftler auf der ganzen Welt sind damit beschäftigt, die Unmenge von Informationen, die mit Hilfe von Fernerkundungssatelliten täglich gewonnen werden, in Aussagen über den Zustand und über die Entwicklung unserer Erde umzuwandeln. Vorläufer solcher Anwendungen sind in allen Fällen immer Projekte gewesen, die sich mit der Erforschung der technischen oder physikalischen Grundlagen beschäftigt haben. Erst in einer zweiten Phase können diese direkt nutzbar gemacht werden.

Eine Frage, die oft gestellt wird, und die meist Emotionen in der einen oder anderen Richtung hervorruft, ist, inwieweit *bemannte* Weltraumforschung in dieses Bild des Erkenntnisgewinns bzw. auf der anderen Seite der Nutzbarmachung hineinpaßt. Es ist nun einmal so, daß der überwiegende Anteil an Weltraummissionen, sei es zur Erforschung von Problemen im Weltraum, sei es zur direkten Nutzung des Weltraums, unbemannt, d. h. mit Hilfe von Raketen, Satelliten oder Raumsonden durchgeführt

werden kann. Andererseits ist es ein der Menschheit innewohnender Drang, nicht nur mit Robotern, sondern mit Vertretern ihrer Spezies in den Weltraum vorzustoßen.

Es war sicher eine der ganz großen Sternstunden der Menschheit, als 1969 der erste Mensch seinen Fuß auf ein außerirdisches Gebilde, nämlich den Mond, setzte, - eine Öffnung zu neuen Dimensionen, nicht nur in technischer, sondern vor allem in philosophischer Hinsicht. Der Mensch hatte sich erstmals sichtbar von der Erde gelöst, und es konnte bewiesen werden, daß dieser Lösungsprozeß im Prinzip möglich und durchführbar ist. Daß sich der Mond im kosmischen Maßstab in keiner nennenswerten Entfernung von der Erde befindet, ist hiebei wohl nicht so wichtig, und es steht meines Erachtens außer Zweifel, daß im nächsten Jahrhundert bemannte Flüge zu unserem Nachbarplaneten Mars durchgeführt werden. Die hierbei auftretenden Schwierigkeiten in bezug auf die Versorgung der Menschen, insbesondere auch der technische Aufwand zur sicheren Rückführung der Besatzung zur Erde ist zweifellos enorm, doch stehen grundsätzliche Schwierigkeiten nicht mehr im Wege.

Daß der Mensch instande ist, Schwerelosigkeit über längere Zeit zu ertragen, konnte durch eine Vielzahl von Astro- und Kosmonauten während kürzerer und längerer Aufenthalte in Raumstationen bewiesen werden. Insbesondere zielt ja auch der derzeit in Gang befindliche „Weltrekordversuch“ des russischen Kosmonauten Dr. Poljakov darauf ab, durch seinen mehr als eineinhalbjährigen Aufenthalt in der Raumstation MIR - und damit in (nahezu) Schwerelosigkeit - die Möglichkeit eines Mars-Fluges, der insgesamt ja etwa gleich lang dauert, in physiologischer (und sicher auch psychischer Hinsicht) zu demonstrieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch etwas mehr „Mut zur Wahrheit“ fordern. Man sollte nicht so tun, wie es manchmal aus vordergründigen Motiven geschieht, als würde man Weltraumforschung nicht um ihrer selbst

willen, sondern einzig und allein zur unmittelbaren Nutzbarmachung auf der Erde betreiben. Hier ist zunächst das altbekannte Beispiel von der Tiefenpanne zu bemühen, die, wie längst feststeht, bereits lange vor Sputnik-1 und daher vor dem Weltraum-, ja Raketenzeitalter entwickelt wurde, immer aber noch als wesentlicher Spin-off der Weltraumforschung dargestellt wird.

Ebenso verhält es sich, um bei obigem Projekt zu bleiben, mit dem Langzeitflug und auch anderen Flügen von Kosmonauten. Natürlich - und das ist voll zu akzeptieren - werden diese Flüge als langfristige Vorbereitung, insbesondere von bemannten Mars-Missionen, durchgeführt. Die gewonnenen Erkenntnisse beweisen (hoffentlich) die Durchführbarkeit dieser Flüge, Maßnahmen gegen die auftretenden physiologischen Symptome des Langzeitaufenthaltes können entwickelt werden usw. Es ist jedoch einfach falsch zu sagen, man führe derartige Langzeitflüge *nur* für Anwendungen auf der Erde durch - schließlich ist der Mensch auf der Erde geboren und hat hier zu leben und medizinische Methoden können besser hier entwickelt werden. Damit kein Mißverständnis entsteht: Medizinische bzw. physiologische Grundlagenforschung unter Schwerelosigkeit ist als Selbstzweck natürlich voll zu akzeptieren, falls davon wesentliche Resultate erwartet werden können.

Eine ähnliche Forderung nach „mehr Wahrheit“ erhob vor kurzem auch die österreichische Weltraumindustrie, vertreten durch AUSTRO-SPACE, die feststellte, daß man technologische Entwicklungen im High-Tech-Bereich, wie sie im Weltraum notwendig sind, an sich und nicht immer nur an ihren eventuellen Spin-off-Produkten messen sollte.

Alles in allem ist der Weltraum nicht nur eine intellektuelle Herausforderung für die direkt beteiligten Forscher, sondern darüber hinaus für die gesamte Menschheit. Man kann dem manchmal ausgesprochenen, manchmal unausgesprochenen Ziel, nämlich der Erkenntnis, woher wir kommen, wohin wir gehen, wie das gesamte

Universum entstand und wohin es sich entwickelt, eben nur durch die Gewinnung neuer Daten näherkommen.

Man denke nur an derart großartige Projekte wie die amerikanischen Pioneer- und Voyager-Sonden, die, teilweise vor mehr als 20 Jahren gestartet, Milliarden von Kilometern zurückgelegt haben, Informationen über das Sonnensystem mit seinen Planeten gebracht haben, von denen man sich früher keine Vorstellung machen konnte. Oder - um ein noch aktuelleres Beispiel zu nennen - das Hubble-Weltraumteleskop der NASA und ESA, das täglich umwälzende neue Fakten über die Tiefen des Weltalls, neue Sternensysteme und Galaxien zur Erde liefert. Aber auch zukünftige, noch in Planung befindliche Projekte, etwa die NASA/ESA-Mission CASSINI/HUYGENS zum Saturn und dessen Mond Titan (1997/2004) oder die ESA/NASA-Mission ROSETTA (2003/2014) werden uns mit großer Wahrscheinlichkeit der Lösung derartiger Fragen ein wenig näher bringen. Unter anderem spielt wohl auch die Frage, ob Leben in unserem Sinn im Weltall möglich ist, bzw. ob bereits in von uns erreichbaren Entfernungen die dafür nötigen Grundbaustoffe sowie zugehörigen Umweltbedingungen gefunden werden können, eine große Rolle.

Der Weltraum und Österreich

Nun mag es viele geben, die meinen, daß internationale Forschung auf den genannten Gebieten sehr wohl stattfinden sollte, auch nützlich wäre, doch, daß Österreich als ziemlich kleines Land sich eher mit einer Beobachterrolle zufriedengeben sollte. Dieser Ansicht muß man energisch widersprechen.

Zum einen ist Österreich - und wir brauchen hier unser Licht durchaus nicht unter den Scheffel zu stellen - eine technologisch, industriell und wissenschaftlich hochentwickelte Nation, die auf vielen Gebieten von Wissenschaft und Forschung auf Großleistungen verweisen kann. Es wäre meines Erachtens abwegig, wenn man sich

ausgerechnet von einem so in die Zukunft weisenden und faszinierenden Gebiet wie der Weltraumforschung absentieren würde. Neben einer gewissen, man möchte sagen, moralischen Verpflichtung, sich derart großen Aufgaben zu stellen, ist der praktische Nutzen ganz vordergründig, den unser Land aus der Beschäftigung mit Weltraumprojekten jetzt bereits zu ziehen imstande ist und in Zukunft in verstärktem Maße ziehen wird. Auch hier sei wieder auf die Nutzung der Weltraumtechnik in bezug auf Telekommunikation, Wetter- und Fernerkundungs-Satelliten verwiesen.

Daß die österreichische Industrie imstande ist, hier an vorderster Front mitzuhalten, haben die letzten Jahre bewiesen, in denen nach einem reichlich späten Einstieg in die europäische Weltraumorganisation ESA (am 1. Jänner 1987) eine Art Aufholjagd durchgeführt wurde, mit dem heute durchaus zufriedenstellenden Ergebnis einer fast idealen finanziellen Rückflußquote.

Die Frage bleibt natürlich noch offen, in welchem Ausmaß sich ein kleines Land im Weltraum engagieren soll. Die oben erwähnte ESA-Mitgliedschaft fordert von ihren Mitgliedern einen Pflicht-Mitgliedsbeitrag entsprechend dem Brutto-Inlandsprodukt, der derzeit 2,3% des ESA-Gesamtbudgets ausmacht. Darüberhinaus gibt es die sogenannten Wahlprogramme, wo sozusagen à-la-carte-Beteiligungen an verschiedenen kooperativen Projekten gezeichnet werden können, wie etwa auf dem Gebiet der Telekommunikation, der Fernerkundung, der Mikrogravitation u.v.a.m. Österreich hat sich erfreulicherweise an etlichen dieser Wahlprogramme beteiligt, was zu einem äußerst positiven Technologietransfer auf diesem High-Tech-Gebiet nach Österreich geführt hat. Insbesondere seien hier auch Forschungseinrichtungen in der Steiermark erwähnt, worauf noch zurückgekommen werden soll.

Freilich soll auch nicht vergessen werden, daß die ESA aus österreichischer Sicht zwar der wichtigste Umschlagplatz für Weltraumbeteiligungen ist, daß es aber auch

außerhalb dieser Organisation viele Möglichkeiten zu fruchtbarer Forschungsarbeit bzw. Forschungsbeteiligung gibt, vor allem auf bilateraler Basis mit Ländern wie Deutschland, Frankreich, Schweden, Finnland, der Schweiz und nicht zuletzt Rußland. Koordiniert werden alle diese Bestrebungen von der österreichischen Gesellschaft für Weltraumfragen (Austrian Space Agency, ASA), einer Organisation, die zwar ihre Aufgabe gut erfüllt, aber im Vergleich zu anderen Staaten mit ähnlicher Größenordnung, etwa Schweden, doch personell und finanziell arg unterdotiert ist, um diese zentrale Rolle wirklich voll erfüllen zu können.

Was die Wissenschaft angeht, soll zunächst eine Definition getroffen werden. Die bereits seit 1958 bestehende internationale Organisation COSPAR (Committee on Space Research), eine Tochterorganisation mehrerer Scientific Unions, also höchst angesehener internationaler wissenschaftlicher Verbände, definiert ihre Rolle bzw. den Begriff Weltraumforschung folgendermaßen: „COSPAR ist eine interdisziplinäre wissenschaftliche Organisation, die sich im internationalen Rahmen mit dem Fortschritt aller Arten von wissenschaftlicher Forschung befaßt, die mit Hilfe von Weltraumfahrzeugen, Raketen und Ballonen durchgeführt werden“.

An diese Definition möchte ich mich im folgenden gerne halten, da sie eine zwanglose Abgrenzung gegenüber traditionellen Gebieten, wie erdgebundenen astronomischen Beobachtungen, Erforschung der Atmosphäre und Ionosphäre vom Boden aus usw., darstellt. Unbestritten bleibt natürlich, daß sowohl die bodengebundene Forschung als auch die Weltraumforschung im obigen Sinn (die im folgenden als *Experimentelle Weltraumforschung* bezeichnet werden soll), engstens miteinander in Beziehung bzw. Wechselwirkung stehen. Schließlich erforschen sie ja den gleichen Gegenstand, nämlich die Umgebung der Erde und das Weltall. Zudem liegt es auf der Hand, daß in diesem Zusammenhang auch gewisse Forschungsar-

beiten in Laboratorien auf der Erde, etwa in der Plasmaphysik, erwähnt werden müssen.

In Österreich hatte sich auf den letztgenannten Gebieten in den „Vor-Sputnik-Jahren“ und bald danach eine wohl entwickelte wissenschaftliche Landschaft herausgebildet. Exemplarisch erwähnt seien hier die Arbeiten von Prof. Burkard über die Ionosphäre und Prof. Rinner über Satellitengeodäsie in Graz, die Arbeiten der Astronomen in Innsbruck, Wien und Graz und nicht zuletzt die theoretischen und Labor-Arbeiten von Prof. Cap in Innsbruck über die Erdmagnetosphäre.

Die ersten experimentellen Arbeiten, also die Entwicklung, der Bau und der Flug von Meßgeräten auf Satelliten oder Raketen sowie die nachfolgende Datenauswertung, datieren in das Jahr 1969, woraus sich in der Folge eine große Aktivität, fast ausschließlich in Graz, entwickelte.

Weltraumforschung in Graz

Vornherein war es natürlich nicht klar, daß Aktivitäten auf dem Gebiet der Weltraumforschung, genauer gesagt, der experimentellen Weltraumforschung, in Graz etabliert werden sollten, obwohl, wie aus Vorstehendem hervorgeht, die hier vorhandenen einschlägigen Forschungsgebiete dafür eine gute Grundlage boten. Wie so oft, waren es auch hier eine Reihe von Zufällen, die mithalfen, daß hier relativ rasch Erfolge erzielt werden konnten. Es waren jedoch nicht allein diese Zufälle, sondern auch das vorhandene gute „steirische Klima“, in dem nach einigen Anfangserfolgen eine ziemlich umfangreiche Forschungsrichtung aufgebaut werden konnte. Die Darstellung der Geschichte dieses Aufbaues trägt einige autobiographische Züge, was man mir verzeihen möge.

1968 wurde ich als Professor für Nachrichtentechnik an die damalige Technische Hochschule Graz berufen. Während der Berungsverhandlungen im zuständigen Unterrichtsministerium stellte

ich natürlich die Frage, ob es im Rahmen dieser Tätigkeit zulässig sei, am Institut Projekte der Weltraumforschung durchzuführen, was mir aufgrund meiner über siebenjährigen einschlägigen Tätigkeit in Kiruna, Schweden, ein wesentliches Anliegen war. Die Antwort lautete etwa so, daß ich wohl tun könne, was ich wollte, doch Forschungsgelder könnte man mir nicht in Aussicht stellen.

Als ich dann im März 1969 trotzdem meinen Dienst in Graz antrat, brachte ich eine Einladung des Norwegischen Forschungsrates mit, ohne Kostenbeitrag gewisse Meßgeräte auf Forschungsraketen fliegen zu können, sofern diese Geräte bis Oktober des gleichen Jahres fertig entwickelt und getestet werden könnten. Etwas leichtsinnig hatte ich zugesagt, in der Hoffnung, daß ein derart konkretes - und wie ich meinte - attraktives Angebot auch die zuständigen Stellen in Österreich interessieren würde.

Dem war nicht ganz so; es begann eine Odyssee zwischen verschiedenen, sich nicht zuständig erklärenden Ministerien und zunächst auch der zuständigen Stelle des Landes Steiermark, wo man mir überall mit höflichem Bedauern die Tür wies. Mit bescheidensten Mitteln gelang es jedoch, dank des Einsatzes meiner beiden neu eingestellten, äußerst interessierten Assistenten, die Geräte zu entwickeln und zu bauen.

Etwas skurril liefen dann die unbedingt notwendigen Kompatibilitätstests in Kiruna ab. Da absolut kein Reisegeld aufzutreiben war, begab sich der zuständige Assistent (inzwischen längst Ass. Prof. Univ.-Doz. Dr.) Dipl.-Ing. Martin Friedrich mit dem Fahrrad auf den Weg in das einige tausend Kilometer entfernte Kiruna. Eine an Herzmanowsky-Orlando'sche Szenarien erinnernde Situation: Der Fahrradtransport von High-Tech-Geräten als Beginn der österreichischen experimentellen Weltraumforschung.

Der Zufall kam dann zu Hilfe: In der denkwürdigen Nacht der ersten Mondlandung am 20./21. Juli 1969 war ich eingeladen, im Studio Schönbrunn des ORF die

lange Wartezeit durch Diskussionen überbrücken zu helfen und erzählte dort die Fahrradgeschichte. Es folgten erbotene Anrufe aus dem Ministerium, so dürfe man doch nicht über österreichische Forschung sprechen - aber ab diesem Zeitpunkt wurden zumindest die notwendigen Reisemittel bewilligt.

Der Start dieser ersten österreichischen Meßgeräte in den Weltraum, es handelte sich um hochempfindliche Meßempfänger zur Messung der Elektronendichte nach dem Prinzip der sogenannten Faraday-Drehung und gleichzeitig einer genauen Bahnvermessung der Rakete, erfolgte am 26. November 1969 um 1h38m37s Uhr von Andenes auf der Insel Andøya in der Nähe von Tromsø, also vor genau 25 Jahren. Es war auch ein schöner, durch das Wetter und die Sonnenaktivität bedingter Zufall, daß dieser Tag mit dem Gründungsjahrestag der Technischen Hochschule Graz zusammenfiel. Die Ergebnisse waren sehr gut, das Institut für Nachrichtentechnik und Wellenausbreitung wurde zu weiteren kooperativen Projekten eingeladen, der Anfang war getan.

Und wieder kam der Zufall zu Hilfe: Auf dem Rückflug von Andenes, der über Oslo und Kopenhagen erfolgte, war der damalige Außenminister, Dr. Waldheim, im gleichen Flugzeug. Er hatte mit dem italienischen Außenminister Moro in Kopenhagen über Südtirol verhandelt. Da ich wußte, daß er langjähriger Vorsitzender des UNO-Komitees für friedliche Nutzung des Weltraums war, benutzte ich die Gelegenheit, um von diesem erstmaligen erfolgreichen Flug österreichischer Geräte zu berichten. Er war äußerst interessiert und versprach, mit dem zuständigen Unterrichtsminister, Dr. Mock, Kontakt aufzunehmen, wie man aus diesen Anfängen eine tragfähige Forschungsrichtung aufbauen könnte. Tatsächlich wurde ich kurze Zeit später vom Büro Mock zu einem Gespräch anlässlich eines Graz-Besuches des Ministers eingeladen, wo ich ihm meine Meinung über die Wichtigkeit der Weltraumforschung, auch des Beitritts zur ESRO (heute ESA) und vor

allein zur Gründung eines Instituts für Weltraumforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften darlegen konnte und auch hier nicht nur höfliches, sondern wie sich in der Folge herausstellte, aktives Interesse fand.

Bereits am 19. November 1969 war von den Professoren Burkard, Gilli, List, Rinner und Riedler die „Arbeitsgemeinschaft für Weltraumforschung“ gegründet worden, wobei in einer Grundsatzklärung die Bedeutung der wissenschaftlichen Erforschung des Weltraums und die Wichtigkeit der zugehörigen Technologie betont wurde. Vor allem war daran gedacht, diese Arbeitsgemeinschaft als Plattform für die Organisation zukünftiger Weltraumaktivitäten zu benutzen. In den jeweiligen Fakultäten wurde die Arbeitsgemeinschaft bekanntgemacht und interessierte Kollegen in ganz Österreich wurden zur Mitarbeit eingeladen.

Im Rahmen der damals existierenden „Interministeriellen Kommission für Weltraumfragen“ konnte ich über die Arbeitsgemeinschaft und über den bereits erfolgten erfolgreichen ersten Flug von Geräten berichten. Im Anschluß daran wurde im Februar 1970 der Vorschlag an den Präsidenten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Erich Schmid, herangetragen, als beste Lösung zur endgültigen Etablierung der wissenschaftlichen Weltraumforschung ein gleichnamiges Akademie-Institut in Graz zu gründen. Ein von Präsident Schmid angefordertes Exposé über die Tätigkeit und Finanzierung eines solchen Instituts wurde im März 1970 an die Akademie übersandt.

In die nächsten Jahre fiel sodann die Bildung eines eigenen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (1971) und nach einigen Verzögerungen die Gründung des Instituts für Weltraumforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (1972), das allerdings zunächst mit einer Dotation von 1 Mio S auf 7 Stellen in Österreich aufgeteilt war. Es war klar, daß in diesem engen finanziellen Rahmen effiziente Arbeit nicht betrieben werden

konnte. Auf Drängen der Weltraumräumigen gegenüber stets aufgeschlossenen, Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg wurde dieses Institut später, wie es hieß, „gesundgeschrumpft“, d. h. auf drei Abteilungen in Graz reduziert. Es waren dies die Abteilungen „Physik des erdnahen Weltraums“ (Prof. Burkard, Nachfolger Prof. Bauer), „Satellitengeodäsie“ (Prof. Rinner, Nachfolger Prof. Sünkel) und „Experimentelle Weltraumforschung“ (Prof. Riedler), die heute noch bestehen.

Anfang der 70er Jahre wurde sowohl an der Technischen Universität Graz als auch am Institut für Weltraumforschung neben Beteiligungen an Höhenforschungsraketen (bisher übrigens über 70), vor allem an Projekten mit Stratosphärenballonen gearbeitet (Dipl.-Ing. Slamanig). Es handelte sich hierbei um die Messung sekundärer Röntgenstrahlung und elektrischer Felder in Höhen von etwa 35 km mit dem Zweck, die Dynamik der Elektronenausfällung (sogenannter Teilstürme) aus der Magnetosphäre besser verstehen zu lernen. Die Starts dieser relativ großen Ballone (ca. 10.000 m³) fanden aus physikalischen Gründen in der Nordlichtzone Europas, d. h. in Nordskandinavien statt, Empfangsstationen für die über Telemetrie übermittelten Daten befanden sich meist in Norwegen, Finnland, Schweden und Island, bei Winterflügen wegen der dann vorherrschenden Westwinde in Finnland und der damaligen Sowjetunion. Diese „Ballonkampagnen“ lieferten äußerst wertvolle Ergebnisse über die Struktur der Magnetosphäre und brachten vor allem eine nähere Beziehung zu der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften in Moskau, die sich in der Folge als äußerst fruchtbar erweisen sollte.

Aufgrund einer Ausschreibung der ESRÖ (European Space Research Organisation) konnte sich das Institut für Weltraumforschung in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für Aeronomie in Deutschland am Projekt Space-lab-1 der NASA/ESRO mit Teilen eines Elektronenspektrometers und einem neu entwickelten Magneto-

meter beteiligen. Es war dies der erste orbitale Flug Grazer Geräte, doch mußte er aufgrund verschiedenster organisatorischer Schwierigkeiten bei NASA und ESRO (ab 1975 ESA) lange auf den Start warten. Dieser fand endlich am 28. November 1983 als Space-Shuttle-Flug STS-9 mit der Raumfähre Columbia von Cape Canaveral in Florida aus statt und dauerte bis 8. Dezember 1983.

Während der langen Zeit zwischen Fertigstellung des Magnetometers und Lieferung nach Cape Canaveral besuchte der damalige Direktor des Instituts für Weltraumforschung (IKI) der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Akademiemitglied Roald Z. Sagdeev, mit einigen Kosmonauten das Institut in Graz und war von der Magnetometerentwicklung sehr beeindruckt. Während eines privaten Abendessens in Igls bei Innsbruck, anläßlich der COSPAR-Tagung 1978, fragte er unvermittelt, ob wir imstande wären, auf den Spacelab-Entwicklungen aufzubauen, auch Magnetometer für interplanetare Sonden zu bauen. Konkret ging es dabei um den Mitflug dieser Geräte auf den Sonden Venera 13 und Venera 14 auf den Planeten Venus. Ein solches Angebot war für die Grazer Weltraumforschung natürlich von unschätzbarem Wert, bot sie doch Gelegenheit, hier in Gebiete vorzudringen, die auf normalem Weg, d. h. über zwischenstaatliche Vereinbarungen, eventuell auch über Beteiligungen an der ESRO bzw. ESA nur Jahrzehnte später, wenn überhaupt, erreicht hätten werden können.

Sagdeev nahm das große Risiko sowohl in politischer als auch technischer Hinsicht auf sich, und die österreichische Weltraumforschung ist ihm aus diesem Grunde zu großem Dank verpflichtet. Die Technische Universität Graz verlieh ihm dann auch aufgrund seiner wissenschaftlichen Reputation und seiner engen Beziehung zu Graz, gleichzeitig mit dem Weltraumpionier Prof. Hermann Oberth, zum 15jährigen Jubiläum des ersten Grazer Weltraumfluges am 26. November 1984 die Würde eines Ehrendoktors.

Wieder war diese Geräteentwicklung auch für das Grazer Institut ein großes Risiko, da die zur Verfügung stehende Zeit äußerst kurz war und man nicht nur mit technischen Schwierigkeiten, sondern auch mit dem Widerstand mancher sowjetischer Stellen zu kämpfen hatte. Letztlich aber ging alles gut und die ersten Flüge österreichischer Geräte in den interplanetaren Raum fanden mit Starts im Oktober bzw. November 1981 und mit Anknüpfen beim Planeten Venus Anfang März 1982 statt.

In der Vorbereitungsphase für dieses große Projekt, das durch die direkte Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ermöglicht wurde, muß auch das bereits erwähnte positive Klima in Graz genannt werden. Die Unterstützung durch das Land Steiermark und die Stadt Graz waren eine große Hilfe und auch das große Interesse, das die steirischen Medien durch laufende Berichterstattung unter Beweis stellten, waren von erheblicher Bedeutung. Nicht zuletzt war es aber auch der österreichische Botschafter in Moskau, der Steirer Dr. Gerald Hinteregger, der durch mehrere Kontaktgespräche und Empfänge imstande war, ein gutes Klima zwischen den österreichischen Forschern und den sowjetischen Stellen zu schaffen, was damals nicht immer einfach war.

Ein wichtiger Meilenstein zur Entwicklung der Weltraumstadt Graz darf nicht unerwähnt bleiben: Es war dies die Bewilligung und nachfolgende Verlängerung des Forschungsschwerpunktes „Physikalische und nachrichtentechnische Weltraumforschung“ durch den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unter dem Vorsitz seines Präsidenten Prof. Tuppy und dem Generalsekretär Dr. Kneucker. Zwar war man im Fonds der Ansicht, daß Großprojekte, wie die Beteiligung an Space-lab oder an russischen Weltraumprojekten vom Ministerium direkt finanziert werden müßten, was zu einer gewissen Reduktion des beantragten Schwerpunktes führte, doch erhielt die Forschung auf dem Gebiet der Ionosphäre, der plane-

taren Atmosphären und der Satellitengeodäsie entscheidende Impulse.

Wie aus dem Namen des Forschungsschwerpunktes bereits hervorgeht, entwickelte sich an der Technischen Universität Graz im Laufe der Jahre auch eine Forschungsrichtung, die enger an das eigentliche Aufgabengebiet des Instituts für Nachrichtentechnik und Wellenausbreitung anknüpft: Nachrichtensatelliten. Wesentlicher Forschungsinhalt der Arbeiten auf diesem Gebiet waren für viele Jahre die Einflüsse der Atmosphäre auf Satellitenverbindungen, die sich in mehrfacher Weise durch Schwächung der Signale, Drehung der Polarisationssebene, letztlich durch Störungen des Nachrichteninhalts unangenehm bemerkbar machen.

In diesem Zusammenhang war die Gründung und der Bau des Observatoriums Lustbühel in Graz ein wichtiger Schritt, wo neben astronomischen und geodätischen Meßgeräten auch eine Satellitenbodenstation für Frequenzen über 10 GHz errichtet und durch Frau Bundesminister Firnberg und Landeshauptmann Niederl 1976 in Betrieb genommen werden konnte. Dies war eine wichtige Voraussetzung für eine große Zahl von Forschungsaufträgen, vorzugsweise von Organisationen wie INTELSAT, EUTELSAT und vor allem der ESA.

Bald erkannte man, daß die administrativen Strukturen, weder des Instituts für Nachrichtentechnik und Wellenausbreitung, noch des Instituts für Weltraumforschung, geeignet waren, die komplizierten und umfangreichen Projektentwicklungen bei solchen internationalen Forschungsaufträgen zu gewährleisten. Es lag daher auf der Hand, für derartige Aufträge eine eigene Organisationsform zu schaffen, die als Institut für Angewandte Systemtechnik im Forschungszentrum Graz (jetzt JOANNEUM RESEARCH) realisiert wurde.

In diesem Zusammenhang wieder muß vor allem die Adaptierung der über 100 Jahre alten Hilfswarte im Zentrum von Graz erwähnt werden, die vom Forschungszentrum Graz vorgenommen wurde und die Grundlage für sämtliche Wellenausbreitungs-

forschungen bildete, die in der Folge im Auftrag der ESA durchgeführt wurden. Zentraler Punkt dieser Aufträge war die Entwicklung eines damals vollkommen neuartigen doppelt polarisierenden, frequenzagilen Wetterradars, welches Voraussetzung für eine große Anzahl von Aufträgen war (Doz. Randeu).

Im Bereich der Erforschung des Weltraums war der nächste Schritt die Einladung des Instituts für Weltraumforschung in Moskau, Magnetometer und andere Meßgeräte an Bord der Sonden VEGA-1 und VEGA-2 mitzuführen. Diese wurden im Dezember 1984 wie üblich von Baikonur in Kasachstan gestartet, absolvierten im Juni 1985 einen Venus-Vorbeiflug und trafen schließlich am 6. bzw. 9. März 1986 mit dem alle 76 Jahre in Erdnähe kommenden Kometen Halley zusammen. Es war dies vielleicht das spektakulärste Projekt bisher, das von Graz aus durchgeführt wurde. Der „Halley'sche Komet“ ist seit über 2000 Jahren bekannt, findet in vielen historischen Werken Erwähnung und bot eine Fülle von physikalischen Fragestellungen, die nunmehr erstmals mit Methoden der Weltraumforschung, d. h. direkten Messungen vor Ort, einer Lösung zugeführt werden konnten. Die Messungen lieferten äußerst interessante Ergebnisse, und es kann nicht genug betont werden, welcher großen Sprung die österreichische Weltraumforschung damit getan hatte.

Ganz abgesehen von den physikalischen Ergebnissen steht bei derartigen Projekten ja die Technologie, vor allem die Elektronik und deren perfektes Funktionieren, im Vordergrund. Im Institut für Weltraumforschung konnten eine Reihe von Einrichtungen wie Reinstauraum, Schütteltisch, thermisches Vakuum etc. geschaffen werden, die es ermöglichten, die großen, bisweilen fast übergroßen Anforderungen, die an weltraumtaugliche Geräte gestellt werden, zu erfüllen. Mit Stolz kann gesagt werden, daß sämtliche in Graz entwickelten und gebauten Geräte den in sie gesetzten Erwartungen voll entsprachen. Dies gilt auch für das Projekt

PHOBOS, in dessen Rahmen Meßgeräte zum Planeten Mars und insbesondere zu dessen Mond Phobos geflogen wurden (1988/89). Die dabei erstmalig gewonnenen Erkenntnisse über ein eventuelles Magnetfeld dieses Planeten bzw. deren Veröffentlichung gehörte vor zwei Jahren laut einer Untersuchung des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung zu den international meistzitierten wissenschaftlichen Arbeiten Österreichs.

Nicht erwähnt wurden bisher die vielen Projekte und Arbeiten, die in den beiden anderen Abteilungen des Instituts für Weltraumforschung geleistet wurden, insbesondere über Planetenatmosphären, Jupiterstrahlung u. a. (Prof. Bauer), sowie über die immer verfeinerten Methoden der Satellitengeodäsie (Prof. Sünkel). Zu letzteren liefert übrigens die hochpräzise Zeitstation des Instituts für Nachrichtentechnik und Wellenausbreitung einen entscheidenden Beitrag (Doz. Kirchner).

Zu nennen sind auch verschiedene andere weltraumorientierte Arbeiten in Graz, so am Institut für Digitale Bildverarbeitung von JOANNEUM RESEARCH, dem Institut für Meteorologie und Geophysik sowie dem Physiologischen Institut der Universität Graz und anderen.

AUSTROMIR

Es konnte nicht ausbleiben, daß mit dem Hintergrund der rund 20jährigen, sehr erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Sowjetunion auf dem Gebiet der unbemannten Weltraumforschung auch der Gedanke einer gemeinsamen bemannten Mission auftauchen würde. Nach Kontaktnahme und einigen Vorgesprächen zwischen dem sowjetischen Botschafter in Österreich und dem Wissenschaftsminister Prof. Tuppy erfolgte anlässlich eines Staatsbesuches von Ministerpräsident Ryschkov im Juli 1987 die offizielle Einladung, einen österreichischen Kosmonauten zu einem etwa einwöchigen Aufenthalt zur Raumstation MIR zu entsenden, wie dies

bereits mit allen „sozialistischen“ Staaten der Fall gewesen war.

Österreich war damit das erste westliche Land (außer Frankreich, das weitreichende Sondervereinbarungen eingegangen war), mit dem ein solches Projekt realisiert wurde. Allerdings sollte diese Kooperation teilweise auf kommerzieller Basis durchgeführt werden, d. h., es mußte ein gewisser finanzieller Beitrag an die Sowjetunion geleistet werden, im Gegensatz zu den bisherigen unbemannten Kooperationsprojekten, die nach einem „no-exchange-of-funds“-Prinzip durchgeführt wurden und bei denen jeder Partner die ihm erwachsenden Kosten trug. Am 5. April 1988 faßte der Ministerrat Österreichs den Beschluß, im Rahmen einer erweiterten Zusammenarbeit im Bereich der Weltraumforschung die Teilnahme eines österreichischen Kosmonauten an einem sowjetischen Raumflug zu genehmigen.

In der Folge begann eine hektische Tätigkeit. Im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hatte man erkannt, daß man zweckmäßigerweise auf die in Graz vorhandene langjährige Erfahrung nicht nur in Weltraumtechnologie, sondern auch in Zusammenarbeit mit sowjetischen Stellen zurückgreifen sollte. JOANNEUM RESEARCH wurde deshalb mit der Gesamtabwicklung des Projektes betraut, ich selbst zum wissenschaftlichen Leiter des Projektes bestellt. Im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung waren Ministerialrat Dipl.-Ing. Otto Zellhofer und Dr. Ulrike Unterer mit der Abwicklung betraut. Die Zusammenarbeit mit dieser Abteilung war stets äußerst gut und effizient.

Bereits vier Tage nach dem Ministerratsbeschluß erschienen in den österreichischen Tageszeitungen Annoncen mit der Einladung, sich als Kosmonaut/in zu bewerben bzw. wissenschaftliche Experimente vorzuschlagen. Die gleiche Verlautbarung erfolgte in den einschlägigen Fakultäten der österreichischen Universitäten. Diese breite Streuung war gewählt worden, um allen interessierten Wissenschaftlern Österreichs die Möglich-

keit zu geben, an dem Projekt mitzuarbeiten.

Es langten 198 Bewerbungen als Kosmonaut/in und über 30 Experimentenvorschläge ein. Die Auswahl erfolgte durch eigene Projektteams, im Falle der Kosmonautenauswahl unter wesentlicher Mitwirkung des österreichischen Bundesheeres. Nach einem langen, schwierigen, aus 10 Selektionsschritten bestehenden Auswahlverfahren, konnten schließlich zwei Kandidaten, Dipl.-Ing. Franz Viehböck und Dr. Clemens Lothaller ausgewählt und im Jänner 1990 zur Ausbildung ins Sternenstädtchen bei Moskau entsandt werden.

Aus den Experimentenvorschlägen wurden aufgrund vielerlei Kriterien 14 ausgewählt, davon zehn auf dem Gebiet der Lebenswissenschaften (Medizin), drei aus dem Bereich Physik/Technologie, eines über Fernerkundung und dazu noch ein Kunstprojekt (ARTSAT). Vertreter waren dabei die Universitätsstädte Graz, Innsbruck und Wien sowie Seibersdorf.

Bei JOANNEUM RESEARCH in Graz wurde eine Projektgruppe gebildet (Leitung: Dipl.-Ing. Bruno Josseck und Dr. Christian Feichtinger), die in Anbetracht der wieder einmal äußerst kurzen Zeit (der Start sollte 1991 stattfinden), eine fast unbewältigbare Aufgabe vor sich hatte. Die Hauptschwierigkeit bestand wohl darin, daß die Mehrzahl der beteiligten Wissenschaftler keine Weltraumerfahrung hatte und daher den Anforderungen sehr oft eher unvorbereitet gegenüberstand. Hinzu kam noch, daß einige lange Zeit zögerten, die vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung vorgelegten Verträge zu unterzeichnen, was wegen des dadurch immer wieder hinausgeschobenen Beginns später zu erheblichen Termenschwierigkeiten führte. Daß es trotzdem gelang, das Projekt zeitgerecht und - wie das Ergebnis zeigte - technisch und organisatorisch einwandfrei durchzuführen, ist nicht zuletzt ein großes Verdienst der Grazer Projektleitungsgruppe.

Als Beispiel für auftretende Schwierigkeiten sei noch erwähnt, daß es in einer späteren Phase

notwendig wurde, die einzelnen Datenspeicherungs- und Datenverarbeitungseinheiten in den Geräten in eine zentrale Einheit zusammenzuführen, wofür vor allem Gewichtsgründe maßgeblich waren. Eine Reihe österreichischer Firmen hatte dafür als Entwicklungs- bzw. Lieferzeiten bis zu fünf Jahren angegeben, was wegen des vorgegebenen Zeitplanes selbstverständlich nicht akzeptabel war. So erging das Ersuchen des Wissenschaftsministeriums an JOANNEUM RESEARCH, eine solche Dateneinheit zu entwickeln, was unter großen Anstrengungen auch möglich war (Dipl.-Ing. Stieler). Sie versieht noch heute unter der Bezeichnung DATAMIR ihren Dienst in der Raumstation MIR zur Durchführung verschiedener, vor allem auch österreichischer Experimente.

Zu den Anforderungen eines bemannten Fluges soll noch gesagt werden, daß einerseits zwar die Elektronik lange nicht die Zuverlässigkeitsanforderungen erfüllen muß, wie sie etwa Geräte bei unbemannten Flügen zu Planeten erfüllen müssen (schließlich herrschen in der Raumstation abgesehen von der fehlenden Schwerkraft ja fast normale Laborbedingungen), daß aber andererseits eine ganze Reihe von Vorschriften, wie etwa starke Restriktionen in toxikologischer Hinsicht, bestehen, die die Auswahl von Materialien teilweise stark erschweren.

Fast hätten die politischen Ereignisse das Projekt nochmals gefährdet. Das Transportraumschiff Progress-M-9 sollte am 21. August 1991 die österreichischen Geräte zur Raumstation transportieren. Am 19. August fand in der Sowjetunion der Militärputsch statt, der letztlich zum Zerfall dieses Staates führte.

Als wir an diesem Tage in Moskau ankamen, war es eine gespannte Situation, den Truppen- und Panzeraufmarsch rund um Moskau zu erleben. So wurde auf der Ringumfahrungsstraße eben scharfe Munition für die Panzer ausgegeben und es war völlig unklar, wie sich die Lage entwickeln würde. Trotz dieser Schwierigkeiten funktionierte der militärisch-technische Komplex der Weltraum-

forschung jedoch normal, und der Start sowie das darauffolgende Andocken an MIR konnte zu den geplanten Terminen durchgeführt werden. Am 23. August wurden schließlich einige der österreichischen Geräte, die dies erforderten, in der Raumstation plangemäß und ohne Schwierigkeiten durch den Bordingenieur Sergej Krikaljow zum ersten Mal in Betrieb genommen.

Ein großes Ereignis war dann natürlich am 2. Oktober 1991 der Start einer Rakete vom Typ Sojus mit dem Transportraumschiff Sojus TM-13 und dem österreichischen Kosmonauten Franz Viehböck sowie seinen Kollegen Alexander Volkov (als Kommandant) und Tochter Aubakirov an Bord. Aus diesem Anlaß hatte sich die halbe Bundesregierung und weitere österreichische Prominenz in Baikonur eingefunden und es herrschte allgemeine Begeisterung nach dem glücklichen Start. Viel Lob gab es für Projektmanagement und -leitung, und es war sicher auch dieses Ereignis, das zum Ruf der „Weltraumhauptstadt Graz“ beitrug.

Der Flug selbst verlief reibungslos, und Franz Viehböck erbrachte eine hervorragende Leistung, sowohl als durchführender Experimentator als auch als Versuchsperson. Außerdem kamen auch seine PR-Fähigkeiten voll zum Einsatz. Das Medienecho, Zeitungen, Radio und Fernsehen, war überwältigend - zunächst abwartend skeptisch, dann aber fast durchwegs positiv bis enthusiastisch.

Die Landung in der kasachischen Steppe am 10. Oktober 1991 brachte somit ein äußerst erfolgreiches Projekt zum Abschluß, auf das Österreich und besonders Graz in technologischer, aber auch wissenschaftlicher Hinsicht stolz sein kann. Es wäre aber nicht Österreich, hätten später nicht verschiedene Kreise an diesem guten Image zu kratzen versucht - dies steht jedoch auf einem anderen Blatt.

Wo stehen wir heute?

Es ist erfreulich, daß - aufbauend auf den genannten internationalen Projekten - in Graz auch weiterhin große Aktivität auf dem

Gebiet der Weltraumforschung festzustellen ist. Dies gilt sowohl für den wissenschaftlichen Bereich, konzentriert im Institut für Weltraumforschung der österreichischen Akademie der Wissenschaften, im besonderen Ausmaß aber auch für Projekte der angewandten Forschung, die sich vor allem in Form von Aufträgen der ESA äußerst positiv entwickelt haben.

Eines der größten ESA-Projekte, der Formationsflug von vier vollkommen gleichen Satelliten mit der Bezeichnung CLUSTER soll am 29. November dieses Jahres durch den Start vom Weltraumbahnhof Kourou in Französisch-Guyana einen ersten Höhepunkt erreichen.

Gemeinsam mit dem Forschungszentrum Seibersdorf und einigen anderen Institutionen aus Europa und den USA konnten unter Grazer Federführung Geräte entwickelt werden (ASPOC Active Satellite Potential Control), die es während des für zwei Jahre geplanten Fluges ermöglichen, das bei Raumflugkörpern normalerweise auftretende elektrische Potential laufend auf das Umgebungsniveau einzuregulieren. Dies ist für sämtliche anderen Messungen auf den CLUSTER-Satelliten von großer Bedeutung und dementsprechend groß ist die Verantwortung. Die Vorarbeiten für ASPOC (Dr. Torkar) nahmen einen Zeitraum von sieben Jahren in Anspruch, gewisse Erkenntnisse über die verwendeten Ionenemitter wurden auch im Rahmen von LOGION und MIGMAS auf AUSTROMIR gewonnen.

Die weltweite Datenerfassung und -bearbeitung ist ein Großvorhaben für sich und macht einen erheblichen Anteil des Gesamtprojektes aus. Der zuständige Projektwissenschaftler der ESA mit einem entsprechend großen Verantwortungsbereich ist übrigens der aus Graz und dem Institut für Weltraumforschung stammende Dr. Rudolf Schmidt. Ebenfalls in diesem Jahr werden zwei russische Satelliten mit der Bezeichnung INTERBALL gestartet. Für einen dieser Satelliten lieferte das Institut für Weltraumforschung ebenfalls recht aufwendige Geräte zur Potentialregelung, wieder in Zusammenar-

beit mit Seibersdorf und ESTEC, dem technischen Zentrum der ESA. Jeder dieser Satelliten ist mit einem Subsatelliten versehen, der seine Umlaufbahn jeweils in Nähe des Hauptsatelliten hat. Für diese unter tschechischer Führung entwickelten Flugkörper lieferte die Technische Universität Graz wesentliche Beiträge.

Eine wertvolle wissenschaftliche Ergänzung zu CLUSTER und INTERBALL bildet die deutsche Satellitenmission EQUATOR-S, (Start vermutlich 1996), an der Grazer Geräte ebenfalls beteiligt sind.

Ebenfalls in Startvorbereitung befindet sich das Projekt MARS-96, ursprünglich MARS-94 (Dr. Schwingenschuh), das von Rußland mit großer internationaler Beteiligung durchgeführt wird. Ziel ist die genaue Erforschung des Planeten Mars in fast allen denkbaren Wissenschaftsbereichen. Das Institut für Weltraumforschung ist hier mit einem Magnetometer und einem Elektronenspektrometer, beides in internationaler Zusammenarbeit, beteiligt. Es ist zu hoffen, daß der nun für 1996 geplante Start bzw. die für etwa zwei Jahre geplante Meßperiode u. a. die Klärung der noch immer offenen Frage bringen wird, ob der Mars ein eigenes Magnetfeld besitzt oder die gemessenen Magnetfelder vom interplanetaren Plasma her stammen.

Ein großes, weit in die Zukunft reichendes Projekt ist CASSINI/HUYGENS, eine große Mission von NASA und ESA zum Planeten Saturn sowie insbesondere dessen Mond Titan. Letztere ist aus vielerlei Gründen besonders interessant, da aufgrund der vorliegenden Messungen von der Erde oder von den amerikanischen Voyager-Sonden aus vermutet werden kann, daß präbiotische, als Vorstufe für die Entwicklung von Leben geeignete, Moleküle vorgefunden werden können. Das Institut für Weltraumforschung ist hier an einem Experiment unter französischer Führung beteiligt, (ACP = Aerosol Collector Pyrolyzer). Entwurf und Herstellung der sehr aufwendigen Elektronik stammen von JOANNEUM RESEARCH und Schrack Aerospace, Wien. Der Start dieser Weltraum-

sonde wird 1997 erfolgen, die Ankunft beim Planeten Saturn ist für 2003 geplant.

Vorbereitungen laufen zur Zeit für Beteiligungen an einer weiteren spektakulären Mission der ESA, nämlich dem für 2003 vorgesehenen Flug zum Kometen Wirtanen, bei dem erstmalig auf einem Kometenkern gelandet und die nähere Umgebung über längere Zeiträume untersucht werden soll. Die Projektdauer erstreckt sich bis zum Jahr 2014, und es ist zu hoffen, daß die Kontinuität in allen beteiligten Instituten und Institutionen gewährleistet ist, ein Problem, das weltweit für dermaßen lang dauernde Projekte immer häufiger auftritt.

Das Know-how, das in Graz im Rahmen der Projektdurchführung von AUSTROMIR gewonnen werden konnte, fand einen sehr erfreulichen Niederschlag in der Tatsache, daß der technische Leiter, Dr. Feichtinger, auf Wunsch der ESA von JOANNEUM RESEARCH an das technische Zentrum ESTEC in Holland abgestellt wurde. Seine Aufgabe bestand darin, die AUSTROMIR-Erfahrungen in das ESA-Projekt EUROMIR-94 einzubringen, das in einem 30tägigen Aufenthalt des deutschen Astronauten Dr. Ulf Merbold in der Raumstation MIR bestand.

In Fortsetzung dieses Projekts laufen derzeit die Vorbereitungen für den noch längeren Aufenthalt eines ESA-Astronauten auf MIR im Herbst 1995 (EUROMIR-95). An beiden Flügen ist JOANNEUM RESEARCH gemeinsam mit dem Forschungszentrum Seibersdorf an Experimenten mit dem noch immer an Bord von MIR befindlichen Gerät MIGMAS beteiligt, auch DATA-MIR kommt wieder zum Einsatz. MIGMAS wird übrigens derzeit in Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum Seibersdorf und der Technischen Universität Graz gemäß Vereinbarungen mit russischen Stellen zu einer vollständigen Mikroanalysestation auf MIR ausgebaut, die es im Weltraum bisher nicht gibt und die wesentliche materialwissenschaftliche Ergebnisse erwarten läßt.

Eine Besonderheit dieser beiden bemannten Flüge der ESA bil-

det die Tatsache, daß die gesamte operationelle Projektabwicklung über ein im ESA-Auftrag bei JOANNEUM RESEARCH entwickeltes Videokonferenzsystem geführt wird (DICE - Direct Inter-Establishment Communications Experiment, Doz. Koudelka). Dieses kam bereits während AUSTROMIR unter dem Namen VIDEOMIR zum Einsatz. Bei den EUROMIR-Flügen bildet DICE das Rückgrat der Mission, da die gesamte Kommunikation zwischen Moskau, Deutschland, Frankreich und Holland über dieses System abgewickelt wird. Die vielen für die Experimente verantwortlichen Wissenschaftler brauchen sich daher nicht mehr lange Zeit in Moskau aufhalten, sondern können von den westeuropäischen Zentren aus ihre Geräte und die Abwicklung der Experimente durch den Astronauten überwachen.

Das Satelliten-Videokonferenzsystem DICE wurde im übrigen auch für eine größere Zahl von Tele-Teaching-Veranstaltungen mit Erfolg eingesetzt und bildet, wenn man so will, ein wesentliches, auch finanziell spürbares Spin-off-Produkt der Weltraumtätigkeit im Rahmen von JOANNEUM RESEARCH.

Auch auf anderen Gebieten, wie Digitale Bildverarbeitung, Satellitengeodäsie, Erforschung planetarer Atmosphären und Fernerkundung sind große Aktivitäten zu registrieren, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.

Was bringt die Zukunft?

Im Vorstehenden sollte der Nachweis erbracht werden, daß die in Graz auf dem Gebiet der Weltraumforschung tätigen Institute eine sehr gute, ja hervorragende Positionierung in der gesamtösterreichischen Forschungslandschaft erreichen konnten. Dies gilt sowohl für die Grundlagenforschung („Erforschung des Weltraums“) als auch für Anwendungen („Weltraumnutzung“).

Das Institut für Weltraumforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften nimmt gesamtösterreichisch als einzige, speziell für diesen Zweck gegrün-



dete Institution eine Sonderstellung ein, die, wie ich meine, in allen drei Abteilungen durch die eben z. T. dargestellten Erfolge seine volle Rechtfertigung findet. Weltraumprojekte erfordern einen relativ großen finanziellen Aufwand, insbesondere müssen auch Investitionen für verschiedenste Labor- und Testeinrichtungen getätigt werden. Eine Zersplitterung dieser Aktivitäten wäre in einem kleinen Land wie Österreich kaum verantwortbar.

Mit Genugtuung und Dank darf festgestellt werden, daß man im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung diese Tatsache erkannt hat und im Zusammenwirken mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften einen Großteil aus den seinerzeit unter Frau Bundesminister Firnberg geschaffenen eigenen Budgetansätzen „Nationale Programme - Weltraumforschung“ und „Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Weltraumforschung mit GUS“ Projekten des Instituts für Weltraumforschung und anderer Grazer Institutionen widmet. Nur so sind längerfristige Vorhaben, wie etwa CLUSTER, VENERA, VEGA, PHOBOS usw., überhaupt denkbar.

Österreich hat als Mitglied der ESA rund 100 Mio S allein für das sogenannte Wissenschaftsprogramm zu zahlen, die jedoch nicht in die Wissenschaft an sich fließen, sondern über Aufträge der österreichischen Weltraumindustrie zugute kommen. Es wird erwartet, daß

die Mitgliedsstaaten die Nutzung dieser dadurch geschaffenen Satellitenplattformen durch wissenschaftliche Experimente und Untersuchungen zusätzlich finanzieren. Dies geschieht in Österreich über die erwähnten Budgetansätze, die eine solche Nutzung erst ermöglichen.

Ein großes Anliegen, das bisher keiner Lösung zugeführt werden konnte, ist jedoch der Mangel eines eigenen Gebäudes für das Institut für Weltraumforschung. Die Abteilungen sind derzeit auf fünf Standorte in Graz verteilt, worunter selbstverständlich die Zusammenarbeit und effiziente Organisation leidet. Vor einigen Jahren widmete die Stadt Graz in dankenswerter Weise einen adäquaten Baugrund samt Aufschließungskosten für die Errichtung eines Akademiegebäudes, die Finanzierung des Baus selbst ist jedoch bisher nur teilweise gesichert. Hier sei der dringende Appell an das Land Steiermark gerichtet, gemeinsam mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften eine Lösung zu finden, die für die Zukunft des Weltrauminstituts lebenswichtig ist.

Im Vorjahr übersiedelte die Abteilung für die friedliche Nutzung des Weltraums der UNO von New York nach Wien (leitender Beamter Dr. Jasentulyana). Österreich ist seit langem prominentes Mitglied der entsprechenden Gremien (nicht zuletzt stellte unser Land über Jahrzehnte hinweg den Vorsitzenden des Weltraumkom-

tees, dzt. Botschafter Dr. Hohenfellner) und rückte somit noch etwas mehr in das Blickfeld der internationalen Weltraumgemeinschaft, ein Potential, das man vermehrt nutzen sollte. Es ist erfreulich festzustellen, daß die Stadt Graz und das Land Steiermark jetzt schon mehrmals im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten die Initiative ergriffen haben, UNO-Weltraumsymposien in Graz abzuhalten. In Kreisen der UNO ist jedenfalls Graz in erhöhtem Ausmaß als Weltraumstadt ein Begriff geworden, was sich wiederum sehr positiv auf die hier stattfindenden Arbeiten auswirkt.

Zusammenfassend läßt sich konstatieren, daß in der Steiermark und in Graz, ganz abgesehen von einigen Firmen, die sich mit Weltraumfragen befassen, eine starke Konzentration an wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der Weltraumforschung festgestellt werden kann. Dies hängt zum Teil von den beteiligten Personen ab, in sehr großem Ausmaß aber von den Arbeitsmöglichkeiten, die hier in der Steiermark vorliegen.

Für die Zukunft kann ich nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß dies so bleiben möge, daß das Interesse der öffentlichen Stellen und der Bevölkerung an diesen Aktivitäten weiter so groß bleibt, sodaß Graz auch längerfristig mit vollem Recht als Schwerpunkt österreichischer Weltraumforschung gelten kann.

DIE ENTWICKLUNG DER „NON-PRINT“ MEDIEN 1945 - 1995

HERMANN MAURER

Die Jahre 1945 - 1995 werden mit Recht auch als die Jahre des Fernsehens in die Geschichte der Technik und in die Geschichte der Menschheit eingehen. Sie sahen den Durchbruch einer Technologie, die von den visionärsten Köpfen des beginnenden 20. Jahrhunderts noch als „absurde Spekulation“ abgetan wurde (z. B. L. De Forest 1916, der als Erfinder des Radios im englischsprachigen Raum gilt); sie sahen eine Veränderung der Gesellschaft durch dieses Medium in einem unerhörten Ausmaß; und - während das Fernsehen mit hundert (Hundertern?) von parallelen Kanälen einem weiteren Siegeszug entgegenzusteuern scheint, entwickelten sich in diesen Jahren neue Technologien, nämlich Computer und Computernetzwerke, die - für die Allgemeinheit oft noch unsichtbar - das Ende des Fernsehens, so wie wir es heute kennen, einläuten. Der Beginn dieser neuen Medienrevolution ist der zentrale Punkt dieses Aufsatzes: Noch haben wir die Folgen des omnipräsenten Fernsehens weder bewältigt noch analysiert, da rollt bereits eine neue Medienwelle auf uns zu, deren Auswirkungen heute nur als unabsehbar einzustufen sind ...

I. Radio, Telefon und Fernsehen

Während die Erfindung des Radios („Hörfunk“) fast hundert Jahre zurückreicht (drahtlose Telegraphie von Marconi 1896, Erfindung der Triode von L. De Forest und L. von Lieben 1906) erfährt der Hörfunk mit der Gründung der „Deutschen Welle“ 1926 seinen ersten Höhepunkt und wird 1933 - 1945 zum wichtigsten Mittel der nationalsozialistischen Propaganda. Fast parallel dazu entwickelt sich

die Technik des Fernsehens: Dieckmann und Glage übertragen schon 1906 erstmals 20zeilige schwarz-weiß Fernsehbilder; groß angelegte Versuche finden ab 1928 (USA), 1929 (England-BBC) und 1930 (Berlin) statt. Und die berühmtesten Olympischen Spiele 1936 werden bereits mit riesigem Aufwand als Fernsehprogramme ausgestrahlt. Im Vergleich dazu ist die Telefonie naturgemäß älter: Nach deutscher Geschichtsschreibung wird P. Reis (1861) die Erfindung des Telefons zugeschrieben. Die ersten Ortsnetze werden ab 1881 (Mühlhausen) installiert... aber das erste Transatlantikabel übrigens erst 1956!

Während die Zeit vor und während des Weltkrieges die Verbreitung des Radios als Massenmedium („Volksempfänger“) und des Telefons im administrativen und militärischen Bereich (der „Durchhaltebefehl“ Hitlers an General Paulus als General der 6. Armee vor Stalingrad wurde per Telefon übermittelt) stark fördert, entwickelt sich das Fernsehen in dieser Zeit wenig. Noch wird es zu sehr als „Spielerei“ angesehen.

Aber schon 1945 agieren die ersten Fernsehstationen in den USA, und 1952 wird das Fernsehen in Deutschland als öffentlicher Dienst aufgenommen und wenig später in Österreich. Nebenbei, die ersten Farbfernsehsendungen in Österreich wurden erst 1967 durchgeführt!

Ab 1952 beginnt für die Österreicher der Wandel vom Volk der Rundfunkhörer zum Volk der Fernseher. Einige Jahre noch sind Fernseher Seltenheit, treffen sich Freunde im Gasthaus oder bei einem besonders „fortschrittlichen“ (begüterten?) Mitglied zu Fernsehabenden. Konsumiert wird alles. Der Fernseher wird der Minnesän-

ger der 60er Jahre: egal, was gesendet wird (egal, wober der Minnesänger berichtet), es wird angesehen.

Während 1969 im Einzugsbereich New York oder Los Angeles bereits 60 parallele Sendungen empfangen werden können, gibt es in Österreich immer noch nur zwei (und die nicht ganz flächendeckend), und Österreich bleibt durch das ORF Monopol jahrzehntelang (zum Glück?) ein Entwicklungsland. Freilich, inzwischen ist - Monopol hin oder her - diese Zeit vorüber: durch Kabel- und Satellitenfernsehen, aber auch durch fast rund-um-die-Uhr offene Videotheken stehen nun auch den Österreichern jederzeit viele Auswahlmöglichkeiten zur Verfügung: „Die Augen der Österreicher sind inzwischen auch zunehmend rechteckig geworden“, meint ein kritischer Beobachter.

Das Fernsehen, einmal als „ideales Bildungsinstrument für jedermann“ eingeschätzt, hat sich für vieles als geeignet erwiesen, nur als wahres Bildungsinstrument kaum: wenn überhaupt, dann als oberflächlicher Wissensvermittler.

Das Fernsehen dient zum „Tot-schlagen der Zeit“ (als würden wir ewig leben und hätten nichts Besseres zu tun, als unsere Zeit zu vernichten!). Wer sagt dies besser als N. Postman in seinem Buch: „Wir amüsieren uns zu Tode“. Das Fernsehen konfrontiert Jugendliche mit Erlebnissen, die ihnen die Jugend rauben - wieder nach Postman („Das Verschwinden der Kindheit“).

Das Fernsehen hat aktivere Freizeitbeschäftigungen (vom Kartenspielen bis zum Spazierengehen oder zur Sportausübung) in den Hintergrund gedrängt, ist ein neues „Opium für das Volk“ geworden, wie Helmut Schmidt ein-

mal sagte, der, als er noch deutscher Kanzler war, einmal mitig für 3 fernsehfreie Tage plädierte! Das Fernsehen hat selbst fernsehähnliche Aktivitäten wie das Erstellen von Amateurfilmen (bis 1980) und Amateurvideos (ab 1980) zum Untergang verurteilt: Fast jeder Amateurfilmer oder Amateurvideot (ist das die richtige Bezeichnung?) gibt nach wenigen Aufnahmeversuchen auf; alles, was man selbst schafft, ist so viel schlechter als man es im Fernsehen sieht, daß man schnell entmutigt wird. Nur 3% aller Haushalte, die eine Videokamera besitzen, verwenden diese öfter als zwei Mal jährlich, heißt es in einer neueren Abhandlung. (Ich vermeide das Wort „Studie“ vorsichtshalber, denn dann glaubt keiner mehr diese Zahlen. „Abhandlung“ ist viel seriöser. Sind eigentlich Wörter wie „Studie“, „Untersuchung“ und „Statistik“ erst durch Massenmedien wie das Fernsehen in Verruf gekommen?)

Das Fernsehen verbreitet Gewalt (oder ist ein Blitzableiter für Gewalt?) und hat unsere Lebens- und Moralvorstellungen geändert: Fernsehsendungen werden stets von einer gesellschaftlich-künstlerischen Avantgarde gemacht, die uns ihre Welt, ihre Werte zeigt ... und damit eine enorme Vorbildwirkung ausübt. „Unser Sexualverhalten hat sich durch nichts mehr verändert als durch das Fernsehen“ (meint Kinsey); und unsere Hart-schalligkeit gegenüber Menschen in Not wohl ebenso. Tatsächlich hat das Fernsehen unser gesamtes Weltbild, unsere Moralvorstellungen und unser Verhalten geändert: Bei einem bewaffneten Banküberfall legen sich alle Personen in der Bank heute ganz brav auf den Boden, weil es schon genügend oft so im Fernsehen gesehen wurde. Fernsehen passiviert. Vielleicht sind da die Werbeeinschaltungen zwischen durch ein wahrer Segen, in denen man ein paar Worte miteinander spricht - und sei's auch nur die Frage: „Soll ich Dir noch ein Bier aus dem Eiskasten holen?“ Vielleicht bieten die Fernsehsendungen aus den USA und Europa, die in der Dritten Welt mit Begeisterung gesehen werden, auch wei-

teren Zündstoff in der wohl unvermeidlichen reich/arm Auseinandersetzung? Wird das stetige Vorzeigen unserer „schönen Konsumwelt“ nicht auch alle Menschen in der Dritten Welt zu braven, aber neidischen kapitalistischen Konsumenten erziehen? Viel Negatives kann noch, endlos, über das Fernsehen gesagt werden und wurde schon gesagt. Wenn man auch nur ein bißchen an das „externalistische Menschenbild“ glaubt, nämlich daß ein Teil unseres „Ichs“, ein Teil unserer Person, durch die Wechselwirkung von uns mit der Umwelt entsteht, dann hat sich unser „Ich“ durch das Fernsehen zwangsweise dramatisch verändert. Verdient die südpazifische Inselrepublik Vanuatu (eines der wenigen Länder, in denen Fernsehen verboten ist und keine Fernsehstationen existieren), nicht vielleicht tosenden Applaus?

Trotz aller angeführten eher negativen Auswirkungen des Fernsehens dürfen natürlich auch positive Aspekte nicht ganz übersehen werden: Zweifellos verbreitet das Fernsehen auch Wissen und Kultur, wird da und dort für erzieherische Anwendungen eingesetzt, fördert den Umgang mit guter Sprache (wo sonst, außer im Radio oder Fernsehen, hört man zumindest häufig richtig gesprochenes Deutsch?); in einer Epoche zunehmender Freizeit ist selbst der reine Unterhaltungswert des Fernsehens, das „Zeittotschlagen“, nicht zu unterschätzen: sicher ist „Zeittotschlagen“ einem „Menschentotschlagen“ vorzuziehen! Die „Droge“ Fernsehen ist noch immer weniger gefährlich als die Droge Heroin! Schließlich und endlich macht Fernsehen weltoffener, trägt vielleicht zum Verständnis anderer Kulturen bei und fördert die „Familie Menschheit“.

Je nachdem, wie man obiges gewichtet, schneidet das Fernsehen „besser“ oder „schlechter“ ab. Eines steht aber fest: Die Welt, die Gesellschaft, wir Menschen wurden durch das Fernsehen überrollt und in nicht wiedergutmachbarer Weise verändert.

Und während Fernsehexperten über eine weitere Ausweitung zu

einem „neuen Fernsehen“ nachdenken und dieses vorbereiten, vollzieht sich im Hintergrund eine neue Revolution, nämlich der Durchbruch des Computers als Medienmaschine und die wachsende Potenz der Computernetzwerke ...

2. Das neue Fernsehen

Als gäbe es nicht schon genug und immer besseres Fernsehen: Stereophonie und flimmerfrei; auf einer wachsenden Anzahl von Kanälen; einfach bedienbare Videorecorder; Videoverleih und Videoverkauf en masse; und da bereiten Medienkonzerne eine weitere Welle des Fernsehens vor:

Fernsehen mit noch besserer technischer Qualität (High Definition Television, HDTV) mit einer etwa vierfach besseren „Auflösung“ als heute, noch mehr parallele Angebote über Kabelnetze oder Fernsehsatelliten, „Rückkanäle“, damit Zuschauer (beschränkt) an z. B. Quizsendungen direkt mitwirken können, das Informationssystem Teletext als kleine Draufgabe, und schließlich gar das „Video on Demand“, der Direktabruf beliebiger Filme: jederzeit, aus seiner riesigen Videothek.

So sehr eine höhere Auflösung sinnvoll sein mag (wer hat nicht schon bemerkt, daß Landkarten am Fernseher immer ein „Murks“ sind: entweder ohne Details oder nur winzige Ausschnitte), so fragwürdig erscheint ein noch weiter vergrößertes Angebot von qualitativ zweifelhaften Sendungen; auch die direkte Mitwirkung bei Quizsendungen überzeugt diesen Autor nicht (und wer je die Sendung „Supermarket“ in Amerika gesehen hat, kann dem nicht widersprechen).

Übrigens, würde Teletext überleben, wenn es nicht von der Fernsehgeräteindustrie unterstützt und in einem Staatsfernsehen betrieben würde, bei dem nicht nachgefragt wird, wie groß der Bedarf an einem Angebot ist?

Video on Demand, manchmal auch fälschlich als „interactive video“ bezeichnet, ist aber die viel-

leicht fragwürdigste Entwicklung. Die Grundidee ist „einfach“: Eine riesige Bibliothek computergespeicherter Filme steht zur Verfügung; jeder Benutzer kann sich zu jedem Zeitpunkt einen beliebigen Film auswählen, diesen auch jederzeit vorübergehend anhalten, zurückspulen, rasch vorwärtslaufen lassen usw., gerade so (oder noch bequemer), als hätte man den Film als Videokassette ausgeborgt. So attraktiv diese Alternative klingt, der Autor dieses Aufsatzes glaubt nicht an eine Verwirklichung in absehbarer Zukunft: technisch ist das Beschriebene möglich, aber sehr aufwendig, d. h. teuer. Und „mildere“ Alternativen, daß man z. B. zu jeder vollen Stunde einen von einigen hundert Filmen starten (aber dann nur in der normalen Weise ansehen) kann, sind technisch zwar sehr viel einfacher und daher billiger, bieten aber gegenüber Videos, die man ausborgt, schon so große Nachteile, daß diese Variante nicht sonderlich attraktiv erscheint.

Computerbasierende Möglichkeiten, wie im folgenden erklärt, erscheinen da vielversprechender, ... werden aber vom Großteil der Fernsehindustrie wieder einmal übersehen, wie das schon bei Bildschirmtext der Fall war. Überall in Europa wurde Bildschirmtext (BTX) als Erweiterung des Fernsehens propagiert (mit Ausnahme Österreichs, das gegen ganz Europa nicht bestehen konnte). BTX wurde nirgends in Europa ein kommerzieller Erfolg (auch in Frankreich nicht: die dort vergleichsweise hohen Zahlen wurden nur durch noch höhere Subventionen erzielt). Das Konzept „BTX ist ein Netzwerk für Mikrocomputer“ (das auch in Österreich mit der „MUPID Philosophie“ verfolgt, durch den CEPT Standard allerdings sehr erschwert wurde), wurde aber weltweit als Computerve (ausgehend von den USA) ein großer, auch finanzieller Erfolg.

Auch heute zeichnet sich wiederab, daß Fernseh- und Computerindustrie so nebeneinander statt miteinander leben, daß das „Fernsehpotential“ der Computer sehr spät erkannt und damit auch der Öffentlichkeit bewußt wird.

3. Der Computer: die zukünftige Mediamaschine

Die Vorstellung, Computer seien „Wunderrechenmaschinen“, hat sich seit 1945 dramatisch gewandelt. Allen ist bewußt, daß Computer z. B. als Datenverarbeitungs- und Steueranlagen sehr viel wichtiger sind; und wer könnte sich heute noch Textverarbeitung ohne Computer vorstellen! Von der Öffentlichkeit hingegen weniger beachtet, beginnen Computer allmählich auch immer stärker einen neuen Bereich zu erschließen, nämlich den der Medien.

Nicht nur Zahlen, Texte und einfache Grafiken lassen sich in Computern speichern und wiedergeben, sondern auch hochwertige Bilder, Musik, Sprache und Video-clips. Die Speicherung im Computer erfolgt dabei „digital“: Dies ermöglicht z. B. die Bearbeitung (Verfälschung?) von Bildern in beliebiger Weise. Aus einem Foto kann digital eine Stromleitung entfernt werden, ein grauer Himmel durch einen blauen oder auch ein Gesicht durch ein anderes ersetzt werden. Ähnliches gilt für Gesprochenes und für Filme. Wer weiß nicht, daß viele der ungläublichen Szenen in Filmen wie „Jurassic Park“ oder „Terminator“ mit Hilfe von Computern erzeugt wurden? Durch die großartigen (erschreckenden?) Möglichkeiten, mit Computern Filme, Tonstücke und Bilder abzuändern, ja auch gänzlich neues Medienmaterial zu schaffen, verlieren diese Medien ihre Authentizität, eine Tatsache, mit der wir nach H. Maurer werden leben müssen und gut werden leben können, so unheimlich sie uns heute anmutet. Während N. Magnenat-Thalmann inzwischen im Computer ein Modell der Marilyn Monroe nachgebildet hat und damit in der Lage ist, fast echt wirkende Filmszenen mit Marilyn zu erschaffen, in denen diese nie aufgetreten ist, wird an Dutzenden anderen Forschungseinrichtungen an ganz „synthetischen Menschen“ gearbeitet: In nicht zu ferner Zukunft wird ein neuer Filmstar auftauchen, von dem es sich erst später herausstellt, daß

er/sie nie real existierte, sondern mit allen Details von einem Computer erzeugt würde.

Noch liegt dies einige Jahre in der Zukunft, nicht zuletzt deshalb, weil unsere Augen und unser Hirn so auf das Erkennen und Interpretieren von menschlichen Gesten und Ausdrücken trainiert sind, daß wir auch die kleinsten „falschen“ Nuancen leicht erkennen.

Anders ist dies im Bereich von Artefakten, von Gebäuden, Räumen, Gegenständen. Bei diesen ist es nicht nur möglich, solche vom Computer nach beliebigen Vorgaben „virtuell“ zu erschaffen, sondern es ist auch möglich, bestehende Objekte nicht nur als Bilder oder Filme, sondern dreidimensional vollständig zu speichern. Es ist wichtig, diesen Aspekt zu verstehen, weshalb er anhand von zwei Beispielen erläutert werden soll.

Nehmen wir z. B. die berühmte Statue des David von Michelangelo, die dieser 1501-1504 schuf und die in der Academia in Florenz (aus einiger Entfernung, um sie vor Übergriffen zu schützen) zu bewundern ist. Diese Statue kann mit allen ihren Details so in einen Computer eingespeichert werden, daß sie anschließend fast als „elektronische Kopie“ vorliegt: Man kann sie dann (mit geeignet mächtigen Grafikcomputern) von jedem Blickpunkt aus beliebiger Entfernung ganz genau ansehen, mit verschiedenen Beleuchtungen experimentieren usw.

Was gerade für ein Einzelobjekt gesagt wurde, gilt genauso für komplexere Anordnungen, wie Räume, Gebäude oder ganze Stadtviertel. Dabei können bestehende Räume (wie unlängst der herrliche Prunksaal der Österreichischen Nationalbibliothek) erfaßt werden; aber auch Gebäude, die erst als Baupläne existieren, können, lange bevor sie in der Realität existieren, beliebig detailliert betrachtet werden. Freilich sind dazu heute noch millionenteure Grafikcomputer notwendig - und auch diese benötigen für die „Berechnung“ einer speziellen Ansicht mit allen Details noch Minuten. Doch vor dem Ende dieses Jahrzehnts werden einfache PCs (Heimcomputer)

in der Lage sein, „3D-Szenen in Echtzeit fotografisch exakt“ darzustellen (z. B. mit den „reality chips“, deren Produktion ab 1997 um ca. ÖS 600.- pro Stück in Millionen von Exemplaren angekündigt wurde). Im Klartext bedeutet dies, daß dann auch Normalverbraucher nicht nur computergenerierte und computer-gespeicherte Filme zur Verfügung stehen werden, sondern auch dreidimensionale Szenen, in denen man sich beliebig herumbewegen kann, die also „interaktiv erforschbar“ sein werden: Auf einem hochauflösenden Bildschirm wird man z. B. in den Ruinen von Delphi herumwandern ... und auf Wunsch plötzlich einen Sprung 2500 Jahre in die Vergangenheit durchführen und in den computersimulierten Rekonstruktionen der Tempelanlage, die von geschäftigem Treiben erfüllt ist, „herumspazieren“ können. Damit kein Mißverständnis aufkommt: Was man am Bildschirm sieht, ist zunächst „nur“ ein (zweidimensionaler) Film, wie wir ihn heute kennen, bei dem aber die Kamera vom Benutzer beliebig bewegt, geschwenkt und gezoomt werden kann. In diesem Sinne kann man eine Szene dreidimensional erforschen. Um sie auch echt dreidimensional sehen zu können, sind „einfache“ technische Einrichtungen (wie polarisierte Brillen und ein Spezialbildschirm) oder „komplexere“ Geräte, wie z. B. der oft zitierte Datenhelm, notwendig. Am Inhalt der Szene ändert sich dadurch nichts - man erlebt das Dargestellte eben nur mit „zwei Augen“ (3D) statt mit „einem Auge“ („flach“, als perspektivisch gesehene 3D-Szene).

Es ist wichtig zu verstehen, daß bereits heute Bilder und Filmszenen beliebig manipuliert und berechnet werden können und dem Benutzer als fertiges Filmprodukt zur Verfügung gestellt werden können. Eine echte Interaktion im Sinne der Generierung nicht vorherberechneter Filmszenen ist für Normalbenutzer noch nicht möglich. Und doch ist auch jetzt schon mehr verfügbar (und erschwinglich verfügbar) als allgemein bekannt. Diese gegenwärtige Realität wird im nächsten Abschnitt behandelt.

4. Der Computer: die heutige Medienmaschine

Auf der Frankfurter Buchmesse 1994 wurden über 30.000 neue „CD-ROM“ Titel vorgestellt. Solche „CD-ROMs“ sehen optisch aus wie die normalen Audio CDs, beinhalten aber Computerprogramme verschiedenster Art und sind auf gängigen PCs (die notfalls mit einem „CD-ROM Laufwerk“ nachgerüstet werden müssen) einsetzbar. Die angebotenen Programme reichen von einfach benutzbaren Nachschlagewerken (wie das „Jahrhundertewerk“ des Oxford-Dudens, des größten deutsch-englischen Wörterbuchs dieses Jahrhunderts, das gerade auch in gedruckter Form erschienen ist; oder wie die „PC-Bibliothek“ von Duden und Meyer, die in elektronischer Form berühmte Meyer-Lexika oder Duden-Bände anbietet; oder die „Geothek“ des Wiener Verlages Hölzel, der damit den beliebten Kozen-Schulatlas erstmals elektronisch zugänglich macht, usw.) bis zu großartigen Bildsammlungen (von Kunstbildern bis hin zu 2500 Bildern „Images of Austria“ der Österreich Werbung) und bis zu digitalisierten Filmen oder Filmclips.

Natürgemäß stellt sich die Frage: Wozu all das? Warum z. B. ein elektronisches Lexikon anstelle eines gedruckten, warum elektronische Bilder statt eines schönen Bildbandes, warum ein Film auf CD-ROM statt auf Video?

Zunächst zum Lexikon: Dieses ist in elektronischer Form erstens kompakter (ich habe auf meinem Reisecomputer immerhin 10 vollständige Lexika gespeichert und sie daher jederzeit griffbereit!), zweitens leichter benutzbar (statt blättern nur „anklicken“; und da ich auch leicht alle Beiträge finde, in denen gleichzeitig z. B. die drei Wörter „Wien“, „Berlin“ und „Schauspieler“ vorkommen, kann ich Recherchen durchführen, die im Druckwerk einfach unmöglich wären); drittens ergänzbar (ich kann jederzeit neue Informationen hinzufügen) und viertens mitten in einer anderen Arbeit, die ich mit dem Computer ausführe, einsetz-

bar (während ich mit meinem Textverarbeitungsprogramm etwas über „David“ schreibe, kann ich Informationen aus dem Lexikon direkt dazukopieren!)

Der elektronische Atlas „Geothek“ bietet nicht nur Landkarten, sondern auch 1500 Bilder aus aller Welt; er erlaubt es, Orte oder Berge zu lokalisieren, die in den Karten nicht eingezeichnet sind (für die aber in einem elektronischen Index die Koordinaten gespeichert sind) u. v. m.

Eine CD-ROM erlaubt die Speicherung von ca. 30.000 Bildern in Fernsehqualität: Dies wäre in einem Bildband schwierig!

Das Abspeichern von Filmen auf CD-ROM ist zur Zeit noch eine Spur problematisch. Um Fernsehqualität zu erreichen, benötigen die meisten Computer eine „Zusatzkarte“ um einige tausend Schilling; ferner kann man auf eine CD-ROM nur ca. eine Stunde Film speichern. Freilich gewinnt man dadurch gegenüber Videos sehr viel:

- CD-ROMs nützen sich nicht ab. Egal, wie oft man sie ansieht, die Qualität bleibt gleich gut;
- die industrielle Vervielfältigung von CD-ROMs ist sehr günstig (weniger als ÖS 10,- pro Stück bei großen Quantitäten);
- CD-ROMs bieten ein einwandfreies Standbild, beliebig schnellen sichtbaren Vor- und Rücklauf, sowie Direktzugriff auf jede Stelle (ohne Umspulen!);

• vor allem aber erlauben Computer mit CD-ROMs „Anmerkungen“ und „Lesezeichen“, nach denen man suchen kann: Einer der ersten Filme, der zur Gänze als CD-ROM vor ca. 2 Jahren verfügbar gemacht wurde, ist der Beatles Film „It's a hard day's night“. Dadurch, daß alle Szenen beschwort sind, kann man z. B. „Lennon, Bath“ eintippen und erhält damit alle Szenen, in denen sich Lennon im Badezimmer befindet ... Es ist dieses „gezielte Herumspringen“, das Filme auf CD-ROMs besonders attraktiv macht.

Die Entwicklung bei digitalisierten Filmen ist noch nicht abgeschlossen: Während CD-ROMs nicht „wiederbeschreibbar“ sind (genausowenig, wie man auf einer Audio-

CD etwas Neues aufnehmen kann) und nur ca. eine Stunde hochwertiges Video zu speichern vermögen, sind bereits wiederbeschreibbare Alternativen für ca. 10 Stunden Film verfügbar (z. B. sogenannte Festplatten mit 5 GByte Speicherkapazität) und noch billigere und größere Alternativen sind als Prototypen bekannt.

Wenn man bedenkt, daß Computer leicht mit einer Fernsehempfangskarte ausrüstbar sind (und eine solche meist standardmäßig in der nächsten Computergeneration eingebaut sein wird) und wenn man ferner berücksichtigt, daß Computerbildschirme oft bereits eine vierfach bessere Auflösung haben als Fernsehschirme (und eine weitere Vervielfachung auf „2400 x 1800 Pixel“ absehbar ist), dann wird klar, warum früher vom Ende des Fernsehens, wie wir es kennen, gesprochen wurde, und dem „Video on Demand“ keine großen Chancen eingeräumt wurden.

Ein viel wahrscheinlicheres Szenario als Video on Demand ist dieses: Mit dem Computer stöbert man in einer Datenbank von Filmclips und Filmkritiken und sucht sich einige interessant klingende Titel aus. Diese werden in den Computer geladen (wobei durchaus bestehende Fernsehkanäle oder neue Datennetze verwendet werden können) und stehen nun als digitalisierte Filme zur Verfügung ... mit all den beschriebenen Vorteilen und mehr:

- Es ist möglich, bei solchen digitalisierten Filmen beim Umschalten auf Standbild dieses in besonders hoher Qualität anzuzeigen;
- gewisse „Eingriffe“ in Filme (wie das Herausvergrößern eines Details oder in bestimmten Fällen sogar ein Schwenk über das normale „Fenster“ hinaus) sind denkbar;
- da der Computerschirm eine höhere Auflösung hat als ein Fernsehschirm, kann der Film (etwa einer Reise) in einem Teil des Computerschirms bei voller Qualität angezeigt werden, während am Rest des Schirms Anmerkungen, Landkarten, Diagramme, Einträge aus Lexika usw. eingeblendet werden können: Diese können automatisch erscheinen oder durch Aktionen der

Betrachter (z. B. Aktivierung des früher erwähnten „Geothek“ Atlas-es) angezeigt werden.

Im Vergleich zum gegenwärtigen Entleihen von Videos entfällt der Verleihvorgang und erhöht sich die Qualität; im Vergleich zum Fernsehen (egal wieviele Kanäle!) erhöhen sich Auswahl und Qualität: Nicht nur Werbeeinblendungen können übersprungen werden, auch ein schnelles (sichtbares) Vorspulen, Anhalten, Zoomen etc. sind gegebenenfalls möglich. Im Vergleich zum „Video on Demand“ kann ein ähnlicher Effekt zu sehr viel geringeren Kosten erzielt werden.

Damit geht das Fernsehen, wie wir es heute kennen, zu Ende: Das Ausstrahlen von vorgefertigten Filmen wird sinnlos, es verbleiben Berichte zu aktuellen Ereignissen, wobei sich die Übertragung gewisser Anlässe sogar durch das neue Konzept des „Fernschauens“, wie später beschrieben, ersetzen lassen wird.

Mittelfristig werden sich durch den Ersatz von Videos durch digitale Programme die Möglichkeiten der Interaktion der Beobachter mit der Handlung noch mehr verstärken: Das Erforschen von Szenen und Landschaften wurde schon erwähnt; der direkte Eingriff in die Handlung, wie das andeutungsweise zur Zeit in den besten Computer-Adventuregames schon möglich ist (Space Quest 2 - 6, Larry 3 - 6, Loom, The 7th Guest u. v. m), wird zunehmen, wobei in den vernetzten Varianten (siehe unten) auch mehrere Teilnehmer (Beobachter?, Mitspieler?) gleichzeitig und vielleicht anonym mit- oder gegeneinander aktiv werden können.

5. Der vernetzte Computer

In den beiden vorangegangenen Abschnitten wurde die Entwicklung des Computers als Mediamaschine andeutungsweise behandelt, wobei ein entscheidender Aspekt ausgeklammert wurde: die Vernetzung.

Computer können nicht nur über eine Fernsehempfangskarte TV-Programme anzeigen oder auf-

zeichnen, sie stehen auch untereinander häufig über ein „Datenetzwerk“ in Verbindung. Das berühmteste von diesen ist das sogenannte Internet, das zur Zeit ca. 30 Millionen Teilnehmer hat und ungeboren schnell wächst. Das Internet bietet nicht nur die „größte Bibliothek, die die Menschheit je hatte“, sondern sicher auch die chaotischste: Erste Versuche, dies in Ordnung zu bringen, haben zu Entwicklungen wie „WWW“ geführt - dem „World Wide Web“ - auf dem aufbauend inzwischen eine zweite Generation von „Hypermediasystemen“ zu entstehen beginnt, allen voran das österreichische Hyper-G. Das Internet bietet aber nicht nur Informationen (darunter zunehmend viele Videokameras, die irgendwo in der Welt positioniert sind, ihre Aufnahmen in das Internet einspeisen und diese damit von überall aus zugreifbar machen, manchmal sogar mit der Möglichkeit, die Kamera zu manipulieren: Ein neues Phänomen, das „Fernschauen“ ist im Entstehen und wird vielleicht einmal Fernsehübertragungen von sportlichen oder kulturellen Ereignissen ersetzen!), sondern das Internet bietet vor allem auch Kommunikation. Neben der einfachen „elektronischen Post“ („email“) erfreuen sich alle Arten von Diskussionsecken („Newsgroups“) großer Beliebtheit, wobei manchmal auch eine anonyme Teilnahme möglich ist. (Übrigens eine erste solche elektronische Diskussionsecke großen Stils ist wohl die seit 1985 existierende österreichische E. R. D. E. (=Elektronische Rede- und Diskussions-Ecke), in der die Aufsätze der im Literaturverzeichnis erwähnten Bücher von H. Maurer erstmals diskutiert wurden).

Besonders faszinierend sind die sogenannten MUDs („Multiple User Dungeons“ - eine Bezeichnung, die auf erste Ansätze zurückgeht und heute den Sachverhalt nicht mehr trifft). Traditionelle MUDs laufen rein verbal (textlich) ab. Als Teilnehmer ist man nur unter einem Pseudonym bekannt, erfindet für sich selbst beliebige Eigenschaften (auch Sex- und Altersänderungen sind erlaubt) und „be-

*„... und jetzt ist eine neue Art von
weniger passiven computerbasierenden Medien
im Entstehen, deren Potential alles überschatten wird,
was wir bisher erlebt haben.“*

tritt" nun eine „virtuelle Welt“ mit ihren eigenen Regeln. Man trifft auf andere „Personen“, unterhält sich mit ihnen und führt gemeinsame Unternehmungen aus. Man kann in manchen MUDs virtuelles (d. h. fiktives) Geld verdienen, Grundstücke kaufen, Häuser bauen, sich verlieben, heiraten, Kinder kriegen, Sport betreiben, Kunstwerke schaffen usw. Kurzum, man findet sich in einer virtuellen Welt, die einem sehr wichtig werden kann. So wichtig, daß virtuelle Verbrechen als echter Schock empfunden werden und in manchen MUDs inzwischen eine virtuelle Polizei und virtuelle Gerichtsverfahren zum „Alltag“ gehören. Die Tatsache, daß traditionelle MUDs textlich ablaufen, scheint dem „Wirklichkeits-erlebnis“ kaum Abbruch zu tun: Der hohe Abstraktionsgrad der Sprache läßt in den Köpfen der Teilnehmer gerade jene Wirklichkeit entstehen, die ihnen entspricht. MUDs und ihre Weiterentwicklung können mehr oder minder „süchtig“ machen und erlauben die „Flucht“ aus der realen Welt in eine „virtuelle Welt“, die von manchen Mitspielern in einem Ausmaß Besitz ergreift, an das kein Film, kein Buch heran kann. Es ist wohl kein Zufall, daß Timothy Leary, einst Befürworter neuer Erlebnisse durch LSD Konsum, heute von (hoffentlich ungefährlicheren) virtuellen Erlebnissen schwärmt. Treffen in MUDs führen aus den MUDs hinaus zu Treffen und Verbindungen im (wirklichen) Leben: Sie stellen vielleicht (wie die erwähnte E. R. D. E.) eine Möglichkeit bereit, Menschen unabhängig von Äußerlichkeiten kennen- und lieben zu lernen.

Die ersten grafischen dreidimensionalen MUDs sind im Entste-

hen. Indem auch grafisch ein gewisses (benutzerunabhängiges) Abstraktionsniveau eingehalten wird, können einerseits unsere visuellen Bedürfnisse befriedigt werden (siehe H. Maurer und P. Carlson zum „Fehlenden Organ“), ohne aber unsere Phantasie einzuengen. Dem „Pseudonym“ entspricht jetzt zusätzlich eine „Pseudostimme“ und „Pseudogestalt“ (die man sich selbst aussucht). So zieht man also ein in eine (oder mehrere) virtuelle Welt(en), die „je nach Welt“ die verschiedensten Möglichkeiten bieten, ... wobei zur Sprache und zum Sehen früher oder später auch taktile und olfaktorische Aspekte hinzutreten werden.

Hier schließt sich der Kreis zum Fernsehen, zum interaktiven Film, zum Erforschen von 3D-Szenen: Jede solche virtuelle Welt hat gewisse Vorgaben, Regeln, Gesetze, Aktionsfäden - ist also ein interaktiver Film - dessen Handlung mehr oder minder stark von den Beobachtern, die nun Mitspieler geworden sind, beeinflußt wird. Wer nicht aktiv werden will, bleibt eben unsichtbar!

6. Die Macht der neuen Medien

Das passive Radio hat sich ab 1933 als mächtiges Instrument der Propaganda und Massenbeeinflussung erwiesen; das passive Fernsehen hat in den letzten 50 Jahren von einfachsten Anfängen an unsere Welt verändert wie selten ein Phänomen zuvor; und jetzt ist eine neue Art von weniger passiven computerbasierenden Medien im Entstehen, deren Potential alles überschatten wird, was wir bisher erlebt haben. Es bleibt zu hoffen,

daß computerbasierende Medien unsere Gesellschaft durch ihre aktive und kommunikative Komponente positiv beeinflussen werden. Aber Hoffnung allein ist wohl zu wenig: Wir sollten auf dauernde Beobachtungen und gegebenenfalls steuernde Eingriffe nicht verzichten; wir haben darauf schon einmal - beim Fernsehen - verzichtet. Es ist sehr fraglich, ob das klug gewesen ist.

Anmerkungen:

Zur Macht des Fernsehens siehe besonders die beiden nachstehenden Bücher von Postman; die Theorie des „fehlenden Organs“ und seine Bedeutung auf die visuelle Kommunikation wird in der Arbeit von H. Maurer und P. Carlson behandelt und in J. Lennon und H. Maurer weitergeführt; die drei Bücher von H. Maurer beinhalten diverse Aufsätze zum angesprochenen Themenbereich, aber auch viele, die diese Abhandlung nicht berühren. Die beiden Professoren Magnenat Thalmann und Thalmann veranstalten jährlich ein Symposium zum Thema Computeranimation in Genf.

Literatur:

- Lennon, J., Maurer, H.: MUSLI - A Multi-Sensory Language Interface; Proc. ED-MEDIA'94, AAACE, Virginia (1994), 341 - 348.
- Magnenat-Thalmann, N., Thalmann, D.: Computer Animation '94; IEEE Computer Society Press (1994).
- Maurer, H.: „Sklaverei in Österreich?“ oder: „Obst in die Parks!“, Eric Verlag Wien (1989), 230 p.
- Maurer, H., Carlson, P.: Computervisualisierung: die Krücke für ein fehlendes Organ?, technologie & management 41, 1 (1992), 22 - 26.
- Maurer, H.: „Gras auf dem Mond?“ oder: „Frauen in alle Gremien!“, Eric Verlag Wien (1992), 300 p.
- Maurer, H.: „Der Tod als Hilfe?“ oder: „Der Berg von hinten!“, Eric Verlag Wien (1995)
- Postman, N.: Das Verschwinden der Kindheit; S. Fischer, Frankfurt (1983).
- Postman, N.: Wir amüsieren uns zu Tode; S. Fischer, Frankfurt (1985).

ÜBERLEGUNGEN ZUR KULTURPOLITIK:

Die Chancen der Windstille

KURT WIMMER

Was war das für eine Zeit, als es in der österreichischen Literatur nur den Lernet und den Hohenia gab? So witzelte Hans Weigel. Aber eine Zeitlang schien es tatsächlich so, als ob Alexander Lernet-Holenia die einzige wirklich dominierende Figur der österreichischen Literaturszene gewesen wäre. Weigels Bonmot datiert aus dem Jahr 1948.

Alexander Lernet-Holenia, der Adelige, der Kavallerieoffizier des Ersten Weltkriegs und der im Zweiten Weltkrieg verwundete Offizier, war Lyriker, schrieb Romane und war ein erfolgreicher Theaterautor. In einem Brief an die Redaktion der Literaturzeitschrift „Turm“ formulierte er sein Credo: „In der Tat brauchen wir nur dort fortzusetzen, wo uns die Träume eines Irren unterbrochen haben, in der Tat brauchen wir nicht voraus-, sondern nur zurückblicken. Um es vollkommen klar zu sagen: wir haben es nicht nötig, mit der Zukunft zu kokettieren und nebulose Projekte zu machen, wir sind, im besten und wertvollsten Verstande, unsere Vergangenheit, wir haben uns nur zu besinnen, daß wir unsere Vergangenheit sind und sie wird unsere Zukunft werden.“

Der Irre, das war Hitler, und die Vergangenheit, die Lernet-Holenia meint, ist die Habsburger Monarchie. Österreich war nach 1945 wieder einmal auf der Suche nach seiner Identität, da bot sich für das kleine Land die große Vergangenheit an. Die eben vergangenen sieben Jahre mußten wegen des Wiederaufbaus kurz ignoriert werden, und nachher kam man nicht mehr dazu, sich eingehender mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen.

Die offizielle Kulturpolitik war heftig bemüht, aus den Ostmärken Österreich zu machen, das Neue in Kunst und Literatur schien

diesem Bemühen zunächst eher hinderlich zu sein. Mit Preisen bedacht wurden Literaten, die auch in der Hitler-Ära schon eine Rolle gespielt hatten.

In der Steiermark aber gab es kurz nach dem Krieg an die 400 Laienbühnen, unter ihnen das „Grazer Hochschulstudio“. Gründer waren Hellmut Himmel, Rudolf Kellermayr, Ulrich Baumgartner und Willy Haring. Das „Grazer Hochschulstudio“ führte auch moderne Stücke auf, und Sartres „Bei verschlossenen Türen“ wurde zu einer lokalen Sensation.

In der Nummer Mai/Juni 1946 der von Otto Basil herausgegebenen Kulturzeitschrift „Plan“ konstatierte damals ein Georg Knepler, daß Österreich in einer, tiefen, ersten Kulturkrise stecke: „Wenn wir es zulassen, daß Gleichgültigkeit und Unentschlossenheit in Dingen unseres Kulturlebens noch länger anhalten, werden wir in Mittelmaß und Flachheit versanden.“

Groß war der Nachholbedarf damals. Schon Arthur Rimbaud war für die Leser des „Plan“ ein Ereignis. In der Steiermark begannen sich Ende der Fünfzigerjahre die unruhigen Jungen zu regen: 1958 wurde das Forum Stadtpark gegründet, 1960 erschien die erste Nummer der „manuskripte“. Und im April 1957 war Hanns Koren Kulturlandratsrat geworden. 1959 hatte er das Gedenkjahr an den vor 100 Jahren verstorbenen Erzherzog Johann von Österreich zu einem kulturpolitischen Kraftakt benützt, der vielfältige Energien freisetzte.

Es ist noch immer anregend, nachzulesen, wie dieser liberale Konservative und weltoffene Heimatverliebte sein Amt sah, das er bis zum Jahr 1970 ausübte: Er wollte keine Kulturpflege im Sinne eines Dirigismus, „sondern ganz im Gegenteil, vor allem und immer wieder die Freilegung des Weges

für alle schöpferischen, für alle geistig bewegten Kräfte. Der Freiheitstraum für die geistige Geltung, des in einem von redlicher Gesinnung geprägten Lebenswerk bewährten Alten, muß gesichert und unangetastet sein, wie jener der Gegenwärtigen und Kommenden.“ Koren hatte Vertrauen zur Kunst als Lebensmacht und er wußte, daß in jedem von seinem Schöpfer erstgemeinten Werk etwas von dem Entwurf eines künftigen Weltbildes enthalten ist: „Daran ändert auch nichts, wenn Scharlatane und Blender, Halbkönner und Nachbeter sich der modernen Kunstmittel bedienen, in den immer „gegenwärtigsten“ Tendenzen exerzieren und damit ihre Geschäfte machen ...“

Hanns Koren war auch überzeugt, daß es, nicht nur im kulturellen Leben, zuerst auf die Vorstellung von der Sache ankommt, die man zu unternehmen gedenkt: „Ich habe es während meiner Amtszeit oft erlebt, daß das Geld dann immer gekommen ist, wenn sich irgendeine Sinnerfüllung in ihren Umrissen zu zeigen begann. „Das Geld liegt auf der Straße; nämlich auf dem Weg, den man zu seinem Ziel hin zu gehen begonnen hat.“ (Zitiert aus „Überlegungen zur Kulturpolitik“ in Hanns Koren: „Heimat ist Tiefe, nicht Enge“.) Was Koren im besonderen Maße auszeichnete, war sein Geschichtsbebewußtsein, sein Denken in Kontinuitäten - und die Weite seines Kulturbegriffes: Da hatten die im Jahr 1959 renovierten 5000 Bildstöcke ebenso Platz wie das Forum Stadtpark und die Schule für gebehinderte Kinder in Wetzelsdorf.

Angesichts mancher Überlegungen über aktuelle kulturpolitische Aktivitäten ist es nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß in diesem Gedenkjahr 1959 60 Millionen Schilling an freiwilligen Spenden aufgebracht werden konnten

und daß das Forum Stadtpark aus einer Künstlerinitiative entstand: Das zerfallene Stadtparkcafé wurde gekauft, ein neues Haus gebaut und dieses zu einem geistigen Zentrum ausgestaltet.

Das Merkwürdige an diesem Forum Stadtpark war, daß es zu einem Zentrum des Revoluzzerturns wurde, obwohl es den Initiatoren zunächst vor allem darum ging, zeitgenössische Kunst vorzustellen, den Bruch zu überwinden, den der Nationalsozialismus in der geistigen Entwicklung bewirkt hatte. Erst die Reaktionen eines aufgeschreckten, in fragwürdigen Traditionen verhafteten Bürgertums „politisierten“ die Forum-Leute und machten sie kampfbereit gegen einen provinziellen Ungeist. Daß auch in dieser Phase der Auseinandersetzung der Landeskulturreferent sich weiter zu seiner Offenheit bekannte, obwohl er nicht mit allem einverstanden war, was von den jungen Rebellen geboten wurde, - das ist ein beispielgebendes Verdienst Hanns Korens.

Dazu zwei Marginalien: Um den Nachholbedarf an experimenteller Literatur zu decken, wurden in den „manuskripten“ auch dadaistische Texte abgedruckt. Während des steirischen Herbstes 1994 kam der Dadaist Hugo Ball (1886 - 1927) zu einer zweifachen Ehre: Der slowenische Regiestar Tomàs Pandur benützte die historische Figur Hugo Ball als eine Art Führer durch das im Schauspielhaus aufgeführte Stück „Russische Mission“, und in der Franziskanerkirche wurden Ball-Texte gelesen. Daß der Dadaist und Anarchist Hugo Ball auch eine Art religiöser Fundamentalist war, zeigt, wie aktuell Literatur und Kunst auch in der Retrospektive sein können.

Die zweite Marginalie ist nur eine Art Assoziation: Im Jahr 1988 verkleidete der Künstler Hans Haacke die Mariensäule am Eisernen Tor und machte daraus eine Siegesäule - genau nach dem Muster der Siegesäule, die von den Nationalsozialisten 1938 in Graz errichtet worden war. Haacke machte daraus aber ein Bekenntnis für die Opfer. Die Inschrift „Und Ihr habt doch gesiegt“, galt den „Be-

siegten der Steiermark“ - darunter auch, in Zahlen aufgeschlüsselt, „300 Zigeunern ...“

Auf diesen Obelisksen wurde ein Brandattentat verübt. Der Täter schien bei der Gerichtsverhandlung geistig etwas verwirrt und bekannte sich dazu, daß Jörg Haider Bundeskanzler werden sollte. Dafür kann Haider nichts, auch Otto Habsburg wird man nicht vorwerfen können, daß dieser Mann ihn unbedingt als Außenminister vorgesehen hatte. Aber daß Kunst vorzeitig Motive enthüllen kann - das ist nach den beiden blutigen Anschlägen in Oberwart wieder einmal deutlich geworden. Kunst und die Reaktionen auf sie senden Signale aus, die beachtet werden sollten. Von der Bücherverbrennung 1933 zur Verbrennung von Menschen war es auch nur ein Schritt ...

Das Forum Stadtpark wird heute als „wichtigstes Zentrum der jungen österreichischen Literatur“ in Band 9 von Meyers Enzyklopädischem Lexikon gewürdigt; über die „manuskripte“ gibt es bereits Bücher, und die Literatur der Avantgarde aus Graz wird auch schon in den Schulen weitergegeben. Der Germanist Wendelin Schmidt-Dengler bemerkte dazu: „Eine Zeitschrift, die in ihren Anfängen mit solcher Verve auf Traditionsbruch setzte, wird nun zur traditionsreichsten des Landes. Das sollte kein Anlaß zum Übermut sein, sondern ein wenig Selbstkritik stimulieren.“

Es gibt Bücher „Wie die Grazer auszogen, die Literatur zu erobern“, über „Die Grazer Autorenversammlung (1973 - 1983)“, und in dem Band „Der Tod des Nachsommers“ von Ulrich Greiner wird Graz als eine „merkwürdige Mischung aus Provinzialität und Weltoffenheit“ bezeichnet, „halb in sich verschränkt, halb aufgeschlossen“.

Derzeit ist Graz wieder vor allem „in sich verschränkt“. Schriftsteller wie Gerhard Roth haben sich von der Steiermark abgewendet, Maler, die nach internationalem Ansehen streben, gehen nach Wien, weil sie sich von dort den Durchbruch erhoffen. Die Steiermark und Graz haben lange Jahre von dem Schwung gelebt, der in

den sechziger Jahren eine befruchtende geistige Dynamik bewirkte. Derzeit scheint es so, als ob Lustlosigkeit, Gleichgültigkeit, Beliebigkeit und Hilflosigkeit die beherrschenden Konstanten seien.

Österreich ist in der Europäischen Union, aber die steirische Kulturpolitik scheint noch unschlüssig zu sein, wie sie auf diese Tatsache reagieren soll. Wie die Vergangenheit zeigt, entstehen Aufschwünge vor allem durch ein Zusammenspiel verschiedener Kräfte. Die Kulturpolitik ist hier nur ein Faktor, der wirklich entscheidende sind die sogenannten Kulturschaffenden selbst, und da hat Alfred Kolleritsch schon vor zehn Jahren eine prägnante Schilderung der Situation geliefert, die leider nichts an Aktualität eingebüßt hat: „Das größte Übel aber, das das Gegengewicht eines neuen Geistes der Stadt verhindert, ist das Braten im eigenen Saft, sind die lokalen Wettkämpfe, der Mangel an Erfahrung. So saugt die Übermacht der Gleichgültigkeit ihre Widersacher auf, die sich auf dem engen Raum im Wege stehen oder auf die Nerven gehen. Tödlich ist ihr Konkurrenzkampf vor denen, die der Kunst gut gesinnt sind, tödlich die Langeweile ihrer Gegner, ihr Gleichbleiben, ihre Strategie, das Lebendigere in die Ausweglosigkeit und ins Aufgeben zu treiben ...“ (Alfred Kolleritsch: „Gegenliebe“ in: „Graz von innen“).

Der Verdacht, daß Graz noch immer in Europa liegt, konnte trotz mancher Bemühungen nicht ausgeräumt werden. Die Vermutung, daß jetzt Landespolitiker beginnen, die Möglichkeiten ihrer Landeshauptstadt zu ergünden, müßte in Zukunft noch weiter bestätigt werden. Und entgegengewirkt werden muß dem Vorwurf, Graz sei „eine Wochentagsstadt, die vor der Phantasie Angst hat“ (Alfred Kolleritsch).

So alle 30 Jahre müßte es doch möglich sein, auch hierzulande einen Aufschwung mit Folgen zu riskieren. Es könnte sogar sein, daß der Zeitpunkt jetzt günstig ist: Auch in den sechziger Jahren kam der Ausbruchversuch aus der provinziellen Enge nach einer langen Phase der Windstille.

FERNSEHEN, STRASSENBAHNFAHREN UND ANDERES ZUR RÜCKGEWINNUNG DER INNOVATIONSLUST

HARALD BALOCH

Am TV-Bildschirm: ein Kinderzimmer. Ein Junge, offensichtlich bereits ein kleiner Intellektueller, liest ein Buch. Es ist ERNST BLOCHs „Das Prinzip Hoffnung“ (er muß es im Bücherregal seiner Eltern gefunden haben). Die kleinere Schwester spielt daneben und stört den lesenden Bruder. Für seine Wünsche nach Ruhe beim Lesen hat das Mädchen nur ein „Tjii“ übrig. Macht nichts, denn dank RAIFFEISEN BAUSPAREN werden die beiden bald eigene Kinderzimmer haben.

Würde es sich nicht gerade um das „Prinzip Hoffnung“ handeln, so hätte der skizzierte TV-Werbespot eine schlichte Botschaft: Zwei Kinder brauchen auf Dauer auch zwei Kinderzimmer - daher Bausparen. Einfach Symbolik: Kinder sind die „Hoffnung der Eltern“ (insbesondere solche, die noch lesen), es hofft das Kind auf ein eigenes Zimmer, Hoffnungen lassen sich durch Bausparen realisieren. Da Werbeleute aber zu den philosophisch, psychologisch und politisch bestens gebildeten Zeitgenossen gehören, dürfen wir annehmen, der Autor des TV-Spots wußte um Ernst Blochs Text und hat nicht bloß nach dem Stichwort „Hoffnung“ im Barsortimentskatalog einer Buchhandlung gesucht. Egal - die Szene charakterisiert besser als lange Gesellschaftstheorien, was mit den großen Worten HOFFNUNG, ZUKUNFT, UTOPIE in den letzten drei Jahrzehnten geschehen ist.

Der Zukunftshorizont hat sich verfinstert. Zu wenig ist gelernt worden aus den Schrecken zweier Weltkriege, zu schwer war der Ölschock, zu schnell vergessen die Umweltkatastrophen, zu ungeschützt die Grenzen des Wachstums, zu dicht umgekehrt die sozia-

len Barrieren, zu blutig ist der Zusammenbruch der großen Diktaturen in möglicherweise bloß kleinere, zu trivial das politische Spiel in den alten Demokratien.

Nur zu verständlich ist der Rückzug in die eigenen vier Wände. Da läßt sich noch etwas Neues gestalten. Schöner wohnen, besser essen und gesünder, ein richtiger Gastgeber sein, die Hausarbeit teilen, nur selten fernsehen ... „Draußen“ geht alles schief: die Koalition, der Sozialstaat, die Verkehrspolitik, die Budgetsanierung, Verdrossenheit, aber mir gönne ich etwas Gutes. Was machen wir heute abends?

An einem anderen Tag sehe ich aus der Straßenbahn die neuen Plakate „Graz 2002“.

Man sagt, die Menschen hätten heute keine Zeit mehr zum Nachdenken. Stimmt nicht. Die Grazer Verkehrsbetriebe geben Dir diese Zeit: in der Früh ganze 40 Minuten für die 6 km vom Engelwirt in St. Peter mit dem 6er-Bus und dann der 6er Straßenbahn bis zum Jakominiplatz. Da denke ich über dies und jenes nach, unvermeidlich auch über die Winterolympiade in Graz, und zutiefst hoffe ich, es möge heuer viel Schnee fallen, damit die steirische Bewerbung um die Spiele Erfolg hat. Auch Gerhard Hirschmann hätte sich das verdient, und in der Tat würde Olympia 2002 vielleicht auch einen Innovationsschub für die Grazer Verkehrsbetriebe bringen. Mir würde ja schon ein Wartehäuschen beim Engelwirt genügen. Schön wäre auch eine Busspur in der St. Peter Hauptstraße. Ist dafür genügend Platz, hätte man sie vielleicht schon beim mehrmaligen Aufgraben für Fernwärme und Ka-

nal realisieren können? Werden Leute, die täglich erleben, wie einfache Dinge in Graz nicht funktionieren, glauben können, daß die Steiermark eine Olympiade „schafft“? Fragen über Fragen zwischen wenigen Stationen ... (nach dem Verdikt eines früheren Stadtwerkedirektors gegen Olympia 2002 ist es auch nicht mehr so wichtig, ob es heuer schneit).

Manchmal bin ich schneller in der Innenstadt, wenn ich aus dem 36er beim Schimautz in den 63er umsteige, in der Merangasse dann in die 1er oder 7er. Im Herbst gehe ich gern durch den Stadtpark. Hier kann man, wenn das Laub schon gefallen ist, eine technologisch fortgeschrittene Form der Gartenpflege studieren: mit einem keineswegs geräuschscharmen, fahrbaren Gebläse wird das verstreut liegende Laub halb Meter für halb Meter zu langen Häufen zusammengeblasen, dann von 2 - 3 Arbeitern auf den Gehsteig gereicht und von hier mit einem Motorflug zu einem größeren Haufen zusammengeschoben. Idiotischer und zeitaufwendiger kann in der Natur gar nicht gearbeitet werden. Ähnlich fortschrittlich ist nur die Bodenpflege in der relativ kleinen Halle des Grazer Hauptbahnhofs. Hier kurvt derzeit eine große, laute Kehrmaschine kompliziert zwischen den Wartenden herum, um einige Zigarettenstummel zu beseitigen ...

Man soll jedoch nicht schwarz sehen, es gibt auch die Wunder. Auf demselben Bahnhof gelang eine hervorragende Organisation und Ästhetik der Bahnsteigunterführungen, die jahrzehntlang Pissoirs geglichen hatten.

Am Beispiel eigener Bewußtseinssetzen in Alltagssituationen sei damit vorgeführt, wie sich im der-

zeitigen Bürgersinn das Scheitern und Stocken der großen Ideen und Projekte und das lächerliche Versagen bei der Gestaltung der unmittelbaren Umwelt mischen. Zunächst unmerklich, aber dann immer öfter mit Gefühlen von Mißmut verbunden, schwindet das Vertrauen in die Fähigkeit der eigenen Kultur, die sich international ergebenden Möglichkeiten produktiv zu nutzen und die längst schon erkannten, immer wieder postulierten, anderswo sogar schon realisierten, Innovationen zu praktizieren.

Das ist die politische Stunde vor allem der APOKALYPTIKER, der emsigen Sammler von Zeichen des Untergangs und Zusammenbruchs im jeweils ausgeleuchteten System. Die Struktur der ökologisch oder demokratiekritischen apokalyptischen Botschaften ist schlicht: „Ändert Euch (wählt mich), denn die Katastrophe ist nahe“. Das Ausmalen katastrophischer Ereignisse und Tendenzen führt freilich nur zu einer verschärften Wahrnehmung von Bedrohtheit. Motivierend und mobilisierend ist das Beschwören von Ängsten nie. Das tägliche An-die-Wand-Malen des Öko-Todes, des Filzes in Verwaltung und Politik, der Korruption im Wirtschaftsleben, des Versagens internationaler Institutionen etc. wird vielleicht einige Minoritäten zu angestrenzter Aktivität provozieren, der Durchschnittsbürger wird sich jedoch reflexartig vor den Apokalyptikern schützen, indem er seinen Zukunftshorizont einschränkt oder sich überhaupt der politischen Mitverantwortung entzieht. „Laßt uns essen und trinken, denn morgen sind wir tot“ - so wird die schon dem Apostel Paulus bekannte Devise jener lauten, die immer bloß an die Abgründe des öffentlichen Lebens geführt werden.

Der österreichischen Kultur am angemessensten ist freilich der FRÖHLICHE APOKALYPTIKER, wie ihn Jörg Haider mit großer Perfektion darstellt. Nach dem vielfältigen Muster von Trivialmythen (junger Held/Hilfsheriff, der längst schon Sheriff sein sollte, mutiger Sportler/erfolgreicher Kleinunter-

nehmer, zu Unrecht Verfolgter/unerschrockener Aufdecker u. a.) geißelt er „die Zustände“ in Österreich und deren Protagonisten so unterhaltsam, daß der Anschein einer neuen politischen Mobilität entsteht in dem Maße, als Lust an der Aufdeckung des Versagens aller anderen verwechselbar ist mit eigenem politischen Engagement. Der „fröhliche Apokalyptiker“ deckt die breite Schicht der sozial Frustrierten und die Schicht der nur noch über Unterhaltung ansprechbaren schon saturierten Bürger ab. Er ist bereit, sogar eine messianische Rolle zu spielen, er kennt die Seinen und diese ihn (Wahlkampf 1994) und das Ende der 2. Republik kündigt er für 1998 mit seinem Erscheinen als Bundeskanzler an. Politische Innovation total. Unsere Apokalyptiker verschiedenen Typs artikulieren und steigern das BEDÜRFNIS nach gesellschaftlicher Innovation, zugleich untergraben sie die FÄHIGKEIT, notwendige Innovationen ohne Angst und ohne pauschalen Haß anzugehen. Ihre Denkformen prägen sich über die täglichen geheimen Offenbarungen des Enthüllungsjournalismus zunehmend ins öffentliche Bewußtsein ein, Politik gerät unter den Druck, spektakulär werden zu müssen. Das Tag für Tag Gelingende, die seriöse Arbeitsleistung, das Funktionieren - kaum etwas erzielt noch Aufmerksamkeit oder gar Dankbarkeit.

Das Fehlen einer geschichtlichen Utopie, Achtlosigkeit für die vielen Absurditäten, mit denen der Bürger das Jahr über konfrontiert ist, reale globale Bedrohungen, enttäuschte Hoffnungen, das Aufblühen von Kriegen in Europa, das Ringen um Machtpositionen in einer instabil werdenden Parteienkonstellation - all dies erhöht die Aggressivität und die destruktiven Potentiale im politischen Kräftespiel.

Hier ist über die STEIERMARK zu reden. Durch den groben Stil, in dem derzeit politische Auseinandersetzungen geführt werden, verliert das Land zunehmend sein Image als Alternative zu Provinzlerium und Kleinkrämerei. Wer sich

- wie der Autor - in der Steiermark niedergelassen hat, weil er hier eine intellektuelle, zugleich künstlerische, auf die jeweils neuesten Projekte ausgerichtete politische Kultur erlebte, die in entscheidenden Fragen konsensuell war, wundert sich im beginnenden Alter, wie und warum der politische Dialog, auf den man sich so viel zugute hielt, plötzlich abzureisen droht. Angeblich findet er zwischen den beiden Großparteien, deren politische Rivalität jahrzehntlang intelligent gehandhabt wurde, überhaupt nicht mehr statt. Die eigene Lust, bei neuen Projekten des öffentlichen Lebens mitzudenken, nimmt rapid ab, wenn man schon ahnt, daß die besten Ideen des jeweils „anderen“ letztlich blockiert werden würden. Anstatt gemeinsam Erfolge zu erzielen und die unvermeidlichen Risiken von neuen Projekten gemeinsam zu tragen, wird einer Strategie des sich gegenseitig Schlechtmachens gehuldigt. Politische Grabenkämpfe, nur 200 Kilometer entfernt von den realen Gräben des blutigen Krieges.

Es wäre anmaßend, private Vermutungen zu veröffentlichen, wer an der dramatischen politischen Klimaveränderung in der Steiermark Schuld trägt. Das Phänomen als solches ist beunruhigend und muß benannt werden. Es überschattet die vielen Fortschritte, die in allen Bereichen erzielt wurden und weiterhin erzielbar sind, es retardiert Entscheidungen, bis ausgereifte Projekte nicht mehr neu sind, es mindert die nationale und internationale Signifikanz des Landes.

Die entscheidende Aufgabe der beiden kommenden Jahre wird daher sein, den politischen und kulturellen Standortvorteil zu rekonstruieren, den die Steiermark bis vor kurzem hatte. Dieses NEUE, daß eine bislang gescheiterte Kooperation, gerade im Landtagswahlkampf 1995 - 1996 wiedergewonnen werden könnte, genügte (weil utopisch), um wieder innovative Kräfte freizusetzen - trotz des Scheiterns der großen Utopien und des fortwährenden Vertrauensschwunds in die Perfektionierbarkeit der Welt.

(Geschrieben im Dezember 1994)

IDENTITÄT ALS BASIS FÜR STAGNATION, STABILITÄT ODER ZUKUNFTSGERICHTETE DYNAMIK? DIE STEIERMARK IN EINEM SPANNUNGSFELD

WERNER TESSMAR-PFOHL

Kaum ein anderes Bundesland hat es so sehr verstanden, seine Identität aus der Vergangenheit zu holen, wie die Steiermark. So mancher Zentralist im Wien mußte erkennen, daß die Steirer ihren föderalen Stolz weniger auf der Bundesverfassung, sondern auf der Georgenberger Handfeste von 1186 gründeten, womit sanft angedeutet werden soll, daß die Herren der Grünen Mark ihrem Fürsten bereits weitläufige Freiheiten abgerungen hatten, als im Donauraum noch der Kniefall vorherrschte. Natürlich trägt auch der Status von Graz als innerösterreichischer Residenzstadt dazu bei, der Wiener Hofburg mit Achselzucken, der Grazer Burg aber mit der stillen Freude der historischen Dimension zu begegnen. Dieses Ruhen in historischer Identität sichert auch eine große politische Standfestigkeit (zumindest eine nach außen gerichtete), die ungerechterweise bereits mehrmals als Sturheit ausgelegt wurde. Trotz allen Beharrens hat es aber auch kaum ein anderes Bundesland in Österreich gegeben, das es so sehr verstanden hat, das seelische Ruhen in positive geistige Unruhe umzusetzen. Wer hätte es gedacht, daß ausgerechnet in der Steiermark die kulturelle Avantgarde ihren Herbst erlebt und daß die aufregendsten und aufregtesten Theaterpremierer dem Grazer Schauspielhaus vorbehalten bleiben? Offensichtlich macht es Mut, sich notfalls sehr rasch auf Peter Rosegger zurückziehen zu können, wenn Wolfgang Bauer zu dick aufgetragen hat.

Aber nicht nur politisch-kulturell wurzelt die Steiermark fest in der Vergangenheit, auch wirtschaftlich sind Mythos und Historie bestimmender, als sich so mancher

eingestehen will. Man kann es beinahe auf ein Wort reduzieren: Erz(-berg und -herzog, je nachdem). Es ist fast rührend zu beobachten, mit welcher Inbrunst die Steirer dem Versprechen des Erdmännchens glauben, es werde „Eisen auf immerdar“ geben. Ja, es ist nicht allzulange her, daß sich die Präsentation der Wirtschaftsleistung des Landes ausschließlich auf diesen Titel stützte. Dem Druck zur Umstrukturierung im obersteirischen Industriegebiet wurde nicht nur aus realpolitischen Gründen heraus überaus schleppend nachgegeben, es konnte eben nicht sein, was nicht sein durfte. Es herrschte die Ansicht, daß das Rütteln am Erzabbau, an Hochöfen, an hellglühenden, funkensprühenden Metallstücken gleichsam ein Rütteln an der Gesamtidentität der Steiermark wäre, ein Verrat an einem jahrhundertalten glücklichen Vermächtnis und am hochgeschätzten Erzherzog Johann, der sich so sehr für Industrie und Wissenschaft eingesetzt hat. Ganz im Gegensatz zur Politik und der Kultur haben wir es hier nicht mit einer befruchtenden Ruhe in historischer Identität, die Kraft zur geistigen Unruhe gibt, zu tun, sondern mit einer Nostalgie, die den Blick auf die harten Realitäten des Wirtschaftslebens verstellt hat. Die Steiermark mußte hier eine harte Lektion in ungesundem Historizismus lernen, aber es scheint, als hätte sie inzwischen Lernfortschritte zu verzeichnen. In letzter Zeit gewinnt man immer mehr das Gefühl, daß die Verantwortlichen historisches Erbe als das begreifen, was es sein soll: Kenntnis über das Werden des Ist-Zustandes und damit tieferer Einblick in seine Identität, somit aber auch die Möglichkeit, bessere Akzente für eine not-

wendige Weiterentwicklung zu setzen, und nicht die Konservierung des vorgefundenen Zustandes. Es muß um Chancendenken gehen, um die konstante Verbesserung des vorgefundenen Zustandes, um intellektuelle Unruhe und die Bereitschaft zum notwendigen Wandel, der mit der Vergangenheit nicht bricht, sondern sie weiterentwickelt. Wir stehen vor unzähligen wirtschaftlichen und eng verknüpften gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die klug und dynamisch in Angriff genommen werden müssen. Sollten wir uns das Gesetz des Handelns weiterhin diktieren lassen wollen, es verschlafen, politisch verspielen oder durch träumerische Nostalgie vergessen, wird die Zukunft wenig Rosiges bringen.

Von allen diesen Herausforderungen soll folgend auf einige sehr zentrale näher eingegangen werden, deren Dramatik sich klar abzeichnet.

Herausforderungen annehmen

Hier wäre zunächst die Herausforderung Europa zu nennen. Die Industriellenvereinigung hat in diesem Zusammenhang nicht nur unleugbar einen Motor gespielt, der seinen Kraftstoff aus wirtschaftlicher Notwendigkeit und supranationalem Idealismus bezog. Sie hat auch immer wieder betont, daß der Weg nach Europa bedeutet, mit Fleiß bessere Chancen zu bekommen, und nicht, sich eine warme Tüchert über den Kopf ziehen zu können. Der große Erfolg des 12. Juni 1994 darf nicht als Endpunkt, sondern nur als Anfang einer Entwicklung verstanden werden. Zur Zeit scheint es aber in weiten Tei-

len der Gesellschaft nicht so, als stünden wir vor einer großen Lern- und Aktionsphase, sondern vor einem Zeitalter der lorbeergefüllten Ruhehissen. Anstatt rasch und konsequent die ersten Pflichtübungen durchzuziehen (Unterschriften, Ratifizierungen, Personalentscheidungen) und Programmstellungen, um genug Luft für die wirklichen Herausforderungen zu haben, werden erstere zelebriert und letztere noch nicht einmal definiert. Mit Schaudern ist daran zu denken, daß die Art und Weise, wie man seine Fachhochschule nicht bekommen kann, als Vorlage für europäische Projekte dienen könnte. Europäisch handeln würde heißen: klare Kenntnis des Ist-Zustandes, klare Konzepte für eine dynamische Regionalentwicklung, klare, schnelle und durchlässige Strukturen für Entscheidungen, klare, schlüssige, sach- und zielorientierte Politik mit Blick für wesentliche Zukunftspunkte.

Diese Forderungen gelten um so mehr, als sich die Steiermark, trotz EU-Beitritts, immer noch in einer kritischen Randlage befindet. Der Beitritt allein verändert nicht die bestehenden Führungsnachteile mit interessanten europäischen Märkten. Die Zahl potentieller Konsumenten, die von der Steiermark aus in einer vernünftigen Zeit zu erreichen sind, ist für eine hochentwickelte Region zu gering. Hier sind rasch infrastrukturelle Maßnahmen zu treffen. Auch in Sachen regionaler Dynamik bescheinigt uns das Bonner Institut Empirica lediglich einen Platz im letzten Drittel aller europäischen Regionen. Das sind Ergebnisse, die aufzurütteln haben. Wir müssen das Pech, von der Ostöffnung den schlechtesten Teil, nämlich den Krieg an unserer Südgrenze, abbekommen zu haben, mit Fleiß und Einsatz kompensieren.

Es hilft hier keine „Wir sind Wir“ Mentalität sondern nur ein ehrliches Benchmarking mit anderen Regionen, die Pflege der Stärken und die Ausmerzungen der Schwächen. Das heißt konsequente Weiterentwicklung technisch hochstehender Produkte mit hohem Dienstleistungsanteil, die nicht

von billigen Massenproduzenten in Ost oder Fernost bewerkstelligt werden können.

Diese nach vorne gerichtete Strategie ist um so notwendiger, als uns unsere Tradition vor Rahmenbedingungen stellt, die eine gute wirtschaftliche Performance nicht gerade erleichtert. Die Steiermark war immer stolz darauf, mit Böhmen und Niederösterreich eine Wiege der österreichischen Industrie gewesen zu sein. Daß dieser Stolz mit dazu beigetragen hat, alte Strukturen zu konservieren, wurde bereits ausgeführt. Traditionelle Industriegebiete haben aber auch Nachteile in ihrer Lohnstruktur, die meist über dem allgemeinen Durchschnitt liegt. Es ist eigenartig, daß ausgerechnet das obersteirische Industriegebiet, das in den letzten 10 Jahren durch ein Stahlbad gehen mußte, noch immer am obersten Ende der industriellen Einkommensskala in Österreich liegt. Zu dieser Situation mit beigetragen hat das legendäre „Steirische Klima“, das ausgesprochen von Konsens und Zusammenarbeit geprägt war. Keiner wollte hier auf Kosten seiner Popularität hochfliegende Wünsche den Realitäten anpassen. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß wir mit den Konsequenzen, die ein Hochlohnland mit sich bringt, umgehen lernen müssen. Hochlohnland zu sein heißt, besser zu sein als die anderen, schneller zu sein als die anderen, produktiver zu sein als die anderen. Es geht nicht an, daß einige wirtschaftlich unbedarfte Zeitgenossen meinen, bei gleichem Produkt und gleicher Produktionsmethode einen 16fach höheren Lohn zahlen zu können als beispielsweise die Ungarn. Da helfen keine Zollmauern und da hilft vor allem kein Jammern. Will die Steiermark ihren Standort halten, heißt das Credo kontinuierliche Qualitätsverbesserung, Qualifikationsverbesserung, Innovation, Nischenpolitik und fördernde Technologiepolitik begleitet von einer Regionalpolitik, die beste Infrastrukturen zur Verfügung stellt und die sich als Dienstleister für Investoren versteht. Dies sind Maßnahmen, um die Wirtschaft in der Steiermark

zu stabilisieren. Es ist aber nicht anzunehmen, daß dadurch auch die derzeitige Arbeitslosigkeit von bezirksweise bis zu 10% dramatisch gesenkt werden kann. Um auch dies zu erreichen, sind ungleich größere Anstrengungen notwendig.

Querdenken

Es liegt in der Identität der Steiermark, Neues anzudenken, querzudenken im besten Sinne des Wortes. In kulturellen Fragen kamen immer wieder entscheidende Impulse aus der Steiermark, in politischen Fragen gab es eine Zeitlang sogar eine legendäre Ideenfabrik, die immer neue Impulse ausgesandt hat. Diese Tradition ist in diesen beiden Bereichen heute noch lebendig, auch wenn - diese kritische Anmerkung sei gestattet - sie viel von ihrer früheren Kraft verloren hat. Als Vertreter der Industrie im engeren und der Wirtschaft im weiteren Sinn tut es aber weh, wenn man sich eingestehen muß, daß seit Erzherzog Johanns Zeiten im wirtschaftlichen Bereich keine großen Impulse aus der Steiermark kamen (technische Entwicklungen vielleicht ausgenommen). Warum gibt es kein wirtschaftliches Querdenken, warum gibt es keinen Steirischen Herbst des industriellen Designs, kein Forum moderner Logistik, keine Zentren der Telekommunikation, keine Stiftung für Innovation? Freilich, das Land bemüht sich redlich, über Wirtschaftsförderung und Technologieparks Impulse zu geben, aber es ist die Arbeit eines redlichen VW-Käfers und nicht das Temperament eines Audi V8. Moderne Wirtschaft bietet heute so mannigfaltige Ansätze zur Verwirklichung großartiger Ideen, daß ganze Heerscharen begabter Techniker, Betriebswirte, Designer und auch Geisteswissenschaftler ein breiteres Betätigungsfeld vorfinden könnten. Die Herausforderung Umwelt verlangt nach intelligenten Lösungen, die Herausforderung Design verlangt alle Kreativität, die Herausforderung Arbeitsplatz bietet sich für Ergonomie ebenso an wie für Psychologen. Die neuen Anforder-

rungen an die Qualifikation der Mitarbeiter wäre Spielfeld für neue Ansätze der Pädagogik, das Qualitätsmanagement hält alle Anforderungen für Organisationspezialisten bereit, die aus allen Sparten kommen können. Von Innovation im Marketing-, Produkt-, Produktions- und Distributionsbereichen braucht man gar nicht erst zu sprechen. Es ist wirklich an der Zeit, daß in der Steiermark Konzepte überdacht werden, daß man liebgewordene Steckenpferde fallen läßt, die Kräfte sammelt und mit aller Dynamik und dem Willen der Verantwortlichen zu neuen Ufern aufbricht, die Wirtschaft im ganzheitlichen Verstehen versprechen sollten. Es ist die Zeit vorbei, Kultur und Geisteswissenschaft im Gegensatz zur Wirtschaft zu sehen, es muß endlich verstanden werden, daß eine gedeihliche Zukunft in einer kraftvollen Symbiose aller Lebensbereiche liegt.

Globalisierung

Dies wird um so notwendiger sein, als nicht nur Europa zur täglichen Dimension wurde, die Globalisierung schreitet in unvermindertem Tempo weiter. Das Besinnen auf das regionale grünmarkische Glück wird in dem Moment zur echten Gefahr, in dem man sich von dieser Bewegung abkoppelt. Es soll nicht dafür plädiert werden, spezifisch steirische Lebensgefühle und die Geborgenheit der Heimat aufzugeben. Das bereits angesprochene innere Ruhen in der Kraft von Tradition und Heimat sollte im Gegenteil die Öffnung für die Bewältigung von Herausforderungen bewerkstelligen, die jeden gnadenlos überrollen, der sich nicht bei den Hörnern packt. Heute darf es keinem Unternehmer egal sein, wenn sich in Australien eine Firma konstituiert, die im gleichen Geschäftsfeld tätig ist. Sie könnte ihn in zwei Jahren aus dem Markt werfen. Niemand darf heute mehr damit rechnen, daß Entwicklungen Jahre brauchen, bis sie über den Atlantik gelangen, sie sind übermorgen schon da. Wir müssen uns also daran gewöhnen, den Globus als Tätigkeitsfeld zu betrachten. Das

setzt aber radikale Schnitte in gewohnten Kommunikations- und Denkhorizonten voraus. Wer mit internationalen Datennetzen nicht umgehen kann und es nicht versteht, wird keinen guten Start in die nächsten Jahrzehnte haben. Wer es nicht lernt, andere Kulturen zu verstehen und mit ihnen umzugehen, wird nicht reüssieren. Gerade hier liegt ein Paradoxon der Globalisierung. Die Welt schrumpft auf ein Dorf, aber die Kulturkreise werden immer eifersüchtiger auf ihre Eigenheiten Bedacht nehmen, die vom jeweiligen Partner gelernt sein wollen. Jener ist der beste Kosmopolit, der seine feste eigene Identität hat, aber es versteht, jene seiner Partner zu akzeptieren. Liegt hier eine Chance für die Steiermark? Jedenfalls ist niemand daran gehindert, bei der wohligen Wärme seines Kachelofens im grünen Jopperl in einer gemütlichen Stube im Oststeirischen Hügelland zu sitzen und zum sanften Klang der Sulmtaler Hausmusik seinen klobigen Holzschreibtisch zu öffnen, das Modem seines Notebooks in die Telefonbüchse zu stecken, einen Partner im Internet anzuwählen, um sein Kernöl auch in den USA publik zu machen.

Um mit der Globalisierung zuranzukommen, sind nicht nur kulturelle Identitätsfragen zu klären, es sind groß angelegte Vorleistungen im Bildungswesen zu treffen. War es früher das Ideal, Kindern möglichst umfassend das Wissen der Zeit zu vermitteln, muß man sich endlich eingestehen, daß dies heute nicht mehr möglich sein kann. Täglich erscheinen global rund 20.000 wissenschaftliche Publikationen, allein im deutschen Sprachraum werden jährlich 70.000 neue Bücher verlegt. Umfassende Wissensvermittlung kann nur noch Illusion sein. Konsequenterweise entwickelt sich das Informationsmanagement zu einem Schlüsselfaktor. Zu lernen, aus der Informationsflut die jeweils notwendigen Daten zu bekommen, wird überlebensnotwendig. Die Vermittlung relevanten Wissens, wie man mit Information umgeht, kann den Gefahren einer überbordenden Medien- und Informationsgesellschaft

entgegenwirken. Begleitend muß natürlich ein Grundgerüst an allgemeiner Bildung und die Pflege charakterlicher Fähigkeiten erhalten bleiben. Auch hier stellen sich ganz konkrete Herausforderungen an die Steiermark, eine gute Tradition besser zu entwickeln. Es ist durchaus zu bemerken, daß die Steiermark im Bildungswesen wesentliche Impulse für das gesamte Bundesgebiet abgibt, und auch die Industrie hat versucht, mit der Studie „Qualifikation 2010“ einen Beitrag dazu zu leisten. Als Schwerpunkte heutiger Bildungsanforderungen wurden exzerpiert:

- Umgang mit wechselnden Situationen
- Fähigkeit zu selbstgesteuerten Lernprozessen
- Selbständiges Ableiten von Arbeitsschritten
- Klassische Arbeitstugenden
- Grundkulturtechniken
- Teamfähigkeit und Kommunikation

Problemfeld Umwelt

Zum Abschluß sei noch auf das Problemfeld Umwelt verwiesen. Es wird - vielleicht auch durch die grünen Landesfarben - ein allzu großer Konsens in diesem Bereich vorgespiegelt. Es darf bestritten werden, daß Umweltschutz immer schon ein allgemeines steirisches Anliegen war, nur weil in jedem zweiten öffentlichen Gebäude unser Erzherzog im Jägergewand verträumt über das Ausseerland blickt. Eher hat die Landschaft so große Schätze zu bieten gehabt, daß bisherige Eingriffe noch viel an Schönheit übriggelassen haben. War es nicht eher so, daß das Hohelied der Grünen Mark am Sonntag gesungen wurde, um am Montag mit neuer Energie auf ihr herumzutampeln? Haben sich nicht alle bei der Nase zu nehmen und ein Mea Culpa in diesem Bereich anzustimmen?

Die Industrie war sicherlich die erste, die ihre Lektion in Sachen Umwelt lernen mußte, wurde sie doch - manchmal durchaus zu Recht - am heftigsten angegriffen. Inzwischen sind Milliarden an Abwasserreinigung, Abgaswäsche, Prozeßumstellungen und Ausschlei-



dung schädlicher Substanzen aus Prozessen geflossen. Gerade in jüngster Zeit konnte die Industrielnvereinigung eine Broschüre erstellen, die den breiten Erfolg von Abfallvermeidung- und -verwertung in Betrieben zeigte, und es erfüllt die steirischen Industriellen mit Stolz, daß ein Mitgliedsbetrieb aufgrund seiner Umweltschutzmaßnahmen den Weg auf das Titelblatt einer Unesco-Broschüre gefunden hat. Betrachtet man es genau, wird man wenige Sektoren finden, die mit solcher Dynamik das Problem Umweltschutz angehen, und es kann versichert werden, daß es nicht die Industrie sein wird, die eine Energiesteuer zu Fall bringen wird, sollte sie intelligent gestaltet sein. Gerade aus dieser Position heraus darf die Frage gestellt werden, wie sich Private und Öffentlichkeit zu diesem Thema verhalten, - man bekommt oft genug nicht mehr als den ausgestreckten Zeigefinger als Antwort. Wollen wir wirklich unsere Umwelt als Gut für die Zukunft bewah-

ren, wird es nicht reichen, den öffentlichen Verkehr zu predigen, den privaten zu vergraulen, um letztlich nichts zu tun. Hier müssen klare Konzepte auf den Tisch, die auch vitale Interessen berücksichtigen. Es soll nicht von oben verordnet, sondern vernetzte Gesamtkonzepte sollen erstellt werden. Es wird Mut verlangen, dabei auch private Verursacher zur Kasse zu bitten, die in der Masse viel zur mißlichen Lage (Stichwort Luftsituation) beitragen, die in ihrer Masse aber auch viele Mandate zu vergeben haben. Es wird aber auch den Mut verlangen, die vielzitierten unpopulären Maßnahmen zu setzen, mit denen man sich keine Freunde schafft. Hier wären Fernwärmeanschlußzwänge auch für das strapazierte „Mutterl mit Kohleherd“ zu nennen, aber auch die damit kombinierte thermische Nutzung von Restmüll. Das bisherige Vergraben des biologisch munter vor sich hin reagierenden Mülls auf Deponien mag zwar einigen Ge-

meinden durchaus große Freude bereiten, der Sinn in einer umweltorientierten integrierten Abfallwirtschaft darf aber angezweifelt werden.

Sehr deutlich ist die Notwendigkeit zu erkennen, daß alle Gruppen - Wirtschaft, Öffentlichkeit und Private - das Floriani-Prinzip durchbrechen und gemeinsam Lösungen suchen. Das beinhaltet aber nicht nur Schutzmaßnahmen, das bedingt auch Verständnis für notwendige Investitionsmaßnahmen, die unter den gesetzlichen Auflagen getätigt werden. Es wäre ein großer Fortschritt und vielleicht ein Beitrag steirischer Identität für Österreich, wenn man sich zu einem Punkt entwickeln könnte, an dem ein Betrieb eine notwendige und genehmigte Anlage bauen kann, ohne den Reflex von zwanzig Bürgerinitiativen auszulösen, und wenn, im Gegenzug, die Industrie ihre Kompetenzen für umweltgerechte Problemlösungen in die öffentliche Diskussion einbringt und sich aktiv für den Aufbau einer nachhaltigen Entwicklung einsetzt.

Abschließend kann also gesagt werden, daß wir uns in einer Zeit der aufregenden, dynamischen und herausfordernden Weiterentwicklungen befinden. Wir werden diese Herausforderungen kaum bewältigen, sollte sich nicht allgemein der Wille durchsetzen, Entwicklungen in den Griff zu bekommen, anstatt sie mit Schaudern zu beobachten. Die Steiermark hat diesbezüglich eine etwas gesplattene Ausgangssituation. Einerseits ist es unverkennbar, daß ihre starke und jahrhundertalte Tradition sehr bremsend auf dynamisches Reagieren wirkt. Andererseits haben ihre Bewohner immer wieder bewiesen, daß aus Tradition und richtig verstandenem Heimatbewußtsein sehr viel Ruhe und Kraft ausgehen kann, die letztlich in dynamisches Handeln umgesetzt werden kann. Es wird der Arbeit aller zwischen Fürstenfeld und Schladming bedürfen, die guten Kräfte der steirischen Identität freizusetzen und sie in einem gemeinsamen Handeln aller möglichen Interessengruppen auf die Bewältigung unserer Zukunft zu lenken.

AKTIVE NACHBARSCHAFTSPOLITIK ARGE ALPEN-ADRIA

Fortführung innerösterreichischer Traditionen in die Zukunft

GERALD SCHÖPFER

Durch Jahrhunderte war das Schicksal der Steiermark durch die besondere geopolitische Position des Grenzlandes geprägt. So mußten einerseits oftmals militärische Auseinandersetzungen bewältigt werden, welche die ökonomische Entwicklung des Landes beeinträchtigten. Andererseits nutzte man bereits in der Residenz des seinerzeitigen Innerösterreich jene zahlreichen kulturellen Impulse, welche sich an dieser Berühmungsfläche großer europäischer Kulturkreise ergaben.

Wie weit die Wurzeln der Kooperation in diesem Bereich Mitteleuropas zurückreichen, unterstrich der ungarische Präsident Arpad Göncz in seiner Ansprache zum 15jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria, welches im November 1993 in Kaposvar gefeiert wurde: „Die Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria ist auch ohne Vertrag mindestens 800 Jahre alt.“¹

Aus steirischer Sicht kann dieser Bemerkung beigeprüft werden; wobei im Laufe der historischen Ereignisse jene Phase für unser Land besonders bedeutsam war, als die Bezeichnung Innerösterreich eine politische Realität bezeichnete: Von 1564 bis 1618 wurde von der Residenzstadt Graz aus eine ansehnliche habsburgische Ländergruppe verwaltet, welche die Herzogtümer Steiermark, Kärnten und Krain, weiters auch Görz, Friaul und Istrien umfaßte. Innerösterreich war eine Region, in welcher sich die romanische, die deutsche und die slawische Kultur und die entsprechenden Sprachen begegneten, ohne daß durch den gemeinsamen politischen Verband ein Verlust an den jeweiligen Eigenheiten zu verzeichnen gewe-

sen wäre. Wenngleich seit dem Jahr 1618 Innerösterreich als ein realer politischer Begriff erloschen ist und Graz seine Funktion als Residenzstadt wiederum einbüßte, sollte letztlich erst der Zerfall des Habsburgerreiches im Jahr 1918 die endgültige politische Trennung dieses Raumes besiegeln.

Die Grenzziehungsproblematik nach dem Ersten Weltkrieg, die aggressiven politischen Handlungen in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkrieges hätten eigentlich zu einer schweren historischen Belastung für das künftige Zusammenleben in diesem Raum werden können.

Dennoch waren auch noch in der Folge einige jener historischen Fäden spürbar, welche mit dem seinerzeitigen Begriff Innerösterreich verbunden sind. Es ist ein erfreuliches Faktum, daß nach 1945 in diesem Raum - trotz sehr unterschiedlicher politischer Prägungen der einzelnen Regionen - sehr bald Gemeinsamkeiten gesucht und gefunden wurden. Daß dies nach den erwähnten Belastungen, welche das 20. Jahrhundert brachte, gelang, war sicher keineswegs eine Selbstverständlichkeit.

Bereits unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges pflegte Landeshauptmann Josef Krainer eine intensive Nachbarschaftspolitik mit Jugoslawien, und es konnten bald relativ durchlässige Grenzen erreicht werden. Damit konnten konkrete Schritte für eine Friedenspolitik gesetzt werden, welche sich nicht in Sonntagsreden erschöpfen sollten. Daß trotz unterschiedlicher Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme und trotz der damaligen globalen Ära des „Kalten Krieges“ an dieser Grenzzone gute Nachbarschaft gepflegt und

Kooperationen eingegangen werden konnten, kann als ein geradezu einmaliges Phänomen bezeichnet werden, welches zugleich offenbar, was durch eine regionale Außenpolitik machbar ist. So konnte partiell für diesen Bereich Mitteleuropas jene politische Teilung Europas gemildert werden, welche an anderen Grenzen in Form von Minenfeldern und einem Eisernen Vorhang sichtbar wurde.

Es ist ein interessantes Phänomen, daß besonders der Avantgarde innerhalb der zeitgenössischen Kunst eine wichtige Vorreiterrolle für die Anknüpfung neuer steirisch-slowenischer Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg zukam. Schon im Jahr 1961 kam es zu einem Übereinkommen zwischen jungen Künstlern der Grazer Vereinigung „Forum Stadtpark“ und der „Gesellschaft slowenischer Literaten“. Durch gemeinsame Veranstaltungen, wie Symposien und Ausstellungen, wurde das Kennenlernen gefördert. Seit dem Jahr 1963 nahmen regelmäßig Künstler aus dem Raum des ehemaligen Innerösterreich an den von der Steiermark veranstalteten Trigon-Ausstellungen teil. Große Bedeutung kam auch den seit 1966 auf Schloß Retz hofveranstalteten Malerwochen zu.²

Der Mentor dieser Initiativen war der unvergessene Kulturpolitiker Hanns Koren, welcher nicht müde wurde, die Präsentation der zeitgenössischen Kunst gegen Angriffe aus verschiedenen Lagern zu verteidigen und immer wieder den Grundgedanken der „Trigon“-Konzeption zu erklären. Koren wörtlich: „Sehen Sie ab von all dem, was Sie geärgert haben mag, an den einzelnen Dreiländerausstellungen, die aus der als verpflichtet erkannten Gesinnung aus Innerösterreich

heraus italienische, jugoslawische und österreichische Künstler zu gemeinsamen Konfrontationen in Ausstellungen und Symposien zusammengelerufen haben. Denken Sie nicht an Unvollkommenes, an Unverständliches, weil Ungewohntes, denken Sie auch nicht an Entgleisungen, Geschmacklosigkeiten und Verirrungen, die keinem menschlichen Unternehmen erspart bleiben. Denken Sie zunächst nur daran, daß es gegolten hat, die historische Erinnerung an eine nachbarschaftliche Bindung in Freud und Leid, in Not und Fortschritt, kurz in allem menschlichen Schicksal, nicht als bloße Erinnerung in Vitrinen zu stellen und mit Etiketten zu versehen, sondern daß es darum ging, die jungen Menschen der „Trigon“-Länder, die Länder des alten Innerösterreich, zu einem gemeinsamen, aktuellen Erlebnis einzuladen, herzubitten, zusammenzurufen. Und daß es die Absicht war, die jüngste geistige Kraft in der Jugend dieser Länder, eben die Kunst, als Bundesgenossen zu gewinnen, aus der historischen Erinnerung einen menschlich sittlichen Auftrag zu formulieren.¹⁵

Auf zahlreichen bereits existierenden Kontakten aufbauend, wurde schließlich ein wichtiger Schritt in der Weiterentwicklung der regionalen Außenpolitik gesetzt: Am 20. November 1978 wurde durch neun Länder - unter lebhafter steirischer Mitwirkung - in Venedig die Gründung der ARGE Alpen-Adria oder ARGE Ost, wie sie auch genannt wird, vorgenommen.

Diese Vereinigung umfaßte zunächst die italienischen Regionen Veneto und Friaul-Julisch-Venetien, die ehemals sozialistischen Republiken Slowenien und Kroatien sowie die österreichischen Bundesländer Oberösterreich, Kärnten und Steiermark als Mitglieder. Ferner unterzeichneten damals das Land Salzburg und der Freistaat Bayern (Bayern ist seit 26. November 1988 Vollmitglied) die gemeinsame Erklärung als „aktive Beobachter“. In späteren Erweiterungen kamen weitere Länder zur ARGE Alpen-Adria. Es sind dies die ungarischen Komitate VAS, Győr-Sopron,

*In der Arbeitsgemeinschaft
Alpen-Adria spiegelt sich die
europäische Vielfalt:
verschiedene Sprachen,
unterschiedliche Kulturen,
reizvolle landschaftliche
Kontraste, welche von
Gletschern bis zum Sand-
strand am Meer reichen.*

Somogy, Zala, Baranya, die autonomen italienischen Regionen Lombardei und Trentino-Alto Adige, das Burgenland und der Kanton Tessin (als aktiver Beobachter). Als jüngstes Mitglied wurde bei der letzten Vollversammlung am 24. 11. 1994 die Region Emilia-Romagna als 19. Mitglied aufgenommen.

In der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria spiegelt sich die europäische Vielfalt: verschiedene Sprachen, unterschiedliche Kulturen, reizvolle landschaftliche Kontraste, welche von Gletschern bis zum Sandstrand am Meer reichen.

Die bürokratischen Strukturen wurden bewußt sehr schlank gehalten. In Expertengesprächen werden jene Problemkreise behandelt, wo eine Kooperation auf Grund des grenzüberschreitenden Problemcharakters im Interesse aller Beteiligten liegt. So gibt es Kommissionen für „Raumordnung und Umweltschutz“, „Verkehr“, „Kultur, Sport und Wissenschaft“, „Wirtschaft und Fremdenverkehr“, „Land- und Forstwirtschaft, Viehzucht und Bergwirtschaft“, „Gesundheit und Hygiene“ und „Soziale Angelegenheiten“.

Seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria hat sich die politische Landschaft Europas grundlegend verändert, und seit dem Jahr 1989 sind jene schroffen Grenzbeziehungen, welche die Nachkriegsordnungen des Zweiten Weltkrieges aufrichteten, wiederum brüchig geworden. Der damals als unüberwindlich erachtete „Eiserne Vorhang“ hatte zwar im Laufe der Zeit deutliche Roststellen bekommen - daß er aber gänzlich fallen würde, daran hätte vor einem Jahr-

zehnt wohl nicht einmal ein Optimist geglaubt.

Zweifellos ergibt sich aus den neuen Konstellationen aber auch ein Bedeutungswandel der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria. Einerseits ging durch den Zusammenbruch der kommunistischen Systeme der modellhafte Charakter einer die ökonomischen und politischen Systeme überspannenden Vereinigung verloren.

Andererseits kann gerade angesichts der Europäischen Integration durch die ARGE Alpen-Adria eine wichtige Brückenschlagsfunktion erfüllt werden: denn sie verbindet Staaten, welche der EU angehören mit jenen, welche bislang noch außerhalb stehen. Damit könnten die Ränder der Europäischen Union ihre derzeitige Schärfe verlieren und es werden die Konturen eines größeren, der historischen Realität entsprechenden Europas sichtbar.

Gerade die Steiermark ist in den letzten Jahren besonders aktiv geworden, um durch einen Know-how-Transfer jenen Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria behilflich zu sein, welche daran interessiert sind, den notwendigen Wandel vom kommunistischen System zu einer rechtsstaatlichen Demokratie möglichst schnell und effizient herbeizuführen. So kommt in diesem Zusammenhang - um dafür konkrete Beispiele zu nennen - nicht nur den wissenschaftlichen Tagungsaktivitäten, sondern auch dem in Graz konstituierten Juristenforum eine beachtliche Bedeutung zu.

Außerdem sollte das Europa von morgen nicht ein Europa der Nationen, sondern eines der Regionen sein. Gegenüber mancher zentralistischer Tendenz könnten regionale Kooperationen, wie jene der ARGE Alpen-Adria, ein wertvolles Gegengewicht bilden.

1) 15 Jahre Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria, Kaposvar 1994, S.111.

2) Siehe dazu im Detail: Werner Weigl, Österreichisch-Jugoslawische Kulturbeziehungen 1945 - 1989, Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts, Arnold Suppan (Hg.), Band 17, Wien-München 1990, S.72f.

3) Heimat ist Tiefe, nicht Enge, Hans Koren-Reden, Graz o.J., S.102.

LAND AN DER GRENZE - IM HERZEN EUROPAS

WOLFRIED FILEK-WITTINGHAUSEN

Eine Fahrt über die südsteirische Weinstraße gehört zu den besonderen Eindrücken für jeden Besucher. Sie führt nicht nur durch eine äußerst reizvolle Landschaft, sondern bildet auch seit 1918 und nach 1945 streckenweise die Staatsgrenze der Republik Österreich. Früher zu Jugoslawien, heute zu Slowenien. Ein Straßenstück mit symbolischem Charakter, es könnte viel erzählen von den Schicksalen der Menschen an der Grenze.

Im Gegensatz zu anderen Ostgrenzen Österreichs mit den „Eisernen Vorhängen“ sah man hier keinen Stacheldraht, keine Wachtürme und Minenfelder. Obwohl nach dem 2. Weltkrieg in Jugoslawien ein kommunistisches System die Macht ergriffen hatte. Tito fand bald zu einer spezielleren Staatsform, die Grenze war gut bewacht, aber in der Natur offen. Trotz der grausamen Ereignisse zwischen 1941 und 1947 begannen nach einigen Jahren die ersten Kontakte zwischen der Steiermark und dem Nachbarstaat. Natürlich war Mißtrauen allerorten zu spüren, aber die steirische Grenzlandpolitik unter Landeshauptmann Josef Krainer sen. verfolgte konsequent ihren Weg. Dazu gehörte vorerst die Festigung der eigenen Position. Es galt, vor allem die Abwanderung der Grenzbevölkerung zu verhindern, die Schulen zu erhalten, bäuerliche Betriebe durch bessere Aufschießung zu fördern. Der Weinbau wurde wieder in Schwung gebracht, Straßen und Wege ausgebaut, die Stromversorgung verbessert, das Telefon ist heute auf jedem Hof. Ende der 50er Jahre gab es das erste Gymnasium in Leibnitz und einige Zeit später eines in Radkersburg und Deutschlandsberg.

Auch die Volksbildung leistete schon früh ihren Beitrag. Vom Retz-

hof aus versuchte Dr. Hubert Lendl seine Arbeit in den Dienst der Weiterentwicklung des Grenzlandes zu stellen. Ein dynamischer und innovativer Bezirkshauptmann von Leibnitz, Dr. Heinz Pammer, nutzte diese Chance und setzte wesentliche Akzente im Grenzgebiet. Wohl wissend, daß am Beginn jeder neuen Entwicklung die Volksbildung eine entscheidende Rolle spielt.

Der kleine Grenzverkehr begann zu leben. Gemischte Kommissionen wurden gebildet, schrittweise wurden mehr Grenzübergänge geöffnet. Im Einklang damit war die steirische Kulturpolitik Hanns Korens bemüht, die alten innerösterreichischen Verbindungen wieder zu beleben. In Trigon trafen sich Kroaten, Slowenen, Italiener mit Kärntnern und Steirern. Im Retzhof gab es durch Jahre hindurch Malerwochen mit Teilnehmern aus diesen Ländern.

Ing. Kurt Kojalek setzte während seiner Mitarbeit im Volksbildungsheim einen starken Außenakzent. Er schuf eine mobile Bücherei für die Zollbeamten entlang der steirischen Grenze und belebte den Vortragsdienst der Urania in Leibnitz. Das Steirische Volksbildungswerk wurde unter Hanns Koren im Erzherzog-Johann-Jahr 1959 auch in den Grenzbezirken aktiv. Der jeweilige Bezirkshauptmann war in diese Arbeit miteingebunden. Eine sehr wirkungsvolle Form der Zusammenarbeit zwischen Bildung und Verwaltungsbehörde.

Für die südliche Steiermark begann in den 60er Jahren ein immer stärkerer Zustrom an Einkaufskunden aus Jugoslawien. Der heimische Handel florierte. Hauptgewinner waren der Bezirk und die Stadt Leibnitz. Entgegen den Befürchtungen, daß der kleine Grenz-

verkehr vor allem eine Nord-Süd-Bewegung auslösen würde, kamen viel mehr Menschen von unten herauf.

Mit Ausnahme eines kurzfristigen Einbruchs im Jahre 1982 - damals versuchte der jugoslawische Staat mit einer Ausreisegeldgebühr die Bremse zu ziehen - setzte sich diese positive Entwicklung bis zum Jahr 1989 fort. Der Höhepunkt war dann knapp vor dem Zerfall des Staates Jugoslawien erreicht. Offenbar ahnten die Menschen schon, was auf sie zukommen wird. Schon seit Titos Tod waren die alten nationalen Konflikte wieder sichtbar geworden. Doch es dauerte noch ein Jahrzehnt, bis der südslawische Staat - wieder einmal - zerbrach und in kriegerisches Chaos verfiel. Seit 1991 gibt es nun diese furchtbaren und grausamen Auseinandersetzungen. Vorerst konnte sich nur Slowenien aus diesem Teufelskreis heraushalten und sich als demokratischer Staat ohne Gebietsverluste behaupten. Für uns zweifellos eine Chance für ein friedliches und konstruktives Nebeneinander und Miteinander.

Wie steht es heute mit unserer Einstellung zu unseren Nachbarn? Denn davon leiten sich alle weiteren Handlungen ab.

Als vor 1990 in der Leibnitzer Innenstadt oft mehr Kroaten und Slowenen zu treffen waren als Einheimische und man die eigene Sprache schon seltener hörte als eine fremde, da kam ein Unbehagen auf. Wieder begannen die Bemerkungen über die Ausländer, man konnte sehr unschöne Töne hören. Dem Bürgermeister von Leibnitz wurde geraten, doch für sprachlich getrennte Kassen in den Geschäften zu sorgen. Am Gehsteig werde man ständig von „denen da unten“ angerempelt und so fort.

Diese Stimmung wurde leider durch die innenpolitischen Verhältnisse der letzten Jahre noch angeheizt. Die jüngsten Wahlergebnisse sprechen eine klare Sprache. Ausländer und Ausländer - das ist bei uns nicht dasselbe. Ein Slowene, Kroat, Tscheche oder Slowake wird eben nicht gleich gesehen wie ein Schweizer, Italiener, Franzose oder Engländer.

Was das betrifft, müssen wir noch sehr viel lernen. Wieder ist die Bildung aufgerufen, ein gutes Fundament für eine positive Grundeinstellung zu unseren Nachbarn zu legen.

Ein wesentlicher Beitrag dazu erfolgt durch die Zusammenarbeit der Regionen in der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria.

Die Steiermark und Slowenien haben auf dieser Ebene seit Jahren gemeinsame Projekte entwickelt. Der Retzhof ist direkt miteingebunden, etwa in der Zeitgeschichte und Archivrecherche, im Juristenforum und in kulturellen Programmen. Die steirischen Universitäten und ihre fachlichen Partner in Slowenien schaffen hier ein geistiges Bindeglied. Eine neue Generation von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen ist in diese Arbeit integriert.

Parallel dazu gibt es Bildungsveranstaltungen der Erwachsenenbildungsinstitutionen, die sich direkt an die Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze wenden. Im ländlichen Raum ist hier vor allem das Ländliche Fortbildungsinstitut (LFI) sehr erfolgreich, im Bildungshaus treffen sich viele Menschen bei verschiedenen Seminaren und Kursen.

Die Schulen in der Südsteiermark haben Partnerschaften mit Schulen, deren Lehrern und den Schülern und Schülerinnen im Norden Sloweniens geschlossen. Das geht von Radkersburg nach Murska Sobota und Gornja Radgona ebenso wie nach Ljutomer (Luttenberg) oder vom Bezirk Leibnitz in Richtung Maribor (Marburg) und Ptuj (Pettau). Im Bezirk Deutschlandsberg gibt es Verbindungen über den Radl-Paß ins Drautal nach Radlje ob Dravi (Mahrenberg) und Muta (Hohenmauthen).

Ein Wermutstropfen bleibt trotz aller erfreulichen Bemühungen. Die Österreicher/innen und auch die Steirer/innen sind nicht sehr sprachbegeistert. Im konkreten Fall gelingt es kaum, Kurse oder Schulfreifächerangebote zum Erlernen der slowenischen Sprache an die Frau oder den Mann zu bringen.

Vor Jahren gab es im Neusprachlichen Gymnasium in Leibnitz noch das Wahlpflichtfach Serbo-Kroatisch. Aber nicht erst seit dem Zerfall Jugoslawiens meldeten sich immer weniger Schüler/innen. Der Unterricht wurde eingestellt. Ähnlich ging es dem Slowenisch-Unterricht im BORG Bad Radkersburg.

In persönlichen Gesprächen hört man abfällige Bemerkungen, wenn man davon erzählt, daß es im Retzhof auch Slowenisch-Kurse gibt. Dahinter verbirgt sich jene schon erwähnte Einstellung zu den südlichen Nachbarn.

In den Bereichen der Landwirtschaft gibt es dagegen sehr positive Ansätze zur Zusammenarbeit. Jüngere Weinbauern kooperieren mit ihren slowenischen Berufskollegen.

Ebenso gibt es innovative Geschäftsleute, denen es ein Anliegen ist, den slowenischen Kunden nicht nur als Glieferanten zu sehen.

Steirische Unternehmer haben längst die Tüchtigkeit slowenischer Facharbeiter erkannt und es gibt zukunftsorientierte Zusammenarbeit. Eine wirtschaftliche Weiterentwicklung in diesen jungen Demokratien kann wesentlich zu ihrer politischen Stabilisierung beitragen.

Eben solche Schienen gibt es im Tourismus und im Fremdenverkehr. Der Leibnitzer Bezirkshauptmann Dr. Johann Seiler ist seit Jahren bemüht, entlang der Staatsgrenze neue Formen von Wanderwegen zu schaffen. Die größeren Widerstände kommen aus dem Bezirk selbst. Da hat man Angst vor der Konkurrenz von der anderen Seite. Es könnten ja Wanderer in Slowenien lieber in einem Gasthof einkehren.

Anstatt das eigene Angebot zu verbessern, jammern halt manche Gastronomen gerne. Mit dieser Einstellung werden wir aber die Zu-

kunft in einem großen europäischen Wirtschaftsraum auch nicht bewältigen.

Ein besonderes Anliegen der Bevölkerung ist die Verbesserung des Eisenbahnverkehrs, die Wiedererrichtung eines zweiten Gleises von Graz bis Maribor/Marburg und damit die Schaffung eines regelten Schnellbahnverkehrs zwischen den beiden Städten. Das wäre ein wichtiger Schritt grenzüberschreitender Initiativen und ein klares Signal, daß wir uns wirklich mit den Nachbarn zusammantun.

Der Straßenbau ist weitergekommen. Auf slowenischer Seite fehlt der Autobahnanschluß aber noch von Sentilj nach Maribor.

Für die kommenden Jahre stehen die Aufgaben klar vor uns.

Die große Politik muß natürlich die Grundlage für ein friedliches, wirtschaftliches und vernünftiges, abgerichtetes Miteinander erhalten. Aber in der Region kommt es auf viele kleine Schritte an. Die Menschen können sich bei verschiedenen Anlässen besser kennenlernen, sie müssen vorhandene Vorurteile abbauen und auf beiden Seiten bereit sein zu lernen. Das kann über einen Lions-Club genauso laufen wie über Vereine aller Art. Das geht durch Begegnung bei Kultur- oder Sportveranstaltungen oder in Gaststätten ebenso wie beim Einkaufen im jeweiligen anderen Land. Kunst- und Kulturfahrten, Urlaubsaufenthalte, Verwandten- und Bekanntenbesuche sind dafür geeignet.

Schulpartnerschaften sind besonders wichtig, damit schon unsere Jugend ein besseres Gefühl für die Nachbarn entwickelt.

Und die Volks- und Erwachsenenbildung wird diese Arbeit ergänzen. Künstlerisch begabte und begnadete Menschen haben ein feines Gespür für diese nachbarschaftlichen Beziehungen. Auf beiden Seiten der Grenzen haben sich in den letzten Jahren Maler, Literaten, Bildhauer, Galeristen darum bemüht. Vereine mit solchen Zielsetzungen sind entstanden.

Wir sind unterwegs zueinander, der Weg ist noch lang, aber es gibt ein Ziel.

FRAUENLEBEN IN DER STEIERMARK

Ein Rückblick und Ausblick am Ende des 20. Jahrhunderts

EVA MARIA FLUCH

Ein möglicher Beginn wäre die vollmundige Behauptung, daß es kaum einen Bereich gibt, in welchem in den letzten Jahrzehnten so tiefgreifende Veränderungen eingetreten sind wie in der Lebensweise und im Selbstverständnis von Frauen. Einerseits stimmt dies auch. Andererseits jedoch kann das Leben von Frauen im Wandel der Zeiten nicht isoliert gesehen werden.

Veränderungen im Selbstverständnis von Frauen haben ebenso ihre Auswirkungen auf die Allgemeinheit, wie andererseits gesamtgesellschaftliche Entwicklungen ihre Folgen für jede einzelne Frau haben.

Bei „Frauenfragen“ geht es auch nicht um die Wünsche und Forderungen einer Splittergruppe, sondern um die Lebenssituation der Mehrheit der Bevölkerung, ein guter Grund, auch das Interesse der „Männerwelt“ am „FrauenLeben“ einzufordern.

Viele Menschen fühlen sich von der Dynamik unserer Zeit einigemaßen verunsichert.

Unbehagen verursacht nicht nur die unübersehbare Fülle an Neuerungen, sondern vor allem die Beobachtung, daß in rasender Geschwindigkeit selbst Maßstäbe, Spielregeln und Ordnungsmechanismen, die eben noch als logisch und unumstößlich galten, vom Tisch gefegt werden.

Das Privatleben, die Beziehung zum Partner, das Leben in einer Familie wird vor diesem Hintergrund zur heilen Gegenwelt einer kalten und zunehmend unübersichtlichen Geschäfts- und Berufswelt „da draußen“ hochstilisiert, und es sind vor allem Frauen, die den Anforderungen gerecht werden sollen.

Denn der unterschwellige Vorwurf lautet, eigentlich seien die

Frauen mit ihrem Streben nach Selbstverwirklichung schuld, daß die Welt noch ein wenig kälter, rücksichtsloser und egoistischer geworden ist.

So finden sich Frauen in einem Spannungsfeld zwischen nostalgischer Verklärung und angeknackstem Fortschrittsglauben, zwischen Bindungskampf und Freiheitsdrang, zwischen Schuldgefühlen und neuem Selbstbewußtsein.

In Reaktion auch auf die veränderten Bedingungen und die Fülle an Veränderungen im Lebensumfeld von Frauen in der Steiermark hat Landeshauptmann Dr. Josef KRAINER eine Initiative mit dem Titel „FrauenLeben in der Steiermark“ ins Leben gerufen.

Die Initiative „FrauenLeben“ will in einem ersten Schritt Frauen in allen steirischen Bezirken in die Erarbeitung und Formulierung eines zeitgemäßen, realistischen, die Leistungen von Frauen anerkennenden Leitbildes einbinden.

Veranstaltungen in allen steirischen Bezirken, Wettbewerbe und sportliche wie kulturelle Glanzlichter sollen in einem zweiten Schritt die Möglichkeit bieten, steirisches FrauenLeben in all seiner Vielfältigkeit darzustellen und zu erleben.

Aus Diskussions- und Arbeitsphasen sollen dann konkrete Forderungen und Vorschläge abgeleitet werden, welche das Gerüst für eine große Frauenveranstaltung im Sommer 1996 abgeben werden.

Wenn es eine allgemein gültige Erkenntnis gibt, die sich aus den Veränderungen der letzten Jahrzehnte ableiten läßt, dann ist es die, daß wir in einem Netzwerk leben und nicht in einer einfachen Welt von Schubladen und Registern, die rechtwinkelig zueinander angeordnet sind.

In diesem vernetzten System gibt es keine einfachen Lösungen,

und einseitige Schuldzuweisungen sind nur Ablenkungsmanöver, provoziert auch durch Erfordernisse des Informationszeitalters, das gerade auch die Politik in Zugzwang bringt. Um in die Schlagzeilen zu kommen, müssen aus Analysen und Lösungsansätzen kurze, prägnante Aussagen destilliert werden.

Komplizierte Dinge einfach darzustellen, ist eine hohe Kunst. Um so nötiger ist es, in schwierigen Fragen, zu denen ich die Frage der Rolle von Frauen in unserer Gesellschaft zähle, falsche Ansätze zu vermeiden:

Nicht ideologische Zuordnungen und Simplifizierungen sind gefragt, nicht der verklärte Blick zurück auf eine frühere, heile Frauen- und Familienwelt, und nicht das fürchtensame Spähen in eine Zukunft, die vom nächsten Wahltermin begrenzt wird.

In einer seriösen Diskussion gilt es, Dinge auseinanderzuhalten, jedoch auch den Netzwerken gerecht zu werden, indem man die relevanten Fakten miteinander in Beziehung setzt.

Die folgende schlaglichtartige Auflistung ausgewählter Daten und Fakten soll aufzeigen, wie vielschichtig FrauenLeben in der Steiermark im Wandel der Zeiten war und ist.

Ich habe mich in der Anordnung der Gedanken von der im EDV-Bereich üblichen Methode eines „Multi-Tasking“ inspirieren lassen. Es geht dabei weniger um das vollständige Darstellen eines Bereiches als vielmehr um das Nebeneinander verschiedener Programme und Anwendungen. Durch das zwischenzeitliche Aufrufen von Daten aus einem „Fenster“ im Hintergrund ergeben sich ungewöhnliche Querverbindungen, die ein neues, kreatives Bild ergeben können.

1. Die Kernfamilie ist eine relativ neue Entwicklung

Die verbreitete Ansicht, die Rolle der Frau als „Herrscherin im Inneren, im Hort der Ruhe,“ sei geradezu biologisch bedingt, stimmt ja so nicht.

Die Kernfamilie ist bekanntlich eine relativ neue Entwicklung in der Geschichte des Zusammenlebens von Menschen.

Größere Bedeutung als die Paarbeziehung hatte über Jahrhunderte hinweg die Hausgemeinschaft, in der es kein Privatleben in unserem Sinne gab, weil Verwandte, das Gesinde und ein Haufen fremder Kinder selbstverständlich dazu zählten.¹⁾

2. Immer mehr Familienfunktionen werden nach außen verlagert

Das „Haus“ und später die Familie hat im Laufe ihrer Entwicklung auch permanent Funktionen abgegeben: durch die Einführung der Schulpflicht wurde die Bildung und Ausbildung dem Staat übertragen, im Zuge der industriellen Revolution bekanntlicher Weise die Produktion „nach außen“ abgegeben. Wenn in der heutigen „Dienstleistungsgesellschaft“ etwa die Kindererziehung und die Betreuung von Kleinkindern „nach außen“ delegiert werden, so ist das eine Fortsetzung dieser Entwicklung.

Kaum jemand wird heute für eine weitere Aufblähung staatlicher Leistungen plädieren. Im Gegenteil, es ist eine Forderung im Geist unserer Zeit, der weiteren Institutionalisierung Einhalt zu gebieten. Aus Sicht der Familienpolitik stellt sich in diesem Zusammenhang daher die Frage, wie sinnvoll und wünschenswert es ist, tatsächlich weitere Leistungen, die bisher „privat“ (und allerdings auch unentgeltlich!) erbracht wurden, nach außen zu verlagern (und in Zukunft aus öffentlichen Geldern zu finanzieren).

Solche Überlegungen sind gerade in unserer „Wendzeit“, die vielleicht wirklich ein Umsteuern

in vielerlei Hinsicht bringen wird, höchst berechtigt!

Nicht berechtigt ist es hingegen, daraus die Forderung abzuleiten, daß Verhaltensänderungen und eventuelle Einschränkungen ausschließlich von Müttern/Frauen statt von Eltern/Bürgern eines Gemeinwesens zu erwarten seien.

3. Veränderungen und Konstanten der letzten 50 Jahre

Das „Jubiläumjahr“ der 2. Republik Österreich 1995 ist ein Anlaß, in vielen Bereichen eine Bilanz der letzten 50 Jahre zu ziehen. Ausgewählte steirische Daten der unmittelbaren Nachkriegszeit (hauptsächlich aus dem Jahr 1951, der ersten österreichweiten Volkszählung nach 1945) ergeben im Vergleich mit Daten der jüngsten Zeit (letzte Volkszählung 1991 bzw. Mikrozensus) ein teilweise überraschendes Bild und zeigen vor allem eines: daß die Veränderungen in der Stellung der Frau auf ein ganzes Bündel an Faktoren zurückgehen, was wiederum für eine differenzierte Sicht der Dinge spricht.

a) Anteil der Frauen an der Bevölkerung:

1951 wie 1991 stellten die Frauen in der Steiermark die Mehrheit der Bevölkerung (VZ 1951: 580.510, d.S. 52,3%; VZ 1991: 611.588 d.S. 51,6%).

b) Eheschließungen und Ehescheidungen:

1946: Scheidungen:	2.077
Eheschließungen	9.710
1951: Scheidungen	1.468
Eheschließungen	10.427
1991: Scheidungen	2.024
Eheschließungen	6.027
1993: Scheidungen	2.155
Eheschließungen	6.018

Deutlich wird aus den Daten vor allem der Heiratsboom in den Fünfzigerjahren, als es - absolut gesehen - auch weniger Scheidungen gab als kurz nach Kriegsende oder heute.

Daß Ehen instabiler werden, ist ein Faktum und auch daran zu sehen, daß die letzte Volkszählung auffällig höhere Anteile geschiedener Personen (Männer wie Frauen) unter den 30- bis 50jährigen ergibt.

Scheidungen sind in größeren Gemeinden häufiger. Mehr als ein Drittel aller steirischen Geschiedenen lebt allein in der Stadt Graz.

c) Familienstand der Frauen:

	VZ 1951:	VZ 1991:
ledig:	46,5 %	38,6 %
verheiratet:	39,7 %	43,0 %
verwitwet:	11,7 %	13,6 %
geschieden:	2,1 %	4,8 %

Auf den ersten Blick mag es überraschend, wenn auch durchaus erklärbar sein, daß 1991 prozentuell mehr Frauen verheiratet und verwitwet waren als 1951, bzw. daß es 1951 prozentuell mehr ledige Frauen gab als im viel beschworenen Zeitalter der „Singles“.

Was bislang kaum beachtet wurde, ist, daß 57 % der steirischen Frauen nicht verheiratet sind (1951 waren es gar mehr als 60 %). Wenn das Leben allein schon für viele, vor allem auch jüngere Frauen nur eine von mehreren Phasen in ihrem Leben darstellt, so wird das Image der „swinging singles“ dadurch weiter relativiert, daß heute in 60 % der steirischen 1-Personen-Haushalte Pensionistinnen und Pensionisten leben.

d) Erwerbstätigkeit der Frauen

1951 betrug der Anteil der berufstätigen Frauen an der Gesamtbevölkerung 38,5 %, 1991 erstaunlicher Weise sogar weniger, nämlich 35,2 %.

(Diese überraschende Vergleichszahl erklärt sich allerdings auch daraus, daß in der Volkszählung 1951 im Betrieb des Ehegatten mitarbeitende Bäuerinnen noch zu den unselbständig Erwerbstätigen gerechnet wurden.)

Aussagekräftiger sind Zahlen zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern zwischen 15 und 65 Jahren:

Erwerbstätigkeit:

	Frauen:	Männer
1951:	51,7 %	93,5 %
1971:	45,8 %	
1991:	54,6 %	79,3 %

Die Erwerbstätigkeit von Frauen in der Steiermark ging nach dem 2. Weltkrieg bis Anfang der 70er-Jahre zurück und ist seither wieder im Steigen begriffen.

Die Erwerbstätigkeit der Männer derselben Altersgruppe sank hingegen - bedingt durch verschiedene Faktoren wie längere Ausbildungszeiten (auch bei Frauen) oder den früheren Eintritt in den Ruhestand - kontinuierlich.

Beim realen Pensionsantrittsalter trennen Frauen und Männer heute im übrigen nicht die oft zitierten fünf Jahre, sondern nur sieben Monate.

e) Bildungsstand:

Am deutlichsten zeigen sich veränderte Bedingungen für Frauen im Bildungsbereich. Seit Beginn der 60er-Jahre haben Frauen hier gleichgezogen. Heute sind 54 % der Maturanten Mädchen.

Die Tendenz ist in der allgemeinen Bevölkerungsstatistik sichtbar, hat aber noch nicht voll durchgeschlagen:

Frauen über 15 Jahre mit abgeschlossener Hochschulbildung:

1951:	0,4 %
1991:	2,2 %

Daß die Zahlen allein nicht wirklich aussagekräftig sind, zeigt sich an Ergebnissen pädagogischer und soziologischer Forschungen, die beispielsweise heute den Wert der „Koedukation“, des gemeinsamen Unterrichts für Burschen und Mädchen, für Mädchen in Frage stellen bzw. beweisen, daß Mädchen die Schule zwar ernster nehmen und in sie mehr Arbeit investieren, jedoch - anders als die Burschen - im Laufe ihrer Schullaufbahn keine „Steigerung des Selbstwertgefühls oder des Gefühls der eigenen Kompetenz“ erleben.²⁾

Und ein weiteres „Schlaglicht“ auf Lehrberufe ergibt, daß 60 % der weiblichen Lehrlinge einen von nur 30) Lehrberufen ergreifen, wäh-

rend 60 % der männlichen Lehrlinge wenigstens in 13 Sparten zu finden sind.

4. Tradition einer „bürgerlichen“ Frauenbewegung

Auch wenn die „Realpolitik“ im Moment ein anderes Bild ergeben mag, so zählt die Anerkennung der Familie und das Eingehen auf ihre Bedürfnisse zum Kern christlich geprägter, „bürgerlicher“ Politik. Die vorhandene Tradition einer bürgerlichen Frauenbewegung wurde im letzten halben Jahrhundert hingegen vernachlässigt.

So gab es anfangs zwei, ursprünglich nebeneinander verlaufende „Stränge“ der Frauenbewegung: „Während die bürgerliche Frauenbewegung in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts sich vor allem für den Zugang der Frauen zur höheren Schulbildung und Universität einsetzte, kämpften Sozialistinnen für bessere Bedingungen am Arbeitsplatz. [...] Beide Teile der Frauenbewegung hatten bis zum Ende des 1. Weltkrieges einiges erreicht: Mädchen konnten öffentliche höhere Schulen besuchen, Frauen durften studieren und schließlich auch wählen.“³⁾

Es ist meine feste Überzeugung, daß es in der heutigen Zeit einen echten Bedarf an einer Aktualisierung dieses zweiten, vergangenen, eher „bürgerlichen“ Stranges einer Frauenbewegung gibt.

Nicht um das Zurückdrängen der Frauen an den Herd geht es dabei. Ein neues Frauenleitbild muß vielmehr selbstverständlich zur Kenntnis nehmen, daß Frauen sich nicht ausschließlich über Ehemann, Kinder oder Familie definieren wollen und dürfen.

Daß sich eine große Mehrheit der Frauen dennoch - und nur in scheinbarem Widerspruch zu mehr Eigenständigkeit und größerem Selbstbewußtsein - ein Leben in Beziehungen wünscht, wurde von der eher kämpferisch orientierten Frauenbewegung sozialistischer Provenienz weitgehend ignoriert und wäre ein höchst aktueller Ansatzpunkt für eine (ergänzende) Gegenposition in der Tradition der

erwähnten bürgerlichen Frauenbewegung.

FrauenLeben in Beziehungsfeldern

Frauen, und das könnte die Crux eines neuen Frauenleitbildes sein, leben in verschiedenen Beziehungsfeldern.

Eines dieser Beziehungsfelder betrifft die Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Während das Prinzip der Partnerschaftlichkeit im rechtlichen Bereich weitgehend verwirklicht ist, besteht im privaten Bereich, der nicht hoheitlich normiert werden kann (und soll), ein gewisser Aufholbedarf.

So besteht weithin die meines Erachtens irrije Vorstellung, der Trend zur Individualisierung müsse partnerschaftlichen Beziehungen entgegenstehen. In meinen Augen setzt echte Partnerschaft Gleichwertigkeit und Ich-Stärke beider Seiten voraus.

Als wirkliches Manko empfinde ich es auch, daß funktionierende Partnerschaften als Rollenmodelle in der Öffentlichkeit weitgehend fehlen. Daß statt dessen Extrempole dominieren: der Liebestaumel der soap-operas einerseits und Rosenkrieg, Gewalt und Machtkampf der „reality shows“ andererseits.

Ein zweites Beziehungsfeld betrifft die Frau in der Familie. In eher konservativen Kreisen herrscht eine gewisse Ratlosigkeit, welcher Kurs denn nun zu steuern sei.

Da werden längere Öffnungszeiten von Kindergärten einerseits als Affront gegen das Idealbild der Familie gesehen, während andererseits Vollhausfrauen quasi das Recht abgesprochen wird, mitzureden, weil sie sich mit ihrer Lebensweise aus dem öffentlichen Diskurs verabschiedet haben.

Auch herrscht ein ungelöstes Spannungsverhältnis zwischen Familienpolitik und Frauenpolitik. Frauenanliegen müssen sich nicht gegen Familien richten, allerdings sind Familien von Entscheidungen, Vorstellungen und der Lebensplanung von Frauen betroffen.

Zu fordern ist daher eine Entideologisierung von Lebensweisen.

Weder ist der Kindergartenplatz von vornherein gleichzusetzen mit der ideologischen Position „frauenfreundlich und fortschrittlich“, noch ist die Entscheidung für das Hausfrauendasein und für die Kindererziehung zu Hause gleichzusetzen mit der ideologischen Position „Frau zurück an den Herd“ und daher rückschrittlich.

Ein wiederum eigenes Beziehungsfeld umspannt Frauen und Kinder.

Im Leben mit Kindern erbringen Frauen Leistungen, die großteils finanziell nicht bewertet werden und dennoch für das Funktionieren der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit unerlässlich sind. Im Leben mit Kindern zeigt sich auch die ganze Brisanz ungeklärter Prioritäten in Frauen- wie Familienpolitik.

Kinder zu haben, kann natürlich nicht bedeuten, daß nachher alles so ist wie vorher, und es wäre meines Erachtens falsch, den Eindruck zu vermitteln, Staat oder Gesellschaft könnten alles abfangen und ausgleichen. Kinder zu haben, bleibt eine höchst private Entscheidung.

Dennoch kann und muß der Staat faire Rahmenbedingungen vorgeben. Heute ist für Frauen oft viel Organisationsgeschick und eine große Belastbarkeit vonnöten, um widersprüchliche Anforderungen und Bedürfnisse unter einen Hut zu bringen. Das Leben mit Kindern ist oft ein Balanceakt, bei dem neben öffentlichen Institutionen – auch andere Personen mitspielen (müssen): meist eine „Frau hinter der Frau“ (Putzhilfe, Kindermädchen, Kindergärtnerin, Lehrerin, Lernbetreuung, Horttante...), selten der „neue Mann“, immer noch die (neuerdings agile, rüstige) Großmutter.

Apröpos „neuer Mann“: trotz einer deutlichen Tendenz von Vätern zu Mithilfe im Haushalt, ist diese selektiv: eher spielen mit dem Baby als Windeln wechseln, eher Staubsaugen als Fenster putzen... und mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen erledigt auch heute die im Haus anfallende Arbeit gänzlich allein.

Dem steht gegenüber, daß die Mehrzahl der Vollhausfrauen in der

(überwiegend selbst gewählten) Hausfrauentätigkeit einseitige Belastung, Isolation, Einschränkung und das Gefühl der Abhängigkeit erlebt.

Daß dieser Befund nicht geschlechtsspezifisch ist, sondern der Rolle offensichtlich inhärent, zeigen die Ergebnisse einer Studie des Familienministeriums über die verschwindend kleine Zahl österreichischer Männer in (kleinkindbedingter) Karenz, denen es ebenso ergeht.

„Erwerbstätige Männer mit Kindern bleiben erwerbstätige Männer; erwerbstätige Frauen mit Kindern werden berufstätige Mütter.“⁴⁰

Eine 60%-Quote von erwerbstätigen Frauen über 15 Jahren legt nahe, daß die oft bemühte Formulierung „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ (für Väter wie Mütter!) mehr als ein Schlagwort sein muß.

Nicht um ein starres Entweder-oder kann es bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehen, sondern um das eigenverantwortliche, gemeinsame Aushandeln zwischen gleichberechtigten Partnern.

Diese Forderung ist nicht neu. Revolutionär wird sie in der Umsetzung, weil diese weitreichende Änderungen erfordert: in Form anderer Arbeitszeitmodelle, Lebensarbeitszeiten, Wohnformen, sinnvoller Telearbeit u. ä., in Form abwechselnd in Anspruch genommener Familienphasen für Mütter und Väter, in Form anderer finanzieller Bewertungen der Leistungen, die Frauen höchst privat für die Allgemeinheit erbringen.

Die Liste solcher „unfrisierter Gedanken“ ließe sich beliebig fortsetzen.

Das Beziehungsfeld „Frauen und Arbeit“ ist nicht nur unter dem Titel der oben erwähnten Vereinbarkeit zu sehen. Die Arbeitswelt hat eine starke weibliche Seite und viele Aspekte.

Frauen leben allein und verdienen ihren eigenen Lebensunterhalt. Aus dem bereits zitierten Jugendbericht wird jedoch deutlich, daß sich die nächste Generation von Frauen dieses Aspekts kaum bewußt ist. Die befragten Mädchen nennen typische Aspekte

des „Dazuverdienens“, in ihrem Zukunftsentwurf kommt das Sich-selbst-Erhalten oder gar Familie- und Kinder-Erhalten nicht vor.⁴¹

Das Gleichziehen in der Ausbildung bildet die Grundlage dafür, daß auch Frauen „Karriere machen“. („Cheffinnen“ gibt es in Österreich traditionell gar nicht so wenige. Mehr als 35 % der Selbständigen in Österreich sind Frauen.)

Auch wird seit Jahren der Megatrend zitiert, demzufolge Frauen in Zukunft in Führungspositionen gefragt sein werden. Dafür sprechen die Ansprüche, die an die Manager der Zukunft gestellt werden: Flexibilität, Intuition, Motivationsgabe, ein Handeln und Denken, das beide Hirnhälften gleichermaßen aktiviert.

Der Verwirklichung dieser Prognose könnte allerdings entgegenstehen, daß sich im Geschäftsleben und auf der Führungsebene in allen Bereichen weltweit ein beinhalten Generationenkrieg anbahnt.

Eine immer jüngere Managementgeneration nimmt, nach der Ausbildung und einer kurzen Phase der Empirie, die Spitzenpositionen ein, in welchen sie sich ihrerseits nur wenige Jahre halten kann, bevor schon die nächste „hungrige“ Generation bereitsteht.

Die bessere Ausbildung, vor allem die technischen Fertigkeiten und der „Biß“ der Jungen lassen sich durch Fortbildung allein nicht kompensieren, und dieser Trend steht in vielfachem Widerspruch zu der Flexibilität und der anderen Lebens-Zeit-Einteilung, welche Frauen und vor allem Mütter für ihre Lebensplanung brauchen.

Viefach angesprochen ist die Notwendigkeit, die vielen Formen unbezahlter Arbeit von Frauen neu zu bewerten und neu zu verteilen. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Gudrun BIFFL kam schon in den 80er-Jahren in einer Studie zum Schluß, daß die Haushaltsproduktion zusätzliche 30-38 % des österreichischen Bruttoinlandsprodukts ausmacht. In die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung müßten in Anerkennung der vielfältigen Leistungen von Frauen längst schon neue, gerechtere Parameter einfließen.

Auf einem nach wie vor „geteilten Arbeitsmarkt“ nehmen Frauen weniger gesicherte, bei gleicher Qualifikation um rund ein Drittel schlechter bezahlte Arbeitsplätze mit geringeren Aufstiegschancen ein.

Guidrun BIFFL sieht im beschleunigten technologischen Wandel sogar eine weitere Gefahr für Frauen auf dem Arbeitsmarkt, weil „typische Frauentätigkeiten im mittleren Qualifikationsbereich im Büro [...] durch Automatisierung weg-rationalisiert [werden].“ „In den gut besetzten Wachstumsbereichen der Beschäftigung, in Forschung, Entwicklung, Management, Gestaltungs- und Planungsarbeit im technischen Bereich [sind Frauen] schon in den Ausbildungskanälen selten zu finden.“⁶⁾

Die nach wie vor bestehende Ungleichbehandlung von Mann und Frau in Teilen der Arbeitswelt muß als politischer Handlungsauftrag gesehen werden.

Frauenbewegung - heute aktuell?

Damit ist eine erste Antwort auf die Frage, ob die Frauenbewegung heute noch aktuell ist, gefunden.

Es ist eine meines Erachtens völlig richtige Einschätzung, daß das „Erreichte“ - in den Worten Anja MEULENBELTS - „scheinbar alltäglich“ ist und daß die Frauenbewegung - in der Formulierung Swanee HUNT's - „seit Beginn als Wellenbewegung verlaufen ist: zwei Schritte vorwärts, einer zurück“.

Gerade auch die US-amerikanische Botschafterin in Österreich, Swanee HUNT, vermittelt die Unaufhaltsamkeit eines zähen und langsamen Fortschreitens äußerst überzeugend. Charme, Charisma, eine positive Ausstrahlung und ein klares Bekenntnis zu ihrer Familie und ihrem Privatleben verbinden sich mit Kompetenz und einer gar nicht zimperlichen Haltung, wo es Farbe zu bekennen gilt. Auch das ist FrauenLeben in seiner ganzen Vielfalt.

Weiter sind Frauen kollektive Sozialfälle, denen zuliebe man Zu-

geständnisse macht, noch ist die Zeit der Frauenbewegung vorbei, weder ist „das Werk vollbracht“, sodaß man nun - gestärkt durch ein ausgereiftes rechtliches Instrumentarium - zur Tagesordnung übergehen und lästige „Frauenfragen“ endlich den Frauen überlassen könnte.

Solidarität unter Frauen ist das eine und eine Grundhaltung, welche auch die eingangs erwähnte Initiative des Landeshauptmannes prägt. Praktisches Handeln, handfeste Unterstützung und Interessensvertretung dort, wo Nachholbedarf besteht, das andere.

Als notwendige Ergänzung muß uns Frauen auch am Aufbau von Strukturen, von Netzwerken und Lobbies gelegen sein. Wir Frauen wollen einander nicht nur dort den Rücken stärken, wo wir die „Hascherln“ sind, sondern auch auf unserem Weg „nach oben“, im gesellschaftlichen und politischen Engagement.

„Strickleitern“ gilt es nämlich auch in der Politik zu knüpfen. Die Voraussetzungen sind heute insofern gegeben, als die Ergebnisse der letzten Nationalratswahlen gründlich mit dem Vorurteil aufgeräumt haben, daß Frauen nicht wählbar seien oder gar, daß Frauen Frauen nicht wählten.

Neue gesellschaftliche Fragen, ethische Gratwanderungen in Medizin und Gentechnik und in der Forschung ganz allgemein, neue Entwicklungen in der Kommunikations- und Verkehrstechnik mit Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen vieler Menschen, Umweltfragen, neue Konfliktherde, die Bevölkerungsentwicklung und das Auseinanderdriften der armen und der reichen Länder dieser Welt fordern den Einsatz beider Hälften der Menschheit.

Ein neues Leitbild, ja mehr noch, eine Vision des zukünftigen Zusammenlebens der Geschlechter erscheint vor diesem Hintergrund höchst notwendig.

Wolfgang MÜLLER-FUNK definiert moderne Gesellschaften als Formen des Zusammenlebens, die „nicht mehr aus und von der Macht der Tradition leben und die Kon-

flikte und Krisen als integralen Bestandteil ihrer selbst begreifen.“ Ein Definitionsmerkmal moderner Gesellschaften scheint „eine forcierte reale Dramatik des Geschlechterverhältnisses“ zu sein. „Der Kampf um öffentliche Anerkennung, um Macht und Einfluß bildet dabei den einen Pol, die hohen persönlichen Anforderungen an ein Gegenüber (in Hinblick auf Liebe, Intimität, erfülltes Leben) den anderen.“⁷⁾

Wir Frauen sind bereit, auch diesen „Konflikt“ als Chance zu sehen und ihn daher gemeinsam und konstruktiv auszutragen.

Die Zieldefinition könnte so lauten, wie es die Grazer Vizebürgermeisterin Dkfm. Ruth FELDGRILL-ZÄNKEL in einem Referat darstellte: „Wir [Frauen] sind bereit zu teilen: Arbeit und auch den Lohn dafür. Arbeitszeit und Arbeitsstreß, aber auch den Ruhegenuß und die Entspannung. Familienglück, das wir nicht mit einem Ausschließlichkeitsanspruch für die Mütter belegen wollen, und auch die Erziehungsrbeit. Macht und Geborgenheit - als Gebende und Nehmende.“⁸⁾

Anmerkungen:

- 1) vgl. Gertrud Simon, „Vom Patriarchat zur Partnerschaft? Frauen in Österreich suchen ihren Weg“, in: Simon et al. (Hrsg.): Die heilige Familie - Vom Sinn und Unsinn einer Institution, Wien, 1990.
- 2) vgl. Ferdinand Eder, „Klimamerkmale wirksamer Schulen“, in: Bericht zur Lage der Jugend, Wien, BMJF, 1993.
- 3) vgl. Gertrud Simon, „Vom Patriarchat zur Partnerschaft?“
- 4) Ursula Nuber in der Einleitung zu dem von ihr herausgegebenen Band: Wir wollten alles ... was haben wir nun? Eine Zwischenbilanz der Frauenbewegung, Zürich 1993.
- 5) vgl. Birgit Haller und Sieglinde Rosenberger, „Alltagsperspektiven von Mädchen“, in: Bericht zur Lage der Jugend.
- 6) Gudrun Biffl, „Ausgebildet und diskriminiert“, in: Standard, 30. September 1994.
- 7) Wolfgang Müller-Funk im Vorwort zu dem von ihm herausgegebenen Band: Macht-Geschlechter-Differenz. Beiträge zur Archäologie der Macht im Verhältnis der Geschlechter, Wien, 1994.
- 8) Ruth Feldgrill-Zänkel, „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ - Referat anlässlich der Bodenseetagung der Vereinigung Christlicher Politiker in Vaduz, September 1992.

STEIRISCHE ZAHLENBILDER

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts mit Ausblicken

ERNST BURGER

Auch steirische Entwicklungen seit dem Zweiten Weltkrieg sind natürlich und konsequenterweise in die großen Grundtrends, die alle modernen Gesellschaften verzeichnen, eingebettet. Topographie, traditionelle Muster, Wirtschaftsstrukturen und geopolitische Lage prägen den regionalen Spielraum innerhalb dieser Grundtrends. Daraus ergibt sich auch für die Steiermark ein gewisses Potential an bestimmenden Faktoren.

Nachdem sich 100 Jahre davor der Wandel von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft vollzog, hat sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts das Ende des Industriezeitalters abgezeichnet. Damit gehen neuerlich starke Veränderungen in der Struktur der Gesellschaften und der Lebensweise des einzelnen einher.

Vor allem seit den 70er Jahren werden diese Veränderungen umfassend, wie die sich wandelnden Strukturen in der Bevölkerung, in den Haushaltsgrößen und Familien sowie im Wirtschafts- und Arbeitsleben zeigen. Seit den 60er Jahren wird generell auch ein Wandel der Werte und ihrer Prioritäten festgestellt. Gerken charakterisiert den Wertewandel als die Intelligenz der Bevölkerung, welche instinktiv

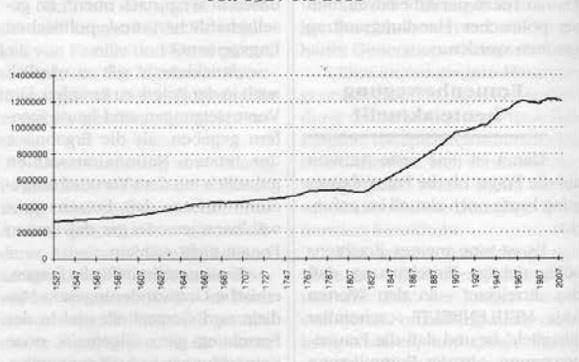
künftige Veränderungen vorwegnimmt.

Bevölkerungs- entwicklung und Bevölkerungsstruktur

Die Kurve der steirischen Bevölkerungsentwicklung weist in der Industrialisierungsphase steil nach oben und geht ab Mitte der 70er Jahre in eine Plateauphase über (s. Grafik I).

über einer Million Einwohner. Die für den Bevölkerungsprozeß seit her bestimmenden Komponenten waren wie überall die Salden aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburtenbilanz) und aus der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Wanderungsbilanz). Die Geburtenbilanz ist im wesentlichen noch positiv, das heißt, es gibt im Schnitt mehr Geburten als Sterbefälle, was an sich ein Bevölkerungswachstum bedeuten würde. Auf-

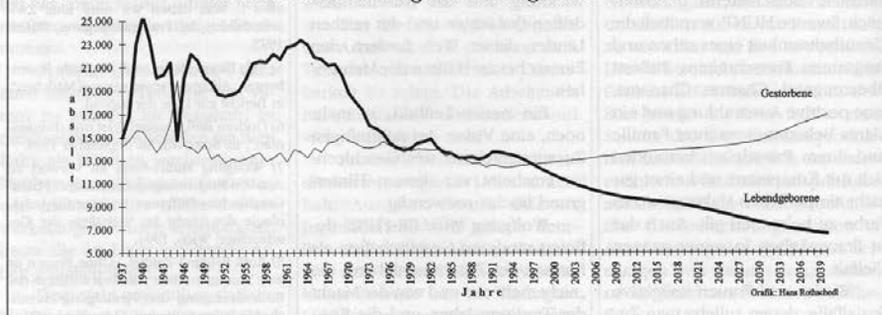
Grafik I **Die Bevölkerungsentwicklung der Steiermark von 1527 bis 2011**



Die ersten Personenstands-aufnahmen nach dem Zweiten Weltkrieg ergaben für die Steiermark eine Wohnbevölkerung von etwas

grund der vorgegebenen Altersstruktur ist aber im nächsten Jahrhundert mit einer Geburtenabnahme zu rechnen, mit der Folge einer

Grafik II **Natürliche Bevölkerungsentwicklung der Steiermark**



negativen Geburtenbilanz. Die Prognose ist eine Entwicklungsvariante, die dem gelungenen Wortspiel von Bruckmann, „was passiert, wenn nichts passiert“, entspricht (s. Grafik II).

Die Wanderungsbilanz ist der Saldo der Zu- und Abwanderungen, das Gebiet der Steiermark betreffend. Wir haben hier seit den 50er Jahren eine negative Wanderungsbilanz zu verzeichnen, die zuletzt allerdings kleiner wurde. Der negative Wanderungssaldo verursachte aber in den letzten 20 Jahren eine leichte Bevölkerungsabnahme, weil aufgrund der geringer gewordenen Geburtenzahlen die Geburtenüberschüsse nicht mehr ausreicht haben, die Wanderungsverluste aus der Steiermark in die übrigen Bundesländer oder in das Ausland auszugleichen. Dabei war die Abwanderung von Inländern häufiger als die Zuwanderung von Ausländern. Die verstärkte Zuwanderung von Ausländern in den beginnenden 90er Jahren ließ jedoch die Bevölkerungszahlen in der Steiermark wieder leicht steigen (s. Grafik III).

Das Bevölkerungswachstum in unserem Bundesland verlief regional sehr unterschiedlich. In der Industrialisierungsphase erhielt die Obersteiermark, ebenso wie Graz, einen überproportionalen Wachstumsschub. Der Übergang vom Industriezeitalter zum Informationszeitalter wird vielfach generell zeitlich in die 70er Jahre angesiedelt.

Seit der Volkszählung 1971 registrieren wir auch tatsächlich einen regionalen Trendbruch im Bevölkerungswachstum: Wir finden beispielsweise eine Bevölkerungsabnahme in der Mur-Mürz-Furche und eine starke Wachstumsdynamik im nichtalpinen Teil der Steiermark, vor allem im Grazer Umland, die sich auch in abgeschwächter Form auf das Grenzland erstreckt (s. Grafik IV). Innerhalb der steirischen

Zum einen war nach dem Zweiten Weltkrieg naturgemäß ein starker Frauenüberschuß zu registrieren, der sich erst in der letzten Dekade aufgrund mehrerer Faktoren stärker verringerte. Zum anderen verschiebt sich die Altersstruktur infolge der geringen Geburtenzahlen und der steigenden Lebenserwartung in Richtung einer demographischen Alterung der steirischen Bevölkerung (s. Tabelle I).

Grafik III **Bevölkerungsentwicklung in der Steiermark nach Komponenten 1951 - 1991**

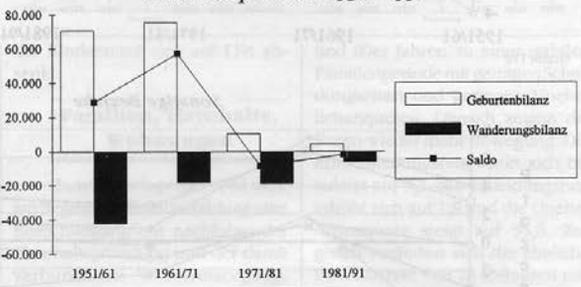


Tabelle I **Steiermark: Mittlere Lebenserwartung bei der Geburt in Jahren**

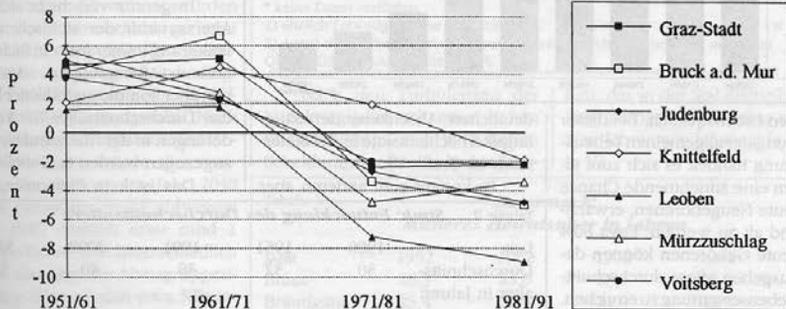
PERIODE/JAHR:	1949/53	1979/83	1989/93	2000	2050
Männer:	62,76	68,95	72,85	74,4	77,7
Frauen:	66,96	76,08	79,09	80,2	83,9
im Schnitt:	64,86	72,52	75,97	77,3	80,8

Quelle: ÖSTAT, LASTAT Steiermark (Berechnungen).

Bevölkerung haben sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts jedoch zum Teil sehr deutliche demographische Strukturverschiebungen ergeben.

Die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt ist demnach seit dem Zweiten Weltkrieg um gut 10 Jahre gestiegen. Das ist sicher auch ein Ausdruck einer

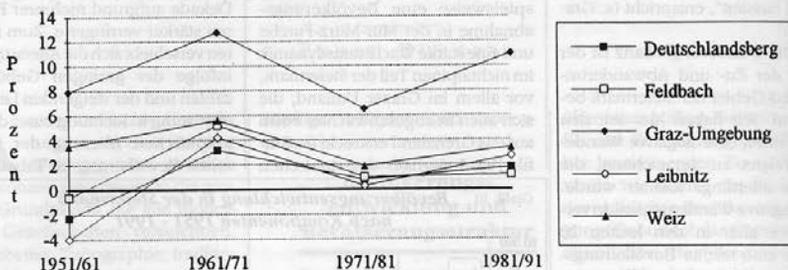
Grafik IVa **Bevölkerungsentwicklung 1951 - 2011 Industriebezirke und Graz**



Grafik IVb

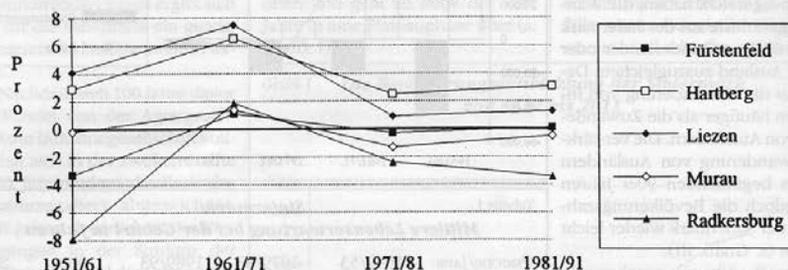
Bevölkerungsentwicklung 1951 - 2011

Grenzlandbezirke



Grafik IVc

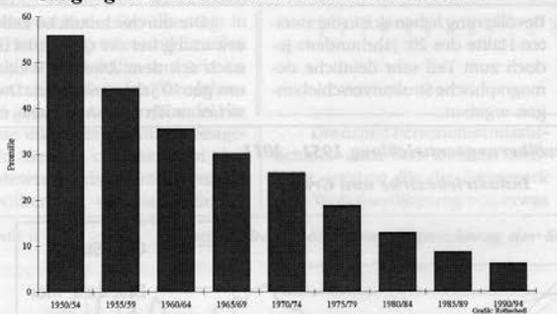
Sonstige Bezirke



Grafik V

Steiermark:

Säuglingssterblichkeit nach Perioden seit 1950/54



höheren Lebensqualität. Bei dieser Erhöhung der allgemeinen Lebenserwartung handelt es sich zum einen um eine zunehmende Chance der heute Neugeborenen, erwachsen und alt zu werden. Etwa 80% der heute Geborenen können davon ausgehen, diese durchschnittliche Lebenserwartung zu erreichen. Die gestiegene Lebenserwartung ist statistisch auch eine Folge des

deutlichen Absenkens der Säuglingssterblichkeitsrate in der Steiermark (s. Grafik V).

Es kommt zum anderen aber

auch zu einem Anstieg der ferneren Lebenserwartung älterer Menschen, jedoch verlangsamt sich dieser Anstieg gegenüber der zuletzt registrierten Dynamik. Da ein weiteres Absenken der Säuglingssterblichkeit nicht mehr in diesem Ausmaß wie bisher erfolgen kann, wird das künftige Steigen der gesamten Lebenserwartung vom Sinken der Sterblichkeit in älteren Altersgruppen abhängig sein.

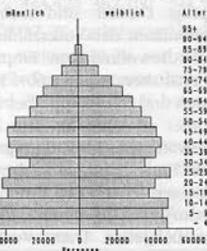
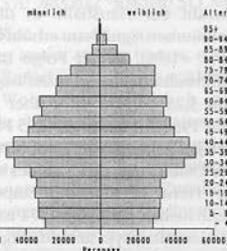
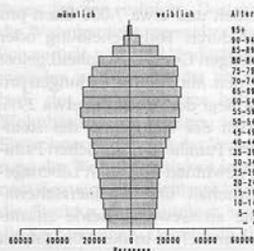
Insgesamt verschiebt sich die Altersstruktur der steirischen Bevölkerung immer mehr in Richtung höherer Altersgruppen. Als grober, aber komplexer Indikator kann das Durchschnittsalter für Veränderungen in der Altersstruktur herangezogen werden (s. Tabelle II).

Das ist kein Phänomen, das

Tabelle II **Stmk: Entwicklung des Durchschnittsalters**

Jahr	1900	1951	1991	2000	2050
Durchschnittsalter in Jahren	30	32	38	40	50

Daten: Volkszählungen, ÖSTAT Modellrechnung 1993 - 2050, mittlere Variante. Bearbeitung: LASTAT Steiermark

WOHNBEVÖLKERUNG DER STEIERMARK 1951
Nach Alter und GeschlechtWOHNBEVÖLKERUNG DER STEIERMARK 2001
Nach Alter und GeschlechtWOHNBEVÖLKERUNG DER STEIERMARK 2050
Nach Alter und Geschlecht

sich nur auf unser Bundesland beschränkt, es ist aber im Bundesländervergleich hier stärker ausgeprägt. Damit verändert sich das Bild der Alterspyramiden augenscheinlich (s. Grafik VI).

Mit solchen Altersstrukturentwicklungen sind aber niedrige Geburtenzahlen in der Zukunft voraussehen. Zur Zeit haben die vielen Erwachsenen im Elteralter, die zahlenmäßig auf die starken Geburtenjahrgänge im Babyboom der 60er Jahre zurückzuführen sind und nun um die dreißig Jahre alt sind, weit weniger Kinder als deren Eltern. Wir haben zur Zeit die zweitniedrigste Fertilitätsrate nach dem Burgenland. Wenn nun die schwachen Geburtenjahrgänge der letzten 15 bis 20 Jahre ins potentielle Elteralter kommen, wird es einmal zahlenmäßig weniger Eltern als derzeit geben. Wenn sich diese Elterngeneration nicht zu einer höheren Kinderzahl als heute entschließt, ist eben das Absinken der Geburtenzahlen unausweichlich (Grafik II/2). Aufgrund des Übergangs älterer Einwohner würden dann die Geburtenzahlen geringer sein als die Sterbefälle. Das so entstehende Geburtendefizit bedingt in weiterer Folge auch eine Abnahme der Bevölkerungszahl. Nach den derzeitigen Prognosen und Modellrechnungen würde die steirische Bevölkerung im Jahr 2040 etwa denselben Stand aufweisen wie 1946, nämlich etwa rund 1 Million Einwohner. Unterschiedlich wäre allerdings der Altersgruppenaufbau. 2040 würden etwa 50% im erwerbsfähigen Alter stehen, und 39% über 60 Jahre alt sein, während

der Kinderanteil sich auf 11% absenkt.

Familien, Haushalte, Wohnungen

Zum überwiegenden Teil steht am Beginn der Familienbildung eine Eheschließung mit nachfolgender Haushaltsgründung und der damit verbundenen Wohnversorgung.

und 60er Jahren zu einer stabilen Familienperiode mit geringen Scheidungsraten und geringen Unehelichenquoten. Danach zeigen die Daten wieder mehr Bewegung. Die Eheschließungsrate senkt sich bis zuletzt auf 5,1, die Scheidungsrate erhöht sich auf 1,8 und die Unehelichenquote steigt auf 35,6. Zugleich verändert sich die eheliche Fertilitätsrate von 78 Geburten pro

Tabelle III **Steiermark: Häufigkeit von Eheschließungen und Scheidungen pro 1000 Einwohner**

PERIODE	1946/50	1951/60	1961/70	1971/80	1981/90	1991/93
Eheschließungen	9,9	8,4	7,5	6,3	6,1	5,1
Ehescheidung	2,0	1,2	1,1	1,3	1,6	1,8

Quelle: ÖSTAT

Über 4/5 der Familien in der Steiermark haben eine aufrechte Ehe als Grundlage. Das Nuptialverhalten hat daher großen Einfluß auf die Familienbildung (s. Tabelle III).

1.000 Ehen im Jahr 1961 auf 34 im Jahr 1991 (s. Tabelle IV).

Veränderungen im Familienbildungsverhalten lassen sich auch aus dem mittleren Heiratsalter erse-

Tabelle IV **Steiermark: Fertilitätsraten der Ehen¹ und Unehelichenquoten²**

JAHR	1946	1951	1961	1971	1981	1991
Eheliche Fertilitätsrate	*	65	78	57	42	34
Unehelichenquote	26,8	20,7	15,0	15,8	26,0	35,6

* keine Daten verfügbar

1) ehelich Lebendgeborene pro 1000 Ehen.

2) Anteil der unehelich Lebendgeborenen an den Lebendgeborenen insgesamt

Quelle: ÖSTAT, LASTAT Steiermark

Nach den Turbulenzen der Nachkriegsjahre mit einer hohen Eheschließungs- aber auch hohen Scheidungsrate kam es in den 50er-

hen, das in der Stabilitätsphase relativ gering war, nun aber seit den 80er Jahren wieder steigt (s. Tabelle V).

Tabelle V **Steiermark: Mittleres Heiratsalter in Jahren**

JAHR	1952	1962	1972	1982	1992
Braut	28,3	25,6	25,1	25,4	28,2
Bräutigam	25,4	22,5	21,9	22,6	25,6

Quelle: ÖSTAT

Am Endpunkt der Entwicklung kann gesagt werden, daß in den 90er Jahren jährlich etwa durchschnittlich 6.000 Ehen geschlossen werden und etwa 7.000 Ehen pro Jahr durch Tod, Scheidung oder sonstigen Gerichtsentscheid gelöst werden. Mit 2.000 Scheidungen pro Jahr liegt der Anteil bei etwa 29%. Neben der Hauptform der steirischen Familie, der ehelichen Familie, gewinnen nun auch Lebensgemeinschaft und Alleinerzieherfamilie an Gewicht. Beide zusammen erreichen in den 90er Jahren einen Anteil von rund 20% an den Familien insgesamt (s. Tabelle VI).

läuft sehr kontinuierlich. Obwohl die Bevölkerungszahl in den letzten 10 bzw. 20 Jahren stagnierte bzw. leicht abnahm, hat sich die Anzahl der Haushalte in diesen Zeiträumen signifikant erhöht (+8% bzw. +18%). In der Folge ist die durchschnittliche Haushaltsgröße von 3,25 im Jahr 1971 über 3 im Jahr 1981 auf nunmehr 2,75 Personen gesunken. In der Beobachtung der Daten zeigt sich, daß der stärkste Trend in Richtung Einpersonenhaushalt geht. Seit 1971 ist dieser Haushaltstyp anteilmäßig von 20% auf 26% gestiegen. Am stärksten verbreitet sind allerdings noch

nicht unbedingt ein Phänomen der jüngeren Generation allein, sondern wird vielmehr durch die steigende Zahl älterer Personen geprägt. Derzeit sind nach den Ergebnissen der Volkszählung 1991 die Bewohner von Einpersonenhaushalten zu etwa 60% Pensionisten und nur knapp über 20% sind unter 40 Jahre alt. Die Zahl der Privathaushalte wird aufgrund dieser Entwicklungen auch weiterhin steigen - nach den Prognosen bis zum Jahr 2020 - und sodann wieder zurückgehen. Diese Vorausschätzungen sind insofern von Bedeutung, als die Zahl der Privathaushalte

Tabelle VI

Familienstrukturen in der Steiermark

Jahr	1971	1981	1991
Familien insgesamt	302.702	312.204	329.100
mit und ohne Kinder			
Anteile	100 %	100 %	100 %
Eheliche Familien	263.399	255.759	260.600
mit und ohne Kinder			
Anteile	87,0 %	81,9 %	79,2 %
Lebensgemeinschaft	2.008	13.033	22.000
mit und ohne Kinder			
Anteile	0,7 %	4,2 %	6,7 %
Alleinerzieherfamilie	37.295	43.412	46.500
Anteile	12,3 %	13,9 %	14,1 %
Familien ohne Kinder	85.533	87.041	103.500
Anteile	28,3 %	27,9 %	31,4 %
Familien mit Kinder	217.169	225.163	225.600
Anteile	71,7 %	72,1 %	68,6 %
Durchschnittliche Kinderzahl bezogen auf alle Familien	1,47	1,38	1,20

Quelle: VZ-Ergebnisse 1971, 1981, MZ-Ergebnis 1991, Bearbeitung: LASTAT Stmk.

Die Zahl der Familien steigt weiter an, wenn auch die Familiengröße abnimmt. Dies wirkt sich auch auf die Haushaltsentwicklung aus.

Die Entwicklung der Haushaltsanzahl in der Steiermark ver-

immer die Zweipersonenhaushalte mit etwas über 26%, deren Anteil ebenfalls gestiegen ist. Einen stark sinkenden Trend haben hingegen die Zahlen der Haushalte mit 5 und mehr Personen. Der Trend zu den Einpersonenhaushalten ist aber

halte für die Konsumnachfrage, aber auch für den Bedarf an Wohnungen von Bedeutung ist (s. Tabelle VII).

Seit 1951 ist die Zahl der Privathaushalte bis 1991 um 35,8% gestiegen und wird bis zum Jahr

Tabelle VII

Steiermark:
Entwicklung der Privathaushalte

1951	1961	1971	1981	1991	2000	2010	2020
313.313	333.424	362.100	394.584	425.570	483.612	504.840	511.548

Quelle: ÖSTAT, VZ-Ergebnisse und Modellrechnung

2020 um weitere 20,2% steigen. Der Anteil der Einpersonenhaushalte wird 2020 etwa 27 % betragen.

Überproportional zur Bevölkerungsentwicklung und der Entwicklung der Privathaushalte ist seit 1951 jedoch die Zahl der Wohnungen gestiegen (s. Tabelle VIII).

wesen immer stärker hervor, nämlich die Befriedigung des qualitativen Wohnungsbedarfs, d. h. der Ersatz bzw. die Verbesserung schlecht ausgestatteter Wohnungen sowie, besonders in den letzten Jahrzehnten, die starke Zunahme der Zweitwohnungen. Die Entwicklung führte aber auch dazu, daß

bautätigkeit nach Gemeindegrößenklassen ergibt, daß noch relativ hohe Neubauleistungen in den 60er und 70er Jahren, vor allem in größeren Städten, erfolgte. Dort ging die Wohnbauleistung seither deutlich zurück, während ländliche Gemeinden und Kleinstädte im Verlauf der 80er Jahre eine höhere Wohnbauleistung bezogen auf die Einwohner hatten. Mit der Verlagerung der Wohnbautätigkeit in kleinere Gemeinden änderten sich auch die Struktur der Bauträger sowie die Rechtsformen. Damit ging aber

Tabelle VIII

Steiermark:
Bevölkerungsentwicklung, Privathaushaltsentwicklung und Wohnungsbestandsentwicklung

	1951*	Veränd.	1961*	Veränd.	1971	Veränd.	1981	Veränd.	1991	V.51-91
Bevölk.	1109335	2,6%	1137865	5,0%	1195023	-0,7 %	1186525	-0,2%	1184720	6,8%
Haush.	313313	6,4%	333424	8,6%	362100	9,0%	394584	7,9%	425570	35,8%
Wghen	304821	4,7%	319270	16,5%	372028	14,3%	425076	10,5%	469527	54,0%

* 1951: benutzbare Wohnungen, 1961: Normalwohnungen

Quelle: ÖSTAT- VZ/HWZ 1951-91, Bearbeitung LASTAT Steiermark

Daraus ist zu ersehen, daß die steirische Bevölkerung von 1951 bis 1991 um 75.385 Personen gestiegen ist, in diesem Zeitraum aber ein Nettozuwachs an Wohnungen in der Größenordnung von 164.703 zu errechnen ist. Das würde vereinfacht ausgedrückt bedeuten, daß für jeden neu hinzugekommenen steirischen Einwohner zwei Wohnungen entstanden sind. Dieses Ergebnis ist vor allem von zwei Entwicklungen geprägt. Aufgrund der umfangreichen Kriegsschäden, die eine große Wohnungsnot nach Ende des Zweiten Weltkrieges hervorriefen, waren die primären Anstrengungen der Wohnungswirtschaft bis zum Ende der 50er Jahre auf den Abbau des rein quantitativen Wohnungsdefizites ausgerichtet. Dabei galt das Postulat „jeder Familie eine Wohnung“. Diese Periode des Wiederaufbaus kann bis 1960 als abgeschlossen bezeichnet werden. Ab diesem Zeitpunkt treten zwei Momente im Wohnungs-

nach der Häuser- und Wohnungszählung 1991 für 425.570 Privathaushalte in der Steiermark 419.603 Hauptwohnsitzwohnungen zur Verfügung stehen. Daraus ergibt sich, daß etwa 6.000 Wohnungen Mehrfachhaushalte versorgen. Die Zahl der Mehrfachhaushalte hat sich aber gegenüber 1981 um 2.000 verringert. Zudem hat sich die Zahl der Hauptwohnsitzwohnungen seit 1981 um 33.000 erhöht, die Zahl der Privathaushalte jedoch nur um 31.000. Dies alles deutet auf eine entscheidende Verbesserung im Hinblick auf die Abdeckung des objektiven Wohnungsbedarfs hin.

Mit der Verlagerung des Bevölkerungswachstums von den Ballungs- und Industriegebieten hin zu den nichtalpinen Gebieten der Steiermark ab den 70er Jahren veränderte sich auch die Wohnbautätigkeit. Bis 1961 (Industrialisierung) verlief die Verlagerung umgekehrt (s. Tabelle IX).

Die Veränderung der Wohn-

auch der Geschoßwohnbau, insbesondere der Bau von Eigentumswohnungen, zurück. In den Städten und Ballungsräumen führten die nunmehr einsetzenden Anstrengungen im Bereich der Stadterneuerung und Wohnungsverbesserung zur Verringerung des eher billigen Altbwohnbestandes.

Die Entwicklung in den vergangenen 20 Jahren brachte mit sich, daß die Ein- oder Zweifamilienhäuser bei steigender Tendenz nunmehr das Gros der Gebäude ausmachen. Im Detail waren 1991 genau 175.454 der gezählten Gebäude Ein- oder Zweifamilienhäuser. Das ist bezogen auf alle Gebäude ein Anteil von 60,8%, bezogen auf nur Wohngebäude bereits einer von 70,5%. Während die Zuwachsraten aller Gebäude seit 1971 mit 35,5% zu errechnen ist, weist diese bei den Ein- oder Zweifamilienhäusern einen überproportionalen Wert von 52,9% auf. Man kann ruhig auch in der Steiermark die

Tabelle IX

Steiermark:
Regionale Bevölkerungsanteile in Prozent

	Industriebezirke ¹	Nichtalpine Bezirke ²	Graz-Stadt	Nordwestliche Bezirke ³
1869	23,6	52,3	13,2	10,8
1961	29,8	40,0	20,8	9,4
1991	27,0	43,3	20,1	9,6

1) Bruck, Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Mürzzuschlag, Voitsberg

2) Deutschlandsberg, Feldbach, Fürstenfeld, Graz-Umgebung, Hartberg, Leibnitz, Radkersburg, Weiz

3) Liezen, Murau.

Quelle: VZ-Daten, LASTAT Steiermark

Zeit von 1971 weg als Periode des Häuslbauens bezeichnen. In den regionalen Unterschieden bestätigt sich das vorhin Gesagte. Während in den städtischen Bezirken die

in Zusammenhang gebracht und international verwendet werden, gelten Dichtewerte der Hörfunk- und Fernsehbelegungen oder des PKW-Bestandes.

auch den Trend zum Zweitauto wider, selbst wenn man berücksichtigt, daß in den PKW-Bestandszahlen auch Firmenautos enthalten sind (s. Tabelle XI).

Tabelle X

Steiermark:
Dichte der Hörfunk- und Fernsehbelegungen

JAHR	Hörfunkbelegungen			Fernsehbelegungen		
	ABSOLUT	PRO 10.000 EINWOHNER	PRO 10.000 PRIVATHAUSHALTE	ABSOLUT	PRO 10.000 EINWOHNER	PRO 10.000 PRIVATHAUSHALTE
1951	196.195	1.768	6.261	-	-	-
1955	239.618	2.160	7.648	95	1	3
1965	302.979	2.663	9.087	81.271	714	2.437
1975	319.264	2.672	8.817	273.648	2.296	7.557
1985	396.267	3.340	10.043	360.166	3.035	9.128
1992	429.553	3.625	10.093	391.840	3.307	9.207

Quelle: ÖSTAT (Statistische Handbücher für die Republik Österreich, diverse Jahrgänge), Bearbeitung: LASTAT Stmk.

Anteile der Ein- oder Zweifamilienhäuser in den letzten 20 Jahren eher gleich geblieben sind, gibt es in den nichtalpinen Bezirken teilweise Steigerungen um 10 oder mehr Prozentpunkte.

Hand in Hand mit diesen Entwicklungen zeigt sich auch ein Trend, daß, obwohl die Haushalte kleiner wurden, die Wohnungsgröße und Qualitätsansprüche stiegen. Die Tendenz zum Eigenheimbau und die starken Sanierungsleistungen haben zu enormen Qualitätsverbesserungen im Wohnen geführt. Seit 1981 betrug der Zuwachs bei Wohnungen mit Bestausstattung 67%, während Wohnungen im Substandard eine Abnahmerate von 51% verzeichneten. Der Preis dafür war, daß sich der durchschnittliche Aufwand für Hauptwohnsitzmietwohnungen im vergangenen Jahrzehnt verdoppelt hat.

Im Zuge einer Wohlstandsentwicklung prägte sich somit auch der Trend aus, die Wohnversorgung mit einer Kapitalanlage zu verbinden. In den 80er Jahren stiegen die Zahlen bezüglich des Hauseigentums des Wohnungsbesitzers um 10%, bezüglich des Wohnungseigentums selbst um 43%. Der Anteil der im Eigentum des Benutzers stehenden Wohneinheiten an den gesamten Hauptwohnsitzwohnungen stieg dadurch von 56,2% im Jahr 1981 auf 60,1% im Jahr 1991.

Als weitere Wohlstandsindikatoren, die mit Privathaushalten oft

Verfügen in den frühen 50er Jahren nur zwei Drittel der Privathaushalte über eine Hörfunkbelegung, lassen die Daten den Schluß zu, daß seit den 80er Jahren eine nahezu 100%ige Ausstattung erreicht wurde. Die Fernsehbelegungen stiegen von praktisch Null in den 50er Jahren vor allem in den 60er- und 70er Jahren sprunghaft an, sodaß in den 90er Jahren eine Deckungsquote von 92% der Privathaushalte erreicht wurde. Bezogen auf die Bevölkerung bedeutet dies, daß auf etwa drei Einwohner eine Fernsehbelegung fällt (s. Tab X). Der PKW-Bestand hat sich

Bildung

Grundsätzlich ist ein deutlicher Trend zur weiterführenden Ausbildung und ab den Siebzigerjahren auch zu höheren und höchsten Ausbildungsstufen erkennbar. Mit den Schulreformen in den Siebzigerjahren kam es zu einer breiteren Fächerung und Spezialisierung des Ausbildungsangebots im weiterführenden Bereich. Dies war mithin ein Grund, daß Lehrer- und Klassenzahlen überproportional stiegen.

1951 verteilten sich 155.754 Schüler auf 1.215 Schulen mit 5.963

Tabelle XI

Steiermark:
Dichte des PKW-Bestandes

JAHR	Personenkraftwagen und Kombi		
	ABSOLUT	PRO 10.000 EINWOHNER	PRO 10.000 PRIVATHAUSHALTE
1951	6.727	61	215
1961	62.492	549	1.874
1971	190.807	1.597	5.269
1981	350.085	2.951	8.872
1991	472.702	3.990	11.108
1993	520.422	4.328	12.229

Quelle: ÖSTAT Bearbeitung: LASTAT Steiermark

seit dem Zweiten Weltkrieg vierhundertfach und weist am Beginn der 90er Jahre etwas mehr als eine halbe Million Fahrzeuge auf. Er steigt kontinuierlich weiter an, sodaß in Bälde ein PKW auf zwei Einwohner fallen wird. Die Dekkung mit den Privathaushalten wurde in den 80er Jahren erreicht. Die Zahlen der 90er Jahre spiegeln

Klassen und 9.208 Lehrern. 1994 sind es 181.561 Schüler in 1.121 Schulen mit 8.409 Klassen und 18.188 Lehrern. Kamen 1951 durchschnittlich 17 Schüler auf einen Lehrer, und 26 Schüler auf eine Klasse, verringerten sich diese Maßzahlen 1994 auf 10 Schüler pro Lehrer und 22 Schüler pro Klasse. Daß sich die Lehrerzahl fast ver-

doppelte, hat neben der Spezialisierung des Bildungsangebots auch den Grund, daß die Schülerzahlen nach dem Babyboom auf 201.000 im Jahr 1971 stiegen, wodurch die durchschnittliche Schülerzahl pro Lehrer auf 22 stieg und auf eine Klasse 31 Schüler kamen. Die jeweils höchste abgeschlossene Ausbildung der Bevölkerung zu den Volkszählungstagen ergibt ein Zahlenbild über die Verschiebungen in der Bildungsstruktur der Steirerinnen und Steirer (s. Tabelle XII).

1991 waren 4,5 Prozent der dem Pflichtschulalter entwachse-

nahm der Anteil jener, die nach der Pflichtschule keine der genannten Ausbildungen genossen haben, von etwa 75 Prozent in den Fünfzigerjahren auf 43 Prozent 1991 ab.

Die höheren Bildungsebenen sind zwar immer noch eine Domäne der Männer, jedoch schließt sich die Schere zuletzt sehr deutlich. Gab es beispielsweise in den Fünfziger- und Sechzigerjahren noch wenige Akademikerinnen (0,4 Prozent der Wohnbevölkerung über 14 Jahre), so hat sich der Anteil in nur zwei Jahrzehnten verzehnfacht. Bezüglich des Bevölkerungsanteils mit einer AHS-Matura gab es bei-

gestiegen. Dabei rückten natürlich auch immer besser ausgebildete Bevölkerungsteile in höhere Altersklassen vor. Durch die Verlängerung der Ausbildung kommt es naturgemäß zu einem späteren Eintritt in das Erwerbs- beziehungsweise Berufsleben.

Erwerb, Beruf, Wirtschaft

Der Anteil aller Berufstätigen (Selbständige, Mithelfende, Unselbständige, Arbeitsuchende, Karenzierte und Präsenzdienere) an der gesamten Wohnbevölkerung - das

Tabelle XII

Steiermark: Bildungsstruktur der Wohnbevölkerung über 14 Jahre in Prozent

Höchste abgeschlossene Schulbildung:		allgemeine Pflichtschule Lehre und Fachschule	AHS	BHS	Hochschule u. hochschulverw. Ausbildg
Jahr	Geschlecht				
1951	männlich	91,8	2,4	2,7	2,7
	weiblich	96,0	1,3	1,9	0,4
	zusammen	94,4	1,9	2,3	1,5
1961	männlich	92,1		5,3	2,6
	weiblich	96,4		3,2	0,4
	zusammen	94,4		4,1	1,5
1971	männlich	88,9	3,8	2,3	2,9
	weiblich	95,3	2,4	1,7	0,7
	zusammen	93,2	3,0	2,0	1,7
1981	männlich	89,2	3,9	2,9	4,1
	weiblich	92,8	3,3	1,9	2,1
	zusammen	91,0	3,6	2,4	3,0
1991	männlich	85,2	4,7	4,7	5,4
	weiblich	88,7	4,3	3,3	3,9
	zusammen	86,9	4,5	4,0	4,6

Quelle: VZ-Ergebnisse, Bearbeitung: LASTAT Steiermark

nen Bevölkerung Akademiker in der Steiermark. Dieser Anteil hat sich seit 1951 verdreifacht. 8,5 Prozent haben bis zum Volkszählungstagen 1991 ihre Ausbildungslaufbahn mit einer Matura abgeschlossen. 1951 waren es 4,2 Prozent, sodaß in diesem Bereich seither eine Verdoppelung stattfand. 10,2 Prozent besuchten zuletzt erfolgreich eine Fachschule gegenüber 4,6 Prozent 1951. 33,8 Prozent gaben als höchste Bildungsebene eine absolvierte Lehre an, wobei auch dieser Anteil permanent stieg und sich seit den Fünfzigerjahren ebenfalls verdoppelte. Andererseits

spielsweise 1991 anteilmäßig kaum mehr Unterschiede unter den Geschlechtern (männlich: 4,7 Prozent, weiblich: 4,3 Prozent). Generell ist ein Anwachsen des Anteils von Personen mit einer weiterführenden Ausbildung vor allem gegenüber 1971 in fast allen Altersgruppen zu beobachten. Der Löwenanteil des Bildungszuwachses findet sich naturgemäß aber noch in den jüngeren Altersgruppen. Immerhin beginnt derzeit in der Steiermark etwa jeder sechste eines Geburtsjahrganges mit einem Studium.

Gegenüber 1951 ist das Bildungsniveau des Landes gewaltig

ist die allgemeine Erwerbsquote - gibt nach dem Geschlecht gegliedert ein grobes Strukturmaß. Die spezielle Erwerbsquote nach den Altersgruppen bezogen auf die gleichaltrige Wohnbevölkerung zeigt jedoch die signifikanten Veränderungen (s. Tabelle XIII u. XIV).

Die allgemeine Erwerbsquote als Strukturmaß zeigt, daß die Erwerbsbeteiligung in der Phase des Wiederaufbaues ihren bisherigen Höchststand hatte. Sie ist an der Wende zu den Siebzigerjahren auf 40 Prozent gesunken und steigt seither wieder an. Die altersmäßig abgegrenzte spezielle Erwerbsquote

Tabelle XIII **Steiermark: Allgemeine Erwerbsquoten**
Erwerbstätige insgesamt in Prozent der Gesamtbevölkerung

JAHR/GESCHLECHT	1951	1961	1971	1981	1991
männlich	62,75	59,61	52,89	55,82	55,89
weiblich	35,83	33,93	28,44	32,77	35,49

Quelle: VZ Ergebnisse

Tabelle XIV **Steiermark: Spezielle Erwerbsquoten**
Erwerbstätige im Alter von 15 bis 65 Jahren
in % an der gleichaltrigen Bevölkerung

JAHR/GESCHLECHT	1951	1961	1971	1981	1991
männlich	93,5	90,6	84,7	83,9	79,3
weiblich	51,7	51,2	45,8	51,1	54,6

Quelle: VZ Ergebnisse (1951: Schätzung).

zeigt jedoch einen kontinuierlichen Rückgang bei den Männern, während bei den Frauen nach einem Rückgang bis 1971 wieder eine steigende Tendenz zu sehen ist. Interessant ist der ähnliche Zeitreihenverlauf bei den Erwerbsquoten und den Scheidungsraten.

Die Entwicklung und Veränderung der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten ist in der Grafik VII dargestellt.

Sehr deutlich kommen nach dieser Grafik die Trends zu einem späteren Eintritt ins Erwerbsleben und zur früheren Pensionierung hervor.

Durch alle Perioden erreichen die Erwerbsquoten der Männer im Alter von 30 bis 50 Jahren ihre Spitzenwerte, wo fast alle Männer erwerbstätig sind. Diese Spitze ist hingegen bei den Frauen im Alter von 20 bis 25 Jahren gegeben. In

dieser Altersgruppe sind heute drei Viertel der Frauen erwerbstätig, während es bis 1961 nur zwei Drittel waren. Bei den Frauen hat sich zuletzt (1991) in der Grafik die danach folgende Einbuchtung der Familienbildungsphase, die 1961 aber auch 1971 noch deutlich sichtbar ist, aufgelöst. Ein Grund dafür ist sicherlich die Verlängerung der Karenzurlaubszeit und der Trend zu einem rascheren Wiedereinstieg in das Berufsleben.

Einer der wichtigsten Indikatoren zur Kennzeichnung der Berufstätigen selbst ist ihre Stellung im Beruf. Dieses Merkmal gliedert die Berufstätigen nach „Selbständige“, „Mithelfende“, „Unselbständige“ und letztere in „Angestellte“ und „Arbeiter“. Insgesamt gab es 1951 539.825 und 1991 533.103 Berufstätige, wobei diese Zahlen bis 1971 sanken (478.552) und danach wieder stiegen. Die Anteilsverschiebungen innerhalb der Berufstätigen seit 1951 sind in der folgenden Tabelle wiedergegeben (s. Tabelle XV).

Augenscheinlich dabei ist der Trend zu unselbständiger Arbeit. Waren 1951 knappe 6/10 aller Berufstätigen unselbständig tätig, so sind es in den Neunzigerjahren nahezu 9/10. Parallel dazu haben die Anteile der Selbständigen abgenommen. Entscheidend aber für die Entwicklung war die Anteilsverschiebung bei den Mithelfenden. Dazu ist anzumerken, daß ab den Siebzigerjahren immer mehr Mithelfende angemeldet und somit unselbständig Erwerbstätige wurden, aber auch, daß, wie nachfolgende Untersuchungen zeigten, ab den Siebzigerjahren, mithelfende Bäuerinnen von Nebenerwerbslandwirten sich als Selbständige bei

Grafik VII **Steiermark: Erwerbsquoten**
nach Alter und Geschlecht 1961, 1971, 1981, 1991

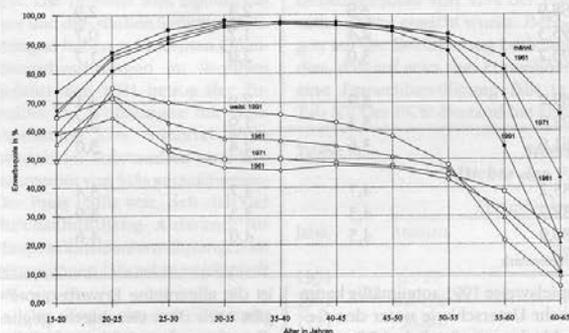


Tabelle XV **Steiermark:**
Gliederung der Berufstätigen nach der Stellung im Beruf nach Anteilen in Prozent

Stellung im Beruf:	Selbständige	Mithelfende	Unselbständige			
			Gesamt	Ang./Beamte	Arbeiter	Lehrling ¹
JAHR						
1951	18,1	23,4	58,5	15,5	40,4	2,6
1961	16,8	17,7	65,4	21,0	39,7	4,7
1971	15,3	9,7	74,9	29,6	45,3	—
1981	13,9	2,4	83,8	37,8	46,0	—
1991	11,0	1,7	87,3	43,0	44,3	—

D seit 1971 zugeordnet

Quelle: VZ-Ergebnisse, Bearbeitung: LASTAT Steiermark

den Volkszählungsbefragungen einstuften. Die Verlagerung der unselbständigen Tätigkeiten von den Arbeitern zu den Angestellten ist aus der Tabelle ebenfalls ersichtlich. Mit der Aufteilung der Lehrlinge auf beide Gruppen wird dies jedoch nicht so deutlich. Nimmt man die Daten der Arbeitsmarktverwaltung, so verteilen sich die Anteile im Jahr 1992 bereits zu 44 Prozent auf Arbeiter, 50 Prozent auf Angestellte und 6 Prozent auf Lehrlinge.

Die Daten aus der Arbeitsmarktverwaltung geben in der nachfolgenden Tabelle einen komprimierten Überblick über Stärke und Marktsituation der unselbständig Beschäftigten (s. Tabelle XVI).

gleitet ist. Sie wird dort stärker, wo durch mehr Kapitaleinsatz eine Produktionssteigerung erzielt werden muß oder kann, beziehungsweise Produkte das Ende ihrer Zyklusphase erreicht haben. In Europa kam diese Entwicklung bedingt durch die Folgen des Wiederaufbaus erst 15 bis 20 Jahre später als in Nordamerika zum Tragen. Überall kam es in den Siebzigerjahren vermehrt zur Verlagerung der Beschäftigung zum tertiären Sektor. Der sogenannte Tertiärisierungsgrad wird vielfach auch als Maßzahl für Entwicklungen herangezogen. Aus einigen statistischen Daten kann gezeigt werden, daß dieser Übergangsprozeß auch in der

Aus diesen Grafiken ist eindeutig zu ersehen, welche Bedeutung unter den Berufstätigen der tertiäre Sektor seit den Siebzigerjahren gewonnen hat. Bei den unselbständig Beschäftigten hat der Tertiärssektor Mitte der Siebzigerjahre den sekundären Sektor anteilmäßig eingeholt, wobei sich seither die Schere weiter öffnete. Berücksichtigt man, daß im selben Zeitraum die Gesamtbeschäftigung um etwa 64.200 Personen gestiegen ist, der Tertiärssektor jedoch um 83.600 unselbständig Beschäftigte zugenommen hat, so wird deutlich, daß dieser Beschäftigtenzuwachs insgesamt ausschließlich vom tertiären Sektor getragen wur-

Tabelle XVI **Arbeitsmarktdaten im Jahresdurchschnitt 1951, 1961, 1971, 1981, 1991**

Jahresdurchschnitt	UNSELBSTÄNDIG BESCHÄFTIGTE			VORGEMERKTE ARBEITSLOSE			OFFENE STELLEN	ARBEITSLOSEN RATEN IN %		
	gesamt	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich		ges./männl./weibl.		
1951	301.487	217.404	84.083	15.879	—	—	4.458	5,2	—	—
1961	333.964	229.243	104.721	12.736	6.579	6.157	4.683	3,8	2,9	5,9
1971	346.094	231.193	114.901	8.517	3.537	4.980	6.333	2,4	1,5	4,1
1981	390.541	244.338	146.203	11.608	6.782	4.826	2.462	2,9	2,7	3,2
1991	404.815	245.288	159.526	30.931	16.740	14.191	6.591	7,1	6,4	8,2

Quelle: Arbeitsmarktverwaltung, Bearbeitung: LASTAT Steiermark.

Signifikant verändert hat sich auch in der Steiermark die sektorale Struktur von Beruf und Wirtschaft. Seit den Fünfzigerjahren hat sich die Theorie von Fourastie und Clark bezüglich der sektoralen Struktur der Volkswirtschaften durchgesetzt. Die statistischen Gliederungen nach den Gesichtspunkten eines primären (Landwirtschaft und Urproduktion), sekundären (Industrie und Warenproduktion) und eines tertiären (Dienstleistungen) Sektors wurde bald darauf üblich. Im historischen Ablauf verschieben sich die Gewichtungen der drei Sektoren eindeutig vom primären Sektor (Agrargesellschaft) über den sekundären (Industriegesellschaft) nun zum tertiären Sektor (Dienstleistungsgesellschaft). Mit dem Wachstum der Dienstleistungen kommt es zu einer Verlagerung der Arbeit und der Arbeitskräfte, vor allem vom Sekundärsektor zum Tertiärssektor, wobei sich auch die Arbeitsbedingungen ändern. Generell wird beobachtet, daß diese Phase auch mit einer steigenden (strukturellen) Arbeitslosigkeit be-

Steiermark vor allem in den Siebzigerjahren deutlicher wurde (s. Grafik VIII u. IX).

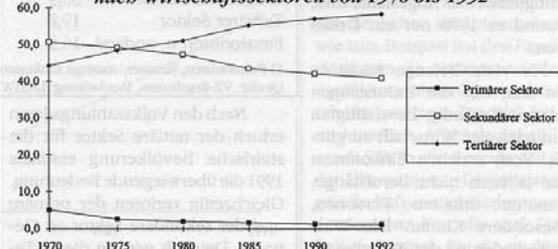
de und dieser auch die abgebauten Beschäftigten aus dem primären und sekundären Sektor aufzuan-

Grafik VIII **Steiermark: Anteile der Berufstätigen nach Wirtschaftssektoren 1971 - 1991**



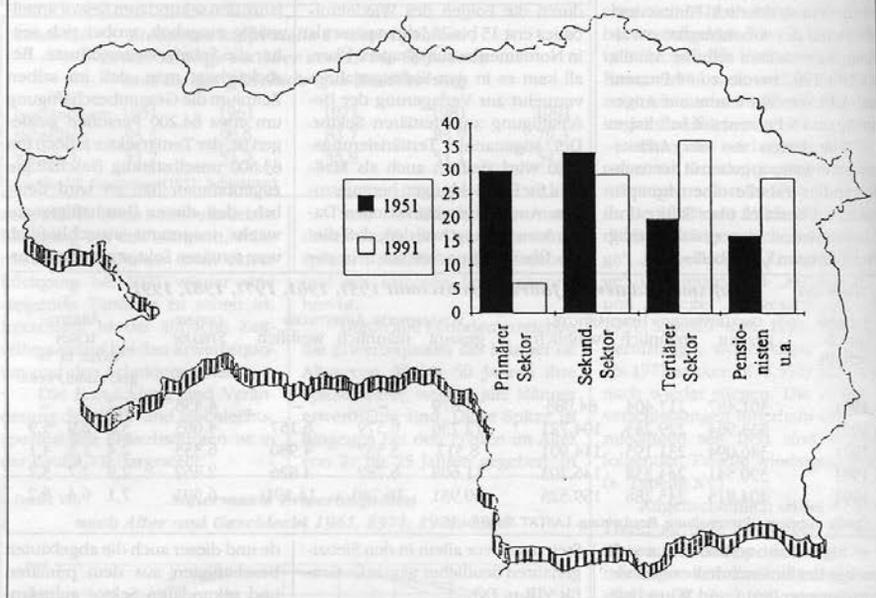
Quelle: VZ-Ergebnisse, Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Grafik IX **Anteil der unselbständig Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren von 1970 bis 1992**



Quelle: AKStmk, Hauptverb. d. Sozialversicherungsträger, Bearbeitung: LASTAT Stmk

Gliederung der Wohnbevölkerung nach Wirtschaftssectoren und Pensionisten in Prozentanteilen Gegenüberstellung 1951 - 1991



gen hat. Wie schon erwähnt, ist mit dieser Entwicklung aber auch eine Verschiebung unter den Berufssparten bei den unselbständig Beschäftigten einhergegangen. Der Rückgang der Arbeiterzahlen seit 1970 betrug bis 1992 eine Größenordnung von etwa 10.000, wo hingegen der Anstieg der Angestelltenzahlen im selben Zeitraum eine Größenordnung von 77.000 ausmachte. Das ergab eine Strukturverschiebung insofern, als nun die Hälfte aller unselbständig Beschäftigten bereits Angestellte sind, während es 1970 nur ein Drittel waren.

Für viele Belange reicht es nicht aus, nur die Berufstätigen oder unselbständig Beschäftigten allein nach der Wirtschaft zu gliedern. Vom erzielten Einkommen leben ja auch nicht Berufstätige, sogenannte erhaltene Personen, insbesondere Kinder. Die Wirtschaftsgliederung der Wohnbevölkerung ist mit jener der Berufstätigen

auch aus einem anderen Grund nicht vergleichbar, da die Pensionisten und andere Gruppen ebenfalls über ein Einkommen verfügen und zusammen mit den von ihnen erhaltenen Personen eine eigene Tabellenposition bilden (s. Tabelle XVII).

nußempfänger und die von ihnen erhaltenen Personen anteilmäßig sukzessive dazugewannen, sodaß sie nunmehr beinahe schon ein gleiches Gewicht haben wie der sekundäre Sektor.

Vergleicht man die Entwicklung der Strukturanteile an den

Tabelle XVII
**Gliederung der Wohnbevölkerung
nach Wirtschaftssectoren und Pensionisten
in Prozentanteilen**

Jahr/Sektor	1951	1961	1971	1981	1991
Primärer Sektor	30,0	22,6	14,8	9,2	6,2
Sekundärer Sektor	33,9	36,1	35,7	34,6	29,1
Tertiärer Sektor	19,8	21,3	25,8	31,8	36,3
Pensionisten u. andere ¹⁾	16,3	20,0	23,8	24,4	28,3

¹⁾ Pensionisten, Rentner, sonstige Einkommensempfänger, unbekannt.

Quelle: VZ-Ergebnisse, Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Nach den Volkszählungsdaten erhielt der tertiäre Sektor für die steirische Bevölkerung erstmals 1991 die überwiegende Bedeutung. Gleichzeitig verloren der primäre und der sekundäre Sektor an Gewicht. Deutlich wird in dieser Tabelle aber auch, daß die Ruhege-

Berufstätigen mit ausgewählten Industrieländern, so fällt eine weitgehende Parallelität in Richtung eines Strukturwandels beziehungsweise einer Tertiärisierung auf. In der folgenden Tabelle werden zeitlich in etwa vergleichbar die Anteilspositionen der Steiermark mit je-

Tabelle XVIII

Steiermark:
Sektorale Gliederung der Berufstätigen im Vergleich
Anteile in Prozent

Einbeit:	EU		Ö		Stmk	
	1980	1990	1980	1990	1981	1991
primär	12,5	9,2	10,5	7,9	12,4	8,6
sekundär	35,3	30,8	40,3	36,8	42,2	37,7
tertiär	52,2	60,0	49,2	52,9	45,4	53,7

Quelle: OECD (EU und Österreich), VZ-Ergebnisse (Steiermark),
Bearbeitung: LASTAT Steiermark

nen von Österreich und der EU verglichen (s. Tabelle XVIII).

Der primäre Sektor läßt sich in der Steiermark durchaus mit jenem

im EU-Durchschnitt, der durch traditionelle Agrarländer geprägt ist, vergleichen. Der sekundäre Sektor liegt naturgemäß aufgrund der Wirt-

schaftsstruktur der Steiermark höher als im EU- und Österreichschnitt. Wie aber auch zu sehen ist, hat die Steiermark im letzten Jahrzehnt einen deutlichen Tertiärisierungsschub erhalten.

Diese Verlagerungen zeigen sich auch in der steirischen Bruttowertschöpfung der einzelnen Sektoren (s. Grafik X).

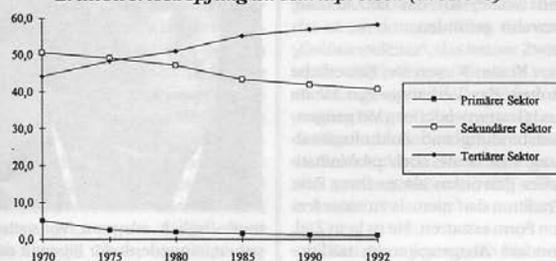
Nach dieser Grafik ist eindeutig zu sehen, daß bei uns bereits Anfang der Siebzigerjahre die Bruttowertschöpfung des Dienstleistungssektors anteilmäßig jene des Produktionssektors überholte, die Abstände jedoch seit Mitte der Achtzigerjahre gleichblieben. Im Gegensatz dazu ist aus der entsprechenden Grafik von vorher zu sehen, daß bei den unselbständig Beschäftigten erst Mitte der Siebzigerjahre der Tertiärsektor den Sekundärsektor anteilmäßig einholte und die Schere sich seither aber weiter öffnet.

Im gesamten gesehen zeigt die Bruttowertschöpfung zu laufenden Preisen der steirischen Wirtschaft folgendes Bild (s. Grafik XI):

Die nunmehr vorliegenden Volkszählungsdaten geben auch die Möglichkeit, diese Bruttoinlandsproduktentwicklung je Berufstätigem darzustellen (s. Grafik XII).

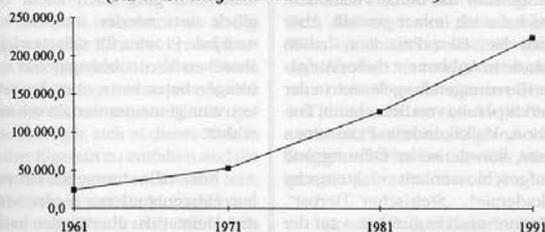
Grafik X

Steiermark:
Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen (in Mio. S)



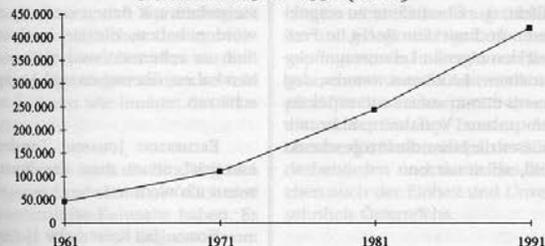
Quelle: ÖROK, Wifo. Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Grafik XI **Bruttoinlandsprodukt d. Steiermark 1961 - 1991**
(NPW zu laufenden Preisen in Mio. S)



Quelle: ÖROK, Wifo. Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Grafik XII **Bruttoinlandsprodukt je Berufstätigem,**
Steiermark 1961 - 1991 (in ÖS)



Quelle: ÖROK, Wifo. Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Schlußbemerkung

Es ist nicht möglich, im vorgesehenen Rahmen einen umfassenden Überblick über Einzelergebnisse der amtlichen Statistik zu geben. Die ausgewählten Kapitel und ihre Zahlenbilder zeigen jedoch deutlich, daß die steirischen Entwicklungen im wesentlichen konform mit jenen der modernen Gesellschaften verlaufen. In einigen Bereichen sind sie moderater, wie zum Beispiel bei den Familienstrukturen, in anderen wiederum signifikanter als im Österreichdurchschnitt, wie zum Beispiel bei der strukturellen Arbeitslosigkeit. Generell fällt in die Periode seit 1945 der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft mit Veränderungen in der Sozialstruktur, die nach Daniel Bell wesentlich für die nachindustriellen Gesellschaften sind.

ERZHERZOG JOHANN UND HANNS KOREN

Ein Gespräch

MANFRED PRISCHING



KOREN: Sie wissen ja, Kaiserliche Hoheit, daß Ihr Standbild auf dem Grazer Hauptplatz zu finden ist und daß die Erinnerung an Ihr Wirken in unserem steirischen Lande lebendig ist. Nach so langer Zeit sind Sie, nicht zuletzt durch Ihre Ausseer Heirat, ganz einfach „populär“.

ERZHERZOG JOHANN: Ich habe meine treuen Steirer immer sehr gemocht, aber diese Treue der Menschen rührt mich über alle Maßen.

KOREN: Worin sich unsere Zeit so schwertut, das scheint in Ihrem Leben, verehrter Prinz, so wunderbar sich zu fügen: Bauer am Brandhof, Radmeister in Vordernberg, Reichsverweser in Frankfurt, Bürgermeister in Stainz - diese Verbindung der beiden Elemente: einerseits Verständnis für die Tradition des Volkes, andererseits eine welt-offene und zukunftsorientierte Gesinnung.

ERZHERZOG JOHANN: Ich habe Ihnen, Herr Präsident, ja sehr zu danken, daß Sie - als Initiator und geistiger Mittelpunkt - die erste Landesausstellung der Steiermark

im Jahr 1959 meinem Gedenken gewidmet haben, und dann noch einmal die schöne Exposition 1982 im Schloß Stainz. Gerade in Ihrer persönlichen Haltung habe ich jene Anliegen, die ich mit meinen treuen Steirern allezeit verbunden wissen wollte, auf das Glücklichsste bewahrt gefunden.

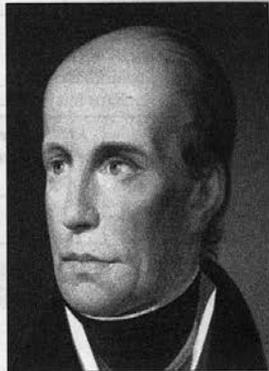
KOREN: Wissen Sie, Kaiserliche Hoheit, das Verhältnis von Heute und Gestern - oder von Vergangenheitsbindung und Zukunftsgestaltung - ist heute noch problematischer geworden als zu Ihrer Zeit. Tradition darf niemals zu einer leeren Form erstarren. Sie ist kein Ziel, sondern Ausgangspunkt; traditionelle Formen sind Anregungen, aber nicht zu kopierende Vorbilder.

ERZHERZOG JOHANN: Das Bleibende und das Neue versöhnen, das habe ich immer gewollt. Aber auch Sie, Herr Präsident, haben gerade in Anbetracht dieser Aufgabe Hervorragendes geleistet: in der Verkörperung von Brauchtum, Tradition, Volkskunde auf der einen Seite, künstlerischer Öffnung und Aufgeschlossenheit - „Steirische Akademie“, „Steirischer Herbst“, „Trigon“ und dergleichen - auf der anderen Seite.

KOREN: Die Zeit schreitet weiter, in ihr die Menschen, mit der Pflicht, das Überlieferte zu respektieren und mit dem Recht, in Freiheit den eigenen Lebensraum einzurichten. Laudamus veteres, sed nostris utimur annis - wir respektieren unsere Vorfahren, aber wir müssen die Jahre, die uns geschenkt sind, selbst nutzen.

*

ERZHERZOG JOHANN: Die uns geschenkten Jahre zu nutzen, das



muß freilich sorgsam vorstatten gehen, eingedenk der Eigenart des Landes, in dem man lebt. Österreichs Stärke besteht in der Verschiedenheit der Provinzen, welche man sorgfältig erhalten sollte. Österreich ging nach allem Unglück stets wieder stark hervor, weil jede Provinz für sich stand, ihr Bestehen als unabhängig von den übrigen betrachtete, aber dennoch treu zum gemeinsamen Zweck mitwirkte.

KOREN: Da stimme ich aus vollem Herzen zu. Jene, die leichthin die „Heimat“ zu überwinden trachten, sind, wie ich glaube, die wahren provinziellen Geister: weil sie die Provinz überwinden wollen, indem sie die Realitäten, auf denen sie stehen, mit denen sie fertig zu werden haben, die sie in ihrem Sinn zu erkennen und einzuordnen haben, übersehen und gering-schätzen.

ERZHERZOG JOHANN: „Landesidentität“ nennt man das heute, wenn ich nicht irre.

KOREN: Ja, Kaiserliche Hoheit sind terminologisch auf der Höhe der Zeit.

ERZHERZOG JOHANN: Immer stärker, nach meinen Begegnungen mit der Schweiz, mit Tirol, mit den Alpenvölkern in Krain, Kärnten und Steiermark, wurde mir klar, daß in Bergen Kraft und Treue zu finden ist. Die Gewißheit ward mir, es habe Gott die Berge als Schutzwehr gesetzt gegen die Zeit, es sei in ihnen nicht umsonst Armut, Kampf des Menschen mit der Natur, dies habe die Bewohner dort kräftig an Seele und Leib erhalten.

KOREN: Ich glaube, daß jedes österreichische Bundesland aus seiner Lage, aus seiner Geschichte und aus der Eigenart des Volkschlags, der in diesem Lande wohnt, eine spezielle Aufgabe zu erfüllen hat und die damit auch die eigene Verwaltung und die eigene Repräsentanz des Landes rechtfertigt. So können wir an die Kontakte denken, welche die Alemannen in Vorarlberg nach dem Westen hin in besonderem Maße wahrzunehmen haben, oder an die Aufgabe und die Chance Tirols, eine Klammer der europäischen Einigung zu werden ...

ERZHERZOG JOHANN: Ach ja, Tirol ...

KOREN: ... oder wenn wir an das bajuwarische Element in Salzburger Land denken - in allen diesen Fällen ist immer nur an jeweils eine Potenz der einzelnen Länder gedacht. Es gilt, sich in dieser Welt in seiner Eigenart zu entfalten und die innere Kraft, aus der das Land lebt, einzusetzen, um die Menschen zusammenzuführen: die Menschen und die Völker.

ERZHERZOG JOHANN: Das ist entscheidend; ich hatte immer Sorge darum, daß Kurzsichtigkeit zu einem politischen Gewitter führen würde, welches alles zur Entscheidung bringen mußte: sowohl im Äußeren wie Inneren des Staates.

KOREN: Auch die Bindung zum eigenen Lande kann natürlich eine unerfreuliche Kehrseite haben. Es gibt ja diese alte Redensart vom „wilden Bergvolk hinter dem Semmering“, die für die Steirer gedacht

ist. Es gibt wenige Spottworte, die mir so läppisch und unbedacht vorkommen wie dieser Ausdruck, und ärgerlich ist er vor allem dann, wenn ihn die Steirer selbst als ein besonders auszeichnendes Lobeswort für sich verwenden.

ERZHERZOG JOHANN: Das soll ja gerade in den letzten Jahren öfters vorgekommen sein?

KOREN: Ja, bedauerlicherweise. Hinter dem Semmering befinden sich ja wohl auch die Kärntner, die Tiroler, die Salzburger - und sind sie um so viel wilder als die „sanften Ostösterreicher“? Und auch das ist ein dummes Wort, das vom „Ostösterreicher“, das immer Zwiebrat sät, wenn es boshaft vom anderen gesagt wird. Das Wort vom „wilden Bergvolk“ aber erzeugt auf die Dauer Lächerlichkeit, weil man im Grunde durch eine solche Spötlelei gewissermaßen mit sich selber kokettiert.

ERZHERZOG JOHANN: Ich bin vielleicht nicht ganz unschuldig gewesen an dieser Entfernung von Wien, habe ich doch in der Tat das höfische Leben als Zwang empfunden und mich auch in der Weise geäußert, daß mich der „Steinhausen“ Wien krank mache. Aber ich habe damit freilich niemals gemeint, daß man nicht über die eigenen Grenzen hinausschauen soll: Meine Reisen nach Frankreich, England oder Belgien etwa haben mir viele Anregungen gebracht.

KOREN: Mit dem Bekenntnis zu Bundesstaatlichkeit, Föderalismus und Landesidentität darf eben auf keinen Fall einer der dümmsten Komplexe, der in Österreich seit langem sein Unwesen getrieben hat und gelegentlich gefördert und gepflegt wurde, in Zusammenhang gebracht werden: der Antiwienkomplex! Die Bundeshauptstadt ist nun einmal der Sitz des Bundespräsidenten, des Nationalrates, der Bundesbehörden und damit das Zeichen auch der Einheit und Unversehrtheit Österreichs.

ERZHERZOG JOHANN: Aber kommen wir zurück auf die steirischen Lande und ihre Eigenart. Was Ihre volkskundlichen Forschungen angeht, Herr Präsident, so haben Sie ja gewissermaßen die von mir begonnenen und mit einfacheren Mitteln unternommenen Untersuchungen fortgesetzt.

KOREN: Ja, ich habe an der Grazer Universität bei meinem verehrten Lehrer Viktor von Geramb promoviert und hatte später die Freude, sein Nachfolger auf der Lehrkanzel für Volkskunde zu werden.

ERZHERZOG JOHANN: Und dieser Tätigkeit sind einzige vorzügliche Schriften entsprungen; erst dieser Tage hatte ich Gelegenheit, in Ihrem Werke „Volksbrauch im Kirchenjahr“ zu blättern. Es ist mir niemals gelungen, diese Volkseigentümlichkeiten so genau zu erforschen. Sie wissen ja, daß ich 1810/11 und nochmals 1836 eine Fragebogenaktion habe durchführen lassen, heute würde man sagen: frühe empirische Sozialforschung, so habe ich mich belehren lassen. Aber es war schwierig, aus den vielen Materialien irgendwo klare Schlüsse zu ziehen. Freilich haben mich die Berichte der Verwalter und Pfarrer oft amüsiert, so wenn es über Deutschlandsberg hieß: „Die Bewohner sind wirklich fleißig; sie lieben den Wein über alles, betrachten ihn als ein Universal-Stärkungsmittel, ja selbst als Medicamentum.“ Manche der Berichte tun, wie ich meine, den Einwohnern auch ein wenig Unrecht, so wenn etwa über Münichhofen gesagt wird: „Die Hauptleidenschaften der hiesigen Bezirksinsassen sind größtenteils das Übermaß im Fressen und Saufen, und der daraus sehr natürlich fließenden ausschweifenden Unstittlichkeit, beiderley Geschlechts, daher die vielen außer einer Ehe erzeugten Kinder.“

KOREN: Ihre Fragebögen bieten allerdings, auch wenn sie eher die Eindrücke der Berichterstatter wiedergeben, noch immer die ausführlichste und beste Quelle über das

steirische Volksleben im frühen 19. Jahrhundert, eine wahre Fundgrube für die Volkskunde. Denn so vieles ist im Zuge der Zeit schon dahingeschwunden, und weiterhin wird alles im raschen Wandel demoliert.

ERZHERZOG JOHANN: Aber es ist Ihnen doch gelungen, als Landesrat und als Präsident des Landtages diese geschichtliche Dimension des Zusammenlebens da und dort verdienstvoll wach zu halten. Dieser Tage hatte ich die Freude, das Freilichtmuseum in Stübing, das Sie gegründet haben, zu besuchen, ein freundliches Tal, in dem doch schönste Beispiele unseres bäuerlichen Lebens bewahrt werden.

KOREN: Das scheint mir um so wichtiger in einer Zeit, in der im übrigen ohnehin alles auf den Kopf gestellt wird. Die Industrialisierung, die Aufklärung, die Technisierung, das Pendlerwesen, der Massentourismus, der das letzte und gerade das sogenannte letzte Dorf erfährt, die Massenmedien, was sie alles Positives gebracht haben, das Positive schlägt doch in den wenigsten Fällen durch. Wir leben im Zeitalter der Generaldemolierung der Landschaft, wir erleben den Rückgang des religiösen Lebens, das Verschwinden der Verbindlichkeit der Ehen und Familien, einen allgemeinen Substanzverlust in der Sitte und Sittlichkeit.

ERZHERZOG JOHANN: Das ist aber ein düsteres Gemälde, verehrter Freund. Wir müssen auch mit Vertrauen in die Zukunft schauen, und das haben ja auch Sie immer getan, nicht zuletzt in Ihrem politischen Wirken.

KOREN: Ja, zumindest muß ich eingestehen, daß es mir vergönnt war, zusammen mit lieben Freunden einiges zuwege zu bringen. So tiefe politische Enttäuschungen, so viel Hinterlistigkeiten, wie Sie sie erleiden mußten, Kaiserliche Hoheit, blieben mir erspart: wenn ich nur an die militärischen Vorwürfe denke, die gegen Sie ungerechtfertigt

erhoben wurden, oder an die leidige „Alpenbund“-Geschichte, die man so schmählich mißbraucht hat ...

ERZHERZOG JOHANN: Daran möchte ich am liebsten gar nicht denken.

KOREN: Obwohl wir im gleichen Atemzuge bekennen müssen, daß wir es als Steirer natürlich zu schätzen wissen, daß Sie, nachdem Tirol für Sie „verloren“ war, unserem Lande Ihre segensreiche und tätige Liebe zugewendet haben.

ERZHERZOG JOHANN: Nun ja, ich mußte damals tatsächlich die Erfahrung machen, daß die größten Feinde Österreichs in Wien saßen, die durch Unorganisiertheit, Ängstlichkeit, Aufgehen in den Verwaltungsdingen und Unfähigkeit die Niederlagen des Landes verschuldeten. Nachdenken und nützliche Bücher lesen, das war nicht die Sache dieser bürokratischen Seelen - und zwar bis hinauf in die höchsten Stellen.

KOREN: Da scheint sich nicht viel geändert zu haben.

ERZHERZOG JOHANN: Nichts als Lärm, eitles Treiben, Zerstreung, nichtiges Streben, Genuß, Herzlosigkeit, Selbst- und Scheelsucht, niedrige Kniffe ...

KOREN: In den letzten Jahren haben wir viel von dem erlebt, was Sie da beschreiben.

ERZHERZOG JOHANN: Die Politik ist ein eigentümliches Geschäft; ich habe es schon beim Wiener Kongreß gesagt, daß ich die Geradheit vermisse, es ist eine elende Politik, die sich von diesem Wege entfernt; wie irrig, wer glaubt, die Überlegenheit der Politik besteht in der größeren Freiheit, in Betrug usw. Gerade auf dem Wiener Kongreß haben wir einen jämmerlichen Handel mit Ländern und Menschen erlebt; die Fürsten, die gegen Napoleon gekämpft haben, sind sofort in seine Fußstapfen getreten. Ist es ein Wunder, wenn die Völker daran denken, solche Mäkler loszuwerden?

KOREN: Das geht heute, unter demokratischen Verhältnissen, etwas leichter. Aber es bleibt eine schwierige Aufgabe, die Richtigen zu finden ...

ERZHERZOG JOHANN: Nach meinen „Abenteuern“ als Reichsverweser, in denen ich gleichfalls meinem Vaterland getreulich zu dienen trachtete, bin ich zu meinen Gebirgsbewohnern zurückgekehrt, um zwei Jahre älter, aber an Erfahrung um dreißig Jahre reicher. Diese Menschen haben auch ihre Fehler, aber sie haben ein Herz, und auf dies, so dachte ich, läßt sich was bauen. Es war mir ein Anliegen, in den schirmenden Alpen mir ein Haus der Ruhe, der tätigen, dem Frommen meines kaiserlichen Herrn und Bruders und seiner unerschütterlichen Bergvölker gewidmeten, Zurückgezogenheit, sowie auch als Beleg, wie sehr jederzeit mein Gemüt ehrgeizigem Streben fremd war - einfach und prunklos zu bauen.

KOREN: Der Brandhof ist in der Tat nicht nur zu einem landwirtschaftlichen Gut geworden, sondern zu einem Vorbild, zu einer Stätte mit Ausstrahlungskraft.

*

ERZHERZOG JOHANN: Ach Gott, welche Wirren mußte mein Land doch im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts über sich ergehen lassen. 1859 habe ich geschrieben, Gott bewahre mein Österreich vor jeder Zerrüttung, Unruhe, Krieg. Aber die großen Kriege des 20. Jahrhunderts, die ich ja nicht miterlebt habe, sollten noch kommen! Wie konnte man nur in diese schauderhafte Lage geraten? Ich weiß noch genau, wie ich 1815 die Festung Hüningen in der Schweiz erobert habe: Als ich die Feinde weinend herauskommen sah und sie so elend und erniedrigt aussahen, da war alle Freude dahin. Ich dachte mich als Mensch in ihre Lage.

KOREN: Wir leiden nach wie vor an bestimmten Nachwirkungen der Kriege dieses Jahrhunderts,

insbesondere unter jenen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Aber es gibt auch Betroffene des Frühlings 1945, denen eine Welt zusammengebrochen schien, die verwundet einer ungewissen Zukunft entgegenschauten. Vae victis - das gilt durch alle Zeiten. Aber bei aller Entsetzlichkeit, die einem zu Ende gehenden Krieg immer zu eigen ist, dieses wiedererstandene Österreich war ein Geschenk, das uns damals in einer Gewitterstunde der Geschichte in die Hände gelegt worden ist.

ERZHERZOG JOHANN: Und mußte das durch die Bürgerkriege der Zwischenkriegszeit erkaufte werden, durch innere Zerrissenheit - haben dann die Menschen damals gar nichts mehr von unserem Österreich, unserer Steiermark gehalten? Muß es immer Streit und Hader geben?

KOREN: Daß die Bürger dieses, in seiner Eigenständigkeit, seiner „vaterländischen Würde“ unangefochten anerkannten Staates in der Gruppierung der politischen Parteien sich formieren, ist notwendig, natürlich und darum trotz aller Heftigkeit der Auseinandersetzungen, der Schlaueit und Bosheit, in Wahlkampfzeiten etwa, durchaus vertrauenerweckend. Daß sie aber nicht mehr in getrennten, einander kämpferisch entgegengesetzten Lagern stehen, in Lagern, die militärisch organisiert und mit Waffen ausgerüstet sind, auf einen Bürgerkrieg gefaßt und zu ihm bereit, das gehört zu den radikalen Unterschieden, die die Erste Republik, die am Vaterland zweifelnde, sich ihm oft versagende, auf es hoffende, von der Zweiten trennen, in der die besonnenen Älteren und die Jungen, soweit sie Anteil nehmen am Allgemeinen, den Staat als ein gemeinsam errichtetes, gemeinsam zu bewahrendes Haus betrachten. Das große Mißtrauen gibt es nicht mehr.

ERZHERZOG JOHANN: Die Menschen können einander auch nur vertrauen, wenn sie ihren Herrschern vertrauen können, und dieses Vertrauen wieder muß beruhen auf der Verantwortung, die der

Herrscher für das gemeine Wohl aufbringt: Die Menschen sind nun einmal im Naturzustand gleich und wollen sich freien Willens vereinigen - wie mir schon mein Lehrer Franz Anton von Zeiller überzeugend darlegte.

*

KOREN: Wenn sie so verständig sind, die Menschen ...

ERZHERZOG JOHANN: Das ist auch eine Frage der Erziehung, der ich immer besondere Aufmerksamkeit bemessen habe.

KOREN: Das „Joanneum“ bot ja wohl auch jenen geistigen Strahlungsbereich, aus dem so viele technische Errungenschaften der Steiermark erwachsen sind, ebenso wie die von ihnen gegründete Montanerschule in Vordernberg; heute sind wir stolz auf unsere Technische Hochschule in Graz und auf die Montanistische Hochschule in Leoben ...

ERZHERZOG JOHANN: ... deren Ehrensator Sie ja geworden sind, wie ich erfahren durfte.

KOREN: Ja, das war mir eine große Auszeichnung. Zumal ich sozusagen auch ein verwandtschaftliches Naheverhältnis zum Bergbau habe: Mein Großvater war ein Hauer im Köflacher Kohlenrevier, ein Bauernsohn, der über die Untersteiermark in das damals aufstrebende Köflacher Revier kam, um Arbeit und Unterhalt für seine Familie, die er hier gründete, zu finden. Auch das ist lange her, heute zählen diese Regionen zu unseren steirischen Problemgebieten.

ERZHERZOG JOHANN: Nun, zu meiner Zeit waren die Wissenschaften in einer enorm raschen Entwicklung begriffen: Botanik, Mineralogie, Agrikultur, Medizin, Bergbau, Hüttenwesen, Verkehr, Militärwesen, ... - man konnte die Augen nicht verschließen vor all den Merkwürdigkeiten und Neuerungen. Und eine gewisse Neigung zu technisch-naturwissenschaftlichen Dingen habe ich nicht nur aus

meiner Erziehung mitgebracht, sondern auch noch später verstärkt - in meiner Tätigkeit als Direktor des Fortifikationswesens und als Leiter der Militärakademie, aber auch bei meinen Wanderungen durch das Tiroler Bergland, wo ich die herrlichsten Sachen zu finden das Glück hatte.

KOREN: Mit Ihrer - Sie verzeihen den Ausdruck - Sammel- und Klassifikationswut haben Sie ja erfreulicherweise den Grundstock zu den steirischen Museen, insbesondere zum 1811 gegründeten „Joanneum“, gelegt.

ERZHERZOG JOHANN: Man ist auf der Welt, um zu forschen, sich auszubilden und zu nutzen, und nicht zum Nichtstun. Diese Institutionen waren auch nicht nur als Sammelstätten für alles, was in Innerösterreich die Natur, der Zeitwechsel, menschlicher Fleiß, Beharrlichkeit hervorgebracht, gedacht, sondern auch und vor allem als Ausbildungseinrichtungen für die heimischen Bauern und Gewerbetreibenden; jedes dem Selbstdenken und hiermit der Selbständigkeit so nachteilige Memorieren, jene schädliche Kluft zwischen dem Begriff und der Anschauung, der Theorie und der Praxis sollte mehr und mehr ausgefüllt werden.

KOREN: Wir haben neuerdings ja versucht, ähnliche Wege - ganz in Ihrem Geiste - zu beschreiten, indem wir eine „Forschungsgesellschaft Joanneum“ gegründet haben, die solche Relationen zwischen Wissenschaft und Praxis herstellen soll.

ERZHERZOG JOHANN: Ideen sollten auch befördert werden durch die Mustersammlungen der steirischen Industrie- und Gewerbezeugnisse, die ich anlegen konnte, und durch die Ausstellungen der Erzeugnisse in den 30er Jahren.

KOREN: Sie wissen ja vielleicht, daß der Berliner Professor Karl Ritter, den Sie bei der Versammlung der Deutschen Naturfreunde und Ärzte in Graz trafen, geschrieben hat, die Steiermark sei durch ihr

vielfältiges Wirken um mehr als hundert Jahre vorwärtsgeschritten.

ERZHERZOG JOHANN: Das freut mich. Ich suchte mir einen Stützpunkt, wo ich meinen Hebel einsetzen konnte, nur einen kleinen Fleck Erde, um für die Zukunft das Gute zu bewahren und da vorzubereiten und zu seiner Zeit zu handeln. Und dieses Gute mußte in Vereinen und Institutionen verfestigt werden.

KOREN: Ich habe immer die erstaunliche Vielzahl der Vereinigungen bewundert, die Sie gegründet haben: die Landwirtschaftsgesellschaft, der Industrie- und Gewerbeverein, die Sparkasse, die Wechselseitige Brandschadenversicherungsanstalt, der Forstverein, die Gartenbaugesellschaft; und dann im Kulturbereich: der Leseverein, der Historische Verein, der Musikverein ...

ERZHERZOG JOHANN: Das sind Einrichtungen, in denen sich gleiche, selbstbewußte, selbständige Menschen vereinen; und solches zu schaffen, ist doch eine schöne Aufgabe. Vernünftige Menschen vermögen ihre Dinge selbst in die Hand zu nehmen, wenn man sie nur dazu anregt und ihnen hilft. Manchmal freilich muß man geduldig, aber doch tüchtig nachhelfen, ob es nun um Reformen des Rechts, um die Steuergesetze oder um die Handhabung der Pressezensur geht - freilich geht das nicht immer so rasch, wie es mein Onkel Joseph II. glaubte.

KOREN: Diese Gesellschaften haben Großes bewirkt bei der Modernisierung der Steiermark.

ERZHERZOG JOHANN: Das war zu meiner Zeit dringend vonnöten. Ich habe ja in England alles zu sehen und zu sammeln getrachtet, was uns die Besitzer von Fabriken und Unternehmer erlaubten: Dampfmaschinen, Boote und Wagen, Eisenbahnen, Kanäle, Eisenerzeugung, Brücken etc. Die Engländer haben da so viel geleistet, daß man dort nur zu sehen brauch- te, um sich nicht weiter den Kopf

zu zerbrechen, sondern blind nachzuzahlen.

KOREN: Technologietransfer, sozusagen ...

ERZHERZOG JOHANN: Es war mir klar: Die Steiermark kann bei besserem Eisen als das englische und bei dem großen, noch unbenutzten Schätze an Steinkohlen sich sehr erheben. Freilich, was ich auf meiner England-Reise zu sehen bekommen habe, das war auf der anderen Seite auch ein entsetzliches Bild von den Auswirkungen der neuen Maschinen und Fabriken.

KOREN: Kaiserliche Hoheit sprechen von der frühkapitalistischen Ausbeutung im Zuge der raschen Industrialisierung und Verstädterung?

ERZHERZOG JOHANN: Ja. Birmingham beispielsweise war der Feuerherd aller teilweisen Volksaufstände, Plünderungen und Unordnungen, weil es die größte Anzahl solcher Menschen in sich schloß, die keinen eigenen Herd und kein Vaterland haben, denen ihr Gelderwerb alles ist, weshalb ihnen auch jedes Mittel, diese zu mehren, willkommen sein muß. Die über Jahrhunderte gewachsenen Gemeinschaften sind völlig zerstört - ein schreckliches Bild. Natürlich war mir klar: Wir müssen vieles von diesen Techniken lernen, aber wir müssen auch das Beste bewahren, über das wir verfügen: unsere Gesundheit, unser unverdorbenes Volk.

*

KOREN: Es ist beschämend, Kaiserliche Hoheit, daß ich eingestehen muß, daß die Menschheit bei der Nutzung dieser Techniken und der natürlichen Gegebenheiten der Erde im Laufe des letzten Jahrhunderts besonders gravierenden Fehler begangen hat.

ERZHERZOG JOHANN: Inwiefern?

KOREN: Die Welt, die Menschheit, ist heute lebensgefährlich be-

droht. Die Abgase, die Abwässer, die Brutalität des Lärms und der Hast verändern die Umwelt. Wenn die Erwärmung der Erdoberfläche durch die Verbrennung von Gasen und Ölen so weitergeht, werden im Jahr 2000 die Polareise schmelzen, und der Wasserspiegel der Meere wird steigen.

ERZHERZOG JOHANN: Und in unserem Lande, in der Grünen Mark?

KOREN: Die einst so grüne Mur ist eine Kloake. Sie war der schmutzigste Fluß Europas mit bedenklicher Gefährdung des Grundwassers, das Mensch und Vieh als Trinkwasser in einem weiten Umkreis des Flusses benötigen.

ERZHERZOG JOHANN: Das ist schrecklich; besinnt man sich denn nicht?

KOREN: In Graz - übrigens auch in Linz und Wien - ist die Luft mit Kohlenmonoxyd und mit anderen Stoffen so angereichert, daß schon die von Menschen ertragbaren Grenzwerte erreicht werden. Es gibt Seen in Österreich, so verschmutzt und vergiftet, daß das Baden in ihnen nicht mehr verantwortet werden kann.

ERZHERZOG JOHANN: Das darf man doch nicht zulassen.

KOREN: Vieles wird versucht, aber es geht ja hiebei nicht nur um technische Probleme. Das innere Leben einer Gesellschaft ist, wie ich glaube, mit dem äußeren verbunden. Natur wird oft nur noch als Material für die Touristik gesehen, und der Umgang mit ihr spiegelt sich im sozialen Dasein. Heute gibt es auch Brauchtum oft nur noch für die Reisenden, die Touristen, und das heißt: zum Zwecke des Geldverdienens. Damit verliert es sein Innerstes. Denn Brauchtum - und damit stoßen wir wieder auf eine bereits erörterte Frage - ist an die Bindung des Menschen mit der Natur geknüpft. Brauchtum ist eben dort zu Hause, wo Mensch und Natur noch treu zusammenwohnen, wo der Mensch die Gesetze seines Lebens dem Leben der Natur abge-

winnt, wo noch Sonne und Mond das Jahr in Jahreszeiten gliedern und nicht ein mechanischer Abreißkalender das Jahr in Monate und Tage zerpfückt.

*

ERZHERZOG JOHANN: Darum war mir die bäuerliche Bevölkerung dieses Landes immer so wichtig. Ich habe die Menschen dieses Landes wie Brüder und Kinder geliebt. Welches Herz bei manchen Menschen, wo noch nichts verdorben. Wie ist die einfache Sprache weniger Worte herrlicher als alle glatten der gebildeten Welt. Es ist ein hell brennend Licht, Gott erhalte solche Menschen, die gibt nur das Gebirge.

KOREN: Aber viel hat sich geändert, Kaiserliche Hoheit wissen ja gar nicht, wie vieles. Und das müssen wir akzeptieren. Wir können nicht eine städtische mit einer ländlichen romantischen Idylle verbinden. Die bäuerliche Bevölkerung kann kein Kuriosum für den Fremdenverkehr darstellen, die Menschen können sich auf ihren Dorfplätzen und Waldwegen nicht wie eine lebendige Trachtengalerie bewegen, und die steirische Landschaft kann kein großes Freilichtmuseum sein. Aber das heißt natürlich nicht, daß jede Dummheit und jeder Firlefanz und jede Angeberei mitgemacht werden soll.

ERZHERZOG JOHANN: Die allgemeine Stimme läßt sich nie unterdrücken.

KOREN: Sitten und Bräuche werden sich wandeln. Aber irgend etwas muß bleiben, an dem man erkennt, daß wir unser Selbstverständnis, unsere Identität nicht aufgeben und nicht vergessen wollen; irgend etwas, und wenn es auch nur so unscheinbar, aber doch so verlässlich ist wie der schmale grüne Saum am grauen Loden des Steirerrockes.

ERZHERZOG JOHANN: Der graue Rock war mir ja, wie Sie wissen, ein besonderes Anliegen. Es ging mir nicht nur um die bäuerliche Tracht, sondern um eine Lebensart, um

eine Gesinnung, um Ehrlichkeit und Einfachheit, die damit ausgedrückt werden sollte.

KOREN: An den Erscheinungsformen hat sich viel gewandelt. Wer wollte es den jungen Menschen etwa auch verwehren, wenn sie sagen, daß sie nach dem gleichen Zeitgeschmack ihr Vergnügen ausrichten wollen wie ihre Freundinnen und Freunde in der Stadt, zu denen sie in die gleichen Werkstätten und Fabriken die Woche über hineingehen. Modisches in Tanz und Tracht hat man zu allen Zeiten aus der weiten Welt hereingeholt. Aber tatsächlich wird die steirische Landestracht noch immer gerne und viel getragen, von Bürgerlichen und Sozialdemokraten, von Städtern und Dorfbewohnern.

ERZHERZOG JOHANN: Es ist mir eine Freude, daß sich diese bäuerliche Tracht, die ich so geschätzt habe, verbreitet hat. Überhaupt, meine Bauern ... Der Ackerbau war mir immer ein besonderes Anliegen, und so habe ich getrachtet, das Neueste schnell kennenzulernen, was in dem Gebiete der Wissenschaft oder Kunst für alle Zweige rationaler Landwirtschaft ergründet oder erfunden worden ist; aber ich habe auf der schönen Bahn dieses Wirkens immer streng geachtet, was für uns nach allen Beziehungen des Klimas, der Zeit, des Ortes und der übrigen einzelnen Verhältnisse taugt.

*

KOREN: Sie können sich ja gar nicht vorstellen, Kaiserliche Hoheit, in welchem weltweitem Maßstab heute solche Neuigkeiten ergründet und für heimische Verhältnisse angepaßt werden müssen. Allerdings ermangelt es uns des heimischen Unternehmungsgeistes, und Ansiedler beklagen die periphere Verkehrslage der Steiermark.

ERZHERZOG JOHANN: Ist das noch immer der Fall? Ich habe, wie Sie wissen, dem Hofkanzler schon 1825 ein europäisches Verkehrskonzept, einen raschen Ausbau der Eisen-

bahnen, um Englands Waren zu konkurrenzieren, vorgetragen: welches neues Feld für den Handel und welches neues Leben in allen Provinzen, durch welche sie führen, welche Vorteile zum wechselseitigen Austausch und zum Absatze der eigenen Produkte und zum Preise, welche dem Käufer lohnen, sich um diese zu bewerben. Zudem habe ich doch Sorge getragen für die Errichtung der Semmering-Bahn und der Köflacher-Bahn, und auch im Straßen- und Brückenbau ist einiges vorangegangen.

KOREN: Dennoch, die heutigen Verkehrsverbindungen sind den Ansprüchen der Zeit bei weitem nicht gewachsen; erst in den allerletzten Jahren ist unsere Verbindung zum mitteleuropäischen Raum besser geworden. Dabei ist dies aus wirtschaftlichen Gründen so dringend vonnöten.

ERZHERZOG JOHANN: Ich habe mit Erschrecken vernommen, daß es den Unternehmungen dieses Landes gar nicht gut geht, ja, daß da und dort wieder Not aufkommt, weil manche Menschen keine Beschäftigung finden. Auch meine Radmeisterkommunität in Vordernberg ...

KOREN: ... die spätere Alpine-Montan-Gesellschaft ...

ERZHERZOG JOHANN: ... ist in Schwierigkeiten geraten, und auf alle eisenverarbeitenden Betriebe der oberen Steiermark trifft dies zu. Wir haben damals den Erzabbau wieder rentabel gemacht und in den dreißiger Jahren eine neue Eisenverarbeitungsmethode eingeführt. Ja, hat man denn nicht Schritt gehalten mit den Fortschritten der Herstellungsmethoden und der Organisation?

KOREN: Die alten Vorteile der Region und der Lage, die zu Ihrer Zeit noch gegolten haben, sind dahingeschwunden. Wir bemühen uns sehr um Innovation und neue Technologien, aber weltweit gibt es wirtschaftliche Schwierigkeiten in diesen Bereichen, und die Steiermark macht da keine Ausnahme.

ERZHERZOG JOHANN: Wir müssen alle Neuerungen nutzen und zugleich die Menschen vor schädlichen Folgen bewahren.

KOREN: Auch hierin zeigt sich natürlich dieses Aufeinander-angewiesen-sein von Tradition und Fortschritt, von dem wir eingangs gesprochen haben. Diese Beziehung haben wir uns auch in einer Kulturveranstaltung auszudrücken bemüht, die der Auseinandersetzung mit der modernen Kunst gewidmet ist: dem „Steirischen Herbst“.

ERZHERZOG JOHANN: Ich habe davon gehört; erzählen Sie davon!

KOREN: Nun, diese herbstliche Veranstaltung soll charakterisiert sein durch ihre Wurzeln, die in die Tradition hinuntergreifen, die nichts anderes ist als das uns Übergebene, das wir nicht zurückweisen können, das uns ans Herz und an das Gewissen Gebundene, dem wir uns nicht entziehen dürfen. Und der „Steirische Herbst“ ist weiters charakterisiert durch die Aufgeschlossenheit zu Kontakten mit aller Welt und durch die Aufgeschlossenheit dem Geiste und der Sprache dieses Jahrhunderts gegenüber.

ERZHERZOG JOHANN: Aber dennoch sollte man nicht alles bejubeln, was da an Neuem einherkommt. Freilich bin ich mehr als ein Jahrhundert zurück, aber offen gestanden: Mir hat da etliches nicht sonderlich gefallen, was ich zu sehen die Gelegenheit hatte.

KOREN: Gewiß nicht. Aber gerade diese Aufgeschlossenheit für Tradition und Moderne ermöglicht es erst, nicht einfach als unmodern verschrien zu werden, wenn uns nicht alles gefällt, was uns dargeboten wird. Wir haben Zustimmung und Ablehnung, Beifall und Mißfallen, ja heftige Beschimpfungen gemerkt, weil wir versucht haben, Neues, Ungewohntes vor das Publikum zu bringen.

ERZHERZOG JOHANN: Ich habe das abschreckende Beispiel von Jo-

seph II. vor Augen, dessen wichtige, aber allzu rasch vorgenommene Neuerungen auf solchen Widerstand in der Bevölkerung stießen. Deshalb war ich sehr bemüht, Reformen in bedächtiger Weise, im Einklang mit den Traditionen und herkömmlichen Denkweisen, vorzunehmen.

KOREN: Gerade die Kunst ist allerdings ein Feld deserspürens und des Ausprobierens, das noch vor solchen Eingriffen und Veränderungen liegt. Niemand hat ein Recht, seinen Mitmenschen vorzuschreiben, was sie für Kunst zu halten haben. Nun ist nicht alles Kunst, was gefällig ist, und es ist vieles unbestritten Kunst, was vor vierzig, fünfzig Jahren noch als Unfug verlacht und verboten wurde. Avantgarde ist immer noch notwendig, aber nicht jeder, der sich zur Avantgarde zählt, muß schon ein großer Künstler sein und bleibende Werke schaffen. Das Konzept des „Steirischen Herbstes“ bringt es natürlich mit sich, daß es vor Experimenten und Risiken nicht zurückschrecken kann, auch daß es sich immer wieder von neuem überdenken muß und sich nicht scheut, Verbrauchtes liegenzulassen und es mit neuen Formen zu probieren.

ERZHERZOG JOHANN: Eine dauernde Aufgabe ...

KOREN: ... aber zugleich eine sinnstiftende und oft freudvolle Aufgabe; eine Aufgabe, die der Orientierung bedarf, wie nicht zuletzt Sie sie uns gegeben haben. Daß Ihr Bild - in steirischer Tracht - an so vielen Stellen in unserem Lande zu finden ist, das ist nicht bloß auf Anhänglichkeit und Dankbarkeit zurückzuführen, sondern auch darauf, daß Sie zu einem Symbol geworden sind, einem zeitlos gültigen Symbol.

ERZHERZOG JOHANN: Diesem Schicksal, verehrter Herr Präsident, scheinen auch Sie nicht entgangen zu sein mit Ihrem Steirerhut, Ihrem Umhang, Ihrem Bürgerrock ...

KOREN: Zu diesen Äußerlichkeiten bekenne ich mich auch, weil es in Wahrheit keine Äußerlichkeiten sind. Wir dürfen die Geschichte dieses Landes und dieses Staates nicht wegwerfen, die ältere und die neuere Geschichte, die erfreulichen und die unerfreulichen Teile. Wie der Mensch ohne Gedächtnis sich selbst nicht kennt und seiner selbst nicht bewußt ist, so verliert auch ein Volk ohne Geschichte sein Gedächtnis und damit seine Identität. Geschichte ist eine humane Notwendigkeit.

Anmerkungen:

Es handelt sich um ein fiktives Gespräch, das zum allergrößten Teil auf der Verwendung von Originalzitatien der beiden Gesprächspartner aus ihren diversen Schriften beruht. Schreibweise und Satzstellung wurden hierbei freizügig verändert; da und dort wurde, um den Fluß des Gesprächs einigermaßen aufrechtzuerhalten, ein freifundener, aber - wie ich meine - den Auffassungen des Redners adäquater Satz eingefügt.

Es wurde vor allem die folgende Literatur benutzt:

(1) zu Koren: H. K.: Heimat ist Tiefe, nicht Enge, Reden, Graz o. J.; H. K.: Volksbrauch im Kirchenjahr. Ein Handbuch, Pinguin-Verlag, Innsbruck 1986 (erstmalig 1934 erschienen); H. K.: Nachlese. Bilder und Betrachtungen, Styria, Graz-Wien-Köln 1978; H. K.: Daheim. Unterhaltliche Erinnerungen, Styria, Graz-Wien-Köln 1980; H. K.: Regionale Identität. Über Heimatverbundenheit und Provinzialismus, in: Krainer/Mantl/Prisching/Steiner (Hrsg.): Nachdenken über Politik, Styria, Graz-Wien-Köln 1985, S. 53 - 59.

(2) Zu Erzherzog Johann: Aus dem Tagebuche Erzherzog Johanns von Oesterreich 1810 - 1815. Zur Geschichte der Befreiungskriege und des Wiener Kongresses, hg. v. Franz Ritter von Krones, Innsbruck 1891; E. J.: Der Brandhofer und seine Hausfrau, 3. Aufl., eingel. v. Walter Koschatzky, Leykam, Graz 1978; Viktor Geramb: Ein Leben für die Anderen. Erzherzog Johann und die Steiermark, Wien 1959; Viktor Theiss: Erzherzog Johann. Der steirische Prinz, 2. Aufl., Böhlau, Wien-Graz-Köln 1981; Hans Magenschab: Erzherzog Johann. Habsburgs grüner Rebell, Styria, Graz-Wien-Köln 1981; Steirische Berichte 3 (1959), H. 2/3; Steirisches Gedenkjahr 1959; Erzherzog Johann von Österreich. Beiträge zur Geschichte seiner Zeit (Zur Landesausstellung 1982), hg. v. Grete Klingenstein u. M. v. Peter Cordes, Graz 1982; Othmar Pickl (Hrsg.): Erzherzog Johann von Österreich. Sein Wirken in seiner Zeit. FS z. 200. Wiederkehr seines Geburtsjahres (Historische Landeskommission für Steiermark), Graz 1982; Lisl Walthner (Hrsg.): Der gemeine Steirer. Volkscharakter an Beispielen. Berichte aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Böhlau, Wien-Köln-Graz 1982; u. a.

50 JAHRE STEIRISCHE VOLKSPARTEI - EINE CHRONIK

HERWIG HÖSELE

Als sich am 18. Mai 1945 bei den Grazer Kreuzschwestern ca. 60 führende Funktionäre der alten Christlich-Sozialen Partei aus der Ersten Republik zusammenfanden, gründeten diese eine neue Partei - die Steirische Volkspartei, die steirische Landesorganisation der bereits am 17. April 1945 in Wien im Schottenstift gebildeten ÖVP. Man wollte bewußt nicht die Nachfolgeorganisation der Christlich-Sozialen sein, sondern breite soziale Integrationspartei aller bürgerlichen und nicht sozialistischen Kräfte unseres Landes. Diese konsequent betriebene Politik des Brückenschlages der Aussöhnung der Christlich-Sozialen, Nationalen, Liberalen und Konservativen war es auch, die trotz eigentlich schwieriger politischer und struktureller Voraussetzungen bei den Landtagswahlen bereits in den 40er und 50er Jahren die Mehrheit sicherte. Im Sinne ihrer Aufgabe als Integrationspartei war die Steirische Volkspartei in den sechziger, siebziger, achtziger und neunziger Jahren erfolgreich um Brückenschläge neuer Art bemüht. Eigenständigkeit, Offenheit und Erneuerungsbereitschaft wurden Markenzeichen.

Dieser zeithistorische Abriss, der die Entwicklung der Steirischen Volkspartei vor dem Hintergrund der steirischen und österreichischen Politik in groben Zügen nachzeichnet, wird durch eine Dokumentation ergänzt, die folgende Übersichten 1945 - 1995 umfaßt: die Nationalratswahlresultate in Österreich und in der Steiermark, die Landtagswahl-Ergebnisse, die steirischen Gemeinderatswahl-Ergebnisse, die Grazer Gemeinderatswahl-Ergebnisse, die Spitzenkandidaten auf Bundes- und Landesebene, die Bundespräsidenten, die Bundeskanzler, die Landeshauptmänner, die Landtagspräsidenten, die Landesregierungsmitglieder, die von der steirischen ÖVP gestellten Mitglieder der Bundesregierung sowie die Entwicklung der 6 Teilorganisationen der Steirischen Volkspartei.

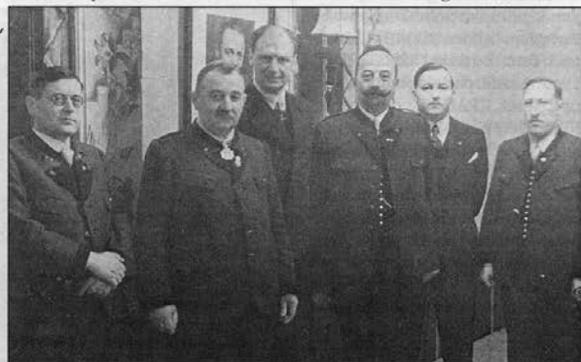
Die letzte freie demokratische Landtagswahl der Ersten Republik vom 9. November 1930 hat die Sozialdemokratische Partei mit über 175.000 Wählern als stimmenstärkste Partei gesehen, während die Christlich-Sozialen auf 162.000 Stimmen kamen. Nationalbürgerliche Gruppen, wie der nationale Wirtschaftsblock und der Landbund hatten 83.000 bzw. der Heimatblock erreichten über 60.000 Stimmen. Die NSDAP erzielte 17.000 Stimmen.

Nicht umsonst stellte daher in der provisorischen, schon am Tag der deutschen Kapitulation, am 8. 5. 1945, gebildeten, von der russischen und später von der britischen Besatzungsmacht bestätigten Landesregierung die SPÖ mit Reinhard MACHOLD den Landeshauptmann, und Professor Alois DIENSTLEDER, der am 18. Mai zum provisorischen Landesleiter der Volkspartei bestellt wurde und 1933 bereits kurzzeitig Landeshauptmann war, bekleidete das Amt eines Landeshauptmannstellvertreters.



Univ.-Prof. Alois DIENSTLEDER war 1945 der Gründungsobmann der Steirischen Volkspartei.

Am 24. Juli 1945 erfolgte die Besetzung der gesamten Steiermark durch britische Truppen; die Russen, die durch Übergriffe wie Plünderungen und Vergewaltigungen sich keiner großen Beliebtheit als Besatzungsmacht erfreuten, zogen ab. Ein schwieriges Problem war



Viele führende Funktionäre der neuen Volkspartei 1945 waren bereits vor 1938 aktiv und hatten die bitteren Lehren der 1. Republik gezogen. Ein Bild von 1937 zeigt von links nach rechts: Bauernbunddirektor Leopold BABITSCH, Landesrat Josef HOLLERSBACHER, Karl Maria STEPAN, den Landeshauptmann von 1934 bis 1938, der nach 1945 keine politische Funktion mehr ausübte, den ersten frei gewählten Landeshauptmann nach 1945 - Anton PIRCHEGGER, Alfons GORBACH und Josef KRAINER.

vor allem die Flüchtlingsfrage - 56.000 Volksdeutsche befanden sich in steirischen Lagern, wovon einige tausend überhaupt in der Steiermark eine neue Heimat fanden.

Trotz der katastrophalen Schäden des Krieges begann sofort der Wiederaufbau. Im Kampfgebiet waren Tausende Wohn- und Wirtschaftsgebäude völlig zerstört oder schwer beschädigt worden. Die Straßen waren vielfach unbefahrbar, die Industrieanlagen weitgehend demontiert, 130 Straßen- und 40 Eisenbahnbrücken mußten wiederhergestellt werden. Eines der Hauptprobleme der Nachkriegsjahre war die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Krainer und Gorbach - die führenden Köpfe

Schon in den ersten Monaten des Jahres 1945 ist die dominierende Persönlichkeit der steirischen Politik der nächsten zweieinhalb Jahrzehnte führend politisch aktiv - Josef KRAINER war geschäftsführender VP-Landesparteiobmann. Über seinen Antrag wird beim ersten Landesparteitag am 23. Oktober 1945, der zugleich der Wahlkampfauftritt für die am 25. November 1945 stattfindenden ersten Nationalrats- und Landtagswahlen im neuen Österreich ist, der aus dem KZ heimgekehrte Dr. Alfons GORBACH zum geschäftsführenden Landesparteiobmann gewählt. Zwischen Alfons GORBACH, der nach dem Tod Alois DIENSTLEDERS 1946 Landesparteiobmann wird, und Josef KRAINER, den beiden führenden politischen Köpfen der Steirischen Volkspartei, entwickelt sich eine überaus fruchtbringende Arbeitsteilung und Zusammenarbeit - der eine nimmt als Landesparteiobmann die führenden bundespolitischen Funktionen ein, die der Steiermark zufallen, vom Dritten Nationalratspräsidenten über das Bundeskanzleramt bis zur Präsidentschaftskandidatur, der andere ist als treusorgender Landesvater „für alle Steirer“ rastlos im Einsatz.

Ein besonders bedeutsamer Brückenschlag zur Integration und Versöhnung erfolgt in diesen er-

sten Monaten des neuen Österreichs bereits im steirischen Bauernstand: Franz THOMA, nationaler Landbundführer, Landtagsvizepräsident und Nationalratsabgeordneter der Ersten Republik, vollzog mit den führenden christlichen Bauernbündlern Anton PIRCHEGGER, Josef HOLLERSBACHER und Josef WALLNER den historischen Handschlag der nationalen und den christlich-sozialen Bauern.

1945 - Absolute Mehrheit in Bund und Land

In dieser Situation konnte die Volkspartei bei den ersten freien Wahlen am 25. November 1945 sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene mit der absoluten Mehrheit einen großartigen Erfolg erzielen (Nationalrat Österreich: ÖVP 49,6%, SPÖ 44,6%, KPÖ 5,4%, Landtag Steiermark: ÖVP 53%, SPÖ 41,6%, KPÖ 5%). Leopold FIGL wurde Bundeskanzler, der bisherige Staatskanzler Karl RENNER Bundespräsident. Neuer SP-Spitzenmann in der Bundesregierung wird Adolf SCHÄRF, der bis 1957 Vizekanzler und Parteivorsitzender bleibt.

Alfons GORBACH wird Dritter Nationalratspräsident und erstmals in der Geschichte ein Bauer Landeshauptmann von Steiermark - der Bauernbundobmann Anton PIRCHEGGER, der von der VP-Landes-



ÖVP-Bundesobmann Leopold FIGL wurde nach dem großen Wahlerfolg am 25. Nov. 1945 Bundeskanzler.

parteilung mit 31:18 Stimmen gegen Professor Alois DIENSTLEDER nominiert wurde. Er löst den Sozialdemokraten MACHOLD ab, der 1. Landeshauptmannstellvertreter wird, eine Position, die die SP bis heute stellt. Weitere ÖVP-Landesregierungsmitglieder wurden Dipl.-Ing. Tobias UDIER als Landeshauptmannstellvertreter, Josef KRAINER, DDDr. Udo ILLIG und Josef HOLLERSBACHER als Landesräte. Landtagspräsident wird Josef WALLNER.

Die SPÖ wird bei diesen ersten Wahlen sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene auf den 2. Rang verwiesen. Als dritte Partei kandidieren die Kom-



Sie leisteten große Aufbauarbeit: (von links) SP-Landesvorsitzender Reinhard MACHOLD, Bundespräsident Karl RENNER, Landeshauptmann Josef KRAINER und der Grazer Bürgermeister Eduard SPECK.



Sie waren bereits 1945 die führenden Köpfe der Steirischen Volkspartei: Landesparteiobmann Alfons GORBACH, der im Zuge seiner politischen Laufbahn auch Dritter Nationalratspräsident, ÖVP-Bundesparteiobmann und Bundeskanzler wurde und Josef KRAINER, 26 Jahre - davon 23 Jahre als Landesbaupmann - Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung.

munisten, die trotz der Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht eine vernichtende Niederlage erleiden und sich mit wenigen Sitzen im Parlament und im Landtag begnügen müssen. Sie müssen die Landesregierung verlassen, wo sich nun 5 VP und 4 SP-Regierungsmitglieder gegenüberstehen. 1947 verläßt der letzte Kommunist auch die Bundesregierung. Dieses überzeugende Votum der österreichischen Bevölkerung ist ein wesentlicher Grund dafür, daß unserem Land das Schicksal Ostdeutschlands, aber auch Ungarns, der Tschechoslowakei, Polens und des übrigen Osteuropas erspart blieb, wo die Kommunisten wenige Monate bzw. Jahre nach Kriegsende die Macht ergriffen und bis zur Wende 1989/90 behielten.

Der langjährige Leiter der Wiener Redaktion der „Kleinen Zeitung“ und Doyen der innenpolitischen Kommentatoren Österreichs, Kurt VORHOFER, stellte in einem Kommentar am 16. März 1985 fest: „Was hat denn 1945 die ÖVP unter FIGLs Führung zur absoluten Mehrheit gebracht? Sie war eine neue Partei und nicht ein bloßer Aufguß der alten Christlich-Sozialen. Sie war die Österreich-Partei schlechthin, ihre Programmatik, Praxis und ihre Personen waren geprägt vom Willen, den Klassenkampf alten Stils und alter Frontstellung zu überwinden und die Gräben in unserer

Gesellschaft zu überbrücken. Dann in den fünfziger Jahren: Der Raab-Kamitz-Kurs brachte eine Reform der Wirtschafts- und zum Teil der Gesellschaftspolitik.“

Das Aufbauwerk des neuen Österreichs wird mit Kraft und Einsatz nach den ersten Wahlen auf allen Ebenen fortgesetzt. Ein markantes Zeichen des voranschreitenden Wiederaufbaus: Im Juli 1946 wird in Donawitz der erste Hochöfen angeblasen.

Schon 1946 zieht Franz WEGART, der 1945 zunächst als ÖVP-Sekretär in seinem Heimatbezirk Radkersburg tätig war, in die Schaltzentrale der Steirischen Volkspartei, den Karmeliterplatz, ein, wo er zuerst als Organisationsreferent und seit 1947 als Landespartei sekretär 15 Jahre lang organisatorische und werbliche Drehscheibe der Partei wird.

1948: Josef Krainer wird Landeshaupmann

Am 6. Juli 1948 zieht sich Landeshaupmann PIRCHEGGER, der schon in den Monaten davor mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen hatte, zurück, ebenso stellt der über 70jährige Agrarlandesrat Josef HOLLERSBACHER aus Altersgründen sein Regierungsamt zur Verfügung, nachdem er zuvor schon die Landwirtschaftskammer-Präsi-

dentschaft an Josef WALLNER übergeben hatte. Josef KRAINER wird von der VP-Landesparteileitung mit 27:6 Stimmen (diese lauteten auf Dr. ILLIG) zum neuen Landeshauptmann nominiert, neue Landesregierungsmitglieder werden Ferdinand PRIRSCH und Franz THOMA.



Ein großer steirischer Bauernführer, Franz THOMA: Landesrat, Landtagspräsident und von 1952 bis 1959 Landwirtschaftsminister.

Am 14. September 1948 wird das Ausseer Gebiet von Oberösterreich in die Steiermark rückgegliedert. Damit sind in allen Bundesländern die Grenzen vom März 1938 wiederhergestellt.

Im September 1949 nimmt das Salzaspeicherwerk am Fuß des Grimmings den Betrieb auf - Jahresleistung 30 Millionen Kilowattstunden. Es ist das erste nach dem Krieg erbaute Kraftwerk in Österreich.

1949: Rückschläge durch „3. Kraft“

Das Auftreten der dritten Kraft in Gestalt der VdU (= Verband der Unabhängigen, damals Sammelbeken vieler ehemaliger Nationalsozialisten) bringt bei den Wahlen am 9. Oktober 1949 auf Bundes- und Landesebene erste Rückschläge. Die Volkspartei bleibt auf Bundes- und Landesebene zwar stärkste Partei, aber im Landtag verliert die Volkspartei vier, die SPÖ mit Landeshauptmannstellvertreter MACHOLD zwei Sitze an den VdU. (Landtagswahl Steiermark: VP 42,9%, - 10%,

SP 37,4%, - 4,2%, VdU 14,6%, KP 5 %, + 0,9 %), NRW: VP 44%, SP 38,7%, VdU 11,7%, KP 5,1%). Und was noch schwerer wiegt: In der Landesregierung steht es statt bisher 5:4 für die Volkspartei nunmehr 4 ÖVP : 4 SPÖ : 1 VdU bzw. später FPÖ - ein Zustand, der bis 1957 erhalten bleibt. Die VP-Regierungsmannschaft bleibt unverändert, mit Ausnahme des bisherigen Landesrates THOMA, der, da ein Regierungssitz an den VdU abgegeben werden muß, Landtagspräsident wird.

1951 - Steirer auf Reformkurs

Nachdem auch die Bundespräsidentenwahlen 1951 verlorengehen (der SP-Kandidat, Wiens Bürgermeister Theodor KÖRNER, setzt sich gegen Oberösterreichs Landeshauptmann Heinrich GLEISSNER durch), machen die Steirer ihrem traditionellen Ruf als Reformler alle Ehre. In der Steiermark wurde die Versöhnungspolitik konsequent fortgesetzt. Am 17. November 1951 wurde ein außerordentlicher Landesparteitag einberufen. Man verlangte in der Steiermark einen entschiedenen Kurs der

Volkspartei auf Bundesebene, und der Ruf nach neuen Männern, der damals erhoben wurde, drang tatsächlich bis nach Wien. Im Jänner 1952 übernahm Julius RAAB in der Nachfolge FIGLs die Führung der Partei, und zusammen mit Reinhard KAMITZ zog THOMA in die Regierung ein. Zum erstenmal hat damit ein *Steirer* die Agenden eines Landwirtschaftsministeriums übernommen. Auf THOMAs Posten im Landtag folgte WALLNER.

1953: SPÖ stimmenstärkste Partei

Die Reform greift noch nicht rasch genug. So bringen die Nationalrats- und Landtagswahlen vom 22. Februar 1953 der Volkspartei eine schwere Niederlage. Die Sozialisten werden in Bund und Land die stimmenmäßig stärkste Partei; lediglich die Wahlarithmetik sichert der Volkspartei - ebenfalls sowohl im Bund als auch im Land - einen Vorsprung von je einem Mandat. Bundeskanzler und Landeshauptmann fallen wie durch ein Wunder wieder der Volkspartei zu. Das Kräfteverhältnis in der Steiermark lautet: 21 ÖVP : 20 SPÖ : 6 VdU : 1 KPÖ. SP-Spitzenkandidat war

wieder Landeshauptmannstellvertreter MACHOLD. (LTW in Prozenten: VP 40,7%, SP 41,1%, VdU 13,6 %, KPÖ 4%, NRW:



Landeshauptmann KRAINER und Bundesminister Udo ILLIG bei einer Festveranstaltung im Schloß Eggenberg, um dessen Restaurierung sich ILLIG noch in seiner Zeit als Landesrat besonders angenommen hat.

VP 41,3%, SP 42,2%, VdU 11,0%). Die Mahnzeichen werden gehört, vor allem in der Steiermark. Josef KRAINER und Alfons GORBACH ergreifen wieder die Initiative zu einer Erneuerung der österreichischen Innenpolitik. Erstes äußeres Zeichen: Der steirische Landesrat DDDr. Udo ILLIG wird, nachdem Franz THOMA bereits am 23. Jänner 1952 das Landwirtschaftsministerium übernommen hat, vom neuen Bundeskanzler RAAB, der auch in dieser Funktion FIGL ablöste, auf den Posten des Handelsministers berufen. Dr. GORBACH wird außerdem neuerlich zum 3. Präsidenten des Nationalrates gewählt. ILLIGs Nachfolger in der Landesregierung wird Karl BRUNNER.

Die folgenden Jahre stehen im Zeichen einer steten Aufwärtsentwicklung. Der neue „RAAB-KAMITZ-Kurs“, der für das „österreichische Wirtschaftswunder“ steht, bringt auf Bundesebene Erfolg.



Julius RAAB, Bundeskanzler von 1953 bis 1960, brachte Österreich 1955 den Staatsvertrag und damit die Freiheit und leitete mit dem RAAB-KAMITZ-Kurs das österreichische Wirtschaftswunder der 50er Jahre ein.

1957: Eigenständige Landtagswahl bringt großen Erfolg

1955, in dem Jahr, in dem auch die erste österreichische Fernseh- sendung ausgestrahlt wird, bringt Bundeskanzler Julius RAAB am 15. Mai 1955 den Staatsvertrag und Österreichs Freiheit. Der letzte Besatzungssoldat verläßt am 25. Oktober 1955 Österreich. Am 26. Oktober 1955 beschließt der Nationalrat das Neutralitätsgesetz. In Linz

kommt noch anders. Am 10. März 1957 wird der 4. Landtag seit 1945 gewählt.

Die ÖVP kann ihren Mandats- stand von 21 auf 24 erhöhen. Die SPÖ erhält mit Spitzenkandidat Norbert HORVATEK 21 Mandate. Die FPÖ als Nachfolger des VdU fällt auf 3 Mandate zurück und verliert ihren 1949 errungenen Landesrats- sitz. (LTW in Prozenten: VP 46,4%, SP 43,6%, FP 6,8%, KP 3%). Seit diesen ersten „KRAINER-Wahlen“ - Landespartei sekretär WEGART



Landespartei sekretär Franz WEGART - hier in der Burg bei seinem Landes- hauptmann - organisierte die „KRAINER-Wahlen“.



Landeshauptmann KRAINER mit seinem erfolgreichen Team in der Landespolitik: (von links) Hanns KOREN, Tobias UDIER (Landeshauptmannstellvertreter von 1945 bis 1963), Ferdinand PRIRISCH (Landesrat 1948 - 1965), Franz WEGART und Karl BRUNNER (Landesrat 1953 - 1961, Landtagspräsident 1961 - 1964).

und Donawitz wird das neue Stahl- erzeugungsverfahren, das LD-Ver- fahren, entwickelt.

Unter diesen Voraussetzungen lassen die vorgezogenen National- ratswahlen 1956 einen strahlenden ÖVP-Erfolg erwarten. Landeshaupt- mann Josef KRAINER aber will trotz- dem die Landtagswahlen von den Nationalratswahlen abkoppeln und bricht, um eine entsprechende Ent- scheidung herbeizuführen, sogar seine Amerika-Reise ab. Bei einer Kampf- abstimmung im Landtag gewinnt die ÖVP gegen die Sozialli- sten, die gegen die Trennung der Wahltermine sind. Der glänzende Erfolg der ÖVP bei der Nationalrats- wahl am 13. Mai 1956 bringt Kritik. (NRW in %: VP 46%, SP 43%, FP 6,5%, KP 4,4%). Das Ergebnis hätte den Gewinn von zwei Man- daten im Land gebracht. Aber es

führte für die steirische VP als erster Landesparteiorganisation Öster- reichs diesen Typus des Persönlich- keitswahlkampfes ein - heißt die Erfolgssparole „Steirisch wählen - eigenständig wählen“, also ohne Überschneidung mit Bundeswahl- terminen.

Hanns Korens Kulturpolitik

Der zurückgewonnene fünfte Regierungssitz wird bei ansonsten unveränderter ÖVP-Regierungs- mannschaft auf Vorschlag KRAI- NERS mit Universitätsprofessor Hanns KOREN besetzt. Hanns KO- REN, der bereits seit 1953 im Nationalrat tätig war, kann in den folgen-



Die große Innerersterreich-Ausstellung mit dem Herzogshut als Symbol der steirischen Eigenständigkeit als Beispiel für Hanns KORENS bahnbrechende Kulturpolitik: (von links) Bundespräsident Adolf SCHÄRF, Hanns KOREN, der Grazer Bürgermeister Gustav SCHERBAUM und Landeshauptmann KRAINER.

den Jahrzehnten seine bahnbrechende steirische Kulturpolitik der Liberalität, der Spannung von Tradition und Fortschritt, Heimatverbundenheit und Weltoffenheit entwickeln. Josef KRÄINER schützt ihn gegen vielerlei Anfeindungen, so daß der „steirische Herbst“, „Trigon“, die Landesausstellungen, das Freilichtmuseum Stübing und vieles andere mehr entstehen und blühen können. 1964 wird unter KORENS Ägide auch das Schauspielhaus wieder eröffnet. Vor allem trägt diese echte Liberalität wesentlich dazu bei, daß die Steirische Volkspartei offen für neue Strömungen der Zeit bleibt und diese etwa auch im Zusammenhang mit der 68er-Generation, also der Studentenbewegung, integrieren kann.

1960/61: Gorbach in höchster Verantwortung

Nach dem Tod Theodor KÖRNERs wird Adolf SCHÄRF zum Bundespräsidenten gewählt. Dessen Nachfolge als SP-Vorsitzender und Vizekanzler tritt Bruno PITTERMANN 1957 an.

Bundesweit setzt es für die VP bei der Nationalratswahl vom 10. Mai 1959 erneut eine schwere Niederlage. Die SPÖ wird wiederum stimmenstärkste Partei, wiederum sichert nur die Wahlarithmetik der Volkspartei die Mandatsmehrheit. Die Steirische Volkspartei steht mit ihrem Landeshauptmann Josef KRÄINER wieder an vorderster Front der Parteireformer. Dr. Alfons GORBACH wird daher 1960 als Bundesparteiohmann und 1961 als Bundeskanzler der Nachfolger Julius RAABS. 1960 wird Josef WALLNER auch gesamtösterreichischer Bauernbundpräsident.

Bei den Landtagswahlen 1961 kann Landeshauptmann KRÄINER neuerlich Stimmen dazugewinnen - SP-Spitzenkandidat ist Fritz MATZNER. (LTW in %: VP 47,1%, SP 41,7%, FP 7,3%, KP 4%). Da Karl BRUNNER in das Landtagspräsidium wechselt, wird der erfolgreiche Wahlkampfleiter Franz WEGART neuer Landesrat. Mit Dr. Alfred RAINER wird ein neuer Landesparteisekretär bestellt.



Bundeskanzler Alfons GORBACH nach seiner Angelobung durch den Bundespräsidenten gemeinsam mit seinem SPÖ-Gegenüber Vizekanzler Bruno PITTERMANN.

Die Nationalratswahlen vom 18. November 1962 mit dem Spitzenkandidaten GORBACH bringen der Volkspartei bundesweit den Gewinn von drei Mandaten. Dennoch zieht sich GORBACH nach besonders schwierigen Verhandlungen um die Regierungsbildung 1963 vom Bundesparteivorsitz und 1964 vom Bundeskanzleramt zurück. In beidem folgt ihm Josef KLAUS. Als krönenden Abschluß seiner politischen Laufbahn kann



Als Bundeskanzler traf Alfons GORBACH auch mit dem legendären US-Präsidenten John F. KENNEDY zusammen.

GORBACH 1965 seine Kandidatur zum Bundespräsidenten empfinden, für die er gegen den Wiener Bürgermeister Franz JONAS das bis dahin beste Ergebnis eines ÖVP-Kandidaten der Zweiten Republik erreicht. (Von 1945 bis 1986 wurden bekanntlich stets SP-Kandidaten zum Bundespräsidenten gewählt.) Darauf wird er, dem in diesen Jahren höchster bundespolitischer Beanspruchung mit Dr. Theodor PIFFL-PERCEVIC ein geschäftsführender Landesparteiohmann 1965 zur Unterstützung beigestellt war, Ehrenobmann der Steirischen Volkspartei auf Lebenszeit und Josef KRÄINER Landesparteiohmann.



Bundeskanzler GORBACH mit dem damaligen Außenminister und späteren SP-Kanzler Bruno KREISKY bei Papst Johannes XXIII.

1963 scheidet Landeshauptmannstellvertreter UDIER am 31. Mai aus der Landesregierung aus und Landesrat Universitätsprofessor Dr. Hanns KOREN wird Landeshauptmannstellvertreter. Als neuer Landesrat zieht Anton PELTZMANN in die Landesregierung ein.

Im Jahre 1964 wird Dr. PIFFL-PERCEVIC Unterrichtsminister. Nach dem Tod Karl BRUNNERs wird Dr. Richard KAAAN am 14. April 1964 zum Landtagspräsidenten gewählt. Landesparteisekretär Dr. RAINER macht sich mit neuen Methoden und einem jungen Team an die Vorbereitungen der Landtagswahl im kommenden Jahr. Der Erfolg bleibt nicht aus.

1965: Absolute Mehrheit im Landtag

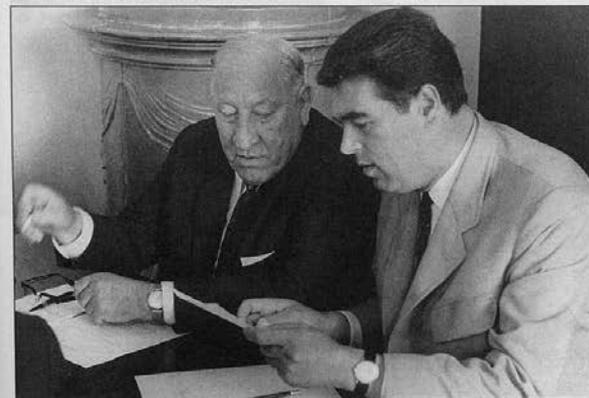
Denn die Landtagswahlen 1965 bringen erstmals seit 1945 der Steirischen Volkspartei wieder die absolute Mandatsmehrheit gegen die SP mit Spitzenkandidat 1. LHStv. Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK (LTW in %: VP 48,4%, SP 42,4%, FP 5,8%, KP 3%). Landeshauptmann KRAINER läßt sein erfolgreiches Regierungsteam unverändert, nachdem er wenige Wochen vor der Landtagswahl Landesrat Ferdinand PRIIRSCH durch Tod verloren und für viele überraschenderweise den in der Partei bislang weithin unbekannteren Bezirkshauptmann von Feldbach, Friedrich NIEDERL, in die Landesregierung berufen hat.



Landespartei sekretär Alfred RAINER (im Bild mit Landeshauptmann Josef KRAINER und Landtagspräsident Richard KAAAN) organisierte die überaus erfolgreichen Wablkämpfe der Jahre 1965 und 1966.



Josef KLAUS (Bundeskanzler von 1964 - 1970), mit Theodor PIFFL-PERCEVIC, der bis 1969 als Unterrichtsminister seinem Kabinett angehörte.



Landesbaupräsident Josef KRAINER - mit Franz HASIBA, der ihm seit 1966 als Landespartei sekretär zur Seite stand.

Am 6. März 1966 erringt die Volkspartei bei den Nationalratswahlen die absolute Mehrheit und bildet die erste Alleinregierung nach über zwei Jahrzehnten der großen Koalition. (NRW in %: VP 48,4%, SP 42,6%, FP 5,4%). Die SPÖ geht in Opposition, Bruno KREISKY löst 1967 Bruno PITTERMANN im Parteivorsitz ab. Dr. Theodor PIFFL-PERCEVIC gehört als Unterrichtsminister bis 1969 der Bundesregierung unter Bundeskanzler KLAUS an und gibt mit seinem Rücktritt wegen einer Niederlage in einer Sachfrage (13. Schuljahr) ein selten gewordenes Vorbild politischer Verantwortung. Der Tod Dr. Alfred RAINERS am 28. November 1966 trifft die steirische Partei schwer. Ihm folgt Dipl.-Ing. Franz HASIBA als Landespartei sekretär, der im Geiste RAINERS mit den Methoden eines modernen Managements die Arbeit fortsetzt. Zu Beginn des Jahres 1969 fällt Landtagspräsident Dr. KAAAN einem Unfall zum Opfer, und der Dritte Präsident des Landtages, Franz KOLLER, folgt ihm als Landtagspräsident.

Insgesamt sind die 60er Jahre von einer kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung der Steiermark geprägt, wie einige markante Beispiele zeigen:

1966 kommt es zur Elektrifizierung der Bahnstrecke Graz-Bruck, 1969 erschließt die Dachstein-Seilbahn die Dachstein-Tau-



Josef WALLNER, österreichischer Bauernbundpräsident und Dritter Nationalratspräsident mit dem letzten ÖVP-Bundeskanzler Josef KLAUS und Landeshauptmann Josef KRAINER.

ern-Region, wie überhaupt die Fremdenverkehrsinfrastruktur stark ausgebaut wird. Die Steiermark ist das Inländerfremdenverkehrsland Nr. 1 in Österreich. Am 19. März

1960 kommt es zum Abkommen mit Jugoslawien über den kleinen Grenzverkehr und am 14. Oktober 1969 wird die neue Grenzbrücke in Radkersburg durch Marschall Tito

und Bundespräsident Jonas dem Verkehr übergeben. Als erstes Teilstück der Südautobahn wird am 13. Dezember 1969 die Strecke Graz-Gleisdorf eröffnet.

Neben die Universität, die Technische Universität in Graz und die Montanuniversität in Leoben tritt 1970 die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst als vierte hohe Schule unseres Landes, die aus der früheren Grazer Singschule, später Konservatorium und seit 1963 Akademie, hervorgeht.

1970: SPÖ-Mehrheit im Bund - erneuter Krainer-Erfolg im Land

1970 zeichnete sich dem internationalen Trend folgend - 1969 wurde Willy BRANDT in der Bundesrepublik Deutschland Bundeskanzler - ein SPÖ-Erfolg auf Bundesebene ab. Unter Bruno KREISKY, mit Parolen wie „Wir bauen mit Plänen von 1.400 Experten das neue Österreich“, wurde die SPÖ 1970 erstmals die mandatsstärkste Partei. (NRW in %: VP 44,8%, SP 48,2%, FP 5,5%, KP 1,0%). Er bildete damals als Bundeskanzler eine Minderheitsregierung der SPÖ



Stets an den Menschen und seine Sorgen denkt die Steirische Volkspartei auch in den sechziger Jahren. Veranstaltung mit Altbundeskanzler GORBACH, Landeshauptmann KRAINER, Minister PIFFL, Minister Stefan KOREN, Staatssekretär Karl PISA.

mit parlamentarischer Duldung der FPÖ, der eine Wahlrechtsreform versprochen und erfüllt wurde, und konnte am 10. Oktober 1971 bei vorgezogenen Nationalratswahlen die absolute Mehrheit erringen. (NRW in %: VP 43,1%, SP 50,0%, FP 5,5%, KP 1,4%). KREISKY beruft auch zwei steirische Sozialdemokraten in seine Regierung: den Bautenminister Josef MOSER und den Agramminister Oskar WEIHS. Auch Otto RÖSCH, der von 1945 - 1958 in der SP-Landesparteileitung Steiermark tätig war und auch dem Landtag angehörte, wird zunächst Innen-, dann Verteidigungsminister.

Listenführer der Nationalratsriege der Steirischen Volkspartei ist 1970 und 1971 Dr. Josef KRAINER, Sohn des Landeshauptmannes, da-



Ganz besonders nahm sich Landeshauptmann KRAINER um gut nachbarliche Beziehungen zum früheren Jugoslawien an. Der damalige jugoslawische Staatschef Marshall TITO war, wie unser Bild zeigt, auch sein Gast in der Grazer Burg.



Siegerinterview vom 15. März 1970: Ein strahlender Landeshauptmann Josef KRAINER mit den geschlagenen Widersachern: (von links) Alexander GÖTZ (FPÖ), Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK (SPÖ), Josef GRUBER (SPÖ), sowie Interviewer Günther ZIESEL, Franz LEITNER (KP) und den erfreuten Mitstreitern Friedrich NIEDERL und Hanns KOREN.

mals Bauernbunddirektor, der als intellektueller Vollblutpolitiker und starke Begabung bereits früh für höchste Positionen im Gespräch ist. 1969 hat er die Berufung zum Unterrichtsminister - an seiner statt wird Alois MOCK Minister - und 1971 die Wahl zum Bundesparteiohmann - dies wird Karl SCHLEINZER - abgelehnt, weil er meint, „zwei KRAINER in führender politischer Verantwortung tun nicht gut“, und damit ein bemerkenswertes Beispiel politischer Disziplin und Loyalität gibt.

Sehr erfolgreich sind die Landtagswahlen, die am 15. März 1970, 14 Tage nach den Nationalratswahlen, bei denen die Sozialisten auch in der Steiermark die Stim-



Der steirische Bauernführer Josef WALLNER mit drei Landeshauptmännern: Josef KRAINER sen., Josef KRAINER jun. und Friedrich NIEDERL, rechts die damalige Landesbäuerin Maria STANGL.

menmehrheit erlangen, stattfinden. Josef KRAINER kann gegen SP-Spitzenkandidat Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK das stimmenmäßig beste Resultat seiner Laufbahn erzielen. (LTW in %: VP 48,6%, SP 44,7%, FP 5,3%, KP 1%). Ein weiterer Beweis der Richtigkeit von KRAINERS Theorie der eigenständigen steirischen Wahl. Denn seit 1970 erzielt die SP bei Nationalratswahlen, die VP bei Landtagswahlen stets die Mehrheit. Die Steier-

mark ist damit Österreichs Wechselwählerbundesland Nr. 1.

In der Folge nimmt Landeshauptmann KRAINER Weichenstellungen auch für seine Nachfolge vor. Landeshauptmannstellvertreter Univ.Prof.Dr. KOREN legt sein Amt nieder und wird am 6. April zum Landtagspräsidenten gewählt. Landesrat Dr. NIEDERL wird Landeshauptmannstellvertreter. Neuer Kulturlandesrat wird Professor Kurt JUNGWIRTH.

Im Herbst 1970 stirbt SP-Landesvorsitzender SCHACHNER-BLAZIZEK, der zuvor schon aus Krankheitsgründen eine Berufung in die Bundesregierung ablehnte. Ihm folgt Adalbert SEBASTIAN.

Der graue letzte November-sonntag 1971 entreißt der Steiermark ihren rastlosen Motor, den in Österreich und international geachteten und von seinen Landsleuten geliebten Landesvater Josef KRAINER.



Sowohl die britische Queen Elizabeth II. als auch der damalige Sowjet-Führer Nikita CHRUSCHTSCHOW waren Gäste von Landeshauptmann Josef KRAINER in der Steiermark.



Vater und Sohn, Landesbaupmann Josef KRAINER mit Dr. Josef KRAINER, der die Steiermark 1970 und 1971 im Nationalrat vertrat.

Als rastloser Landesvater für alle Steirer, als politischer Reformier und als Persönlichkeit, die die Steiermark auch auf staatspolitischem Parkett bestens repräsentierte, ist Josef KRAINER sen. unvergessen. In seinen 23 Jahren als Landesbaupmann schlug Josef KRAINER sechs Landtagswahlen.

Josef KRAINER war Spitzenkandidat in 6 Landtagswahlen und baute seit 1957 - den ersten eigenständigen, von den Nationalratswahlen getrennten steirischen Landtagswahlen - bei allen Wahlgängen seinen Stimmenanteil aus. Unter seiner Führung vollzog sich der erfolgreiche Wiederaufbau nach dem Krieg und die positive Zukunftsentwicklung der Steiermark. Der rasche Wiederaufbau in den Gemeinden, die Industrie- und Grenzlandförderung, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, aber auch insbesondere der Bildungs- und Universitätseinrichtungen, die Entwicklung des Winter- und Sommerfremdenverkehrs, aber auch zahlreiche kulturelle Initiativen fallen in die Amtszeit des Landeshauptmannes Josef KRAINER. Der Aufstieg der Steiermark aus den Trümmern des Krieges 1945 zu einem modernen Land ist untrennbar mit dem Namen Josef KRAINER verbunden.

Darüberhinaus setzte Josef KRAINER als Landeshauptmann zahlreiche bundespolitische Initiativen - einerseits zur Stärkung des Föderalismus in Österreich, andererseits zur Reform des politischen Systems, etwa durch die Gründung der „Neuen Österreichischen Gesellschaft“ oder auch durch Diskussionsanstöße zur Reform der ÖVP. KRAINER war auch mehrfach für höchste bundespolitische Aufgaben im Gespräch, zog es aber stets vor, in der Steiermark zu bleiben. Die tiefe Betroffenheit über den

Tod des steirischen Landeshauptmannes war allgemein und groß. Zu Recht wurde festgestellt: „Ein ganzes Volk trauert um Josef KRAINER“.

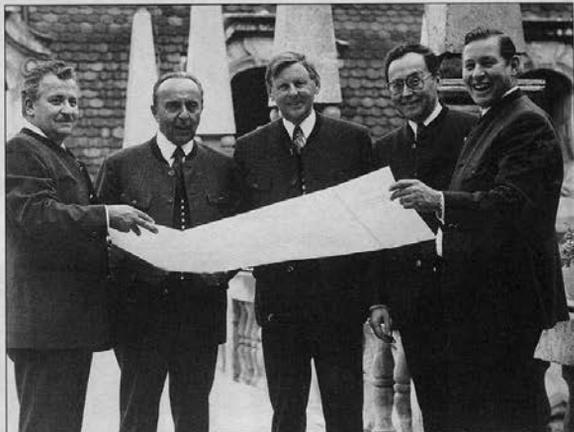
Dr. Niederl wird Landeshauptmann

Aber dieser große Steirer und Staatsmann hatte für die politische Zukunft seines Landes vorgesorgt. In seiner Brieftasche fand man einen handgeschriebenen Zettel, der neben vielerlei privaten Verfügungen auch den Satz enthielt: „Dr. NIEDERL soll Landeshauptmann werden. Er ist der verlässlichste und

beste. Mit ihm kann man die Steiermark politisch halten.“

Bereits am 10. Dezember 1971 wird Landeshauptmannstellvertreter Dr. Friedrich NIEDERL zum neuen Landeshauptmann der Steiermark gewählt. Landesrat Franz WEGART wird Landeshauptmannstellvertreter, Dr. Josef KRAINER wird Landesrat.

Dr. NIEDERL hat die Übernahme von Regierungs- und Parteiführung in der Steiermark davon abhängig gemacht, daß Dr. Josef KRAINER aus dem Nationalrat zurückkehrt und ihn als Landesrat und geschäftsführender Landesparteiobmann entlastet.



Das Regierungsteam Landeshauptmann NIEDERLs in den 70er Jahren: (von links nach rechts) Anton PELTZMANN, Landesrat 1963 - 1980, Franz WEGART, Landesrat 1961 - 1971, Landeshauptmannstellvertreter 1971 - 1985, Landtagspräsident 1985 - 1993, Kurt JUNGWIRTH, Landesrat 1970 - 1984, Landeshauptmannstellvertreter 1984 - 1991 und Josef KRAINER.



Die erfolgreiche Führung der Steirischen Volkspartei in den 70er Jahren. Landesparteiobmann und Landeshauptmann Friedrich NIEDERL mit dem geschäftsführenden Obmann Landesrat Josef KRAINER.

„Modell Steiermark“

Viele stellen sich die bange Frage, ob es nach dem Tod des großen Landesvaters Josef KRAINER überhaupt gelingen werde, in der „soziologisch-strukturell SPÖ-anfälligen Steiermark“ weiter eine VP-Landtagsmehrheit zu erreichen. Die Angst vor einem sozialistischen Landeshauptmann führt zu einer gewaltigen Mobilisierung- und Solidarisierungswelle. Die Parteiführung mit Landeshauptmann Friedrich NIEDERL als Landesparteiobmann, Josef KRAINER als geschäftsführendem Landesparteiobmann und Karl MAITZ als Lan-

desparteiekretär entwickelt eine mitreißende Dynamik. Das als erstes landespolitisches Langzeitprogramm eines Bundeslandes in einer Gesinnung größtmöglicher Offenheit erarbeitete „Modell Steiermark“ entwickelt beachtliche Strahlkraft, vor allem im Bereich der Intellektuellen und der kritischen Wechselwähler. Bernd SCHILCHER ist einer der Hauptautoren des „Modell Steiermark“, ein anderer aus der 68er-Studentenbewegung Hervorgegangener, Helmut STROBL, ist gemeinsam mit Ruth FELDGRILL einer der wesentlichsten Mitgestalter des Grazer Schwesternkonzeptes zum „Modell Steiermark“, dem Stadterneuerungskonzept.

Mit diesem Programm erzielt der neue Stadtparteiobmann Franz HASIBA, der frischen Wind in die Grazer Kommunalpolitik bringt, bei den Grazer Gemeinderatswahlen 1973 großen Erfolg. Die absolute SP-Mehrheit wird gebrochen, VP und FP legen kräftig zu. Graz erhält mit FP-Landesobmann DDR. Alexander GÖTZ erstmals seit 1945 einen nichtsozialistischen Bürgermeister, und der neue Grazer Weg der Bürgermitbestimmung wird auf programmatischer Basis des Stadterneuerungskonzeptes geprägt. Dies ist auch ein Signal für viele bürgerlich-liberale Wähler, Dr. NIEDERL bei den Landtagswahlen zu unterstützen.



Das Duo Alexander GÖTZ und Franz HASIBA brach 1973 die sozialistische Vorherrschaft in der Landeshauptstadt Graz.



Zwei große Bauernführer: Josef WALLNER (Steirischer Bauernbundobmann 1949 - 1971) und Simon KOINER (Steirischer Bauernbundobmann 1971 - 1984).

Großer Wahlsieg 1974

Das große landespolitische Engagement führt am 20. Oktober 1974 zum größten Wahlerfolg für die Steirische Volkspartei seit 1945: Landeshauptmann NIEDERL erhält gegen SP-Spitzenkandidat Adalbert SEBASTIAN 53,3 Prozent der Stimmen und 31 Mandate. (SP 41,2%, FP 4,2%, KP 1%).

Bildungszentrum Josef-Krainer-Haus

Am 21. Oktober 1972 wird das Josef-Krainer-Haus eröffnet. Die Initiative zur Errichtung dieses Bildungszentrums ging vom verstorbenen Landeshauptmann aus. Der Hauptverdienst seiner Realisierung gehört dem damaligen Dritten Präsidenten des Steiermärkischen



Im Oktober 1972 öffnete das Bildungszentrum Josef Krainer-Haus seine Pforten. Ludwig KAPFER, Franz FELDGRILL und Karl MAITZ haben wesentlich zu seinem Ausbau beigetragen.

Landtages, Franz FELDGRILL, und Dipl.-Ing. Franz HASIBA sowie später für seine Erweiterung LandesparteiSekretär Dr. MAITZ und Direktor Ludwig KAPFER.

1974 wird Rudolf KIRCH-SCHLÄGER, der parteilose SP-Kandidat und Außenminister, gegen den VP-Kandidaten, den Innsbrucker Bürgermeister Alois LUGGER zum Bundespräsidenten gewählt.

Bundespolitisch gibt die Steirische Volkspartei 1974 die Parole aus, beim Linzner Bundesparteitag Herbert KOHLMAIER nicht mehr als Generalsekretär zu wählen. Obwohl es viele „heimliche Steirer“ aus allen Bundesländern gibt, was sich in zahlreichen Streichungen manifestiert, bleibt er, nicht zuletzt, weil es keinen Gegenkandidaten gibt, im Amt.



Karl SCHLEINZER, ÖVP-Bundesobmann 1971 - 1975 (im Bild mit Landesobmann NIEDERL) verunglückte 1975, kurz vor den Nationalratswahlen, bei Bruch an der Mur auf tragische Weise tödlich.

Erst nach dem tragischen Unfalltod Karl SCHLEINZERS in Bruck a. d. Mur im Juli 1975, also knapp vor Beginn des Nationalratswahlkampfes für den Oktober 1975, tritt KOHLMAIER zurück. Der von der Steirischen Volkspartei als Nationalratslistenführer wieder in die Politik zurückgeholte Josef TAUS wird Bundesparteiobmann und er



Josef TAUS, Kurzzeit-Staatssekretär 1967, erfolgreicher Wirtschafts- und Bankenmanager, wurde 1975 steirischer Nationalrats Spitzenkandidat und kurz darauf ÖVP-Bundesparteiobmann (im Bild mit seinem „alten Freund“ Franz WEGART).

wählt mit Erhard BUSEK auch einen neuen Generalsekretär. Das NRW-Ergebnis 1975 gleicht dem von 1971: VP 43,0%, SP 50,4%, FP 5,4%, KP 1,2%.

1978: Konsolidierung des Wahlerfolges von 1974

1978 bringt bei den Grazer Gemeinderatswahlen eine Bestätigung des Grazer Modells der Zusammenarbeit von ÖVP und FPÖ für und mit dem Bürger und bei den Landtagswahlen am 8. Okto-

ber eine Konsolidierung des Rekordergebnisses von 1974, indem die Steirische Volkspartei mit 52% erneut deutlich über 50 Prozent der Stimmen und 30 von 56 Mandaten erzielt, während die SPÖ gegenüber 1974 nochmals verloren hat. (SP 40,3%, FP 6,4%, KP 1%).

Bei den Nationalratswahlen am 6. Mai 1979 erringt Bundeskanzler Bruno KREISKY sein bestes Ergebnis, Dr. TAUS tritt nach der Wahl-niederlage zurück. Neuer ÖVP-Bundesparteiobmann wird Dr. Alois MOCK. Auch die FPÖ legt unter Führung von Alexander GÖTZ zu,



Der 1979 neugewählte ÖVP-Bundesparteiobmann Alois MOCK mit der steirischen Parteispitze, Landesobmann NIEDERL, Landesrat KRAINER und LandesparteiSekretär MAITZ.

der am Zenit seiner politischen Laufbahn 1978/79 FPÖ-Bundesparteiobmann wird - in der Nachfolge von Friedrich PETER, der die FPÖ jahrzehntelang führte. (NRW 1979 in %: VP 41,9%, SP 51,0%, FP 6,1%, KP 1,0%).

Dr. Krainer - Landeshauptmann aller Steirer

Am 4. Juli 1980 wird Dr. Josef KRAINER auf Vorschlag Dr. Friedrich NIEDERLS vom Steiermärkischen Landtag einstimmig zum Landeshauptmann gewählt und gibt in seiner Antrittsrede sein Motto „Ich will ein Landeshauptmann aller Steirer sein“ aus.

Dr. Josef KRAINER tritt sein Amt in einer schwierigen Zeit an, sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch in der notwendigen Bereinigung von Affären. Aber der neue Landeshauptmann geht mit beeindruckendem Elan und Tatkraft ans Werk. Und er hat auch ein klares Programm: das „Modell Steiermark für die achtziger Jahre“, das wiederum in einer Gesinnung größtmöglicher Offenheit erarbeitet wurde und in einem Brückenschlag zahlreiche alternative Anstöße integriert. Geschäftsführer dieses „Modell Steiermark“ ist der unkonventionelle junge Denker Dr. Gerhard HIRSCHMANN, der 1981 auch KRAINERS LandesparteiSekretär wird.

Und Josef KRAINER stellt sich nach dem Rücktritt von Landesrat PELTZMANN auch ein schlagkräftiges Regierungsteam zusammen: Zu den bewährten Regierungsmitgliedern, Landeshauptmannstellvertreter Franz WEGART und Landesrat Prof. Kurt JUNGWIRTH, beruft er Dipl.-Ing. Hans-Georg FUCHS und Ing. Simon KOINER in die Landesregierung.

1981: Eindrucksvolle Bestätigung bei Landtagswahl

Um in schwierigen Zeiten die Kräfte, die zu einem gemeinsamen Einsatz für die Steiermark gebraucht werden, nicht durch einen Dauerwahlkampf zu verzetteln und vor



Der väterliche Freund, Landtagspräsident Hanns KOREN, gratuliert dem am 4. Juli 1980 durch den Landtag einstimmig neugewählten Landeshauptmann Josef KRAINER.

allem, um einen direkten Wählerauftrag durch die Steirerinnen und Steirer zu erhalten (Spitzenkandidat der letzten Landtagswahl war bekanntlich noch Dr. NIEDERL), strebt Landeshauptmann KRAINER für 4. Oktober 1981 vorzeitige Landtagswahlen an. Er erhält gegen den ebenfalls erstmals kandidierenden SP-Landeshauptmannstellvertreter Hans GROSS mit neuerlichen 30 von 56 Mandaten und der absoluten Stimmenmehrheit den gewünschten Vertrauensbeweis und kann sich nun mit voller Konzentration der Verwirklichung des „Modell Steiermark für die achtziger Jahre“ und der Fortsetzung des guten steirischen Weges einer eigenständigen Politik der Zusammenarbeit widmen. (LTW in %: VP 50,9%, SP 42,7%, FP 5,1%, KP 1%).

Franz Hasiba - Grazer Bürgermeister

Die Grazer Gemeinderatswahlen im Jänner 1983 bringen zwar eine schwere Niederlage für die FPÖ, aber die Volkspartei schneidet unter Franz HASIBA gegenüber den letzten Wahlen am relativ besten von allen Stadt-Senatsparteien ab. Der Lohn für den Ideenreich-

tum und die Konsequenz von Franz HASIBA: Er wird für zwei Jahre der erste freigewählte Bürgermeister, den die Volkspartei in der steirischen Landeshauptstadt stellt.

Bei den Nationalratswahlen am 24. April 1983 gelingt es, erstmals seit 1970 eine Trendwende in der Bundespolitik einzuleiten. Mit einem beachtlichen Zugewinn an Mandaten und Stimmen stand die Volkspartei unter Alois MOCK am Wahlabend als einziger Sieger fest. Die SPÖ verlor die absolute Mehrheit, die Ära KREISKY war beendet, und SPÖ und FPÖ gingen mit Fred SINOWATZ als Bundeskanzler und Norbert STEGER als Vizekanzler das Experiment einer „Kleinen Koalition der Verlierer“ ein. (NRW in %: VP 43,2%, SP 47,8%, FP 5%, die erstmals kandidierenden Grünen erreichen 3%, kommen aber nicht in den Nationalrat).

1983 bringt auch in der Landespolitik personelle Veränderungen. Dr. Helmut HEIDINGER löst Hans-Georg FUCHS als Wirtschaftslandesrat ab. Dipl.-Ing. Josef RIEGLER, der sich als Agrarsprecher und gesamtösterreichischer Bauernbunddirektor profiliert hat, tritt in der Landesregierung die Nachfolge von Simon KOINER an. Nach dem

77-jährigen Hanns KOREN wird Franz FELDRILL Landtagspräsident. Hanns KOREN wird Ehrenobmann der Steirischen Volkspartei und übt diese Funktion bis zu seinem Tod 1985 aus.

Öko-soziale Marktwirtschaft

Anfang 1985 realisiert Franz FELDRILL, für dessen lange politische Laufbahn die Tätigkeit als



Das 1985 neuformierte VP-Regierungsteam von Landeshauptmann Josef KRÄINER: (von links) die Landesräte Helmut HEIDINGER, Josef RIEGLER, Landeshauptmannstellvertreter Kurt JUNGWIRTH und Landesrat Franz HASIBA.



1983 übergibt Landtagspräsident Hanns KOREN an seinen Freund und langjährigen Vertreter als Dritten Landtagspräsidenten, Franz FELDRILL, seine Funktion.

Landtagspräsident die Krönung darstellt, seine Absicht, sich aus der aktiven Politik zurückzuziehen. In Graz ist Franz HASIBAs Bürgermeisterperiode abgelaufen. So formiert Landeshauptmann Dr. Josef KRÄINER sein Regierungsteam neu: Franz WEGART wird Landtagspräsident, Kurt JUNGWIRTH wird Landeshauptmannstellvertreter, Franz HASIBA wird in die Landesregierung berufen und bei Josef RIEGLER werden die Umweltkompetenzen des Landes konzentriert.

Überhaupt wird dem Umweltschutz und der Integration des Grün-Gedankens in der steirischen Politik Priorität gegeben. Österreichweite Pionierinitiativen, wie die Entschwefelung von Kraftwerken, zeugen ebenso davon, wie der in der Steiermark entwickelte Gedanke der öko-sozialen Marktwirtschaft.

Insgesamt sind die 80er- und beginnenden 90er Jahre, trotz der schwierigen Problemstellungen, etwa in der verstaatlichten Industrie und im Grenzland, auch sachpolitisch sehr erfolgreich für die Steiermark. Einige Schwerpunkte seien genannt: In der Kulturpolitik geben die jährlichen Landesausstellungen und das von dem Grazer Nikolaus Harnoncourt entwickelte Styriarte-Konzept neue Impulse. Durch den konsequenten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wird die Steiermark an die dynamischen Wirtschaftsstränge Europas gut angebunden. Das Autobahn- und Schnellstraßennetz in der Steiermark wird mit 460 km defacto fertiggestellt. Die Attraktivität der Steiermark als Wintersportland ist durch hervorragende Erschließung und die Austragung diverser Weltmeisterschaften (etwa Alpine WM 1982) stark gewachsen. Der Gesundheits- und Fitnesstourismus hat durch den Ausbau der steirischen Thermenlinie entscheidende Impulse erhalten. Graz wird zu einem Technologiezentrum und zur Automobilhauptstadt Österreichs.

Draken-Kampf

Die Jahre 1985 und 1986 sind in der steirischen Politik auch geprägt vom Kampf gegen die Draken-Abfangjäger, deren Stationierung

ausschließlich in der Steiermark gegen den Willen des Landes von den Zentralstellen durchgesetzt werden soll. Dies führt in den ersten Monaten des Jahres 1986 zu dem von der Steirischen Volkspartei initiierten Anti-Draken-Volksbegehren, dem nach der Beteiligung erfolgreichsten Volksbegehren der Zweiten Republik in der Steiermark.

Nach der Wahl Kurt WALDHEIMs zum österreichischen Bundespräsidenten im Frühsommer 1986 tritt der sozialistische Bundeskanzler Fred SINOWATZ zurück und macht Franz VRANITZKY Platz. Im September 1986 löst Jörg HAIDER Norbert STEGER als FPÖ-Obmann ab, was zum Bruch der Kleinen Koalition auf Bundesebene führt.

Vor diesem Hintergrund erzielt die Steirische Volkspartei unter Landeshauptmann Josef KRÄINER am 21. September 1986 einen ganz großen Wahlerfolg. Sie baut trotz des Neueinzuges der Grünen in den Landtag die Stimmenmehrheit aus, während die SPÖ unter Hans GROSS auf einen neuen Tiefstand sinkt. (LTW in %: VP 51,8%, SP 37,6%, FP 4,6%, Grüne 3,7%).

Zwei Monate später, bei der Nationalratswahl, zeigt sich aber, daß die Volkspartei unter Alois MOCK bundesweit dem Zangenangriff VRANITZKY/HAIDER nicht gewachsen ist. Die SPÖ bleibt stärkste Partei, die FPÖ legt massiv zu, die Grünen ziehen ins Parlament ein, die ÖVP muß Verluste hinnehmen und tritt schließlich in eine



Sie setzen Marksteine in der steirischen Umweltpolitik. Der erste steirische Umweltsenator Josef RIEGLER (1985 - 1987) und sein engagierter Nachfolger Hermann SCHALLER (1987 - 1991) als Vorkämpfer für die ökosoziale Marktwirtschaft.

Große Koalition ein. (NRW in %: VP 41,3%, SP 43,1%, FP 9,7%, KP 0,7%, Grüne 4,8%).

Seit diesem Zeitpunkt laufen alle Wahlen in Österreich mehr oder minder nach dem selben Muster ab. Verluste für die beiden Parteien, die die Große Koalition auf Bundesebene bilden, zum Teil massiver Gewinn für die FPÖ. Absolute Mehrheiten werden auch auf Länderebene absolute Raritäten.

Riegler VP-Bundesobmann

In der neu gebildeten Großen Koalition wird der Steirer Josef RIEGLER Landwirtschaftsminister. Josef RIEGLER gilt als Hoffnungsträger in der Bundes-ÖVP, sodaß

es kein Wunder ist, daß 1989 nach einer Niederlagenserie bei diversen Landtagswahlen Alois MOCK als Bundesparteiobmann abgelöst und der Steirer zum neuen Bundesparteiobmann gewählt wird. Aber auch ihm gelingt es nicht, den Abwärtstrend der Volkspartei zu stoppen. Im Gegenteil, die Nationalratswahl 1990 bringt eine schwere Niederlage für die ÖVP, während sich die SPÖ dank des Kanzlerbonus von Franz VRANITZKY noch einmal behaupten kann. (NRW in %: VP 32,1%, SP 42,8%, FP 16,6%, Grüne 4,8%).

Josef RIEGLER, der als Vizekanzler und Bundesparteiobmann die Große Koalition fortsetzt und im März 1991 die damalige Grazer Stadträtin Ruth FELDGRILL-ZANKEL zur Umwelt-, Familien- und Jugendministerin beruft, tritt Ende Juni 1991 zurück. Erhard BUSEK wird in einer Kampfabstimmung mit Unterstützung der Steirer neuer VP-Bundesparteiobmann.

In der Steiermark war Hermann SCHALLER Josef RIEGLER 1987 als Landesrat nachgefolgt. Nach dem Ausscheiden Helmut HEIDINGERS nominiert Landeshauptmann KRÄINER mit Waltraud KLASNIC 1988 erstmals eine Frau für die Steirische VP für ein Landesregierungsamt. KLASNIC wird die erste Wirtschaftslandesrätin ganz Österreichs - auch ein Signal für die verstärkte Betrauung von Frauen



Ein starkes Signal für die Frauen in der Politik: Waltraud KLASNIC wird erstes steirisches VP-Landesregierungsmitglied. Lindi KALNOKY Dritte Landtagspräsidentin.

mit politischer Verantwortung, zumal mit Lindi KALNOKY auch eine Frau Dritte Landtagspräsidentin wird.

Zu Jahresbeginn 1989 wird der bisherige erfolgreiche Landespartei- sekretär Gerhard HIRSCHMANN -

einer der besten strategischen und konzeptiven politischen Köpfe - geschäftsführender Landespartei- obmann und Klubobmann. Der scheidende Klubobmann Bernd SCHILCHER wird Landesschulrats- präsident und macht die Steier-

mark zum Vorreiter bildungspoliti- scher Reformdiskussionen. Die Funktion des geschäftsführenden Landtagsklubobmannes, erst unter Landeshauptmann KRAINER 1980 eingerichtet, war vorher von den VP-Landeshauptmännern in Perso- nalunion wahrgenommen worden; sie entwickelt sich unter SCHIL- CHER und HIRSCHMANN zu ei- nem politischen Kraftfeld. Nachfol- ger von Gerhard HIRSCHMANN als Landespartei sekretär wird Candi- dus CORTOLEZIS.

140.000 Vorzugs- stimmen für LH Krainer

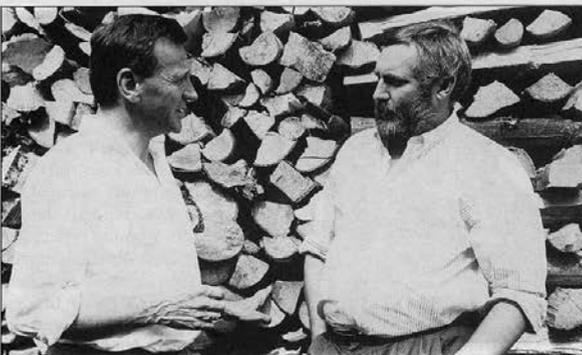
Die tiefgreifende Umgestaltung des politischen Systems in Öster- reich hat natürlich auch auf die steirischen Landtagswahlen 1991 ihre Auswirkungen: Die Steirische Volkspartei verliert ihre absolute



Voller Einsatz für die steirischen Gemeinden: Landesbauptmann KRAINER als Gemeindefereferent mit Gemeindefereferent Hermann KRÖLL.



1989 neu formierte Parteispitze: Landesbauptmann KRAINER mit dem neuen geschäftsführenden Landesparteiobmann Landesrat HIRSCHMANN, Landespartei sekretär CORTOLEZIS und Landesschulratspräsident SCHILCHER.



Eine starke Achse für die Landwirtschaft: LR Erich PÓLTI und EU-Kommissär Franz FISCHLER.

Mehrheit, kann aber dank der über- ragenden Persönlichkeit von Lan- desbauptmann Josef KRAINER, der über 140.000 Vorzugsstimmen er- hielt, das sind über rund 40% des ÖVP-Stimmenanteils, ihre Position als weitaus stärkste politische Kraft des Landes behaupten. Mit 44,2% erzielt die Steirische Volkspartei 11% mehr als bei den ein Jahr zuvor stattgefundenen Nationalratswahlen. Die SPÖ sinkt unter ihrem neuen Vorsitzenden Peter SCHACHNER-BLAZIZEK auf ihren historischen Tiefststand (34,9%), die FPÖ mit Landesparteiobmann Lan- desrat Michael SCHMID zieht in die Landesregierung ein (15,4%), wäh-



Landeshauptmann Josef KRAINER, sein Stellvertreter Kurt JUNGWIRTH und zwei VP-Bundesobmänner - Erbard BUSEK und Josef RIEGLER.

rend die Grünen (2,9%) aus dem Landtag fliegen. Durch die neuen Mehrheitsverhältnisse in Landtag und Landesregierung kommt es zu einer neuen Beweglichkeit in der steirischen Politik, allerdings auch zu teilweise lähmenden Blockadeversuchen seitens der SPÖ.

Die Volkspartei verliert in der Regierung, wo es nunmehr 4 : 4 : 1 steht, und im Landtag, wo das Kräfteverhältnis jetzt 26 : 21 : 9 lautet, die absolute Mehrheit. Josef KRAINER wird mit den Stimmen aller drei Landtagsparteien einstimmig zum Landeshauptmann wiedergewählt und sieht die neue politische Konstellation als eine neue Herausforderung an, Zusammenarbeit und Entscheidungsfähigkeit, Stabilität und Dynamik in der steirischen Politik sicherzustellen - in einer Mehrheitssituation, wie sie sein Vater zwischen 1949 und 1957 bereits vorgefunden hat. Landeshauptmannstellvertreter Kurt JUNGWIRTH und Hermann SCHALLER, dem Erich PÖTL nachfolgt, scheiden nach den Landtagswahlen 1991 aus der Regierung aus.

Neue Dynamik

Ein klares Signal für die Zukunftsorientierung in der neuen politischen Situation ist die erfolgreiche personelle Neuformierung

des VP-Spitzenams im Land durch Landeshauptmann KRAINER im Oktober 1993: Nachdem sich Franz WEGART anlässlich seines 75. Geburtstages aus der aktiven Politik zurückzieht, wird Franz HASIBA Landtagspräsident, Waltraud KLASNIC wird die erste Landeshauptmannstellvertreterin in der Geschichte der Steiermark, Gerhard

HIRSCHMANN zieht neu in die Landesregierung ein und setzt mit Olympiabewerbung, Daviscup und Ö-Ring starke neue Akzente. Neuer Landespartei sekretär wird Reinhold LOPATKA, der Ludwig KAPFER nachfolgt, welcher 1992/93 schon das Landespartei sekretariat leitete, nachdem Candidus CORTOLEZIS wieder seine Anwaltspraxis auf-



Als Sportlandesrat entfaltet Gerhard HIRSCHMANN seit Oktober 1993 neue Dynamik. Die Abhaltung des Daviscup-Matches Österreich gegen Deutschland in Unterprenstätten mit Thomas MUSTER im März 1994 gibt starken Auftrieb.



Im Oktober 1993 wird Franz HASIBA Landtagspräsident, Waltraud KLASNIC die erste weibliche Landeshauptmannstellvertreterin der Steiermark.

deskanzler Franz VRANITZKY seinen Kanzlerbonus nur noch zum Teil lukrieren kann. FPÖ und Grüne gewinnen, die „Liberalen“ Heidi SCHMIDT's werden, von der FPÖ abgespalten, erstmals ins Parlament gewählt. (NRW in %: VP 27,7%, SP 34,9%, FP 22,5%, Grüne 7,3%, Liberale 6%). VP und SP, die gemeinsam erstmals nicht mehr über die Verfassungs-, also die 2/3-Mehrheit, im Parlament verfügen, setzen ihre Zusammenarbeit fort. Die Erosion von VP und SP, die jahrzehntlang den Staat dominierten und nunmehr in zahlreichen Ländern, Bezirken und Gemeinden nur mehr auf Rang 3 kommen, und das Erstarren der FP, neuerdings F-Bewegung, und der Grünen sowie das Neuantreten der Liberalen signalisiert die in Gang



Drei Klubobmänner der Steirischen Volkspartei: (von links) Karl MAITZ 1993-1994, Gerbard HIRSCHMANN 1989-1993 und Hermann SCHÜTZENHÖFER seit 1994.

nahm. Den Landtagsklub führt ab Herbst 1993 Karl MAITZ. Nach der Nationalratswahl 1994 übersiedelt Karl MAITZ in den Nationalrat und Hermann SCHÜTZENHÖFER wird neuer Klubobmann. Gleichzeitig wird das VP-Bildungszentrum in Graz-Andritz zur Josef Krainer-Akademie aufgewertet. LAbg. Dr. Eva KARISCH wird Direktorin der Josef Krainer-Akademie.

Die Nationalratswahlen 1994 bringen einen weiteren schweren Verlust für die beiden Parteien, die bisher die „Große Koalition“ bildeten, wobei diesmal die SPÖ-Verluste noch schwerer sind als die der Volkspartei, das heißt, daß Bun-



Ein starkes Team für die Parteiarbeit, geschäftsführender Landesparteiobmann Gerbard HIRSCHMANN mit dem 1993 neu bestellten Landesgeschäftsführer Reinhold LOPATKA am 12. Juni 1994, dem Tag der erfolgreichen EU-Abstimmung.



Das 1993 neu formierte VP-Regierungsteam von Landesbaupräsident Dr. Josef KRAINER: Landesbaupräsidentstellvertreterin Waltraud KLASNIC, die Landesräte Erich PÖTL und Gerbard HIRSCHMANN.



Prägen den Landesparlamentarismus der letzten Jahre stark mit: VP-Klubobmann Hermann SCHÜTZENHÖFER, Landtagspräsident Franz HASIBA und sein Vorgänger Franz WEGART.

befindliche tiefgreifende Umgestaltung des politischen Systems in Österreich.

Die Steirische Volkspartei geht wieder auf Reformkurs. Am Tag nach der NR-Wahl wird eine Resolution mit weitgehenden Reformvorstellungen beschlossen. Martin BARTENSTEIN, Industrieller, VP-Industriesprecher und seit 1992 mit der nach Graz als Vizebürgermeisterin zurückgekehrten Ruth FELDGRILL-ZANKEL Landesparteiobmannstellvertreter des Landesbaupräsidenten und seines geschäftsführenden Obmannes, Gerhard HIRSCHMANN, wird Staatssekretär und im Mai 1995 Umweltminister.



Die beim Landesparteitag 1992 bestellte Parteiführung: Landesbaupräsident Josef KRAINER, die Landesparteiobmannstellvertreter Martin BARTENSTEIN und Ruth FELDGRILL-ZANKEL, geschäftsführender Obmann Gerbard HIRSCHMANN, Landesparteifinanzreferent Ernst HOLLER und Landespartei sekretär Ludwig KAPFER.



Seit langem ein gutes Duo: Wolfgang SCHÜSSEL und Waltraud KLASNIC.

Zum 50. Jahrestag der Gründung der ÖVP im April 1995 setzt der Bundesparteitag einen Neubeginn. Wolfgang SCHÜSSEL wird neuer Bundesparteiobmann, Waltraud KLASNIC seine erste Stellvertreterin. Darüberhinaus wird ein neues Grundsatzprogramm beschlossen.

Mit dieser neuformierten personellen und programmatischen Basis sollen die Grundlagen dafür geschaffen werden, daß die Volkspartei unter den radikal veränderten politischen Bedingungen bestimmende Kraft für Österreichs Zukunft ist.

Dynamisches Zentrum im Südosten

In den letzten Jahren hat sich auch das internationale Umfeld der Steiermark dramatisch verändert. Sowohl die fortschreitende Integration Westeuropas unter dem Signum der EU als auch die demokratischen Wendejahre 1989 in Ost- und Mitteleuropa haben natürlich auch ihre Auswirkungen auf die Nachbarn der Steiermark. Slowenien und Kroatien erklären sich 1991 für unabhängig. Die Steiermark, mit Landeshauptmann KRAINER, übt demonstrativ internationale Solidarität mit ihren Nachbarn. KRAINER wirbt auch international für Unterstützung und Anerkennung der neuen Staaten, etwa bei Deutschlands Bundeskanzler Helmut KOHL oder dem damaligen

Vorsitzenden der Sozialistischen Internationalen, Willy BRANDT. In der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria, die von der Steiermark wesentlich mitbegründet wurde und zu deren Motoren Landeshauptmann Josef KRAINER zählt, konnten viele Entwicklungen der Wendejahre antizipiert werden. Ein Höhepunkt war das Stainzer Symposium 1990, bei dem Staatsmänner und Intellektuelle aus Ost und West Gäste des Landeshauptmannes waren.

Mit Landeshauptmann KRAINER ist die Steiermark auch entschieden auf EU-Kurs - die Besuche höchstangereicher EU-Politiker, wie der Kommissionspräsidenten

THORN und SANTER sowie des Parlamentspräsidenten Egon KLEPSCH, zeugen davon. Schon früh setzt sich die Steiermark für den Vollbeitrag Österreichs zur EU ein, richtet das erste EU-Referat einer österreichischen Landesregierung ein, sodaß es auch kein Zufall ist, daß in der Steiermark bei der EU-Volksabstimmung am 12. Juni 1994 das nach dem Burgenland höchste Pro-Votum erzielt wird.

Immer wieder stellt der Landeshauptmann fest: „Die Chancen der Wendejahre 1989/90 und des EU-Beitrittes müssen gestaltet werden. Geopolitisch ist die Steiermark von einer Grenzlage am äußersten südöstlichen Rand der westlichen Demokratien wieder in die Mitte und ins Zentrum Europas gerückt. Wir wollen daher unser Land als dynamisches Zentrum im Südosten Europas profilieren und seine spezifischen Chancen in bestmöglicher Weise herausarbeiten.“

Eigenständigkeit und Reform

Eigenständigkeit, Offenheit, Innovation und Reformkurs, der aus der Tradition der politischen Arbeit der letzten 50 Jahre erwächst, sind daher Alltag der Arbeit der Steirischen Volkspartei in der Steiermark und Österreich, gerade im Jahr 1995.



Ein historisches Bilddokument: Alois MOCK und Wolfgang SCHÜSSEL unterzeichnen den österreichischen EU-Beitrittsvertrag, hinter ihm die Mitglieder der österreichischen Verhandlungsdelegation mit Landeshauptmann Josef KRAINER als Vorsitzendem der österreichischen Landeshauptmännerkonferenz und Franz FISCHLER, dem ersten österreichischen EU-Kommissär.



Die Internationalität für die Steiermark nutzbar zu machen, ist eines der Hauptanliegen von Landesbaupräsident Josef KRAINER. Als einer der Motoren der ARGE Alpen-Adria und der bestmöglichen österreichischen Vorbereitung auf die EU hat Landesbaupräsident KRAINER stets wertvollste internationale Kontakte für die Steiermark gepflegt. Unsere Bilder zeigen den Besuch der langjährigen britischen Premierministerin Margaret THATCHER in Graz, den Besuch des Bundeskanzler Helmut KOHL in Bonn, ein Zusammentreffen mit dem italienischen Staatspräsidenten Oskar Luigi SCALFARO und die engen Kontakte mit dem ersten freigeuwählten Ministerpräsidenten Sloweniens, Ljuzje PETERLE.





Der Friedensnobelpreisträger und langjährige Vorsitzende der Sozialistischen Internationalen, der deutsche Altbundeskanzler Willy BRANDT, wurde 1991 von Landesbauptmann Josef KRAINER (im Bild mit dem Grazer Bürgermeister Alfred STINGL) für ein stärkeres Engagement zugunsten demokratischen Aufbruchs von Slowenien und Kroatien angesprochen.

Zusammentreffen mit (v. links): dem früheren EU-Präsidenten Gaston THORN, seiner Frau, Fürst Adam von LIECHTENSTEIN, dem gegenwärtigen EU-Präsidenten Jacques SANTER und dem langjährigen deutschen Botschafter in Österreich, Phillip JENNINGER. Sowohl zu SANTER als auch zu THORN, die beide mehrfach in der Steiermark waren, gibt es jahrelange enge Beziehungen. Landesbauptmann Josef KRAINER konnte auch den russischen Ministerpräsidenten TSCHERNOMYRDIN in der Steiermark begrüßen.



Sprichwörtliche steirische Breite: Begegnungen mit Papst JOHANNES PAUL II (im Bild mit dem Bischof Johann WEBER), ein Schnappschuß von der Hochzeit Arnold SCHWARZENEGGERS und dem Zusammentreffen mit Edward KENNEDY; die ständige Begegnung mit weltberühmten, mit der Steiermark sehr eng verbundenen Künstlern, wie Klaus Maria BRANDAUER und Nikolaus HARNONCOURT; zugleich aber eine überaus herzliche Volksverbundenheit, die den steirischen Landesbaupmann Josef KRÄINER auszeichnet.





Entscheidender Einsatz gilt der technologischen Innovation und Modernisierung unserer Wirtschaftsstruktur. Zwei besonders gelungene Beispiele: Das AMS-Werk in Unterpremstätten, für dessen An siedlung und Technologie-transfer von USA nach Österreich sich 1983 Landesbaupmann KRAINER und der damalige österreichische US-Botschafter Thomas KLESTIL besonders eingesetzt haben (in unserem Bild beim Besuch des blühenden Unterpremstätter Werkes mit Vorstandsdirektor Horst GEBERT). Oder das erfolgreiche Bemühen, Steiermark zur Automobilbaupstadt Österreichs zu machen: Landesbaupmann KRAINER mit dem damaligen CHRYSLER-Boss IA COCCA bei der Grundsteinlegung für das Eurostar-Werk. Direkter Zugang zu Jugend und Sport von „Goalie“ Otto KONRAD bis zu den Schülern.

SPITZENKANDIDATEN BEI NATIONALRATS- WAHLEN UND STEIRISCHEN LANDTAGSWAHLEN

1945 - 1995

Nachdem Karl **RENNER** (1870 - 1950) für die SPÖ und Leopold **KUNSCHAK** (1871 - 1953) für die ÖVP am 27. April 1945 die Geburtsurkunde der Zweiten Republik in Wien unterzeichneten und in der Steiermark

Reinhard **MACHOLD** für die SPÖ und Alois **DIENSTLEDER** für die ÖVP als Landeshauptmann bzw. Landeshauptmannstellvertreter am 8. Mai 1945 die Spitzenverantwortung der ersten Landesregierung der Zweiten Republik über-

nahmen, standen sich, beginnend mit den ersten freien Wahlen im November 1945, folgende Spitzenexponenten bei den Nationalratswahlen bzw. bei den steirischen Landtagswahlen gegenüber:

NATIONALRATSWAHLEN:		
1945	Leopold FIGL (1902 - 1965) VP-Bundesobmann 1945 - 1952, Bundeskanzler 1945-1953	Adolf SCHÄRF (1890 - 1965) SP-Vorsitzender 1945 - 1957, Vizekanzler 1945 - 1957
1949	Leopold FIGL	Adolf SCHÄRF
1953	Julius RAAB (1891 - 1964) VP-Obmann 1952 - 1960 Bundeskanzler 1953 - 1961	Adolf SCHÄRF
1956	Julius RAAB	Adolf SCHÄRF
1959	Julius RAAB	Bruno PITTERMANN (1905 - 1983) SP-Vorsitzender 1957 - 1967 Vizekanzler 1957 - 1966
1962	Alfons GORBACH (1898 - 1972) VP-Bundesobmann 1960 - 1963 Bundeskanzler 1961 - 1964	Bruno PITTERMANN
1966	Josef KLAUS , geb. 1907 VP-Bundesobmann 1963 - 1970 Bundeskanzler 1964 - 1970	Bruno PITTERMANN
1970	Josef KLAUS	Bruno KREISKY (1911 - 1990) SP-Vorsitzender 1967 - 1983 Bundeskanzler 1970 - 1983
1971	Karl SCHLEINZER (1924 - 1975) VP-Bundesobmann 1971 - 1975	Bruno KREISKY
1975	Josef TAUS (geb. 1933) VP-Bundesobmann 1975 - 1979	Bruno KREISKY
1979	Josef TAUS	Bruno KREISKY
1983	Alois MOCK (geb. 1934) VP-Bundesobmann 1979 - 1989 Vizekanzler 1987 - 1989 Außenminister seit 1987	Bruno KREISKY Fred SINOWATZ (geb. 1929) SP-Vorsitzender 1983 - 1988, Bundeskanzler 1983 - 1986

1986	Alois MOCK	Franz VRANITZKY (geb. 1937) SP-Bundesvorsitzender seit 1988, Bundeskanzler seit 1986
1990	Josef RIEGLER (geb. 1938) VP-Bundesobmann 1989 - 1991 Vizekanzler 1989 - 1991	Franz VRANITZKY
1994	Erhard BUSEK (geb. 1941) VP-Bundesobmann 1991 - 1995 Vizekanzler 1991 - 1995	Franz VRANITZKY

LANDTAGSWAHLEN:

1945	Anton PIRCHEGGER (1885 - 1949) Landtagspräsident 1934 - 1938, Landeshauptmann 1945 - 1948	Reinhard MACHOLD (1879 - 1961) Landeshauptmann Mai - Dez. 1945, 1. LHStv. 1930 - 1934, 1945 - 1954, SP-Landes- vorsitzender 1945 - 1960, Landesrat 1919 - 1934
1949	Josef KRAINER (1903 - 1971) Landeshauptmann 1948 - 1971 Landesrat 1945 - 1948 gf. VP-Landesobmann 1945 VP-Landesobmann 1965 - 1971	Reinhard MACHOLD
1953	Josef KRAINER	Reinhard MACHOLD
1957	Josef KRAINER	Norbert HORVATEK (1888 - 1982) 1. LHStv. 1954 - 1960, Landesrat 1945 - 1954
1961	Josef KRAINER	Fritz MATZNER (1896 - 1972) 1. LHStv. 1960 - 1963, Landesrat 1945 - 1960, ÖGB-Landesvorsitzender
1965	Josef KRAINER	Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK (1912 - 1970) 1. LHStv. 1964 - 1970, Landesrat 1954 - 1964, SP-Landesvorsitzender 1960 - 1970
1970	Josef KRAINER	Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK
1974	Friedrich NIEDERL (geb. 1920) Landeshauptmann 1971 - 1980, Landesparteioibmann 1972 - 1980, Landesrat von 1965 - 1970	Adalbert SEBASTIAN (geb. 1919) 1. LHStv. von 1970 - 1980, SP-Landesvorsit- zender 1970 - 1981, Landesrat 1960 - 1970
1978	Friedrich NIEDERL	Adalbert SEBASTIAN
1981	Josef KRAINER (geb. 1930) Landeshauptmann seit 1980, Landesrat 1971 - 1980, gf. Landesparteioibmann 1972 - 1980, Landesparteioibmann seit 1980	Hans GROSS (1930 - 1992) 1. LHStv. von 1980 - 1990, SP-Landesvorsitzender 1981 - 1990
1986	Josef KRAINER	Hans GROSS
1991	Josef KRAINER	Peter SCHACHNER-BLAZIZEK (geb. 1942) 1. LHStv. seit 1990, SP-Landesvorsitzender seit 1990

PERSONEN - DATEN - ZAHLEN

1945 - 1995

LANDESPARTEIOBMÄNNER

1945 - 1946	Univ.-Prof.Dr. Alois DIENSTLEDER
1946 - 1965	Dr. Alfons GORBACH(1962 - 1965 mit Dr. Theodor PIFFL-PERCEVIC als gf. Landesparteiobmann)
1965 - 1971	Ök.-Rat Josef KRAINER
1972 - 1980	Dr. Friedrich NIEDERL (mit Dr. Josef KRAINER als geschäftsführendem Landesparteiobmann)
seit 1980	Dr. Josef KRAINER (seit 1989 mit Dr. Gerhard HIRSCHMANN als gf. Landesparteiobmann)

LANDESPARTEISEKRETÄRE (seit 1992 Landesgeschäftsführer)

1945 - 1946	Karl KOBER
1947 - 1962	Franz WEGART
1962 - 1966	Dr. Alfred RAINER
1966 - 1973	Dipl.-Ing. Franz HASIBA
1973 - 1981	Dr. Karl MAITZ
1981 - 1989	Dr. Gerhard HIRSCHMANN
1989 - 1992	Dr. Candidus CORTOLEZIS
1992 - 1993	Ludwig KAPFER
seit 1993	Dr. Reinhold LOPATKA

ÖVP-BUNDESPARTEIOBMÄNNER

1945	Leopold KUNSCHAK
1945 - 1952	Dipl.-Ing. Leopold FIGL
1952 - 1960	Ing. Julius RAAB
1960 - 1963	Dr. Alfons GORBACH
1963 - 1970	Dr. Josef KLAUS
1970 - 1971	Dr. Hermann WITTHALM
1971 - 1975	Dr. Karl SCHLEINZER
1975 - 1979	Dr. Josef TAUS
1979 - 1989	Dr. Alois MOCK
1989 - 1991	Dipl.-Ing. Josef RIEGLER
1991 - 1995	Dr. Erhard BUSEK
seit 1995	Dr. Wolfgang SCHÜSSEL

BUNDESPRÄSIDENTEN

Dr. Karl RENNER	20.12.1945	31.12.1950
Dr. h. c. Theodor KÖRNER	21.06.1951	04.01.1957
Dr. Adolf SCHÄRF	22.05.1957	28.02.1965
Dr. h. c. Franz JONAS	09.06.1965	24.04.1974
Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER	08.07.1974	08.07.1986
Dr. Kurt WALDHEIM	08.07.1986	08.07.1992
Dr. Thomas KLESTIL	seit 08.07.1992	

BUNDESKANZLER

Dr. Karl RENNER	27.04.1945	20.12.1945
Dipl.-Ing. Leopold FIGL	20.12.1945	02.04.1953
Ing. Julius RAAB	02.04.1953	11.04.1961
Dr. Alfons GORBACH	11.04.1961	02.04.1964
Dr. Josef KLAUS	02.04.1964	21.04.1970
Dr. Bruno KREISKY	21.04.1970	24.05.1983
Dr. Alfred SINOWATZ	24.05.1983	16.06.1986
Dr. Franz VRANITZKY	seit 16.06.1986	

LANDESHAUPTLEUTE DER STEIERMARK

Reinhard MACHOLD	08.05.1945	28.12.1945
Anton PIRCHEGGER	28.12.1945	06.07.1948
Josef KRAINER	06.07.1948	28.11.1971
Dr. Friedrich NIEDERL	10.12.1971	04.07.1980
Dr. Josef KRAINER	seit 04.07.1980	

LANDTAGSPRÄSIDENTEN DER STEIERMARK

Josef WALLNER	12.12.1945	05.11.1949
Franz THOMA	05.11.1949	16.02.1952
Karl BRUNNER	11.04.1961	03.04.1964
Dr. Richard KAAAN	14.04.1964	15.01.1969
Franz KOLLER	10.02.1969	06.04.1970
Univ.-Prof.Dr. Hanns KOREN	06.04.1970	18.10.1983
Franz FELDRGRILL	18.10.1983	11.01.1985
Franz WEGART	11.01.1985	19.10.1993
Dipl.-Ing. Franz HASIBA	seit 19.10.1993	

MITGLIEDER DER STEIRISCHEN VOLKSPARTEI IN DER BUNDESREGIERUNG

Ök.-Rat Franz THOMA	1952 - 1959 Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
DDDr. Udo ILLIG	1953 - 1956 Bundesminister für Handel und Wiederaufbau
Dr. Alfons GORBACH	1961 - 1964 Bundeskanzler
Dr. Theodor PIFFL-PERCEVIC	1964 - 1969 Bundesminister für Unterricht
Dipl.-Ing. Josef RIEGLER	1987 - 1989 Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft 1989- 1991 Vizekanzler und Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform
Dkfm. Ruth FELDRGRILL-ZANKEL	1991 - 1992 Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
Dr. Martin BARTENSTEIN	1994 Staatssekretär, ab Mai 1995 Bundesminister für Umwelt

DIE LANDESREGIERUNGEN DER STEIERMARK SEIT 1945

15. Mai 1945 (von sowjetischer Besatzungsmacht bestätigt):

- SPÖ: 1. Landeshauptmann Reinhard MACHOLD
2. Landesrat Norbert HORVATEK
3. Landesrat Fritz MATZNER

ÖVP: 1. Landeshauptmannstellvertreter Prof. Dr. Alois DIENSTLEDER

2. Landesrat Anton PIRCHEGGER
3. Landesrat Josef SCHNEEBERGER

KPÖ: 1. Landeshauptmannstellvertreter Viktor ELSER

2. Landesrat Ditto PÖLZL
3. Landesrat Raimund BACHMANN

8. August 1945 (von britischer Besatzungsmacht bestätigt):

- SPÖ: 1. Landeshauptmann Reinhard MACHOLD
2. Landesrat Norbert HORVATEK
3. Landesrat Fritz MATZNER
4. Landesrat Dr.Ing.habil. Ferdinand WULTSCH

ÖVP: 1. Landeshauptmannstellvertreter Prof. Dr. Alois DIENSTLEDER

2. Landesrat Anton PIRCHEGGER
3. Landesrat Josef SCHNEEBERGER

KPÖ: 1. Landeshauptmannstellvertreter Viktor ELSER

2. Landesrat Ditto PÖLZL

28. Dezember 1945 (nach den ersten Landtagswahlen vom 25. November 1945):

- ÖVP: 1. Landeshauptmann Anton PIRCHEGGER
2. Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Tobias UDIER
3. Landesrat Josef HOLLERSBACHER
4. Landesrat DDDr. Udo ILLIG
5. Landesrat Josef KRAINER

SPÖ: 1. Landeshauptmannstellvertreter Reinhard MACHOLD

2. Landesrat Norbert HORVATEK
3. Landesrat Fritz MATZNER
4. Prof. Engelbert RÜCKL (nach seinem Tod, ab 29. März 1946, Ludwig OBERZAUCHER)

6. Juli 1948 (Neuwahl des Landeshauptmannes durch den Landtag nach dem Rücktritt von Anton PIRCHEGGER):

- ÖVP: 1. Landeshauptmann Josef KRAINER
2. Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Tobias UDIER
3. Landesrat DDDr. Udo ILLIG
4. Landesrat Ferdinand PRIRSCH
5. Landesrat Josef THOMA

SPÖ: 1. Landeshauptmannstellvertreter Reinhard MACHOLD

2. Landesrat Norbert HORVATEK
3. Landesrat Fritz MATZNER
4. Landesrat Ludwig OBERZAUCHER

12. November 1949 (nach der Landtagswahl vom 9. Oktober 1949):

- ÖVP: 1. Landeshauptmann Josef KRAINER
2. Zweiter Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Tobias UDIER
3. Landesrat DDDr. Udo ILLIG
4. Landesrat Ferdinand PRIRSCH

SPÖ: 1. Erster Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Reinhard MACHOLD

2. Landesrat Norbert HORVATEK
3. Landesrat Fritz MATZNER
4. Landesrat Ludwig OBERZAUCHER (ab 15. Februar 1950 Maria MATZNER)

Verband der Unabhängigen:

- Landesrat Dr. Josef ELSNITZ

15. April 1953 (nach den Landtagswahlen vom 22. Februar 1953):

- ÖVP: 1. Landeshauptmann Josef KRAINER
2. Zweiter Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Tobias UDIER
3. Landesrat DDDr. Udo ILLIG (ab 15. Mai 1953 Karl BRUNNER)
4. Landesrat Ferdinand PRIRSCH

SPÖ: 1. Erster Landeshauptmannstv. Dr. h. c. Reinhard MACHOLD (ab 30. Jänner 1954 Norbert HORVATEK)

2. Landesrat Norbert HORVATEK (ab 30. Jänner 1954 DDr. Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK)
3. Landesrat Fritz MATZNER

Verband der Unabhängigen:

- Landesrat Dr. Anton STEPHAN

9. April 1957 (nach den Landtagswahlen vom 10. März 1957):

- ÖVP: 1. Landeshauptmann Ök.-Rat Josef KRAINER
2. Zweiter Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Tobias UDIER
3. Landesrat Karl BRUNNER
4. Landesrat Ferdinand PRIRSCH
5. Landesrat Univ.-Prof. Dr. Hanns KOREN

SPÖ: 1. Erster Landeshauptmannstellvertreter Norbert HORVATEK (ab 15. Juni 1960 Fritz MATZNER)

2. Landesrat DDr. Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK
3. Landesrat Fritz MATZNER (ab 15. Juni 1960 Adalbert SEBASTIAN)
4. Landesrat Maria MATZNER

11. April 1961 (nach den Landtagswahlen vom 12. März 1961):

- ÖVP: 1. Landeshauptmann Ök.-Rat Josef KRAINER
2. Zweiter Landeshauptmannstv. Dipl.-Ing. Tobias UDIER (ab 5. Juni 1963 Univ.-Prof. Dr. Hanns KOREN)
3. Landesrat Ök.-Rat Ferdinand PRIRSCH (ab 22. Februar 1965 Dr. Friedrich NIEDERL)
4. Landesrat Univ.-Prof. Dr. Hanns KOREN (ab 5. Juni 1963 Anton PELTZMANN)
5. Landesrat Franz WEGART
- SPÖ: 1. Erster Landeshauptmannstv. Fritz MATZNER (ab 31. 12. 1963 DDR: Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK)
2. Landesrat Maria MATZNER (ab 12. März 1962 Josef GRUBER)
3. Landesrat DDR: Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK (ab 31. Dezember 1963 Hannes BAMMER)
4. Landesrat Adalbert SEBASTIAN

17. April 1965 (nach den Landtagswahlen vom 14. März 1965):

- ÖVP: 1. Landeshauptmann Ök.-Rat Josef KRAINER
2. Zweiter Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Hanns KOREN
3. Landesrat Franz WEGART
4. Landesrat Anton PELTZMANN
5. Landesrat Dr. Friedrich NIEDERL
- SPÖ: 1. Erster Landeshauptmannstellvertreter DDR: Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK
2. Landesrat Adalbert SEBASTIAN
3. Landesrat Josef GRUBER
4. Landesrat Hannes BAMMER

14. Mai 1970 (nach den Landtagswahlen vom 15. März 1970):

- ÖVP: 1. Landeshauptmann Ök.-Rat Josef KRAINER
2. Zweiter Landeshauptmannstellvertreter Dr. Friedrich NIEDERL
3. Landesrat Franz WEGART
4. Landesrat Anton PELTZMANN
5. Landesrat Prof. Kurt JUNGWIRTH
- SPÖ: 1. Erster Landeshauptmannstv. DDR: Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK (ab 2. 10. 1970 Adalbert SEBASTIAN)
2. Landesrat Adalbert SEBASTIAN (ab 2. Oktober 1970 Dr. Christoph KLAUSER)
3. Landesrat Josef GRUBER
4. Landesrat Hannes BAMMER

10. Dezember 1971 (Neuwahl des Landeshauptmannes durch den Landtag nach dem Tod Ök.-Rat Josef KRAINERS am 28. November 1971, in unveränderter Zusammensetzung auch nach den Landtagswahlen vom 20. Oktober 1974 und 8. Oktober 1978 wiedergewählt):

- ÖVP: 1. Landeshauptmann Dr. Friedrich NIEDERL
2. Zweiter Landeshauptmannstellvertreter Franz WEGART
3. Landesrat Anton PELTZMANN
4. Landesrat Prof. Kurt JUNGWIRTH
5. Landesrat Dr. Josef KRAINER
- SPÖ: 1. Erster Landeshauptmannstellvertreter Adalbert SEBASTIAN
2. Landesrat Josef GRUBER
3. Landesrat Hannes BAMMER
4. Landesrat Dr. Christoph KLAUSER

4. Juli 1980 (Neuwahl des Landeshauptmannes durch den Landtag nach dem Rücktritt von Dr. Friedrich NIEDERL, in unveränderter Zusammensetzung auch nach den Landtagswahlen vom 4. Oktober 1981 wiedergewählt):

- ÖVP: 1. Landeshauptmann Dr. Josef KRAINER
2. Zweiter Landeshauptmannstellvertreter Franz WEGART
3. Landesrat Anton PELTZMANN (ab 26. 08. 1980 DI Hans-Georg FUCHS, ab Mai '83 Dr. Helmut HEIDINGER)
4. Landesrat Prof. Kurt JUNGWIRTH
5. Landesrat Ök.-Rat Ing. Simon KOINER (ab Dezember 1983 Dipl.-Ing. Josef RIEGLER)

- SPÖ: 1. Erster Landeshauptmannstellvertreter Hans GROSS
 2. Landesrat Josef GRUBER
 3. Landesrat Dr. Christoph KLAUSER
 4. Landesrat Gerhard HEIDINGER

11. Jänner 1985 (Regierungsbildung nach der Wahl von Franz WEGART zum Landtagspräsidenten in unveränderter Zusammensetzung auch nach den Landtagswahlen vom 21. September 1986 wiedergewählt):

- ÖVP: 1. Landeshauptmann Dr. Josef KRAINER
 2. Landeshauptmannstellvertreter Prof. Kurt JUNGWIRTH
 3. Landesrat Dr. Helmut HEIDINGER (seit Mai 1988 Waltraud KLASNIC)
 4. Landesrat Dipl.-Ing. Josef RIEGLER (seit 27. Jänner 1987 Dipl.-Ing. Hermann SCHALLER)
 5. Landesrat Dipl.-Ing. Franz HASIBA
- SPÖ: 1. Erster Landeshauptmannstv. Hans GROSS (seit 1990 Univ.-Prof.DDr. Peter SCHACHNER-BLAZICEK)
 2. Landesrat Josef GRUBER (seit Oktober 1988 Erich TSCHERNITZ)
 3. Landesrat Dr. Christoph KLAUSER
 4. Landesrat Gerhard HEIDINGER (seit November 1987 Dr. Dieter STRENTITZ)

Oktober 1991 (Regierungsbildung nach den Landtagswahlen vom 22. Sept. 1991)

- ÖVP 1. Landeshauptmann Dr. Josef KRAINER
 2. Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Franz HASIBA (seit Okt. 1993 Waltraud KLASNIC)
 3. Landesrat Erich PÖTL
 4. Landesrätin Waltraud KLASNIC (seit Okt. 1993 Dr. Gerhard HIRSCHMANN)
- SPÖ 1. Erster Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof.DDr. Peter SCHACHNER-BLAZICEK
 2. Landesrat Ing. Hans-Joachim RESSEL
 3. Landesrat Dr. Dieter STRENTITZ
 4. Landesrat Erich TSCHERNITZ (seit 1994 Dr. Anna RIEDER)
- FPÖ: Landesrat Dipl.-Ing. Michael SCHMID

DIE ABGEORDNETEN DER STEIRISCHEN VOLKSPARTEI (Stand April 1995)

Landtagsabgeordnete:

Johann BACHER
 Walburga BEUTL
 Dr. Candidus CORTOLEZIS
 Hermine FRIESS
 Heinz-Johann GLÖSSL
 Dr. Maria GRABENSBERGER
 Fritz GRILLITSCH
 Landtagspräsident Dipl.-Ing. Franz HASIBA
 Univ.-Prof.Dr. Bernhard HOFMANN-WELLENHOF
 Univ.-Prof.Dipl.-Ing.Dr. Franz JEGLITSCH
 Dr. Eva KARISCH
 Ing. Sepp KAUFMANN
 Ing. Hans KINSKY
 Josef KOWALD
 Ing. Johann LÖCKER
 Dr. Reinhold LOPATKA
 Franz MAJCEN
 Günther POSCH
 Alfred PRUTSCH
 Reinhold PURR
 Hermine PUSSWALD
 Franz RIEBENBAUER
 Hermann SCHÜTZENHÖFER
 Josef STRASSBERGER
 Kurt TASCH
 Sieglinde ZACH

Abgeordneter zum Europaparlament:

Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK

Nationalräte:

Werner AMON
 Ernst FINK
 Mag. Cordula FRIESER
 Dr. Hans HAFNER
 Peter LEITNER
 Dr. Karl MAITZ
 Ridi STEIBL
 Johannes ZWEYTICK

Bundesräte:

Alfred GERSTL
 Mag. Dr. Ernst LASNIK
 Dr. Vincenz LIECHTENSTEIN
 Grete PIRCHEGGER
 Ing. Peter POLLERUHS

WAHLERGEBNISSE

1945 - 1995

NATIONALRATSWAHLERGEBNISSE IN ÖSTERREICH

	ÖVP		SPÖ		FPÖ		KPÖ		GAL/AL		Sonstige	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
NRW 1945	1.602.227	49,6	1.434.898	44,6	---	---	174.257	5,4	---	---	---	---
NRW 1949	1.846.581	44,0	1.623.524	38,7	489.273	11,7	213.066	5,1	---	---	---	---
NRW 1953	1.781.777	41,3	1.818.517	42,2	472.866	11,0	---	---	---	---	---	---
NRW 1956	1.999.986	46,0	1.873.295	43,0	283.749	6,5	192.438	4,4	---	---	---	---
NRW 1959	1.928.043	44,2	1.953.935	44,8	336.110	7,7	142.578	3,3	---	---	---	---
NRW 1962	2.024.501	45,4	1.960.685	44,0	313.985	7,1	135.520	3,0	---	---	---	---
NRW 1966	2.191.109	48,4	1.928.985	42,6	242.570	5,4	---	---	---	---	---	---
NRW 1970	2.078.010	44,8	2.235.905	48,2	254.636	5,5	46.689	1,0	---	---	---	---
NRW 1971	1.964.713	43,1	2.280.168	50,0	248.473	5,5	61.762	1,4	---	---	---	---
NRW 1975	1.981.291	43,0	2.326.201	50,4	249.444	5,4	55.032	1,2	---	---	---	---
NRW 1979	1.981.739	41,9	2.413.226	51,0	286.743	6,1	45.280	0,96	---	---	---	---
NRW 1983	2.052.714	43,2	2.270.977	47,8	236.320	4,97	31.408	0,66	60.150	1,27	99.204	2,10
NRW 1986	2.003.360	41,3	2.092.122	43,1	472.180	9,7	35.144	0,7	---	---	233.935	4,8
NRW 1990	1.508.603	32,06	2.012.787	42,80	782.648	16,63	25.685	0,55	225.081	4,78	150.093	3,18
									LIF			
NRW 1994	1.281.846	27,67	1.617.804	34,92	1.042.332	22,50	276.580	5,97	338.538	7,31	76.014	1,64

NATIONALRATSWAHLERGEBNISSE IN DER STEIERMARK

	ÖVP		SPÖ		FPÖ		KPÖ		GAL/AL		Sonstige	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
NRW 1945	261.358	52,92	205.779	41,67	---	---	26.724	5,41	---	---	---	---
NRW 1949	280.719	42,94	244.482	37,40	94.991	14,53	29.617	4,53	---	---	3.923	0,60
NRW 1953	269.662	40,70	272.360	41,11	89.895	13,57	29.177	4,40	---	---	1.324	0,20
NRW 1956	313.510	45,63	302.325	44,00	47.513	6,91	23.762	3,46	---	---	---	---
NRW 1959	308.835	44,74	312.776	45,30	47.116	6,83	21.654	3,14	---	---	---	---
NRW 1962	327.852	46,51	304.810	43,24	48.034	6,82	24.404	3,43	---	---	---	---
NRW 1966	356.703	49,74	313.763	43,76	34.976	4,88	11.331	1,58	---	---	283	0,04
NRW 1970	337.463	45,63	354.023	47,87	36.877	4,98	8.988	1,22	---	---	2.195	0,30
NRW 1971	324.894	44,53	357.198	48,93	35.594	4,88	11.963	1,64	---	---	---	---
NRW 1975	325.372	43,94	372.219	50,27	33.936	4,58	8.976	1,21	---	---	---	---
NRW 1979	317.561	41,37	394.397	51,37	47.184	6,15	3.543	1,11	---	---	---	---
NRW 1983	332.591	42,27	389.110	49,45	31.258	3,97	5.988	0,76	14.361	1,83	13.603	1,73
NRW 1986	327.557	41,00	352.219	44,09	79.364	9,93	7.160	0,90	32.592	4,08	---	---
NRW 1990	263.800	33,18	344.525	43,33	133.797	16,83	5.711	0,72	31.334	3,94	15.928	2,00
									LIF			
NRW 1994	212.122	27,45	282.781	36,60	181.051	23,43	38.057	4,93	47.683	6,17	11.000	1,42

GEMEINDERATSWAHLERGEBNISSE IN GRAZ

	ÖVP		SPÖ		FPÖ		KPÖ		GAL/AL		Sonstige	
	abs.	%(M)	abs.	%(M)	abs	%(M)	abs.	%(M)	abs.	%(M)	abs.	%(M)
25. 11. 1945	41.092	41,8(15)	50.703	51,5(19)	---	---	6.630	6,7(2)	---	---	---	---
09. 10. 1949	45.618	31,7(16)	59.097	41,0(20)	28.487	19,8(10)	8.147	5,7(2)	---	---	2.616	1,8(-)
22. 02. 1953	47.920	32,0(16)	62.238	42,8(21)	26.773	18,3(9)	8.536	5,8(2)	---	---	459	0,3(-)
23. 03. 1958	56.790	37,4(18)	71.206	46,9(23)	18.019	11,9(6)	5.889	3,8(1)	---	---	---	---
31. 03. 1963	55.230	34,7(17)	74.192	46,5(23)	23.313	14,6(7)	5.528	3,4(1)	---	---	1.214	0,8(-)
24. 03. 1968	50.770	31,7(15)	83.457	52,2(26)	20.909	13,1(6)	4.502	2,8(1)	---	---	382	0,2(-)
25. 02. 1973	55.759	35,5(20)	69.550	44,2(26)	26.515	16,9(9)	4.795	3,0(1)	---	---	626	0,4(-)
29. 01. 1978	49.772	31,3(18)	65.490	41,3(23)	39.485	24,9(14)	3.196	2,0(1)	---	---	816	0,5(-)
23. 01. 1983	50.258	32,4(18)	65.255	42,0(24)	23.992	15,5(9)	2.849	1,8(1)	10.399	7,0(4)	2.002	1,3(-)
24. 01. 1988	45.748	31,9(19)	60.933	42,5(25)	16.927	11,8(7)	4.426	3,1(1)	7.074	4,9(2)	8.375	5,8(2)
24. 01. 1993	35.129	26,1(15)	46.687	34,7(21)	26.971	20,1(12)	5.647	4,2(2)	7.073	5,2(3)	7.002	5,2(3)

GEMEINDERATSWAHLERGEBNISSE IN DER STEIERMARK

	ÖVP		SPÖ		FPÖ		KPÖ		GAL/AL		Sonstige	
	abs.	%	abs.	%	abs	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
GRW 1950	225.111	38,85	230.209	39,73	64.438	11,12	26.677	4,60	---	---	33.033	7,50
GRW 1955	232.118	45,70	226.811	44,65	1.212	0,24	13.631	2,68	---	---	34.210	6,73
GRW 1960	238.208	45,40	228.790	43,61	27.983	5,33	13.915	2,65	---	---	15.789	3,01
GRW 1965	246.072	45,96	242.109	45,22	21.314	3,98	11.376	2,12	---	---	14.571	2,72
GRW 1970	250.138	45,46	253.326	46,04	25.539	4,64	8.150	1,48	---	---	13.078	2,38
GRW 1975	273.953	47,38	255.672	44,22	25.713	4,45	8.065	1,39	---	---	14.774	2,56
GRW 1980	278.719	46,53	270.499	45,16	26.036	4,35	6.234	1,04	---	---	17.376	2,90
GRW 1985	288.290	46,53	267.118	43,11	21.689	3,50	6.865	1,11	8.720	1,41	26.905	4,34
GRW 1990	279.493	44,30	256.240	40,62	53.416	8,47	5.646	0,89	9.928	1,57	26.121	4,14
GRW 1995	252.228	42,05	229.919	38,33	67.701	11,29	4.130	0,67	1.593	0,25	12.238	1,87

*) Grüne Listen

LANDTAGSWAHLEN IN DER STEIERMARK

	ÖVP			SPÖ			FPÖ			KPÖ			VGÖ/AL		
	Stimmen	%	Man-Reg. date Sitze	Stimmen	%	Man-Reg. date Sitze	Stimmen	%	Man-Reg. date Sitze	Stimmen	%	Man-Reg. date Sitze	Stimmen	%	Man-Reg. date Sitze
25. 11. 1945	261.065	53	26	5	204.774	41,6	20	4	---	---	---	26.542	5	2	---
09. 10. 1949	279.453	42,9	22	4	243.861	37,4	18	4	94.698	14,6	7	1	29.528	5	1
22. 02. 1953	268.546	40,7	21	4	271.162	41,1	20	4	89.837	13,6	6	1	29.039	4	1
10. 03. 1957	315.197	46,4	24	5	296.383	43,6	21	4	46.103	6,8	3	---	17.590	3	---
12. 03. 1961	330.164	47,1	24	5	292.068	41,7	20	4	50.726	7,3	3	---	26.880	4	1
14. 03. 1965	341.308	48,4	29	5	297.166	42,4	24	4	41.165	5,8	2	---	22.535	3	1
15. 03. 1970	356.325	48,6	28	5	327.906	44,7	26	4	38.641	5,3	2	---	9.904	1	---
20. 10. 1974	388.283	53,3	31	5	300.189	41,2	23	4	30.608	4,2	2	---	9.804	1	---
08. 10. 1978	384.905	52,0	30	5	298.560	40,3	23	4	47.562	6,4	3	---	9.876	1	---
04. 10. 1981	384.048	50,9	30	5	322.416	42,7	24	4	38.135	5,1	2	---	10.082	1	---
21. 09. 1986	393.618	51,8	30	5	286.312	37,6	22	4	34.881	4,6	2	---	8.944	1	---
22. 09. 1991	343.427	44,2	26	4	271.232	34,9	21	4	119.462	15,4	9	1	4.627	0,6	---

K 6 - DREHSCHLEIBE STÄNDIGER POLITISCHER ERNEUERUNG SEIT 1945

REINHOLD LOPATKA

Der Weg zum Karmeliterplatz führt von allen Seiten bergauf. Man gelangt nicht auf diesen Platz am Fuße des Schloßbergs, im Kern der Grazer Innenstadt, ohne einen Anstieg bewältigen zu müssen. Dennoch ist der Zugang von allen Seiten leicht möglich. Das Haus Karmeliterplatz 6 zählt zu den Schmuckstücken der Grazer Altstadt, das große barocke Stiegenhaus lädt zum Eintreten ein, innen findet sich anstatt einer klaren Struktur ein vielschichtiges Labyrinth aus Säulengängen und verschiedensten Räumlichkeiten.

Karmeliterplatz 6 - eine gute Adresse

Karmeliterplatz 6, kurz „K 6“ genannt, - eine Adresse, die seit 1945 für die Steirische Volkspartei steht. Und es ist eine symbolhafte Adresse. Die Volkspartei lädt ein, aber kommen muß schon jeder selbst.

Wir schöpfen Kraft aus der Tradition, sind dem Neuen gegenüber aufgeschlossen und in vielen Bereichen bahnbrechend. Das Haus hat sich seit 1945 nicht verändert, die Ziele der Partei sind ebenfalls die gleichen geblieben, aber es versuchen sie heute andere Personen mit anderen Mitteln zu erreichen.

Der Erfolg hat uns bislang bestätigt, auf dem richtigen Weg zu sein.

Die Steirische Volkspartei war und ist die steirischste aller politischen Parteien dieses Landes und daher auch seit 1945 die Nummer Eins der steirischen Landespolitik und „die Landeshauptmannpartei“.

Die Steirische Volkspartei als Vorreiter

„Vieles von dem, was wir erstmals gemacht haben, ist später auch für andere selbstverständlich geworden. Aber ausgegangen ist es vom Grazer Karmeliterplatz“, resümierte der längstdienende LandesparteiSekretär der Steirischen Volkspartei, Franz Wegart, 1985 anlässlich des 40-Jahr-Jubiläums der Partei. Der Karmeliterplatz war nie ein „Parteihaus“ im herkömmlichen Sinn dieses Wortes, er war immer mehr als bloße Organisationszentrale. Hier wurde vor- und nachgedacht, hier wurde Pionierarbeit geleistet. Eines der wesentlichsten Merkmale der Arbeit am Karmeliterplatz im Laufe des vergangenen halben Jahrhunderts war aber wohl die Offenheit den Quer- und An-

Jahre Steirische Volkspartei feierten - nicht mehr zu vergleichen. Von einem Vergleich mit der politischen Situation im Gründungsjahr 1945 wollen wir in diesem Zusammenhang überhaupt nicht reden. Es geht für uns als Steirische Volkspartei heute um die Frage, welche Aufgaben Parteien im herkömmlichen Sinn eigentlich noch haben und welche Erwartungen von der Bevölkerung in sie gesetzt werden. Sind Parteien heute wirklich noch jene unverzichtbaren tragenden Säulen der Demokratie, als die sie jahrzehntlang gegolten haben, oder sind sie bloße Vehikel, die man bei Bedarf wenige Monate vor dem Wahltag in Form von „Bürgerbewegungen“ aktiviert, ansonsten aber ruhen lassen soll?

Es kann heute - wie in den ersten 20 Jahren nach dem Krieg - nicht mehr Aufgabe der Parteien sein, die konkreten Lebensprobleme der Menschen - von der Wohnung bis zum Arbeitsplatz - zu regeln. Aus dem Versuch, diese Grundbedürfnisse der Menschen für jeden spürbar zu befriedigen, erwuchs letztlich Parteibuchwirtschaft und Protektion. Die Politik muß heute die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß die Menschen

sich ihre Lebensbedürfnisse selbst erfüllen können. Der Wähler erwartet das und erachtet es als selbstverständlich.

Dennoch muß die Politik heute mehr denn je an das Herz der Menschen appellieren. Zur Verwaltung unseres Landes beschäftigen wir Tausende Beamte, die Politik muß Ideen und Vorgaben dafür liefern, in welche Richtung wir uns in den nächsten Jahren und Jahr-



dersdenkenden gegenüber und die Aufgeschlossenheit gegenüber allem Neuen. Diese personelle und inhaltliche Offenheit bei gleichzeitiger Bewahrung der Grundsätze und Grundwerte hat die Gefahr, das Sensorium für notwendige Änderungen und Reformen zu verlieren, wohl abgewendet.

Heute, im Jahr 1995, ist die politische Landschaft Österreichs mit der des Jahres 1985 - als wir 40

zehnten bewegen. Die Parteien müssen die Menschen wieder bei ihren Hoffnungen, Wünschen und auch Ängsten abholen. Sie müssen in ihrem Programm Orientierung bieten, Wegweiser sein und die Wähler dafür gewinnen, ihnen in ihre Richtung zu folgen.

Dienst am Land und seinen Menschen

Die Steirische Volkspartei muß eine Partei sein, wo für die Bürger spürbar ist, daß vom „kleinsten Funktionär“ bis zum Landeshauptmann der Dienst am Land und seinen Menschen das Anliegen der Partei ist. Auf keiner Ebene darf der Grundsatz „Politik heißt dienen und nicht verdienen und schon gar nicht bedienen“ verletzt werden.

Politikverdrossenheit gibt es, aber sie ist nicht unumkehrbar. Denn es gibt gleichzeitig auch Begeisterungsfähigkeit und das Bedürfnis, mitgestalten zu wollen. Dem müssen wir in Hinkunft wieder stärker gerecht werden. Es wird daher notwendig sein, jene Regelungen, die die Steirische Volkspartei schon vor Jahren parteiintern getroffen hat - wie die strengen Unvereinbarkeitsbestimmungen - auch gesetzlich umzusetzen, sodaß alle Parteien gezwungen sind, diesen Weg nachzuvollziehen. Denn Privilegienritter und Multifunktionäre in anderen Parteien schaden nicht nur diesen, sondern dem Ansehen der gesamten Politik. Das darf uns nicht egal sein.

Es geht um das Ansehen der Politik insgesamt. Und es geht darum, dem Lebensgefühl der 90er-Jahre gerecht zu werden und den Anforderungen an der Schwelle zum 3. Jahrtausend. Es darf in keinem Bereich Sonderregelungen für Politiker geben. Die beste Sachpolitik wird zu Recht von den Wählern nicht honoriert, wenn Politiker wie eine abgehobene Kaste agieren.

Glaubwürdige Personen

Schließlich gilt es auch, glaubwürdigen Personen in der Politik stärker zum Durchbruch zu verhelfen. Es ist daher richtig, für die Direktwahl der Bürgermeister und

des Landeshauptmannes einzutreten. Es geht dabei nicht um parteipolitische Kalküle, sondern darum, den Bedürfnissen der Menschen nach mehr direkter Mitbestimmung nachzukommen.

Obwohl es beinahe unmöglich ist, dem zu entsprechen, was sich die Bevölkerung unter einem idealen Abgeordneten vorstellt, hat der Karmeliterplatz stets darum zu ringen, möglichst viele „ideale“ Abgeordnete in die Gesetzgebung zu bringen.

Die heutige Organisationsform unserer Partei ist eine, die es in Zukunft nicht mehr geben kann. Das Werben vieler Mitglieder funktionierte solange gut, solange die Parteien etwas ganz Konkretes anzubieten hatten - etwa Hilfestellungen bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche. Heute, wo im Regelfall Parteien weder bei der Schaffung von Wohnraum noch bei der Suche nach einem adäquaten Arbeitsplatz etwas anzubieten haben, fällt diese Motivation weg. Es enttarnt aber auch die Fiktion der großen Mitgliederpartei. Denn die Anzahl jener, die sich aus weltanschaulichen Motiven zum Beitritt zu einer Partei entscheiden, ist gerade in der heutigen Zeit rückgängig. Wir haben uns auf diese neue Situation umzustellen. Nicht mehr Zehntausende Parteimitglieder werden am Beginn des nächsten Jahrtausends die Volkspartei kennzeichnen, sondern entscheidend wird sein, welchen Zugang wir engagierten Bürgerinnen und Bürgern schaffen, sich bei uns von der Orts-, über die Bezirks- bis hin zur Landesebene einzubringen. Es müssen Plattformen zur Mitarbeit geschaffen werden.

Plattform zur Mitarbeit

Wer aber wäre besser geeignet, solche Plattformen zur Verfügung zu stellen, als die Steirische Volkspartei. Voraussetzung dafür aber ist, sich nicht nur ein neues Kleid zu geben, sondern auch wirklich neue Inhalte und einen neuen Zweck zu vermitteln. Die Umorientierung nach außen hin muß aber mit einer organisatorischen Umori-

entierung im Inneren Hand in Hand gehen. Vorhandene Organisationsstrukturen können zur Umsetzung neuer Ideen ausgenützt werden. Die Parteistruktur hat nicht ausgedient, sie muß nur ihre Potentiale anders einsetzen. Ein tatsächlicher Erneuerungsschub gelingt dann, wenn neuen wichtigen Themen durch glaubwürdige Persönlichkeiten in der Politik zum Durchbruch verholfen wird. Neben Abgeordneten, die politische Neuerungen vorantreiben, ist die Organisationsstruktur von entscheidender Bedeutung. Die Verbreiterung unseres personellen und inhaltlichen Angebotes ist eine ständige Aufgabenstellung. Je stärker sich gesellschaftliche Strömungen in unserer Mitarbeiter- und Abgeordnetenstruktur widerspiegeln, um so besser wird es der Steirischen Volkspartei gelingen, als große soziale Integrationspartei in das dritte Jahrtausend zu gehen. Im Vor- und Umfeld der Partei sind daher jene Strukturen und Plattformen zu schaffen, die den Zugang zu uns sehr leicht ermöglichen.

Wenn eine Partei als Plattform dient, bedeutet das aber nicht zwangsläufig die Abkehr von allem, was bisher galt. Es muß klar sein, welche Ziele wir verfolgen und für welche Menschen wir Ansprechpartner sind. Denn die Säulen, auf denen sich unsere politische Tätigkeit als Steirische Volkspartei aufbaut, sind klar:

- Leistungsbereitschaft,
- soziale Gerechtigkeit,
- ökologische Nachhaltigkeit.

Wer sich mit diesen Prinzipien identifizieren kann, ist bei uns willkommen. Wir biedern uns aber nicht an, sondern bieten uns an und laden ein, bei und mit uns für die Steiermark aktiv zu werden.

Wir waren, sind und werden auch in Zukunft „Volkspartei“ bleiben: eine Vereinigung von Steirerinnen und Steirern verschiedener Altersgruppen, Konfessionen und Berufe - mit unterschiedlichen - oft gegensätzlichen - Interessen, aber gemeinsamen Wertvorstellungen und Überzeugungen und einem starken „Steiermarkbewußtsein“.

DER/DIE IDEALE ABGEORDNETE

VON REINHOLD LOPATKA

...

Der/die ideale Abgeordnete, der/die allen Ansprüchen und Wunschvorstellungen der Bürger gerecht wird, ist gleichzeitig ein sehr gebildeter Mensch, der natürlich aber auch „einer von uns“ ist, der die Sprache des einfachen Mannes spricht. Er/sie hat ein Sensorium für künftige Entwicklungen und ist gleichzeitig bodenständig.

Er/sie kennt sich bei allen Gesetzen und Rechtsvorschriften sowie in der Verwaltung glänzend aus, damit er/sie jedem Vorgesprochenen rasch zu seinem Recht verhelfen kann; er/sie selbst ist aber keinesfalls ein Beamter.

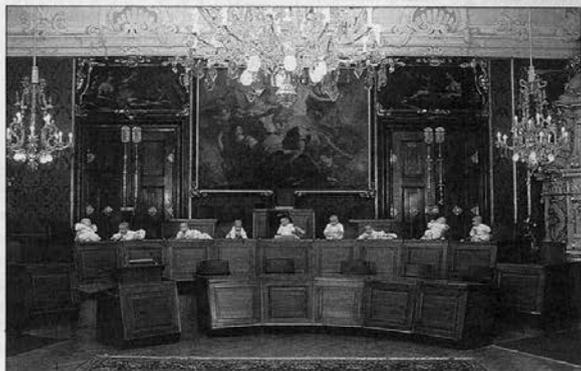
...

Das Einkommen des/der idealen Abgeordneten liegt nur geringfügig über dem Sozialhilfersatz. So fällt es ihm/ihr leicht, für jede Sportveranstaltung nicht nur einen Pokal, sondern auch ein Ehrengeschenk zu stiften; er/sie freut sich, daß mittlerweile nicht nur bei Maturabällen, sondern auch bei Kindergarten- und Schulfesten sein/ihr Ehrenschild erwünscht ist und er/sie bei Spenden- und Bausteinaktionen Gott sei Dank nicht vergessen wird.

...

Der/die ideale Abgeordnete nimmt an jeder Ausschusssitzung und Debatte im Hohen Haus von der ersten bis zur letzten Minute teil. Er/sie glänzt mit frei vorgetragenen Reden zu jedem behandelten Thema. Selbstverständlich hat er/sie aber ausreichend Zeit, Besuchergruppen zu empfangen und zu bewirten und mit Aktivbürgern und Parteifreunden, die sich auf den Zuschauerängen einfinden, ausführliche Gespräche zu führen.

...



...

Der/die ideale Abgeordnete ist im Beruf erfolgreich, macht aber gleichzeitig Tag und Nacht Politik.

...

Der/die ideale Abgeordnete hat zumindest ein halbes Dutzend an Partei- und Vereinsfunktionen, er/sie tritt aber massiv gegen jede Art von Ämterkumulierung auf.

...

Der/die ideale Abgeordnete ist immer gut gelaunt und stets freundlich, außer er/sie hat eine Grabrede zu halten. Er/sie macht zumindest einen gut erhaltenen und sportlichen Eindruck, auch dann, wenn ihm/ihr kaum Zeit zum Schlafen und schon gar nicht für Sport bleibt.

...

Der/die ideale Abgeordnete ist äußerst korrekt und kämpft für Recht und Ordnung. Er/sie verbindet das mit der Fähigkeit, gegen Bescheide mittels Interventionen anzukämpfen, die Gesetze als Rechtsgrundlage haben, die er/sie vorher beschlossen hat.

...

...

Um immer passend gekleidet zu sein, hat er/sie zumindest drei Garnituren von Anzügen/Kleidern in seinem/ihrerem Auto, das ihm/ihr auch als Umkleidekabine zwischen dem Bauernbundball (Steireranzug/Dirndlkleid), der Schloßredoute (Smoking/Abendrobe) und dem Jugendball (Trussardi- oder Diesel-Jeanslook) dient.

...

Der/die ideale Abgeordnete schlägt keine Einladung aus und versucht, jeden Abend mindestens zwei Veranstaltungen zu besuchen, in Vorwahlzeiten können es ruhig auch drei sein. Daß er/sie täglich bis nach Mitternacht unterwegs ist, gehört „zum Geschäft“. Natürlich führt er/sie ein vorbildliches Familienleben und ist täglich spätestens ab 7 Uhr morgens für jedermann erreichbar.

...

Der/die ideale Abgeordnete ist jung und dynamisch, er/sie kann sich aber selbstverständlich auch auf eine reiche Lebenserfahrung berufen.

...

SUBSIDIARITÄT UND ZENTRALSTAAT

HERMANN SCHÜTZENHÖFER

Artikel 2 des Bundesverfassungsgesetzes legt fest, daß Österreich ein Bundesstaat ist, der aus 9 selbständigen Ländern besteht. Die Bundesländer als selbständige Gliedstaaten sind mit Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz, nicht aber mit der Staatsfunktion Gerichtsbarkeit ausgestattet. Artikel 15 des Bundesverfassungsgesetzes überträgt den Bundesländern die Generalkompetenz zur Gesetzgebung und Verwaltung. Allerdings ordnet Artikel 10 Abs. 1 des BVG dem Bund nicht nur weit aus die meisten, sondern auch die wichtigsten Gesetzgebungskompetenzen zu. Daher haben die Länder neben der mittelbaren Bundesverwaltung durch den Landeshauptmann hauptsächlich die Vollziehung von Bundesgesetzen durchzuführen, es verbleibt nur ein kleiner Bereich der Gesetzgebungs- und Vollzugskompetenz. Der österreichische Föderalismus beschränkt sich also primär auf die Verwaltungskompetenz der Länder.

Demgegenüber steht der Begriff der Subsidiarität als wesentlicher Teil des ÖVP-Parteiprogrammes. Subsidiarität ist ja nicht erst im Vertrag von Maastricht erfunden worden, sondern ist ein Begriff dafür, wie sich die Volkspartei immer und jetzt eigentlich jede moderne Gesellschaft die Bewältigung der Staatsaufgaben vorstellt, ein Modell, wie man den Entwicklungen einer modernen Gesellschaft Rechnung tragen kann. Es geht schlicht und einfach darum, daß die Aufgabenbewältigung dort erfolgt, wo sie wirklich bewältigbar ist, und erst bei Nichterreichen des Zieles auf die nächsthöhere Einheit verschoben wird. Das ist immer mit Machtverzicht der übergeordneten Ebenen zugunsten einer höheren Effizienz verbunden. Machtverzicht auch in der konkreten Arbeit, nicht nur in der partizipativen Demokratie, also beim „Mitreden“. Logischerweise müssen in einem Bundes-

staat alle Glieder dieses Staates in der Lage sein, ihre Aufgaben zu erfüllen, weil wir ja dabei auch vom Recht nach Gleichheit und nach gleicher Behandlung ausgehen müssen.

Natürlich gibt es das Spannungsfeld zwischen zentralen Regeln und notwendigen und förderativen Aufgabenbewältigung. Es liegt aber auch auf der Hand, daß es eine Reihe von Staatsaufgaben gibt, die nach einheitlichen Regelungen rufen, vor allem jene, die die Rahmenbedingungen für die wirtschaftlichen und erzieherischen Aktivitäten darstellen.

In der österreichischen Realverfassung haben wir in Fragen des Föderalismus ein absolutes Übergewicht der Exekutive gegenüber der Legislative. Die Fragen der Bundesstaatsreform wurden sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene von Regierungsverhandlern behandelt, kaum von den jeweiligen Parlamenten, der Finanzausgleich wird ebenfalls zwischen Landesregierungen und der Bundesregierung ausgehandelt, der Nationalrat soll nach Möglichkeit ohne Widerspruch und Diskussion zustimmen.

Alle Macht geht vom Volk aus und bleibt beim Bund!

Überspitzt formuliert, haben die Länder kaum die Möglichkeit, sich in ihre eigenen Angelegenheiten wirklich einmischen zu können. Denn sie haben einen schmalen Zuständigkeitsbereich, eine schwache Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung, es besteht eine starke Bundesverwaltung neben der Länderverwaltung, die Länder haben eine geringere Mittelausstattung als etwa in Deutschland oder in der Schweiz (Bundesanteil in Österreich 60%, BRD 45%, Schweiz 30%).

Österreich ist von allen Bundesstaaten westlicher Prägung si-

cherlich der zentralistischste - von einem echten Föderalismus, wie er etwa in der Bundesrepublik Deutschland herrscht, kann keine Rede sein. Das kann nur geändert werden durch eine Einschränkung der Kompetenz des Bundesparlamentes, mit nachhaltiger Mitwirkung der Gebietskörperschaften, insbesondere der Länder, an der Bundesgesetzgebung. Man muß endlich einen Weg finden, der einen Ausgleich schafft zwischen den Bedürfnissen des Föderalismus und den Notwendigkeiten des Zentralstaates.

Finanzverfassung und Finanzausgleich

Die Länder, die ja de facto keine wirkliche Steuerhoheit haben, werden an den Erträgen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben beteiligt. Aber es ist der Bund, der festsetzt, was gemeinschaftlich ist und was nicht, und welche der Steuern erhöht wird. Dabei ist es natürlich für den Bund verführerisch, die Abgaben zu erhöhen, an denen er allein „verdient“ und nicht jene, an denen alle beteiligt sind.

Wie überhaupt der Bund eine Kompetenz-Kompetenz hat: Er kann etwa durch ein einfaches Bundesgesetz seine Zuständigkeit und deren Grenzen gegenüber der Landesgesetzgebung bei der Verteilung der Besteuerungsrechte und Abgabenerträge bestimmen.

Die Länder haben zwar eine gewisse Abgabehoheit, sie ist aber eher bedeutungslos, da die Länder neben Bundesabgaben Zuschläge oder gleichwertige Abgaben von demselben Besteuerungsgegenstand nur mit bundesgesetzlicher Ermächtigung erheben dürfen. Der Bund hat ein besonderes Einspruchsrecht gegen Landesabgabengesetze aufgrund des § 9 Finanzverfassungsgesetz.

Und hier wird es haarig: Die Einnahmen der Länder resultieren

zum größten Teil aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und nicht aus einer eigenen Steuerhoheit. Das Land Steiermark etwa nimmt knapp 600 Millionen Schilling selber ein, bei Einnahmen von etwa 11 Milliarden aus dem Finanzausgleich und bei einem Gesamtbudget - inklusive der „Durchlaufposten“ wie etwa die Gehälter der Pflichtschullehrer (5,2 Milliarden) oder der Wohnbauförderung (4,2 Milliarden) von fast 40 Milliarden. Im Klartext: Die Länder sind auf Gedeih und Verderb dem Finanzausgleich ausgeliefert - und mit ihnen die Gemeinden.

Der Bundesrat

Allgemein herrscht Unzufriedenheit mit der Länderkammer. Sie hat sich immer mehr zu einem reinen Bestätigungsorgan des Parlaments entwickelt, hat in der Regel die Parlamentsbeschlüsse bereits in der darauffolgenden Sitzung des Bundesrates ratifiziert und faktisch nicht Einspruch erhoben. Der Bundesrat, der als Länderkammer an der Bundesgesetzgebung mitwirkt, erhob im Jahr 1992 keinen Einspruch gegen einen Gesetzesbeschluss des Nationalrates. Er hat aber in 24 Fällen gemäß Artikel 44, Abs. 2 Bundesverfassungsgesetz, Verfassungsbestimmungen zu Lasten der Länder genehmigt.

Der Vorsitzende des Bundesrates für die zweite Jahreshälfte 1994, der Tiroler Gottfried Jaud, hat bei seiner Antrittsrede am 19. Juli 1994 folgendes gemeint: „Wenn aber der Nationalrat Gesetzesvorlagen beschließt, die den Ländern nicht einmal bekannt sind, obwohl sie Länderinteressen berühren, können wir diese Gesetze im Bundesrat nicht beraten und beschließen. Es muß zuerst vom Bundesratsdienst dafür Sorge getragen werden, daß diese Beschlüsse des Nationalrates den Ländern zur Kenntnis gebracht werden. Die Länder prüfen diese Beschlüsse und teilen dem Bundesrat ihre Zustimmung oder ihre Bedenken mit. Erst dann können wir diese Nationalratsbeschlüsse im Bundesratsausschuß beraten und auf die Tagesordnung der Bundesratssitzung nehmen“.

Wie wahr! Wenn der Bundesrat seine Vorgangsweise nicht ändert - bzw. wenn die Länder ihn nicht zu einer solchen Veränderung veranlassen - dann brauchen die Bundesländer den Bundesrat nicht: Wenn die Bundesregierung ihre mögliche Einspruchsfrist von 8 Wochen zu Landesgesetzen regelmäßig zur Gänze ausnützt, die Landtage also bei ihrer Gesetzgebung von vornherein entsprechende Verzögerungen miteinrechnen, dann können die Länder - und damit der Bundesrat - dies auch vom Nationalrat verlangen. Es ist ein Unding, daß der Bundesrat Nationalratsbeschlüsse bereits in seiner nächsten Sitzung sanktioniert.

Erst in letzter Zeit - und da merkt man dann schon die Hand des ehemaligen Föderalismusministers und jetzigen Vorsitzenden des Bundesrates, Jürgen Weiß aus Voralberg, beginnt der Bundesrat, sich wirklich in Richtung Länderkammer zu entwickeln.

Daher:

Letztlich war es vor allem der Streit um die Verfügbarkeit der Finanzmittel, der die Entwicklung eines echten Föderalismus entsprechend behindert hat. Daß der Bund in den letzten Jahren zunehmend bereit war, Aufgaben an die Länder abzugeben, war wohl auch eine Folge seiner leeren Kassen: Der Bund hat indirekt Budgetsanierung auf Kosten der Länder betrieben, indem er Aufgaben ausgelagert hat, ohne die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Daher ist in jeder Diskussion über Subsidiarität und Föderalismus gleichzeitig auch die Frage nach der Entwicklung der Finanzverfassung und des Finanzausgleiches zu stellen.

Steuerpolitische Maßnahmen, die mit Einnahmenausfällen verbunden sind, dürfen nur mit Zustimmung der Länder und Gemeinden vorgenommen werden.

Zusätzliche Personal- und Sachausgaben in der mittelbaren Bundes- und in der Auftragsverwaltung, die durch bundesrechtliche Maßnahmen entstehen, müssen finanziell voll ersetzt werden.

Das gilt auch für Gesetze etwa im Gesundheitsbereich.

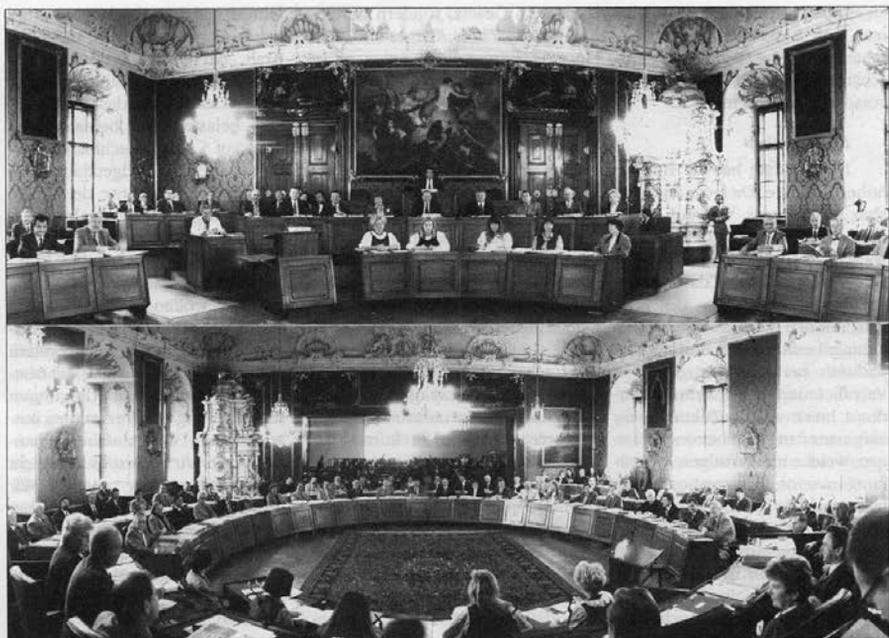
Im übrigen gibt es ein Reihe von Punkten, die in der Öffentlichkeit kaum bekannt sind, obwohl sie in der Verfassung stehen, in denen der Bund in Belange der Länder eingreift:

- So kann etwa die Bundesregierung beim Bundespräsidenten den Antrag auf Auflösung eines Landtages stellen (Art. 100 BVG, Zustimmung des Bundesrates erforderlich).
- Die Bundesregierung muß ihre Zustimmung zur Ernennung des Landesamtsdirektors und seines Stellvertreters geben.
- Die Bundesregierung hat ein Zustimmungsrecht zur Geschäftseinteilung und Geschäftsordnung der Landesregierungen.
- Die Bundesregierung hat ein Einspruchsrecht gegen alle Gesetzesbeschlüsse der Landtage

Die Mitwirkung der Länder

Die österreichische Bundesverfassung kennt den Grundsatz der Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung seit ihrer Entstehung. Allerdings - in Österreich wurde nie ein adäquates Instrumentarium entwickelt, und das österreichische Bundesparlament hat den Bundesstaat immer mehr degenerieren lassen, wobei die Länderkammer, also der Bundesrat, das einfach hingenommen hat. Aber nicht nur der Bundesrat hat sich das gefallen lassen, sondern auch die Bundesländer. Ein Teil der Verbürokratisierung Österreichs, der Überfrachtung der Gebietskörperschaften, der Länder, der Gemeinden, der Bezirkshauptmannschaften mit Verwaltungskram und Gesetzesdurchführungen ist sicher auch darauf zurückzuführen, daß es zu wenig Dialog gegeben hat zwischen Praxis und Gesetzgebung, also zwischen den Ländern und Gemeinden und dem Parlament.

Auf jeden Fall sollte die ÖVP bundesweit ein Regulativ einführen, das sicherstellt, daß die Länder die sie betreffenden Angelegenheiten wirklich beraten können. Nur so kann sichergestellt werden, daß



das freie Mandat nicht in Frage gestellt wird, indem die Länder zunehmend versuchen, ihre Bundesräte und in weiterer Folge die von ihnen gestellten Nationalräte an Landtags- oder Landesregierungsbeschlüsse zu binden - eine Vorgangsweise, die nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich wäre.

Der Steiermärkische Landtag

Neues Selbstverständnis

Seit den Landtagswahlen 1991 sind alle drei Landtagsparteien auch Regierungsparteien. Einer Partei allein ist es weder im Landtag noch in der Landesregierung möglich, eine Entscheidung herbeizuführen. Dazu kommt in der Landesregierung noch die „Allmacht“ des Finanzreferenten, gegen dessen Willen kaum etwas ohne eigene gesetzliche Basis durchsetzbar ist. Der Landtag wurde - und das kann man ohne weiteres festhalten - gegenüber der Regierung aufgewertet.

Drei Parteien, die gleichzeitig Exekutive und Legislative sind, können sich kaum mehr durch die klassische Unterscheidung in Re-

gierung und Opposition profilieren. Die Folge: Abgrenzung in Form von „Abgrenzungs-Anträgen“. Dabei zeichnet sich vor allem die SPÖ durch ein Forderungspaket aus, das in die Hunderte Millionen geht. Die SPÖ mißbraucht das Instrument des Landtagsantrages als Mittel der politischen Strategie, um sich etwa das Sozialmännelchen oder das Gesundheitsmännelchen oder was auch immer umhängen zu können. Es wird zunehmend auch das Instrument der dringlichen Anfrage als Werkzeug der reinen Parteipolitik eingesetzt: wenn etwa die Freiheitlichen eine Anfrage an den von der SPÖ gestellten Spitalsreferenten einbringen, dann „revanchieren“ sich die Sozialisten mit einer dringlichen Anfrage an den freiheitlichen Wohnbaulandesrat. Wir halten uns da zurück; für uns ist die dringliche Anfrage ein Mittel der Aktualität und ein besonderes Instrument, das wir nicht leichtfertig einsetzen wollen. Das gilt im übrigen auch für die Landtagsanträge.

Selbstbeschränkung

In der laufenden Periode (also seit Oktober 1991) wurden von

den drei Landtagsparteien über 650 Anträge gestellt. 140 Gesetze wurden beschlossen, derzeit verhandeln die Parteien 53 Stücke, davon 40 Gesetze. Auch wenn man fairerweise sagen muß, daß die EWR- und jetzt die EU-Anpassung eine Reihe von Änderungen notwendig gemacht hat, muß hier eine Einschränkung der Gesetzes- und Antragsflut erfolgen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß ein guter Teil aller Landtagsanträge Aufforderungen an die Bundesregierung enthält. No na, wer hat denn wirklich etwas zu reden in diesem Land. Aber - unabhängig von den weiteren Folgen - der Weg eines Landtagsantrages ist oft lange, beschäftigt viele Beamte, manchmal mehrere Abteilungen - und bringt oft nichts oder nur sehr wenig. Viele Anträge werden aber dann Gesetz - mit allen Auswirkungen für die Verwaltung und die Gemeinden.

Die Volkspartei hat sich in den letzten Jahren mit Anträgen spürbar zurückgehalten - wenn man so will, ein kleiner Beitrag zur Verwaltungsreform. Und wenn Anträge eingebracht werden, die das Land

Steiermark betreffen, dann muß bereits von Klubseite eine Kostenschätzung, eine Personalbedarfschätzung und ein Finanzierungsvorschlag dabei sein.

Budgethohheit

Der Landtag hat die Budgethohheit - de iure. De facto ändert er aber kaum etwas, was auf Regierungsebene ausgehandelt wird. Er wäre dazu auch kaum in der Lage. Der Landtag kann und darf sich nur mit den großen Zügen des Budgets, mit den dadurch festgelegten Rahmenbedingungen und mit den dadurch bedingten langfristigen Verpflichtungen befassen. Allerdings, hier muß er in Zukunft mehr aufpassen, muß selber mehr fragen, welche mittelfristigen Auswirkungen seine Gesetzesbeschlüsse haben, will er nicht Gefahr laufen, ständig einseitig Generationenverträge zu Lasten unserer Kinder und Kindeskindern abzuschließen.

Dazu gehört aber auch, daß zumindest die Budgetsprecher der Landtagsparteien von allen Stellungnahmen, die Abteilungen des Landes Steiermark zu Bundesgesetzen abgeben, die für die Länder finanzielle oder personelle Auswirkungen haben, rechtzeitig informiert werden.

Und dazu gehört vor allen Dingen, daß wir von den diversen Abteilungen die entsprechenden Materialien, vor allem im Hinblick auf die Kostenfrage, für die Gesetzesbeschlüsse bekommen. Mit Angaben wie „die Kosten können nicht genau abgeschätzt werden, es wird aber jedenfalls ein dreistelliger Millionenbetrag sein“ oder „die Kosten dürften sich zwischen Null und 300 Millionen belaufen“ kann der Landtag nichts anfangen. Wenn die Kosten nicht seriös eruiert sind, dann ist der schlimmste mögliche Fall automatisch anzunehmen. Und wenn man sich den nicht leisten kann, dann dürfen keine Beschlüsse gefaßt werden.

Gesetzesflut

Prof. Franz Jeglitsch, unser Wissenschafts- und Europa-Sprecher, hat einmal angesichts der Fülle von Gesetzen gemeint, die Menschen sind nicht mehr gleich

vor dem Gesetz, sondern bestenfalls gleich ratlos. Aber es sind nicht nur die Bürger gleich ratlos, oft ist es auch die Verwaltung - und so werden immer weniger Entscheidungen getroffen, weil ein Gesetz dem anderen widerspricht, weil die Rechtsauslegung unklar ist und weil - unabhängig vom Ausgang eines Verfahrens - die „unterlegene“ Seite immer den Rechtsweg ausschöpfen wird. Daher werden oft auch Entscheidungen „nach oben“ verlagert - indem eben nicht entschieden wird.

Abgesehen davon, daß zuviele neue Gesetze beschlossen werden, muß sich der Landtag immer wieder auch mit geradezu obskuren Gesetzen befassen: Vor kurzem haben wir uns mit dem Grazer Haus- und Sperr-Gesetz beschäftigen müssen. Da steht im wesentlichen drinnen, daß bei Einbruch der Dunkelheit die Haustüren abgeschlossen werden müssen. Abgesehen davon, daß das den Gesetzgeber eigentlich nichts angeht, ist ein Juristenstreit darüber ausgebrochen, ob „abgeschlossen“ heißt, daß der Schlüssel umgedreht werden muß - oder ob eine elektrische Schließanlage mit Schnappschloß ausreicht. Abenteuerlich - aber wahr!

Rechtsbereinigungsgesetz

Ich meine, eine effiziente Verwaltungsvereinfachung muß vor allem durch die Außer-Kraft-Setzung überflüssiger Gesetze erfolgen. Auf Initiative des VP-Landtagsclubs arbeitet der Verfassungsdienst an einem Rechtsbereinigungsgesetz, mit dem etwa 50 Gesetze, die vor dem Jahr 1960 in Kraft getreten sind, mit einem Schlag unwirksam werden. Diese Rechtsbereinigung soll noch vor dem Sommer 1995 umgesetzt werden.

Gesetze auf Zeit

Wir tun immer so, als müßten unsere Beschlüsse für alle Ewigkeit gelten. Wir übersehen dabei, daß es sich bei unseren Gesetzen nicht um die 10 Gebote handelt, sondern um Regelungen, die eigentlich immer wieder adaptiert und angepaßt werden müßten. Zum anderen können wir oft die Auswirkungen eines Beschlusses erst nach einigen

Jahren wirklich abschätzen - und haben dann meist nicht mehr die Kraft, ein Gesetz (vor allem im Sozialbereich) zu sistieren. Daher sollten Gesetze, die das Land finanziell belasten, nur befristet, also etwa auf 5 Jahre beschlossen werden, wobei eine Budgetklausel eingeführt werden könnte, derzufolge die Verlängerung von der budgetären Situation des Landes abhängt.

Partner der Regierung

Wir wollen weder Vollzugsorgan noch kleinteiliges Aufsichtsorgan der Regierung sein, sondern ein Partner, der versucht, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Regierung und Verwaltung mitzugestalten. Wir brauchen einander - und wir sollten es uns nicht gegenseitig schwer machen. Wir dürfen ja nicht vergessen, daß über 90 % des Steirischen Budgets sog. „Pflichtausgaben“ sind und daher nicht wirklich gestaltbar sind. Und auch die restlichen 10 % sind meist schon so verplant, daß nur ein paar hundert Millionen insgesamt als „Manövierrasse“ zur Verfügung stehen. Die Einsetzung des sog. „Rationalisierungsausschusses“ des Landtages war ein Versuch, ab dem Budget 1994 wieder finanziellen Handlungsspielraum für die Regierung zu gewinnen. Dabei ist nicht alles gelungen, wiewohl über 400 Millionen Schilling gegenüber dem Budgetentwurf des Finanzreferenten eingespart worden sind. Die Einbindung der Abgeordneten in die Entwicklung der EU-Regionalförderungsprogramme und in weiterer Folge der Förderungsprojekte ist ein Schritt in die richtige Richtung: Unser Land braucht engagierte Abgeordnete, die wissen, was sie wollen, sachkundige Mitarbeiter in der Verwaltung und eine Regierung, die sich nicht gegenseitig blockiert, sondern die wesentlichen Projekte für die Steiermark durchzieht. Der Landtag soll selbstbewußt, aber nicht besserwisserisch, genau, aber nicht kleinlich sein und sich aus der konkreten Tagespolitik eher zurücknehmen. Das wäre dann ein Landesparlament, wie ich es mir wünschen würde - ich bin überzeugt, zum Besten der Steiermark.

DAS „KRAINERHAUS“ - BILDUNGSSTÄTTE DER STEIRISCHEN VOLKSPARTEI

LUDWIG KAPFER / EVA KARISCH / HANS PUTZER

Im Oktober 1972 öffnete das Bildungszentrum der Steirischen Volkspartei, das Josef-Krainer-Haus, seine Pforten. Gerade in der Folge der sogenannten 68er-Bewegung, der großen gesellschaftspolitischen Zäsur zwischen der Generation des Wiederaufbaus und ihren Wohlstandskindern, war ein neues „Herandenken“ an die Möglichkeiten politisch zu handeln von größter Bedeutung. Mit der Fertigstellung des Zubaus 1980 begann ein neuer Abschnitt für das Haus. Signifikantes Merkmal dieser nicht nur räumlichen Erweiterung war, und daran hat sich bis heute nichts geändert, die Zeitschrift „politicum“. Im „Leitartikel“ der Nummer 1 zum Thema „Politische Bildung“ wurden die bis heute unveränderten und unverzichtbaren Grundsatzziele einer verantwortungsvollen politischen Bildung formuliert:

Durch politische Bildung soll

- der Staatsbürger befähigt werden,
- politische Zusammenhänge und Prozesse zu erkennen,
- sich mit diesen kritisch auseinanderzusetzen,
- seine eigene Meinung bilden zu lernen,
- diese seine Meinung auch zu artikulieren vermögen und
- letztendlich am demokratischen Prozeß gleichberechtigt teilnehmen zu können.

So weit, so gut. Aber Ziele zu formulieren ist die eine Sache, die Lebenswirklichkeit der Menschen nicht selten eine andere. Schon 1980 waren die gesellschaftlichen Widersprüche, damals noch wohlmeinend als Ambivalenzen bezeichnet, nicht mehr primär zwischen den verschiedenen Interessensgruppen im Staat, sondern zu einem Gutteil bereits innerhalb der Einstellungen der Politik(er):

- Der Wunsch nach Transparenz in den politischen Entscheidungen stand im Widerspruch zur Absicht, „unangreifbare“ Politik zu machen.
- Der erwünschte mündige, kritische Bürger macht das Regieren zusehends schwieriger.
- Partizipation und Subsidiarität, erklärte Ziele der Politik dieser Tage, sind auch Wege in eine zunehmende Unabhängigkeit von den Politikern.

Vor diesem Hintergrund wurden 1980 neun Erwartungen an die Steirische Volkspartei, letztlich aber an alle Parteien, als Beitrag zur politischen Bildung formuliert.

- Parteien müssen erkennen, daß alle ihre Handlungen auch einen politisch bildenden Charakter haben.
- Politische Bildung beschäftigt sich nicht mit theoretischen Prozessen, sondern lebendigen Strukturen.
- Politische Bildung dient nicht zur Festigung von Systemen, sondern zur kritischen Wachsamkeit und Auseinandersetzung mit diesen.
- Politische Bildung muß zu Aktivitäten des einzelnen führen.
- Politische Bildung ist Auseinandersetzung mit der Zukunft. Prozesse müssen erkannt werden, solange sie nicht irreversibel sind.
- Politische Bildung muß innovatives Denken anregen und ermöglichen.
- Politische Bildung muß dazu befähigen, gemeinsam mit anderen Menschen die Gesellschaft zu verändern.
- Durch politische Bildung muß erreicht werden, dem einzelnen nicht nur seine unmittelbare Umwelt bewußt zu machen, sondern die globale Situation der gesamten menschlichen Gesellschaft.
- In der politischen Bildung sollten primär die Wertfragen unserer Politik diskutiert werden.

1995, fünfzehn Jahre danach, hat dies alles wohl noch immer Gültigkeit. Zugleich ist unsere Welt aber auch eine ganz andere geworden. Die 68er haben ihren Marsch durch die Institutionen erfolgreich absolviert, wenngleich die Maßstäbe des Erfolges gänzlich anders geworden sind. Die dritte Nachkriegsgeneration hat die Aufgabe der gesellschaftspolitischen Veränderung zu übernehmen. Doch konnte 1968 kein Problem noch so klein sein, um es nicht sofort als Ausgangspunkt einer kritischen Analyse des Nord-Süd- bzw. Ost-Westkonflikts, je nach Bedarf, zu funktionalisieren, so sind 1995 auch die umfassendsten Fragen dieser Welt sehr rasch nur Auseinandersetzungen um egoistische Interessen.

„No future“ statt „know future“ scheint unsere Zeit zu prägen. Wenn es stimmt, daß es keiner Generation vor der unsrigen jemals so gut gegangen ist, und dies auch auf absehbare Zeit für die kommenden Generationen Gültigkeit haben wird, welche Aufgaben bleiben dann noch einer Politik, deren erstes und wichtigstes Anliegen die verändernde Gestaltung der Gesellschaft ist? Die Psychologie lehrt uns, daß in der Hierarchie der menschlichen Bedürfnisse diese von Schritt zu Schritt individualistischer werden. Für die Politik heißt dies, je umfassender die sich am Gemeinwohl orientierenden Bedürfnisse erfüllt sind, desto weniger mehrheitsfähige Anliegen bleiben zu erfüllen. Eine zunehmende gesellschaftliche Individualisierung hat als logische Konsequenz eine ebenso zunehmende Bedeutungslosigkeit der Politik im herkömmlichen Sinn zur Folge. In diesem Punkt liegt heute die entscheidende Veränderung für eine verantwortungsvolle politische Bildung.



Die bereits 1980 konstatierten gesellschaftlichen Ambivalenzen, inzwischen wirklich nur mehr als Widersprüche zu bezeichnen, sind ungleich vielfältiger geworden. Dies läßt sich gerade auch bei den „klassischen“ ÖVP-Themen erkennen:

- Obwohl der Wert der Familie in allen Jugendstudien als besonders hochrangig angesehen wird, zeigen dazu parallele Untersuchungen, daß vor allem individualistische Wünsche vorhanden sind: Mobilität, Flexibilität, Selbstverwirklichung u.ä.m.

- Der Entsolidarisierung im zwischenmenschlichen Bereich steht eine in diesem Ausmaß noch nie dagewesene anonyme („entfremdete“) Solidarisierung gegenüber. - Nachbar in Not!

- Wenngleich die Einsicht in die Förderung des öffentlichen Verkehrs weitgehend vorhanden ist, fehlt die individuelle Bereitschaft, ihn zu benützen. Argumente gegen ihn sind oft nur vorgeschoben.

- Der Politik wird vorgeworfen, sich in alles einzumischen, zugleich sagt man ihr nach, die Bürger allein zu lassen.

- Dementsprechend wird die größtmögliche Partizipation bei politischen Entscheidungen eingefordert, doch gleichzeitig werden Politiker als entscheidungsimpotent bezeichnet und Sehnsüchte nach dem starken Mann laut ausgesprochen.

- Auch die geforderte verstärkte Sicherheit der Bürger kann nur schwer mit oft kaum nachvollziehbaren Überwachungsphobien in Übereinstimmung gebracht werden.

Angesichts dieser Analyse muß festgestellt werden, daß nicht nur Politik zu betreiben immer schwieriger geworden ist. Auch die politische Bildung muß sich diesen Herausforderungen, die zugleich aber auch Chancen sind, stellen. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, lassen sich zumindest vier Grundsätze für eine politische

Bildung im ausgehenden 20. Jahrhundert formulieren:

• *Information statt Infotainment*

Wir sind alle „overnewsed but underinformed“. Was heute medial nicht präsent ist, hat auch nicht stattgefunden. Auch der Umkehrschluß hat längst seine Gültigkeit erhalten. Was in den Medien gezeigt wird, gilt als wahr. Robert Redfords Film „Quizshow“ und Elfriede Jelineks Roman „Michael“ verdeutlichen eindrucksvoll den Realitätsverlust und Fiktionalitätsgewinn unserer Gesellschaft durch die Medien. Das Zusammenspiel marktwirtschaftlicher Gesetze mit ständig sich verflachenden Rezeptionsgewohnheiten hat uns eine „schöne, neue Welt“ beschert, in der die Vielfalt nicht selten durch die Einfalt ersetzt worden ist. Politische Bildung hat daher besonders den Wert differenzierter Information und die Logik der Medien kritisch zu hinterfragen.

• *Beteiligung statt Betroffenheit*

Es gibt inzwischen immer mehr Bürgerinnen und Bürger, denen zuzuschauen und zu kritisieren nicht mehr genügt. Sie wollen gestalten. Das Private ist ihnen nicht mehr politisch genug. Selbsterfahrung ist zwar wichtig, aber keine zum Ziel führende politische Denk- und Handlungskategorie. Auch dem bösen Wort vom „Stimmvieh Bürger“ wird nicht mehr nur durch resignative Wahlenthaltung begegnet. Neue Formen der Bürgerbeteiligung im speziellen, mehr Demokratie im allgemeinen sind die unverzichtbaren politischen Aufgaben für morgen. Dazu gehört nicht zuletzt auch

• *Gestaltung statt Verwaltung*

Mehr Bürokratie, eine ständig wachsende Zahl an Gesetzen und eine Philosophie der Regulierung, die beim Bürger das Gefühl erweckt, alles was nicht explicit erlaubt wurde, sei verboten, sind sicher-

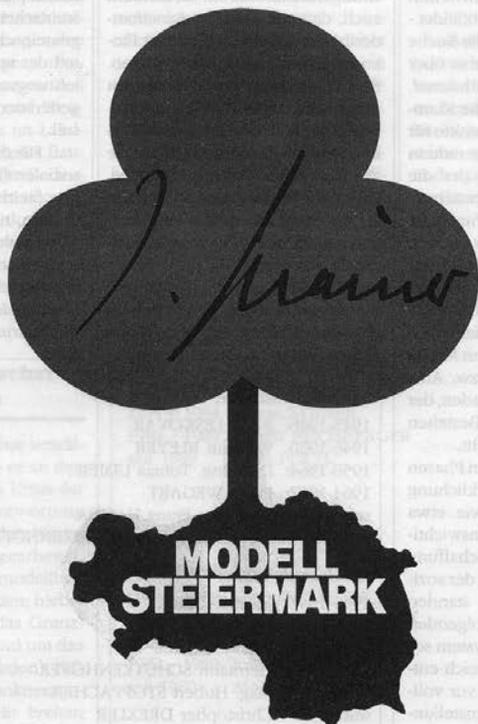
lich nicht dazu angetan, das Image der Politik zu heben. Kurt Biedenkopf hat in seinem inzwischen bereits legendär gewordenen „Zeit-Artikel“ über die Verstaatlichung der Nächstenliebe darauf hingewiesen, daß unser Sozialsystem selbst jenen, die in der Lage sind, sich selbst zu helfen, dies oft nicht mehr ermöglicht. Eine Politik, die von der Mündigkeit der Bürger spricht, braucht auch eine politische Bildung, die deren Eigenverantwortung wieder radikal ernst nimmt.

• *Solidarität mit der Zukunft*

„Nachhaltigkeit“ ist mutmaßlich die wichtigste politische Vokabel der Jahrtausendwende. Es gibt für die Politik in der Gegenwart wohl keine größere Herausforderung als die Überwindung der „Diktatur der Gegenwart über die Zukunft“. Zulang schon konsumieren wir die Zukunft unserer Kinder und Kindes-
kinder. Wären die Verteilungskämp-

fe der Vergangenheit meist auch vom Widerstand der Benachteiligten gekennzeichnet, so fehlt diese Dimension in der Gegenwart weitgehend: zukünftige Generationen können sich heute noch nicht wehren. Die politische Bildung hat diesen Lobbyismus zu erfüllen. Man kann keine Tränen trocknen, ohne sich selbst naß zu machen“, heißt ein afrikanisches Sprichwort. Solidarität mit der Zukunft bedeutet daher, bewußt zu machen, daß Verzicht mehr als eine antiquierte Tugend ist.

Insgesamt heißt politische Bildung, die Forderung der Repolitisierung des Politischen mit Augenmaß und Nachdruck zu verfolgen. Die Josef Krainer Akademie versteht sich auch in Zukunft als jener Ort, an dem spannend, d. h. mit allen notwendigen Spannungen, über die Möglichkeiten der Politik von morgen vor- und nachgedacht wird.



SOZIALE GERECHTIGKEIT IN BEWEGTEN ZEITEN

Steirischer Arbeiter- und Angestelltenbund

In den letzten Jahren konnten wir eine gesellschaftliche Dynamik erleben wie selten zuvor. Ausgehend von den tiefgreifenden Umwälzungen im Osten Europas ist vieles in Bewegung geraten. Dieser Wandel bedeutet nicht nur Öffnung und Freiheit, Fortschritt und Verbesserung, sondern vielfach auch Instabilität und Unsicherheit. Die Gefahr der Orientierungslosigkeit wächst. Phänomene, wie eine zunehmende Individualisierung, notwendigerweise verbunden mit Entsolidarisierung, stellen zum Teil zentrifugale Kräfte innerhalb unserer Gesellschaft dar und machen politisches Handeln schwieriger. Wenn festgefügte Institutionen zu wanken beginnen und vermeintliche Wahrheiten plötzlich - vom Mythos entkleidet - nicht mehr gelten, wird die Suche nach einer geistigen Klammer über das politische Handeln mühsamer. Es braucht aber eben solche Klammern und Orientierungspunkte für eine nachhaltige Politik, gerade in einer bewegten Zeit, in der die Sehnsucht nach Stabilität wächst.

Der Steirische ÖAAB findet die Klammer seines Handelns auch in so bewegten Zeiten in der sozialen Gerechtigkeit. Das Ausmerzen von Ungerechtigkeiten, die Hilfe für Minderprivilegierte und das Erreichen eines möglichst hohen Maßes von sozialer Sicherheit bzw. Ausgewogenheit ist der rote Faden, der sich durch das 50jährige Bestehen des Steirischen ÖAAB zieht.

Während in den ersten Phasen der 2. Republik die Verwirklichung elementarer Standards, wie etwa die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern, später die Schaffung des ASVG, im Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion standen und sich in den darauffolgenden Jahren ein respektables System sozialer Sicherheit in Österreich entwickelte, stehen wir nun vor vollkommen neuen Aufgabenstellungen.

Das von Manfred Prisching und Hermann Schützenhöfer herausgegebene Buch „Soziale Sicherheit im Umbruch“ dokumentiert die unbedingte Entschlossenheit, auch in bewegten Zeiten das Bekenntnis zur sozialen Gerechtigkeit nicht aufzugeben.

Symbol für diesen eingeschlagenen Weg ist seit 1984 die Forderung nach einem gerechten Mindestlohn für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Noch 1990 haben mehr als 700.000 Personen diesen Mindestlohn nicht bezogen. Diese Zahl halbierte sich bis 1994 durch eine Reihe von einzelkollektivvertraglichen Vereinbarungen.

Gerechtes Einkommen bedeutet für uns nicht nur die Verwirklichung des Mindestlohnes, sondern auch, daß wir das stete Auseinanderdriften hoher und niedriger Einkommen nicht akzeptieren wollen. Es gilt, mit gezielten Maßnahmen diese Schere wieder näher zusammenzuführen. Bereits in der Diskussion um die Steuerreform, die mit 1. 1. 1994 verwirklicht wurde, gab es von seiten des Steirischen ÖAAB die Forderung nach einer Solidarabgabe als Zeichen der Solidarität von oben.

Der Steirische ÖAAB ist in seiner Arbeit bemüht, einen Beitrag zur Entwicklung der modernen Arbeitswelt zu leisten. Flexiblere

Arbeitszeiten, die ein höheres Maß an Zeitsouveränität für die Arbeitnehmer bieten, Mitarbeiterbeteiligung als Symbol für mehr Eigenverantwortung und verbesserte Mitgestaltung seien als Beispiele unserer Politik genannt.

Immer wieder ist es dem ÖAAB gelungen, mit neuen Formen politischer Veranstaltungen auch zu neuen inhaltlichen Impulsen zu gelangen und damit zur treibenden Kraft der Arbeitnehmerpolitik in der Steiermark zu werden. Den Club-AAB, der seit mehr als 15 Jahren Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur zusammenführt, gilt es hier ebenso zu nennen wie die Arbeitnehmertage und das 1980 reaktivierte Kummer-Institut. Die jüngste Initiative des Steirischen ÖAAB ist die „Arbeitsgemeinschaft der Führungskräfte“, mit der vor allem die jüngere und leistungsorientierte Arbeitnehmergeneration angesprochen werden soll.

Für die Zukunft bleibt das Ziel sozialer Gerechtigkeit Auftrag für den Steirischen ÖAAB. Die Wege dorthin, nicht zuletzt die konkrete Ausgestaltung und Struktur unserer Steirischen Volkspartei, werden sich in vielem ändern müssen. Dies ist eine Herausforderung, der sich der Steirische ÖAAB gerne stellen wird.

Landesobmänner:

1945-1956: Adolf LESKOVAR
1946-1950: Wilhelm BLEYER
1950-1964: Dipl.-Ing. Tobias UDIER
1964-1987: Franz WEGART
seit 1987: Dipl.-Ing. Franz HASIBA
seit 1991 mit Gf. LO Hermann SCHÜTZENHÖFER



F. Hasiba

Landessekretäre:

1945-1947: Josef SAUER
1947-1948: Dr. Franz ZOBEL
1948-1978: Josef GSCHIEL
1978-1991: Hermann SCHÜTZENHÖFER
1992: Mag. Hubert STOPPACHER
seit 1992: Christopher DREXLER

UNSER LAND BRAUCHT SEINE BAUERN

Steirischer Bauernbund

Vom maßgeblichen Beitrag zur Sicherung der Lebensmittelversorgung bis zur gestaltenden politischen Kraft im ländlichen Raum: so weit reicht der Bogen der Arbeit und Entwicklung des Steirischen Bauernbundes in dem halben Jahrhundert seit 1945. Kam es 1899 in einer besonderen Notzeit für die Bauern zur Gründung unserer Standesorganisation, so erfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg die Wiedergründung in einer Zeit des allgemeinen Elends. Es war kein Zufall, daß der erste Landesobmann, der Mürtzaler Bauer Anton Pirchegger, auch erster freigewählter Landeshauptmann wurde. Damals ging es darum, unter schwierigsten Bedingungen den Kampf gegen den Hunger aufzunehmen. In dieser schweren Zeit zeugte es von Einsicht und Weitblick, daß die seinerzeit im Landbund organisierten Ennstaler Bauern unter Franz Thoma die Bedeutung der Bauerneinigkeit erkannten und sich rückhaltlos dem Bauernbund anschlossen. Im Zeichen dieser Geschlossenheit fand dann am 26. und 27. November 1946 der erste Landesbauernrat in Graz statt.

Inneragrarischer Aufbau

Nachdem die Notjahre bewältigt worden waren, ging es an den inneragrarischen Aufbau. Unter der politischen Hauptverantwortung des Bauernbundes wurden Förderungsmaßnahmen ausgearbeitet, die in vielen Bereichen modellhaft für ganz Österreich wurden; hiebei ging es vor allem um das Grenzland (Spezialkulturen) und um das Bergland (Umstellungsaktion). Höhepunkt dieser Schwerpunktsetzungen war nach einer sehr breiten Grundlagenarbeit die Beschlußfas-

sung des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes am 31. März 1976. Darin wurden alle wichtigen und bewährten steirischen Agrarförderungen auf eine gesetzliche Basis gestellt.

Erfolgreiche inhaltliche und organisatorische Öffnung

Längst war die Zahl der Bauern auch in unserem Land geschrumpft. Dazu kam die starke Hinwendung der Menschen in der Land- und Forstwirtschaft zum Nebenerwerb. Für den Bauernbund bedeutete das innerhalb unserer meist nicht mehr überwiegend bäuerlichen Dörfer Öffnung gegenüber den anderen Berufsschichten, ein engeres Miteinander im gesellschaftlichen und kulturellen, eine weitgehende Partnerschaft im wirtschaftlichen Leben. Daß diese inhaltliche und organisatorische Öffnung erfolgreich war, läßt sich nüchtern an Zahlen ablesen: Vor 50 Jahren gab es in der Steiermark

etwas über 80.000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe, heute sind es weniger als 60.000; damals betrug der bäuerliche Bevölkerungsanteil etwa 26 %, heute macht er kaum 6 % aus; trotz dieses im internationalen Gleichklang erfolgten Rückganges ist die Zahl der Mitglieder des Steirischen Bauernbundes seit der Wiedergründung ständig gestiegen und liegt derzeit bei 56.000. Stolz dürfen wir auch darauf sein, daß die Verantwortung für fast alle Belange im ländlichen Raum in bäuerlicher Hand verblieb.

Mit Selbstbewußtsein in die Zukunft

Aus diesen Entwicklungen heraus kann und muß der Bauernbund mit Selbstbewußtsein an seine zentralen Aufgaben für die Zukunft herangehen: dem Bauern seinen für alle unverzichtbaren Platz in der Gesellschaft zu sichern und den ländlichen Raum als das Antlitz unserer Heimat lebenswert zu erhalten.

Obmänner:

1945 - 1949 Anton PIRCHEGGER
1949 - 1971 Josef WALLNER
1971 - 1984 Simon KOINER
1984 - 1989 Rupert BUCHBERGER
seit 1989 Erich PÖLTL



E. Pörtl

Direktoren:

1945 - 1960 Leopold BABITSCH
1960 - 1969 Karl SCHWER
1969 - 1972 Josef KRAINER
1972 - 1980 Josef RIEGLER
seit 1980 Alois PUNTIGAM

„DACHVERBAND“ ALLER SOZIALEN VP-FRAUEN

Die Frauenbewegung Steiermark seit 1945

Die Österreichische Frauenbewegung versteht sich als „Dachverband“ aller ÖVP-Frauen und vereinigt alle sozialen Gruppen.

Politik nach christlich-sozialen Grundsätzen zu gestalten, sich zu Demokratie, Föderalismus und der Achtung der Menschenwürde zu bekennen, sind oberste Verpflichtung für diese Gruppe, die alle Frauen, unabhängig von Standes- und Berufsinteressen vertritt.

Im September 1945 wurde im Rahmen der ÖVP eine Frauenorganisation mit dem Namen „Frauenbund“, bald unbenannt in Österreichische Frauenbewegung, gegründet.

Oberstes Anliegen war es, die steirische ÖFB als politisch arbeitende Organisation aufzubauen, wobei nicht unbeträchtliche nachkriegsbedingte Schwierigkeiten zu überwinden waren.

Neben Schulungen wurde auch im Bereich der Sozialarbeit z. B. ein Hilfsdienst für Hausfrauen eingerichtet, das Kinderrettungswerk und das Haus Goethestraße 11 wurden übernommen.

1972 wurde im neu beschlossenen Bundespartei-Statut die ÖFB eine der sechs gleichberechtigten Teilorganisationen. Ein Frauenbewegungs-Statut wurde von Edda Egger erarbeitet und zur Erleichterung der politischen Arbeit wurde ein „Handbuch für Mitarbeiterinnen“ aufgelegt. Die ÖFB arbeitete stets politisch und konnte fast immer ihre eigenen Mandatarinnen nominieren, was auch eine Bewusstseinsbildung bewirkte. Gründliche Sacharbeit wurde in allgemein politischen und vor allem in eher vernachlässigten Gebieten geleistet, wie beispielsweise in der Vertretung von benachteiligten und hilfsbedürftigen Bevölkerungsgruppen, - sie gab der Frauenbewegung auch das soziale Image. Die ÖFB Steiermark - die stärkste Landesgruppe innerhalb von Österreich - küm-

mernte sich auch um Belange der Menschen in anderen Ländern - Erdbeben in Friaul; Lebensmittelpakete und ein SOS-Kinderdorf-haus in Rumänien; Hilfe zur Selbsthilfe; ein Ausbildungsprogramm für Frauen in Medellin/Kolumbien.

1987 wurde im Rahmen des „Modell Steiermark“ die Broschüre „Steiermark weiblich“ vorgestellt, bei der die Frauenbewegung tatkräftig mitwirkte, um die Situation der Steiererinnen vorzustellen, im selben Jahr kam „Kinder - Lebenssituation der Kinder in der Steiermark“ heraus; 1988 wurde die Studie „Die Hausfrau - Ihr Stellenwert in Volkswirtschaft und Gesellschaft“ von Dr. Gudrun Piffl und Dr. Monika Gimpl-Hinteregger publiziert.

Am Landesfrauentag 1980 wurden u. a. Resolutionen zu den Punkten „Hilfe für (auch unvollständige) Familien“, „Mutterschaftsleistungen für Bäuerinnen und selbständig Erwerbstätige“, „Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit“, „Wiedereinstieg“, „Bäuerinnenpension“ verabschiedet. Diese Punkte konnten, dank des Einsatzes der Frauenbewegung, erfüllt werden. Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Pensionsreform ist ein erster Schritt, die Familienarbeit der Frauen zu honorieren.

Weiters gelang es, verbesserte Karenzmöglichkeiten und Pflegegeld politisch durchzusetzen. Manche Ziele sind unverändert, wie z. B. gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit oder die Stärkung der Familien durch eine weitere Anhebung

des Alleinverdienersabsetzbetrages.

Manches muß noch weiter ausgebaut werden, wie die Hilfe für Familien durch verstärkten Ausbau der Familien- und Eheberatung sowie Elternbildungsangebote. Unkonventionelle andere Lebensarbeitszeitmodelle, Intensivierung der Förderungsprogramme zur Integration der Frauen im Sinne der EU-Richtlinien sind Forderungen neueren Datums, denen wir uns stellen.

Heute wird die Frage, ob es eine typische Frauenpolitik gibt, vielfach mit einem klaren Nein beantwortet. Entsprechend den Veränderungen im Leben von Frauen, können und wollen wir nicht mehr von einer einzigen, allgemein gültigen und als richtig empfundenen Lebensweise von Frauen ausgehen. Gefragt ist mehr Partnerschaftlichkeit zwischen Mann und Frau, eine Partnerschaft in Freiheit und Verantwortung.

Edda Egger Frauenheim: 1947 übernommen, nötige Zubau- und Instandsetzungsarbeiten wurden geleistet, bringt derzeit 35 Personen Platz. Ursprünglich als „Alterssitz“ gedacht, beherbergt es jetzt eine gute ausgebaute Pflegestation und ist mehr als ausgelastet.

Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen: 1965 gegründet, ist die KÖF ein Unterstützungsfonds für österreichische Staatsbürger, die unverschuldet in Not geraten. Mit dem Spendenaufkommen wird rasch und unbürokratisch geholfen.

Landesleiterinnen:

1945 - 1958 Frieda MIKOLA
1958 - 1964 Dr. Elvira KEIFL
1964 - 1975 Edda EGGER
1975 - 1977 Wilma MOSER
1977 - 1991 Waltraud KLASNIC
seit 1991 Walburga BEUTL

Landessekretärinnen:

1945 - 1972 Hildegard REDINGER
1972 - 1992 Ingeborg PAVLICEK
seit 1992 Martha FRANZ



W. Beutl

POLITIK MUSS SPASS MACHEN

Junge Volkspartei Steiermark

Die Junge Volkspartei, die größte politische Jugendorganisation des Landes, sieht sich einerseits als kritischer Geist gegenüber alteingesessenen Meinungen in den eigenen Reihen, andererseits aber natürlich auch als Sprachrohr der Jugend, wenn es darum geht, für die Rechte junger Menschen einzutreten.

Viele unserer Forderungen, wie etwa der Einsatz für die Herabsetzung des Wahlalters, der Kampf gegen Privilegienritter, das kompromißlose Eintreten für ein gemeinsames Europa - die Junge Volkspartei war übrigens die erste Teilorganisation der ÖVP, die dies forderte - oder auch die Absage an jede Art von Radikalisierung in Politik und Gesellschaft, sind in der JVP aufgegriffen und (manchmal auch nicht immer zur Freude der eigenen Partei) durchgesetzt worden. Obwohl diese und noch viele weitere Punkte erreicht würden, stehen wir vor weiteren, großen Herausforderungen im Kampf für die Rechte der Jugend.

Sei es die Wohnungsnot der Jungfamilien und Studenten, die Arbeitsplatzmisere nun auch schon für Jungakademiker, der Einsatz für die Rechte der Lehrlinge oder der Existenzkampf unserer Jungbauern, die Junge ÖVP will in diesen und vielen weiteren Fragen Sprachrohr der Jugend sein und bei den politischen Entscheidungen für unsere Zukunft mitgestalten.

Es sind daher klare politische Stellungnahmen, etwa zu Fragen wie: „Habe ich mit meiner Ausbildung auch Chancen auf einen Job?“ oder: „Wie komme ich zu einer Wohnung, die ich mir leisten kann?“, zu finden und - was noch viel wichtiger ist - unter Einbeziehung der Meinungen von 15 - 30jährigen auch in die Tat umzusetzen. Dazu bedarf es einer offenen und unverkrusteten Struktur innerhalb der Jungen ÖVP, um auch an die mit Bindungängsten an politische Or-

ganisationen behafteten, aber sehr wohl kritisch denkenden und für ihre Anliegen kämpfenden Jugendlichen herantreten zu können. Dazu bedarf es aber auch einer Volkspartei, die junge Ideen ernst nimmt und verwirklicht.

Mit Landeshauptmann Josef Krainer, unseren Landesregierungsmitgliedern und den ehemaligen JVP-Landesobmännern, Reinhold Lopatka und Hermann Schützenhöfer, ist dafür in der Steiermark die Gesprächsbasis schon geschaffen.

Junge Volkspartei heißt aber nicht nur, Sprachrohr für Jugendangelegenheiten zu sein, sondern sehr wohl

auch erlebte Gemeinschaft. Unsere über 10.000 Mitglieder in der gesamten Steiermark, die in nahezu allen Gemeinden und Bezirken zu finden sind, führen diesbezüglich zahlreiche Veranstaltungen durch. Ob vom Country-Festival über die Steinbruchparty bis zum großen Bezirksfest oder von der Theatergruppe über die Umweltaktionen bis hin zu den gemütlichen Buschenschankrunden, diese dabei erlebte Gemeinschaft ist unsere Basis und Motivation für die politische Arbeit der Zukunft, frei nach dem Motto: „Politik muß Spaß machen - auch in den nächsten 50 Jahren!“.

Landesobmänner:

- 1945 - 1947 Prof. Dr. Josef HALPER
- 1947 - 1948 Anton Maria GÖLLES
- 1948 - 1951 Dr. Ernst STRACHWITZ
- 1951 - 1956 Dr. Wilhelm DRUSCHKOWITSCH
- 1956 - 1960 Dr. Alfons TROPFER
- 1960 - 1963 Dr. Gerold ORTNER
- 1963 - 1966 Hermann RITZINGER
- 1966 - 1972 Walter HEINZINGER
- 1972 - 1976 Ing. Georg BEDER
- 1976 - 1979 Hermann SCHÜTZENHÖFER
- 1979 - 1983 Dr. Alfred GRÜNSCHGL
- 1983 - 1991 Dr. Reinhold LOPATKA
- 1991 - 1993 Christopher DREXLER
- seit 1993 Mag. Josef SCHRAMEL



J. Schrammel

Landessekretäre:

- 1945 - 1949 Anton Maria GÖLLES
- 1949 - 1952 Walter HOFMANN
- 1952 - 1954 Alfons TROPFER
- 1954 - 1956 Oskar WEIGEL
- 1956 - 1957 Anton MÖHNER
- 1957 - 1960 Gerold ORTNER
- 1960 - 1961 Leo SPIELHOFER
- 1961 - 1965 Roman LEITGEB
- 1965 - 1966 Rudolf SEYFRIED
- 1966 - 1970 Bernd RESSLER
- 1970 - 1976 Hermann SCHÜTZENHÖFER
- 1976 - 1982 Ernest SCHWINDSACKL
- 1982 - 1988 Christian BUCHMANN
- 1988 - 1991 Otto TANDL
- 1991 - 1993 Christian LEITNER
- seit 1993 Jakob TAIBINGER

ZUSÄTZLICHE INHALTE FÜR DEN DRITTEN LEBENSABSCHNITT VERMITTELN

Steirischer Seniorenbund

Der Steirische Seniorenbund ist die jüngste Teilorganisation der Steirischen Volkspartei, denn er wurde als „Referat für Rentner und Pensionisten bei der Landesparteileitung der ÖVP“ durch LPSekr. LAbg. Dr. Alfred Rainer am 1. November 1962 ins Leben gerufen. Aufgrund der Erfahrungen, die durch dieses Referat gesammelt wurden, kam es am 1. Jänner 1965 zur vereinsrechtlichen Gründung eines Zweckverbandes der Volkspartei, des Steirischen Rentner- und Pensionistenbundes.

Erst mit 5. September 1977 wurde unsere Seniorenorganisation als Österreichischer bzw. Steirischer Seniorenbund zur gleichberechtigten Teilorganisation der ÖVP.

Drei Arbeitsgrundsätze

Für die Arbeit des Seniorenbundes hatten und haben drei Grundsätze Gültigkeit:

1. Jeder Mensch hat das Recht auf ein gesichertes Einkommen im Alter.
2. Jeder Mensch hat das Recht auf einen Lebensabend in Menschenwürde.
3. Jeder Mensch hat das Recht auf einen sinnerfüllten Lebensabend.

Wenn diese Formulierungen auch aus einer viel späteren Ära stammen, so wurden sie vom Zweckverband der sechziger Jahre in der praktischen Arbeit dennoch konsequent umgesetzt. Im Vordergrund stand die Rechtsberatung, d. h., viele alte Menschen mußten erst über ihnen gesetzlich zustehende Verbesserungen ihrer Renten und Pensionen aufgeklärt werden.

Ein typisches Beispiel jener Jahre war die Gewährung von Hilfenzuschüssen.

In diesen Zeitraum fällt aber auch die Einführung der Pensionsdynamik und der Bauernpension.

Heute kaum mehr nachvollziehbar ist, daß es damals zahlreiche Rentner und Pensionisten gab, für die „Urlaub“ ein Fremdwort war. Das war die Geburtsstunde unseres Reisereferates, das den Mitgliedern preisgünstige Erholungsaufenthalte an der Nordadria vermittelte.

Die siebziger und teilweise auch noch die achtziger Jahre dienten dem Ausbau und der Verfeinerung einer flächendeckenden Organisationsstruktur in der Steiermark. Heute verfügt der Steirische Seniorenbund über 320 Stadt-, Pfarr- und Ortsgruppen, die unsere derzeit rund 34 000 Mitglieder vertreten und betreuen.

Im Vordergrund unserer Arbeit - damals wie heute - steht einerseits die Bemühung, der Vereinsamung der älteren Menschen entgegenzuwirken, und andererseits die Verpflichtung, die Rechte unserer Senioren zu vertreten und ihre Diskriminierung zu verhindern.

Als sozialpolitische Erfolge der letzten Jahre seien hier die Abschaffung der Ruhensbestimmungen, die Einführung des Bundespflegegeldes und die Installierung von Seniorenbeiräten auf Landes- und Bundesebene angeführt.

Der letzte Punkt erscheint uns auch für die Zukunft besonders wichtig, denn unsere Senioren sollen und müssen in jenen Gremien ein Mitspracherecht haben, in denen letztlich über ihr weiteres Schicksal entschieden wird.

Zusätzliche Inhalte für den dritten Lebensabschnitt

Im Jahr 2000 wird es 330 000 Steierinnen und Steier geben, die das 60. Lebensjahr bereits überschritten haben.

In diesen Zahlen ist unser Arbeitsprogramm für die Zukunft enthalten, denn es gilt, Vorurteile der Gesellschaft hinsichtlich der geistigen Leistungsfähigkeit unserer Senioren abzubauen und unseren älteren Mitbürgern ein gesundes Selbstwertgefühl zu vermitteln.

Der dritte Lebensabschnitt muß daher zusätzliche Inhalte bekommen, um auch die Lebensqualität zu erhalten bzw. zu verbessern.

Neben den vielfältigen Möglichkeiten, die der Seniorenbund seinen Mitgliedern zur Gestaltung eines „sinnerfüllten Lebensabends“ bereits heute anbietet, wollen wir den Seniorensport und die Weiterbildung im Alter (z. B. Seniorenstudium) in den nächsten Jahren schwerpunktmäßig fördern.

Landesobmänner:

1965 - 1966 Dr. Alfred RAINER
1966 - 1972 Dr. Josef PITTERMANN
1972 - 1988 Otto HOFMANN-WELLENHOF
seit 1988 Franz WEGART

Landesgeschäftsführer:

1965 - 1984 Ferdinand MAJER
1984 - 1994 Othmar R. HAIDER
seit 1994 Gregor HAMMERL



F. Wegart

AGIEREN STATT REAGIEREN

Steirischer Wirtschaftsbund

Der Wirtschaftsbund ist eine Gemeinschaft wirtschaftlich denkender Menschen, die der Überzeugung sind, daß nur eine leistungsfähige und innovative Wirtschaft Demokratie, sozialen Wohlstand und die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt sichert.

Diese Gemeinschaft umfaßt alle selbständig und partnerschaftlich denkenden Menschen: Unternehmer, Manager und Mitarbeiter.

Der Wirtschaftsbund setzt sich für eine gesunde Weiterentwicklung der steirischen Wirtschaft mit einer ausgewogenen Gliederung von kleinen, mittleren und größeren Unternehmen mit Vorrang für privatwirtschaftliche Unternehmensführung ein.

Der Wirtschaftsbund ist Anwalt aller Steuerzahler.

Zielsetzungen

Im Bereich der Wirtschaftspolitik will der Wirtschaftsbund die rechtlichen Bedingungen für die Entwicklungsmöglichkeiten der steirischen Wirtschaft verbessern und durch Einflußnahme auf die Politik klare, wirtschaftsfreundlichere und einfacher vollziehbare Gesetze herbeiführen.

Als Anwalt der Steuerzahler kämpft der Wirtschaftsbund dafür, daß Steuermittel so wirksam wie möglich eingesetzt werden. Der Staat soll Aufgaben abgeben, die Private besser leisten können. Er soll aber auch jene Aufgaben, für die er verantwortlich ist, so effizient und unbürokratisch wie möglich vollziehen.

Die Förderung der Eigenkapitalbildung ist für den Wirtschaftsbund wichtigste Voraussetzung privatwirtschaftlicher Unternehmensstrukturen.

Bei seinen Mitgliedern fördert der Wirtschaftsbund die Weiterentwicklung und den Erfahrungsaustausch lern- und veränderungsbereiter Menschen. Ideen und Pro-

jekte der Mitglieder werden rasch aufgegriffen und deren Verwirklichung unterstützt.

Ziel des Wirtschaftsverbandes ist es unter anderem, alle Menschen als Partner einzubinden, die unternehmerisch denken und handeln, und ihnen eine geistige und gesellschaftliche Heimat zu bieten. Der Wirtschaftsverband unterstützt seine Mitglieder durch rechtzeitige Information über wirtschaftliche und politische Entwicklungen, aber auch durch politische Initiativen über Parteigrenzen hinaus.

In der Öffentlichkeit betreibt der Wirtschaftsverband aktiv die Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung. Dadurch soll das Klima für die Durchsetzbarkeit unternehmerischer Initiativen, aber auch das Ansehen der Unternehmer in der Gesellschaft verbessert werden.

Werte

Der Wirtschaftsverband bekennt sich zur Eigenverantwortung und Initiative des einzelnen, der aber auch zum partnerschaftlichen Ver-

halten fähig ist. Nur dynamische und entwicklungsfähige Menschen garantieren eine wettbewerbs- und leistungsfähige Wirtschaft.

Der Wirtschaftsverband fördert die kritische Mitarbeit selbständig denkender Menschen. Er will dabei nicht Konflikte aus dem Weg gehen, aber diese konstruktiv lösen, um neue Ideen durch gemeinsames Handeln realisieren zu können.

Agieren statt reagieren

Der Wirtschaftsverband bestimmt in wirtschaftlichen Fragen mit seinen Vorschlägen und Ideen die Themen. „Agieren statt reagieren“ ist das Motto.

Mit dem Aufzeigen besserer Lösungen hat der Wirtschaftsverband wirtschaftliche Kompetenz verbunden mit sozialer und ökologischer Verantwortung.

Nur ein Klima der Offenheit und des Vertrauens ermöglicht ein erfolgreiches Zusammenarbeiten in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat.

Landesgruppenobmänner

1945 - 1946	Komm.Rat Josef SCHNEEBERGER
1946 - 1951	Dipl.-Ing. Carl LIPP
1951 - 1966	Dr. Rupert ROTH
1966 - 1980	Komm.Rat Anton PELTZMANN
1980 - 1990	Ing. Hans STOISSER
seit 1990	Waltraud KLASNIC



W. Klasnic

Landessekretäre bzw. Direktoren

1945	Dr. Alois G. MAITZ
1945 - 1963	Komm.Rat Josef STÖFFLER
1963 - 1967	Heribert PÖLZL
1967 - 1980	Dr. Leopold J. DORFER
1980 - 1983	Dr. Gerd NOVAK
seit 1983	Dr. Benno RUPP



Unser Freiheit wurde durch die
Standhaftigkeit des österreichischen Volkes
errungen. – Nun gilt meine ganze Sorge
einem besseren Leben für alle –
in erster Linie für den „kleinen Mann.“

Julius Raab

WTJ 1971

KRAINER

ist für alle da



wählt steirisch am 15. März

LISTE 1 ÖVP

Er

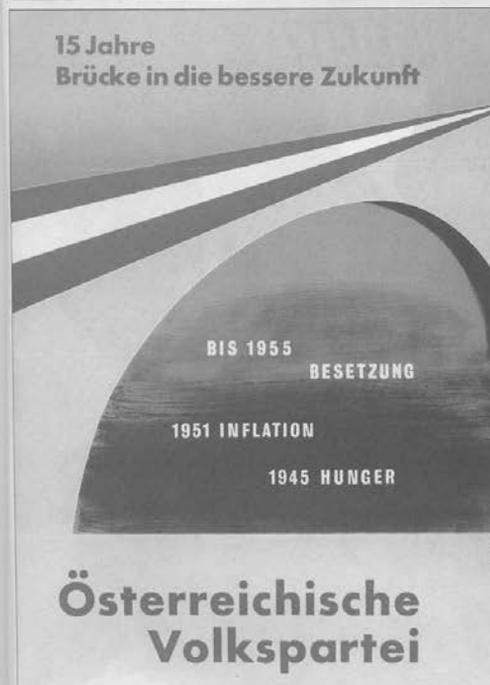
**ist der Mann des Vertrauens!
Wählt Josef Krainer zum
Landeshauptmann!**





Wohnung
ja-
aber
ohne
Parteibuch
ÖVP

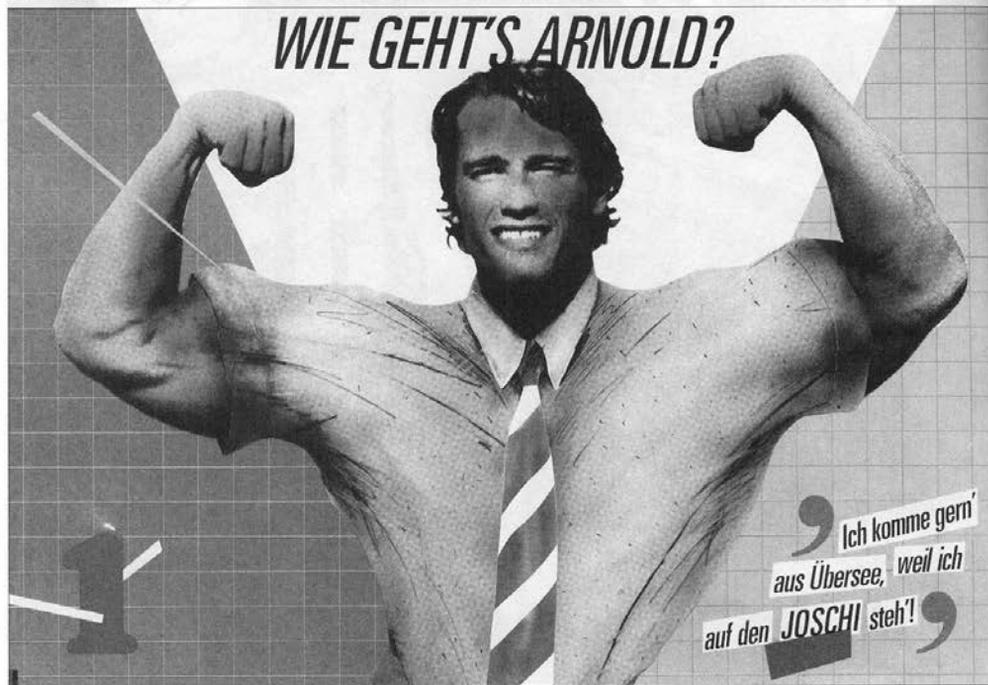
Darum





Jugend mit Nieder!

WIE GEHT'S ARNOLD?



„ Ich komme gern
aus Übersee, weil ich
auf den **JOSCHI** steh! „



**EIN MANN
DER GANZEN
STEIRISCHEN BREITE**

**LANDESHAUPTMANN
DR. JOSEF KRAINER**

AUTOREN

Dr. Harald BALOCH, Pastoralassistent im Generalvikariat der Diözese Graz-Seckau

W. Hofrat Dr. Ernst BURGER, Leiter des Referats für Statistik im Amt der Steiermärkischen Landesregierung

Prof. Mag. Dr. Wolfried FILEK-WITTINGHAUSEN, Direktor und Leiter des Volksbildungsheimes Retzhof bei Leibnitz

Mag. Eva Maria FLUCH, Büro Landeshauptmann
Dr. Josef KRAINER

Herwig HÖSELE, Pressereferent des Landeshauptmannes, Chefredakteur der „Steirischen Wochenpost“

Dr. Eva KARISCH, Landtagsabgeordnete, Direktorin der Josef Krainer-Akademie

Dr. Josef KRAINER, Landeshauptmann von Steiermark

Dr. Reinhold LOPATKA, Landtagsabgeordneter, Landesgeschäftsführer der Steirischen Volkspartei

o.Univ.-Prof.Dr. Wolfgang MANTL, Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft am Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre der Karl-Franzens-Universität Graz und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates der Josef Krainer-Akademie

Univ.-Prof.Dr.Dr.h.c. Hermann MAURER, Vorstand am Institut für Informationsverarbeitung und computergestützte neue Medien der TU-Graz

ao.Univ.-Prof.Dr. Manfred PRISCHING, Institut für Soziologie der Karl-Franzens-Universität Graz

o.Univ.-Prof.DI.Dr.techn.Dr.phil. Willibald RIEDLER, Institut für Nachrichtentechnik der TU-Graz

o.Univ.-Prof.DDr. Gerald SCHÖPFER, Vorstand am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz

Hermann SCHÜTZENHÖFER, Landtagsabgeordneter, Klubobmann der Steirischen Volkspartei

Dkfm.Dr. Werner TESSMAR-PFOHL, Präsident der Industriellenvereinigung Steiermark.

o.Univ.-Prof.Dr. Gunther TICHY, Professor für Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik, Dekan an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Franzens-Universität

Dr. Kurt WIMMER, Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“ Graz

AUSLANDS- UND HERZENSSTEIRER:

Helmut BERGER,
Grazer, lebt in Rom und Wien; Schauspieler

Klaus Maria BRANDAUER,
Altausseer; Schauspieler und Regisseur

Charly BORRA,
Grazer auf Tournee; Artist

Alfred BRENDEL,
Grazer, lebt in London; Pianist, Maler und Literat

Gabriele HARING,
aufgewachsen in Großklein, lebt in Wien;
TV-Sprecherin beim ORF

Nikolaus HARNONCOURT,
aufgewachsen in Graz, lebt in St.Georgen im
Attergau und Berlin; Dirigent

Fritz HOLZER,
Grazer, lebt in Wien, Schauspieler

Jürgen KOPPENSTEINER,
Steirer, Universitätsprofessor in Iowa, USA

Sissy LÖWINGER,
Grazerin, lebt in Wien; Theaterdirektorin

Thomas MUSTER,
Leibnitzer, lebt in Monaco; Sportler

Eva RUEBER-STAIER,
Bruckerin, lebt in London; Miss World 1969

Maria SCHELL, Schweizerin, lebt in München und
auf der Pack; Schauspielerin

Karl SCHWARZENBERG,
Gast und Forstwirt in Steiermark, Wien und Böhmen

Arnold SCHWARZENEGGER,
Steirer, lebt in Santa Monica (USA); Schauspieler

Joe STRAUSS,
Weststeirer, lebt in Florida; Anlageberater

Frank STRONACH,
Oststeirer, lebt in Kanada; Industrieller

REDAKTION DES „SONDER-POLITICUM“

Koordination: Herwig HÖSELE

Mitarbeit: Urs HARNIK-LAURIS

Fotoredaktion: Mag. Elisabeth WALDNER

Umschlaggestaltung: Georg SCHMID

Layout, Satz, Gestaltung: Mag. Hubert STOPPACHER

Fotos: Amstüss, Basch, Brandner, Contrast, Csoklich, Dusek, Fischer, gepa, Jungwirth, Mari, Melbinger, Philipp, Sommer, Steffen, Stuhlhofer, Waschel